

BÜRGER & STAAT



100 Jahre Türkei

Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung

»Bürger & Staat« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Direktion der Landeszentrale

Lothar Frick
Sibylle Thelen

Redaktion

Dr. Maike Hausen,
maike.hausen@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Barbara Bollinger,
barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99–44
Fax: 07 11/16 40 99–77

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil/Druckvorbereitung

Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon: 07 31/94 57–0, Fax: 07 31/94 57–2
www.suedvg.de

Druck

Druckhaus Waiblingen
Remstal-Bote GmbH
Albrecht-Villinger-Straße 10
71332 Waiblingen
Tel: 0 71 51/5 66–0, Fax: 0 71 51/5 66–330

Versand

Braun Direktwerbung GmbH
Postweg 7
89155 Erbach
Tel: 0 73 05/9 66–130, Fax: 0 73 05/9 66–136

»Bürger & Staat« erhalten Sie über den Online-Shop der LpB: www.lpb-bw.de/shop

Schulen und andere Bildungseinrichtungen können auf Anfrage in den kostenfreien Erstverteiler der Zeitschrift aufgenommen werden. Anfragen dazu bitte an: barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Die veröffentlichten Beiträge in »Bürger & Staat« sind keine Meinungsäußerungen der Landeszentrale für politische Bildung. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: Adobe Stock | raul77

Auflage dieses Heftes: 12.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 30.03.2023

ISSN 0007–3121



»Bürger & Staat« wird auf FSC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft und klimaneutral gedruckt.

Inhaltsverzeichnis

Alexander E. Balistreri Neuere und neuste Geschichte der „Neuen Türkei“	2
Burak Çopur Ethnisch-religiöse Minoritäten in der Türkei im Spiegel des hundertjährigen Minderheiten- und Nationenverständnisses (1923–2023) ..	12
Kemal Bozay Von der „defekten“ Demokratie zur Autokratie: Das politische System in der Türkei und sein Einfluss in Deutschland	21
Cengiz Günay Zwischen Protest und Putsch: Politische Bewegungen und ziviles Engagement in der Türkei	34
Gülstan Gürbey Die türkische Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel	43
Yaşar Aydın Die Wirtschaft der Republik Türkei: Kapitalistische Modernisierung zwischen Aufschwung und Fragilität	52
Renate Kreile Geschlechterordnung, Macht und politisierte Männlichkeiten in der Türkei	61
Jürgen Gottschlich Deutschland und die Türkei: Eine unglückliche Beziehung	68
100 Jahre Türkei aus deutsch-türkischer Perspektive: Ein Interview mit Prof. Dr. Havva Engin und Mesut Bayraktar	75
Hacı-Halil Uslucan Jugend in Deutschland – Jugend in der Türkei: Teilhabeforderungen und resignativer Rückzug?	85
Vom Aufstieg des modernen Nationalstaats aus der Asche eines zerfallenen Großreichs. Der Nobelpreisträger Orhan Pamuk im Gespräch über seinen Historienroman „Die Nächte der Pest“	93
Jahresinhaltsverzeichnis 2022	100

100 Jahre Türkei

Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung

Am 29. Oktober 2023 jährt sich zum hundertsten Mal die Gründung der Republik Türkei. Seit-her hat sich das Land zu einem dynamischen und vielfältigen, aber auch durch Widersprüche geprägten Staat entwickelt. Allein aufgrund seiner Lage zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer, Europa und Asien, West und Ost wird ihm immer wieder die Rolle des Brückenbauers und Scharniers zwischen den verschiedenen Welten zugesprochen. Das Land selbst ist dabei ebenfalls Schauplatz einer wechselvollen Geschichte: Mit seinen Wurzeln in der Vielvölker- und Vielkulturgegenwart des Osmanischen Reiches spielen bis heute Gegensätze zwischen urbanen Räumen und ländlichen Regionen wie auch eine kulturell, ethnisch und religiös diverse Gesellschaft eine große Rolle. Das Jubiläum der türkischen Republik bietet Anlass, mit einer Schwerpunkt-ausgabe diese Spannungen und Gegensätze in seinen verschiedenen Facetten abzubilden.

Wie gestalteten sich Politik, Gesellschaft und Kultur in der Türkei bis heute? Die Türkei zeichnet sich durch eine spezifische politisch-kulturelle Ordnung, durch Parlamentarismus und eine vielfältige Parteienlandschaft aus. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Einschränkungen der Demokratie und starken Polarisierungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Der Ursprung der Republik in einer Einparteienherrschaft und dem auf Modernisierung setzenden Autoritarismus unter Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk ist bis heute für viele politische wie gesellschaftliche Phänomene maßgeblich. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts steht das Land und sein politisches System wiederum stark unter dem Eindruck der Vormachtstellung der Regierungspartei AKP und dem Umbau zum Präsidialsystem unter Recep Tayyip Erdoğan. Sein Aufstieg ist zudem Ausdruck einer sich wandelnden politischen Kultur, die in der Öffentlichkeit lange durch den kemalistischen Laizismus dominiert wurde und sich nun zunehmend durch einen islamisch geprägten Konservatismus und Nationalismus auszeichnet. Dabei ist die Türkei nicht erst seit den Gezi-Protesten auf dem Istanbuler Taksim-Platz 2013 und dem Putschversuch 2016 innenpolitisch durch Konflikte um politischen Pluralismus, Gewaltenteilung und legitimen politischen Protest geprägt. Innenpolitische Debatten werden dabei auch durch wirtschaftliche und außenpolitische Konfliktlinien beeinflusst: Die Zugehörigkeit zu Europa wird immer wieder auch anhand einer möglichen EU-Mitgliedschaft thematisiert, umgekehrt muss sich die Türkei auch mit ihren Anrainerstaaten und der gesamten Region des Nahen Ostens über Fragen zur Integration von Minderheiten, zu Flüchtlingsproblematiken und geopolitischen Konflikten auseinandersetzen. Während sich eine mehrheitlich junge Bevölkerung am Ausland orientiert und nach wirtschaftlichem Erfolg sucht, leidet das Land unter anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrisen. Ebenso spielen auch die historischen deutsch-türkischen Verflechtungen und die Beziehung zu Deutschland mit seiner großen türkeistämmigen Community eine Rolle für die türkische Politik und das türkische Selbstverständnis. Nicht zuletzt ist es das kulturelle und gesellschaftliche Leben, in dem sich die Gegensätze und Widersprüche der Türkei wiederfinden.

Nach dem verheerenden Erdbeben am 6. Februar 2023 im Südosten der Türkei mit über 50.000 Toten steht das Land vor gewaltigen Herausforderungen; an vielen Orten schließt sich an das unermessliche Leid und den schrecklichen Verlust tausender Menschenleben die Frage an, wie ein nachhaltiger (Wieder-)Aufbau funktionieren und umgesetzt werden kann. Die bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe für den 14. Mai 2023 angekündigten türkischen Wahlen erscheinen daher vielen als eine Schicksalswahl. Wird das politische System auf diese gewaltigen Herausforderungen adäquat reagieren können? Wie wird sich eine neue Regierung den vielen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und jetzt auch realen Baustellen annehmen?

Maike Hausen

Neuere und neuste Geschichte der „Neuen Türkei“

Alexander E. Balistreri

Die Entwicklung der Türkei ist bis heute geprägt durch zwei Erfahrungslinien: Ihre Vorgeschichte als Osmanisches Reich und die Staatsgründung und Reformbemühungen unter Mustafa Kemal Atatürk. Wie Alexander Balistreri in seinem Beitrag deutlich macht, werden beide Erfahrungsstränge in der weiteren Geschichte der Türkei immer wieder aufgegriffen. Dabei spielen frühe Erfahrungen parlamentarischer Demokratie ebenso eine Rolle wie wiederkehrende gewaltsame Umstürze und Beschränkungen bürgerlicher wie politischer Freiheiten. Gleichzeitig zeigt ein Blick in die türkische Geschichte, dass ihr seit Beginn an die Aushandlung zwischen islamistischen und kemalistischen Kräften ebenso wie zwischen türkischen und anderen Identitäten innewohnt. In seiner Beschreibung der Entwicklungsverläufe von Atatürk bis Recep Tayyip Erdoğan kann Balistreri zudem verdeutlichen, wie immer wieder auf die Idee einer „Neuen Türkei“ rekurriert wird, um politische und gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren.

Ende September 1923 war der österreichische Korrespondent der *Neuen Freien Presse*, Josef Hans Lazar, aus Verzweiflung fast von Ankara wieder nach Istanbul aufgebrochen. Zu lange hatte er schon auf eine Antwort von dem erhofften Interviewpartner gewartet, zu „primitiv“ war seine Unterkunft in der spartanisch bebauten Steppenstadt. „Es ist schon heute nicht mehr leicht, den Schöpfer der neuen Türkei zu sehen und noch viel weniger leicht, ihn zu sprechen“, schrieb Lazar. Doch schlussendlich wurde seine Hartnäckigkeit reichlich belohnt: Nicht nur konnte der Korrespondent 45 Minuten im persönlichen Gespräch mit Mustafa Kemal (Atatürk) verbringen, sondern er durfte auch als Erster, unmittelbar aus dem Mund des türkischen nationalen Führers, das R-Wort zu hören bekommen: *Republik*.¹ Gleich einen Monat später legte Mustafa Kemal dem Parlament einen eiligen Vorschlag vor, wonach das Regime des türkischen Staates offiziell als Republik bezeichnet werden und der Staat ein offizielles Oberhaupt bekommen würde: einen Präsidenten. Die zum Teil überraschten Mitglieder der Großen Nationalversammlung nahmen die Vorschläge ohne Gegenstimmen an. Somit war die Frage, ob der in Istanbul zurückgebliebene Kalif oder der Führer der nationalen Bewegung als Staatsoberhaupt des neuen Landes anzuerkennen sei, zugunsten Mustafa Kemals entschieden.

Am 29. Oktober 2023 jährt sich die Gründung der türkischen Republik zum hundertsten Mal. Heute mag vielen die Ausrufung der Republik wohl gleichbedeutend mit der Gründung einer neuen oder modernen Türkei vorkommen. Doch dieser Akt stellt lediglich einen – eher durch seine Symbolträchtigkeit gekennzeichneten – Meilenstein auf einem komplexen Weg der Erneuerung dar, der die osmanische und post-osmanische Regierung mehr als ein Jahrhundert lang beschäftigte. Auch Lazars Bericht zeigt, dass die „Neue Türkei“ schon längst „geschöpft“ war, als ihr Regime den Namen „Republik“ bekam.

Die „Neue Türkei“ vor der Republik Türkei

Der Versuch des osmanischen Staates, seit dem späten 18. Jahrhundert eine „Neue Ordnung“ in Militär und Verwaltung zu gründen, stieß bis Mitte des 19. Jahrhunderts allmählich an seine Grenzen. Diese von der Bürokratie gelei-

tete Reformpolitik bekam ausgerechnet von einer Seite Gegenwind, die selber ein Nebenprodukt dieses Modernisierungsprozesses war: osmanisch-muslimischen Intellektuellen. Der wichtigste Kreis solcher Intellektueller war eine bunte Gruppe, die die französische Presse gerne als *jeunes Turcs* bezeichnete. Sie selber wählten für sich den Namen „Neue Osmanen“ (*Yeni Osmanlılar*). Von ihrem europäischen Exil aus stellte dieser Kreis an die Regierung unterschiedliche Anforderungen für ein neues Osmanisches Reich: eine Liberalisierung des politischen Systems bis hin zu einer Verfassung; ein Ende der schmeichelnden Haltung der Regierung gegenüber den westlichen Kolonialmächten, die die nicht-muslimische Minderheit des Reiches in unfairer Weise bevorteile; sowie die Entwicklung eines osmanischen Nationalbewusstseins und einer Liebe zur osmanischen Heimat.

Für Europäer und Europäerinnen, die das Osmanische Reich nach wie vor „Türkei“ nannten, entstand die erste „Neue Türkei“ schon im Jahr 1908. In jenem Jahr übernahmen eine zweite Generation jungtürkischer Intellektueller (angeführt vom sogenannten Komitee für Einheit und Fortschritt) und eine patriotisch gesinnte Fraktion der osmanischen Armee die Kontrolle in Istanbul und erzwangen die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1876. Innerhalb eines Jahres wurde in reichsweiten Wahlen das ethnisch vielfältigste Parlament gewählt, das das Land je sehen würde, und das Sultanat wurde eines Großteils seiner Macht beraubt. Viele deutsche Beobachter waren begeistert von einer vitalen „Neuen Türkei“, die sich stolz an die Seite Deutschlands stellte und die von den anderen Mächten auferlegte „europäische Bevormündung“ verwarf.² Auch Leo Trotzki begrüßte in einem weitblickenden Artikel mit dem Titel *Die neue Türkei* die Revolution, betonte jedoch ihren Top-down-Charakter. Der Armee sei es zwar gelungen, das Parlament zu installieren, schrieb er 1909, aber die „soziale Frage“ der Revolution sei noch nicht beantwortet: Wie würde den Bauern, der großen Mehrheit der osmanischen Bevölkerung, mit dem Machtwechsel gedient sein?³ Die Frage, was diese Mehrheit von einem bürokratischen Reformismus zu profitieren habe, sollte auch in späteren Erscheinungsformen der „Neuen Türkei“ immer wieder gestellt werden.

Das war jedoch eine Frage, für deren Beantwortung 1909 nicht viel Zeit blieb. 1911 begann der italienische Kolonial-



1908 marschierten die Jungtürken in Istanbul ein und erzwangen so eine neue politische und staatliche Ordnung. © picture-alliance/ dpa

feldzug mit Luftangriffen gegen das osmanisch beherrschte Libyen. Von 1912 bis 1913 riss der Nationalismus den Balkan erneut auseinander. Ab Kriegsbeginn 1914 besetzten die europäischen Mächte den Großteil des Osmanischen Reiches. In seinen vier Jahren entwickelte sich der Krieg zu einer Apokalypse, in der bis zu einem Fünftel der osmanischen Bevölkerung durch Konflikte, Völkermord und Hungersnöte umkam. Inmitten dieser Endzeit setzte das Komitee für Einheit und Fortschritt, die wichtigste Kraft in der türkischen Politik seit der Revolution, jeden Anschein einer repräsentativen Herrschaft außer Kraft. Unter dem Deckmantel des Krieges gelang es dem Komitee mithilfe seiner Spezialeinheiten und lokaler Verbündeter, die meisten Armenier und anderen Christen in Anatolien zu vernichten oder zu vertreiben. Der Krieg wurde gleichzeitig zu einer Plattform für radikale Veränderungen im rechtlichen Bereich: das Ende von wirtschaftlichen Privilegien für Ausländer oder die erste Kodifizierung des Familienrechts in der islamischen Geschichte. Radikale territoriale Änderungen gegen den Willen des Komitees standen aber auch bevor.

Mustafa Kemal Atatürks „Neue Türkei“

Das Osmanische Reich, als Verlierer im Ersten Weltkrieg, sollte wie die anderen Mittelmächte für seine Teilnahme am Krieg durch eine Partition, eine teilweise Abtretung seiner Territorien, bestraft werden. Auch bestimmte Regionen Anatoliens, eines Gebiets, das zunehmend als das Herz der türkischen Heimat angesehen wurde, wurden an ihre Nachbarn und die Kolonialmächte verteilt. Gegen die Partition sammelte sich nationalistischer Groll in Anatolien, aber auch in Istanbul. Dort verpflichteten sich Parlamentsmitglieder im Januar 1920, das Gebiet innerhalb noch zu definierender „nationaler Grenzen“ zu verteidigen. Einige Wochen später beschlossen die Alliierten, ihre Besatzung Is-

tanbuls zu untermauern sowie einige Parlamentarier festzunehmen. Mustafa Kemal, ein abtrünniger osmanischer Offizier, der seit 1919 alle Widerstandskräfte in Anatolien zu vereinigen suchte, rief die verbliebenen Parlamentarier auf, sich erneut in Ankara zu versammeln. Diese Stadt im Schatten einer alten Festung sollte zu einer Zitadelle des muslimischen Widerstands werden, während die sultanische Regierung in Istanbul unter der Demütigung der Besatzung litt.

Die erste Sitzungsperiode der neu umbenannten „Großen Nationalversammlung“ zwischen April 1920 und April 1923 stellt eine einzigartig radikale und zugleich demokratisch besondere Phase in der politischen Geschichte der Türkei dar. Diese Versammlung nahm sehr schnell die Züge einer Regierung an und ermächtigte sich – als einziges Staatsorgan – zur Legislative, Exekutive und (zum Teil) zur Judikative. Während die Versammlung die Souveränität für das Volk und seine Vertreter beanspruchte, beteuerten die Abgeordneten weiterhin ihre Loyalität gegenüber dem Sultan. Als dieser jedoch den Bemühungen der Versammlung um internationale Anerkennung im Wege stand, schaffte sie unter dem Vorsitz von Mustafa Kemal im November 1922 das Sultanat ab. Der Sultan, dem es an breiter Unterstützung fehlte, verließ daraufhin Istanbul und überließ seine Macht dem neuen türkischen Staat, dem allerdings noch ein Eigenname fehlte.

Als Gegnerin sowohl der alliierten Besatzung als auch des Sultans war es für die Große Nationalversammlung von zentraler Bedeutung, die internationale Anerkennung dieser radikalen neuen Organisationsform zu erreichen. Die türkische Regierung der Großen Nationalversammlung musste sich deswegen auswärts als etwas Neu- und Gutartiges präsentieren: eine rechtmäßige Nachfolgerin des abgeschafften Sultanats, jedoch keine Nachfolgerin der unter Verdacht



Das Unabhängigkeitsdenkmal auf dem Taksim-Platz in Istanbul würdigt Mustafa Kemal Atatürk einerseits als vorausschreitenden Militär ... © picture alliance/ Zoonar | KHALED ELADAWY

der Kriegsverbrechen stehenden Regierung des Komitees für Einheit und Fortschritt. Sowjetrussland schätzte schon früh das Engagement der „revolutionären“ Türkei für den antiimperialistischen Block der Nachkriegszeit und erkannte die Türkei in ihren neuen Grenzen bereits im März 1921 an. Die westeuropäischen Mächte waren schwieriger zu gewinnen, da sie bereits 1920 in Sèvres einen Friedensvertrag mit dem Osmanischen Reich unterzeichnet hatten. Sie mussten überzeugt werden, nicht nur die Existenz einer „Neuen Türkei“, sondern auch die Ungültigkeit des jüngsten Friedensvertrags anzuerkennen. In seinen Interviews mit westlichen Journalisten und Journalistinnen war Mustafa Kemal daher zu dieser Zeit bemüht, die neue Regierung von diesen beiden Vorgängerregimes zu unterscheiden und eine Revision der Friedensbedingungen als Wille des Volkes zu präsentieren. Diese Botschaft kam beispielsweise bei amerikanischen Auslandskorrespondenten gut an. Schon in den ersten Monaten 1921 bestätigte Clarence Streit, Korrespondent der New York Times, auf Reise durch Anatolien, dass keiner der „Führer der Neuen Türkei eine wesentliche Rolle im Komitee für Einheit und Fortschritt spielte, nachdem es zu einem Mittel der Tyrannei verkommen ist“.⁴ Diese Zusicherungen, die dann auch durch die Siege der türkischen Streitkräfte gegen griechische, französische und armenische Einheiten untermauert wurden, überzeugten europäische Diplomaten von der Notwendigkeit, die Regierung in Ankara als neuen Partner für einen revidierten Friedensvertrag anzuerkennen. Im Vertrag von Lausanne (1923) erkannten die europäischen Mächte die Grenzen der Türkei

an, stimmten der Abschaffung der besonderen Privilegien für Ausländer in der Türkei zu und vereinbarten einen fast vollständigen Bevölkerungsaustausch mit Griechenland. Während der Verhandlungen sprachen zumindest die italienischen und amerikanischen Delegierten unverblümt von einer „Neuen Türkei“.

In Gesprächen mit Türken und Türkinnen selber war die Rede meistens nur von einem „neuen türkischen Staat“. Aber Mustafa Kemal ging manchmal auch vor dem heimischen Publikum noch weiter und sprach von seiner Vision einer „Neuen Türkei“. In diesem Sinne hatte die „Neue Türkei“ zwei klare Ziele: vollständige Unabhängigkeit und bedingungslose nationale Souveränität. Das erste dieser zwei Ziele, die Unabhängigkeit, wurde vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht verstanden. In einer Rede vor Vertretern der großen Istanbul Zeitungen im Januar 1923 betonte Mustafa Kemal die Notwendigkeit einer Abschaffung der wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegien, die das Osmanische Reich den dortigen Westeuropäern gewährt hatte. Die „Neue Türkei“ müsse der Welt beweisen, dass sie dem Westen nicht nur als Rohstofflager oder als Mautschanke auf alten Handelswegen nützlich sein würde, sondern als eigenständige Wirtschaftsmacht funktionieren könnte. „Der neue türkische Staat wird nicht auf dem Bajonett beruhen“, sicherte er zu, „sondern auf der Wirtschaft, von der das Bajonett selbst abhängt.“⁵

Das zweite Ziel von Mustafa Kemals „Neuer Türkei“, die bedingungslose nationale Souveränität, implizierte die radikale Abschaffung der osmanischen und islamischen Institutionen wie des Sultanats, die ihre Legitimität nicht auf den nationalen Willen stützten. Dazu gehörte auch das Kalifat. In einer Rede an die Bevölkerung von İzmit im Januar 1923 versuchte Mustafa Kemal, die Bedeutung dieses höchsten islamischen Amtes im Lande herunterzuspielen. Die Regierung sei nur an den gegenwärtigen, materiellen Wahrheiten interessiert, während das Kalifat den Fokus von der nationalen Entwicklung auf „imaginäre“ Ziele wie den Schutz der gesamten muslimischen Welt lenke. „Die Neue Türkei mit dem neutürkischen Volk kann sich um nichts anderes mehr kümmern als um sein eigenes Leben und Glück“, sagte er. „Es hat absolut nichts, was es anderen schenken könnte, und kann auch in Zukunft nichts schenken!“⁶ Im März 1924 stimmte die Versammlung für die Abschaffung des Kalifats. Dieser Bruch mit der Vergangenheit öffnete die Schleusen für eine Reihe von Reformen, die dem Ideal des Soziologen Ziya Gökalp von einem „neuen Leben“ folgten: der Versuch, die türkische Gesellschaft an das Niveau der westeuropäischen Zivilisation heranzuführen und es durch ständige Anstrengungen zu übertreffen, ohne unbedingt einem klaren Programm zu folgen. In den nächsten zehn Jahren versuchte die türkische Regierung mithilfe von Reformen, die türkische Gesellschaft im Kern zu umzuwandeln. Religiöse Einrichtungen wie islamische Schulen, Derwischorden, Familiengerichte und Mausoleen wurden geschlossen. Die Uhren und der Kalender wurden an westeuropäische Standards angepasst. Das lateinische Alphabet wurde für das Türkische adaptiert. Frauen erhielten das Wahlrecht. Zivil-, Straf- und Handelsrechtsbücher wurden fast wortwörtlich aus Mitteleuropa übersetzt und für rechtskräftig erklärt. 1934 wurden erstmals Familiennamen angenommen. Mit dieser Reform wurde Mustafa Kemal zu „Atatürk“ – dem Türkenvater.

In den 1930er Jahren sprudelte insbesondere aus deutschen Publikationen überschwängliches Lob für Atatürk heraus. „Es hat im 20. Jahrhundert kaum einen Staatsmann gegeben“ – so der Schriftsteller Edmund Schopen – „der Idee und

Realisierung eines neuen Staates so einzig und allein aus dem eigenen Genie und der ungeheuren Kraft seiner titanisch-vulkanischen Persönlichkeit heraus geschaffen hat. Die neue Türkei ist das Werk eines einzigen Mannes.⁷ Dabei stützte sich der neue Staat natürlich nicht, wie Schöpen behauptete, auf einen einzigen Mann. In den 1930er Jahren wurde der Kemalismus für viele zu einer manichäischen Weltanschauung, in der die Kräfte des Fortschritts mit absoluter Tugend und die verschiedenen Kräfte des „Reaktionismus“ (*irtica* im offiziellen Diskurs) mit dem absolut Bösen gleichgesetzt wurden. *İrtica* wurde häufig als Schlange oder mehrköpfige Hydra dargestellt, die von den sechs „Pfeilen“ des Kemalismus – den Prinzipien Republikanismus, Nationalismus, Volksverbundenheit, Etatismus, Laizismus und Revolutionismus – aufgespießt wurde. In der Tat war die Zurschaustellung von staatlicher Gewalt als Mittel zur Beseitigung verschiedener Formen des „Reaktionismus“ die Kehrseite der optimistischen „Neuen Türkei“. Ein umfangreicher Militär-, Verwaltungs- und Justizapparat setzte diese Weltanschauung gegen ein breites Spektrum von Staatsfeinden durch: Deserteure aus dem Militär; Geistliche, die sich weigerten, Kleidung nach europäischem Vorbild zu tragen; alte Mitglieder des Komitees für Einheit und Fortschritt, denen vorgeworfen wurde, an einem Attentat auf Mustafa Kemal beteiligt gewesen zu sein; oder Anführer großer kurdischer Aufstände.

Der Kurdenaufstand von 1925 stellte tatsächlich eine ernsthafte Bedrohung für die schwache Autorität der neuen Republik im Südosten dar und diente für sie als Zeichen, dass zusätzliche Verwaltungsmaßnahmen erforderlich sein würden. Ab 1927 verwaltete die Regierung die sensiblen Grenzregionen sowie die mehrheitlich kurdischen Provinzen nicht mehr durch den normalen Staatsapparat, sondern mit Hilfe von „Generalinspektionen“, die mit außerordentlichen Befugnissen zur Umsiedlung der Bevölkerung, zur Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit und zur Sicherstellung der Loyalität gegenüber dem Regime ausgestattet waren. Die vielleicht ungeheuerlichste Demonstration staatlicher Gewalt fand jedoch ganz am Ende von Atatürks Präsidentschaft statt: die Massaker und die Zwangsumsiedlung der alevitischen Kurden von Dersim (1937–1938) mit der Begründung, die „Stammesherrschaft“ in einer der abgelegensten Regionen des Landes auszumerzen.

Erneuerung und Erstarrung (1945–2002)

Der Tod Atatürks 1938 und vor allem der Anfang des Zweiten Weltkriegs ein Jahr später brachten den geistigen und wirtschaftlichen Motor des türkischen Einparteiensystems stotternd zum Stillstand. Während des Krieges sanken Reallohn im Durchschnitt um die Hälfte. Die Regierung war indes für kritische Gegenstimmen kaum ansprechbar. In dieser Atmosphäre verhallten jegliche Appelle an politischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Zudem war in der kapitalistischen Welt nach 1945 das alte Modell einer „neuen“ Türkei als ein vom autoritären Staat aus modernisierendes Land nicht mehr zeitgemäß. Die türkische Politik öffnete sich, und Rechtsnationalisten bis Sozialisten und Sozialistinnen wagten sich, neue Parteien zu gründen. Unter den neugegründeten Parteien erzielte jedoch nur eine, die Demokratische Partei (*Demokrat Parti*, DP), unangefochtenen Erfolg. Die im Januar 1946 offiziell eingetragene DP entsprang im Wesentlichen aus dem liberalen Flügel des Einparteiensystems der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) Atatürks und unterstützte dabei tendenziell weniger staatliche Kontrolle über die Volkswirtschaft oder die Religion. 1950 wurden die ersten

demokratischen Wahlen seit 1908 durchgeführt. Von ihrem Wahlsieg 1950 bis zum Putsch im Mai 1960 genoss die DP eine absolute Mehrheit in der türkischen Nationalversammlung. Die DP-Alleinregierung strebte eine Einbettung in die westliche Sicherheitsstruktur sowie eine Annäherung an den Wohlstand des Westens an. „In dreißig Jahren werden wir zu einem kleinen Amerika“, versprach der Staatspräsident Celâl Bayar, ein Mitgründer der DP, im Jahr 1957.⁸

Nicht alle in der Türkei waren mit diesem Traum der Amerikanisierung einverstanden. In den 1960er und 1970er Jahren spielte sich der politische Ringkampf immer mehr als Ringen zwischen linken und rechten Ecken ab. Um für Gleichberechtigung im Land zu sorgen, müsse die Türkei, so linke Gruppen, sich vom imperialistischen Amerika und vom kapitalistischen Westen lösen und ihre „komplette Unabhängigkeit“ gewinnen. Die diversen rechten Parteien waren wiederum nicht so sehr pro-amerikanisch als vielmehr anti-kommunistisch. Spannungen zwischen dem Staat und der Linken einerseits und Provokationen zwischen linken und rechten Gruppen andererseits führten zu ersten Todesfällen. Diese ersten blutigen Auseinandersetzungen mündeten in den späten 1970er Jahren in einen regelrechten Bürgerkrieg, in dem täglich mehrere Bürger und Bürgerinnen getötet wurden. Die schwachen Koalitionsregierungen der 1970er Jahre, die von Mitte-Links und Mitte-Rechts geführt wurden, konnten diese Gewalt nicht eindämmen. Ein Putsch im Jahr 1980, der brutalste in der Türkei, konnte sie nur durch seine eigene Gewalt beenden. Die



...und andererseits als nach westlichem Vorbild geprägten (und gekleideten) Staatsmann.

© picture alliance/ imageBROKER | Karl F. Schöfmann



Bei dem Putsch 1980 bediente sich der Generalstabschef Kenan Evren der militärischen Stärke der türkischen Armee und der Einführung des Kriegsrechts, um die Regierung Süleyman Demirels zu stürzen.

© picture-alliance/ dpa | UPI

politische Schiefertafel der Türkei wurde dadurch leer gewischt.

Auch deswegen hatte die neue politische Generation am Ende des Kalten Krieges Mühe, sich zurechtzufinden. Die 1980er und 1990er Jahre waren Jahrzehnte, die von widersprüchlichen Tendenzen geprägt waren. Eine starke wirtschaftliche Liberalisierung führte in den 1980er Jahren zu einem beeindruckenden Wachstum, im folgenden Jahrzehnt jedoch zu schwerer Korruption und langwierigen Krisen. Private Medienkanäle vervielfachten sich, und die türkische Popmusik erlebte ihre Blütezeit, doch mit der Gründung des Obersten Rundfunk- und Fernsehrats nahm auch die Medienzensur zu. Zeitweise waren die widersprüchlichen Tendenzen so groß, dass es zwei Türkeien zu geben schien. Während im Westen des Landes die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union immer optimistischer wurde, herrschten im kurdischen Südosten Krieg und Unterdrückung. Zwischen 1984 und 1999 forderte der Krieg zwischen den türkischen Streitkräften und der kurdisch-nationalistischen militanten Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan, PKK*) Zehntausende von Menschenleben, sowohl in regulären Auseinandersetzungen als auch durch Terrorismus. Ab 1987 verhängte die Regierung einen Ausnahmezustand, wonach der mehrheitlich kurdische Südosten bis 2002 von einem „Gouverneur“ mit uneingeschränkten Rechten zur Deportation von Beamten, Militärs und Zivilisten sowie zur Zensur von Publikationen regiert wurde. Die kurdische Sprache war zwischen 1983 und 1991 ohnehin offiziell verboten, doch selbst nach der formellen Legalisierung des Kurdischen hatten kurdischsprachige oder kurdisch-nationalistische Medien lange Zeit Schwierigkeiten zu überleben. 1999, dem Jahr, in dem sowohl der PKK-Anführer Abdullah Öcalan gefangen genommen als auch die Türkei als gleichberechtigte Kandidatin für den

Beitritt zur Europäischen Union akzeptiert wurde, schien das Schicksal der Republik im nächsten Jahrtausend offener denn je.

So sehr die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Zeit der fortschreitenden, wenn auch schmerzhaften Demokratisierung für die Türkei war, so sehr erstarkten im gleichen Zeitraum zwei antidemokratische Kräfte, die oft mit der türkischen Politik in Verbindung gebracht werden. Die erste ist der sogenannte „Tiefe Staat“ (*derin devlet*). Der „Tiefe Staat“ bezeichnet eine lose verbundene Reihe von Geheimdiensten, Spezialeinheiten und paramilitärischen Organisationen, die während des Kalten Krieges in antikommunistischen Einsatztaktiken ausgebildet wurden. Diese Kräfte waren entweder nachweislich oder vermutlich an vielen der schwersten Morde und Vorfälle von Massengewalt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beteiligt: die Provokation von Pogromen gegen die griechisch-orthodoxe Bevölkerung Istanbuls im Jahr 1955, die Massaker an Aleviten in der Osttürkei zwischen 1978 und 1980 oder die tausenden von außergerichtlichen Tötungen während des Krieges gegen die PKK in den 1990er Jahren, um nur einige zu nennen.

Die zweite Kraft ist das sogenannte „Vormundschaftsregime“ (*vesayet rejimi*): eine Allianz aus hochrangigen Militärs und Justizbeamten, deren selbsternannte Aufgabe es war, das Erbe des kemalistischen Staates zu verteidigen. Militärputsche stellten ein immerwährendes Merkmal des Vormundschaftsregimes dar. In der Zeit seit 1945 wurde die demokratische Politik durch eine Reihe von Interventionen mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen zum Stillstand gebracht. Der Putsch von 1960 war zwar drakonisch (der Ministerpräsident Adnan Menderes und zwei weitere Minister wurden nach einem langwierigen Schauprozess hingerichtet), führte aber zu einer Liberalisierung

der politischen Struktur der Türkei. Die Militärintervention von 1971 machte einige dieser Öffnungen wieder rückgängig und stärkte die Exekutive. Währenddessen war der Putsch von 1980 mit seinem flächendeckenden Verbot aller politischen Parteien und der Unterdrückung aller Arten von Aktivistinnen und Aktivisten, insbesondere der Linken, am brutalsten. Das rechtsgerichtete Militärregime von 1980 bis 1983 machte die Idee einer „türkisch-islamischen Synthese“ zu einem offiziellen Bestandteil der Staatsideologie. Doch wie die Militärintervention von 1997 zeigte, war zu viel Islam auch unerwünscht. In jenem Jahr ließ das Militär die erste von Islamisten geführte Regierung fallen und bestand darauf, dass der türkische Staat eine strenge Auslegung des Laizismus, eines zentralen Merkmals des kemalistischen Staates, beibehält.

Der Aufstieg des „Vormundschaftsregimes“ ging allerdings unmittelbar mit dessen eigener Kritik einher. Von den ersten Tagen der Mehrparteienpolitik an versuchten Politiker der rechten Mitte, die Kemalisten und die CHP als volksfern und überheblich darzustellen, als Fackelträger einer Ideologie, die nur durch regelmäßige Zuführungen von Autoritarismus unter der Leitung des Militärs aufrechterhalten wird. Das türkische Volk sei reif und modern genug – so das Versprechen der DP und anderer Parteien –, dass man ihm vertraue, die richtigen Entscheidungen über seinen Fortschritt selbst zu treffen. Ein ähnliches Narrativ fand seinen Weg in die akademische Welt. Die wohl einflussreichste soziologische Analyse der Türkei zu dieser Zeit war Şerif Mardins Artikel über die „Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie“, in dem er behauptete, dass das wichtigste Merkmal der türkischen Geschichte seit den frühen Tagen des Osmanischen Reiches eine große kulturelle Kluft zwischen einem kosmopolitischen, militärisch-bürokratischen Zentrum und einer heterogenen, aber authentischen muslimischen Peripherie war.⁹ Dieses Argument implizierte, dass eine Demokratisierung die Stärkung der „Peripherie“ gegenüber der militärisch-bürokratischen Herrschaft voraussetze. Schließlich führte die Liberalisierung von Wirtschaft und Politik in den 1980er und 1990er Jahren auch zum Aufstieg der liberalen Linken, die die zentrale Rolle des Staates bei der Gewährleistung des gesellschaftlichen Fortschritts in Frage stellte. Die liberale Linke umarmte die Globalisierung, feierte die Vielfalt der Zivilgesellschaft und wollte den „Tiefen Staat“ und das „Vormundschaftsregime“ für historische Verbrechen zur Rechenschaft ziehen. Sie begrüßte daher den Aufstieg von anderen Befürwortern der Liberalisierung – auch wenn diese einer illiberalen islamistischen Vergangenheit anhängen.

Recep Tayyip Erdoğans „Neue Türkei“

Die Militärintervention von 1997 wurde zu einem Wendepunkt für die islamistische Bewegung in der Türkei. Nachdem der nationale Sicherheitsapparat den Rücktritt der von den Islamisten geführten Regierung erzwungen hatte, übernahm die Justiz das Kommando und leitete eine Reihe von Prozessen ein, die zum gerichtlich angeordneten Verbot nicht nur der Regierungspartei, sondern auch ihrer Nachfolgepartei führten und in deren Folge viele islamistische Politiker für die nächsten fünf Jahre vom aktiven politischen Leben ausgeschlossen wurden. Zweifellos schwollen in dieser Zeit die Ressentiments an. Vielen wurde außerdem klar, dass es unmöglich sein würde, mit einem rein islamistischen Programm an die Macht zu kommen. Zu denjenigen, die über die politische Sackgasse der Islamisten frustriert waren, gehörte Recep Tayyip Erdoğan, der Bürgermeister von Istanbul gewesen war, bevor er 1998 zu einer

viermonatigen Gefängnisstrafe und einem fünfjährigen Verbot der aktiven Politik verurteilt wurde.

Hinter den Kulissen begannen Erdoğan und andere „Erneuerer“ (*Yenilikçiler*) in der islamistischen Bewegung, eine Strategie für eine erfolgreiche Wahlpolitik auszuarbeiten. Die Partei, die Erdoğan und seine Weggefährten im August 2001 gründeten, die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP), spaltete sich von den Islamisten ab. Im Jahr 2002 kam sie mit dieser neuen Plattform an die Macht: Anstelle des Protektionismus der traditionellen Islamisten und ihrer verschwörerischen Ansichten über den Weltkapitalismus forderten die Gründer der AKP wirtschaftlichen Liberalismus und die uneingeschränkte Teilnahme an globalen Institutionen, einschließlich der Europäischen Union. Im Unterschied zu einigen Islamisten, die die Einführung des islamischen Rechts forderten, präsentierte sich die AKP als „konservativ-demokratische“ Partei nach dem Vorbild der christdemokratischen Parteien in Westeuropa.

Vor allem aber gelang es Erdoğan und der AKP, die unter Islamisten verbreitete Kritik am Kemalismus als einem Regime, das vor allem fromme Muslime unterdrückte, in eine allgemeine Kritik am kemalistischen Vormundschaftsregime umzuwandeln, das praktisch alle Menschen gleichermaßen unterdrückt habe – sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime, Bauern und Dichter, Türken und Kurden. Sinnbildlich für diese Ausweitung der Kritik am Kemalismus war die sogenannte „kurdische Öffnung“ – eine Reihe von Maßnahmen, die von der AKP zwischen 2004 und 2013 vorangetrieben wurden und die den Gebrauch der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit förderten, die Verfolgung durch den Sicherheitsapparat zu beenden versuchten und der kurdi-



Während einer Pressekonferenz im April 1998 zitierte der damalige Istanbuler Bürgermeister Recep Tayyip Erdoğan aus einem Gedicht von Mehmet Cevat Örnek den Satz „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“. Für eine ähnlich formulierte Passage, die er während eines Auftritts in Siirt zitiert haben soll, wurde Erdoğan wegen Volksverhetzung zu einer Gefängnisstrafe und einem Politikverbot verurteilt.

© picture-alliance/ dpa | Mehmet Gulbiz

schen Identität einen Teil ihres Stigmas nahmen. Im Jahr 2011 signalisierte Erdoğan beispielsweise seine Bereitschaft, sich im Namen des Staates für die Massaker an alevitischen Kurden in den Jahren 1937 bis 1938 zu entschuldigen, die er als „eines der schmerzlichsten und tragischsten Ereignisse unserer jüngsten Geschichte“ bezeichnete. Zugleich distanzierte er sich von den Ereignissen. Die CHP, die Partei Mustafa Kemals, habe die eigentliche Verpflichtung, sich zu entschuldigen: „Denn in dieser Zeit regierte die CHP allein als eine einzige Partei. Solche Dinge gibt es in der Vergangenheit der CHP. Gott sei gelobt, dass wir so etwas in unserer eigenen Vergangenheit nicht haben.“¹⁰ Die Bemühungen des Militärs und der Justiz, die AKP auszuschalten (2008) oder die Wahl ihres Kandidaten zum Präsidenten zu verhindern (2007), haben nur dazu beigetragen, deren Behauptung zu untermauern, dass die Unterstützung der AKP der einzige Weg sei, die Türkei zu demokratisieren und das „Vormundschaftsregime“ zu zerstören.

Gestützt auf eine breite Basis von Konservativen, Liberalen, Nationalisten und Islamisten, bekämpfte die AKP erfolgreich viele Aspekte dieses Regimes. In Bezug auf das Militär wurden Verfahren gegen hunderte prominente Angeklagte eingeleitet, um interne Spaltungen in der türkischen Armee auszunutzen und Offiziere zu entfernen, die angeblich mit dem „Tiefen Staat“ in Verbindung standen. Zwei langwierige Prozesse (2008–2016, 2010–2014 mit laufenden Berufungen) erwiesen sich später als politisch motiviert und fehlerhaft geführt, und die meisten Verurteilungen wurden aufgehoben. Nichtsdestotrotz gab es nach diesen Prozessen, zusammen mit einem weiteren Prozess gegen die Anfänger der Intervention von 1997, kein Zurück mehr, was die Kontrolle der Zivilisten über das Militär angeht. Was die Justiz anbelangt, so hat ein erfolgreiches Verfassungsreferendum im Jahr 2010, das von der Regierungspartei initiiert wurde, viele Aspekte des Justizsystems reformiert und der Justiz mehr Kontrolle über Verbrechen gegeben, die von Mitgliedern des Militärs begangen wurden. Gleichzeitig gaben die Änderungen der Regierung jedoch weitreichende neue Befugnisse über die Zusammensetzung des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte, der die Ernennung und Entlassung von Richtern und Staatsanwälten kontrolliert und die Mitglieder für zwei der obersten Gerichte des Landes wählt.

Nachdem er sich auf diese Weise mit dem alten Regime auseinandergesetzt hatte, präsentierte Erdoğan ab 2013 nun auch seine Vision für eine „Neue Türkei“. Mit ihren widersprüchlichen Strängen ähnelte Erdoğan's Vision vielleicht am ehesten dem Osmanischen Reich, das sich die „Neuen Osmanen“ in den 1860er und 1870er Jahren vorgestellt hatten. Einerseits bejahte Erdoğan's „Neue Türkei“ ihre multikulturelle und multikonfessionelle Realität, einschließlich der Nicht-Muslime. Als Erdoğan im November 2013 auf einer Kundgebung in Diyarbakır zum ersten Mal von der „Neuen Türkei“ sprach, sagte er: „In der Neuen Türkei gibt es keine Diskriminierung, keine Ausgrenzung und keinen Hass. Es wird keine Verleugnung, Ablehnung oder Assimilierung geben. Sowohl Aleviten als auch Sunniten sind in diesem Land Bürger erster Klasse. Wir werden nicht zulassen, dass sich eine neue ‚Ein-Parteien-Mentalität‘ durchsetzt.“¹¹ Gleichzeitig sollte die „Neue Türkei“ aber auch die islamischen Wurzeln des Landes nach mehr als einem Jahrhundert der Säkularisierung wiederbeleben und die Bürger und Bürgerinnen hinter der Idee einer einzigen muslimischen Nation (*millet*) vereinen, mit ihrer einzigen Heimat und ihrer einzigen Flagge. In einer Rede, die er im September 2014 in Ankara hielt, sagte Erdoğan: „Was immer man uns in den letzten 200 Jahren hat vergessen lassen, hat einen Teil unserer Seele, unseres Wesens als Nation abgeschnitten. [...]

Mit der ‚Neuen Türkei‘ wenden wir uns den Wurzeln unserer Geschichte und Zivilisation zu und beginnen, uns an das zu erinnern, was in Vergessenheit geraten ist.“¹²

Abgesehen von diesem doppelten Diskurs ähnelte Erdoğan's „Neue Türkei“ jedoch auch in anderer Hinsicht der Lage Mitte des neunzehnten Jahrhunderts: Das Hauptaugenmerk lag in beiden Fällen auf der Schaffung eines neuen Verfassungssystems. Eine neue Verfassung, die die vom Militär diktierte Verfassung von 1982 ersetzen sollte, war ein zentrales Versprechen des im September 2014 vorgestellten Parteiprogramms der AKP: „Die Neue Türkei sollte mit einer eigenen zivilen und demokratischen Verfassung verwaltet werden.“¹³

Die AKP bemühte sich damals in scheinbar guter Absicht, alle großen Parteien in eine Kommission zur Ausarbeitung einer gemeinsamen neuen Verfassung einzubinden. Trotz erheblicher Verhandlungsfortschritte konnten sich alle vier Parteien nicht auf Erdoğan's Hauptanliegen einigen: den Wechsel von einem parlamentarischen zu einem Präsidentsystem. Im August 2014 war Erdoğan der erste direkt gewählte Präsident der Türkei geworden. Für ihn stellte seine Wahl jedoch erst den Anfang dar. Für die „Neue Türkei“ sah die AKP eine Stärkung der Befugnisse des Präsidenten und eine Schwächung des Ministerpräsidenten vor, angeblich um „Unklarheiten“ zwischen den Befugnissen der beiden Ämter zu beseitigen. Nachdem es aber Erdoğan nicht gelungen war, eine neue Verfassung mit der Zustimmung der anderen Parteien auszuarbeiten, wandte er sich mit seiner Forderung nach einem gestärkten Präsidentenamt an das Volk.

Im Juli 2016, als sich die Verfassungskommission auflöste und erste Pläne für ein Referendum besprochen wurden, wurde die Türkei von einem Ereignis erschüttert, das sie nicht mehr für möglich gehalten hatte: einem (versuchten) Militärputsch. Anhängern des muslimischen Predigers Fethullah Gülen, einem früheren Verbündeten der AKP-Regierung, wurde vorgeworfen, die Operation geplant und durchgeführt zu haben. Prompt wurde der Ausnahmezustand verhängt. Dieser zwei Jahre andauernde Ausnahmezustand ermöglichte es Erdoğan's Ministerkabinett, faktisch nach eigenem Ermessen zu regieren. Die Umstände begünstigten einen starken Führer. Im Januar 2017 stimmten etwas mehr als 51 Prozent der türkischen Wählerinnen und Wähler in einem irregulär unter diesem Ausnahmezustand durchgeführten Verfassungsreferendum dem Wunsch Erdoğan's zu, den Präsidenten gleichzeitig zum Staatsoberhaupt und Regierungschef zu machen.

Trotz aller Versprechungen einer auf verstärkter Demokratisierung basierenden „Neuen Türkei“ fand der Wechsel zu einem Präsidentsystem eigentlich inmitten eines zehnjährigen Umschwungs in Richtung Autoritarismus statt, der auf einer Polarisierung – und zeitweise Terrorisierung – bestimmter Teile der türkischen Gesellschaft beruhte. Die liberale Linke, die die ursprüngliche Demokratisierungsagenda der AKP weitgehend unterstützt hatte, brach 2013 nach der Niederschlagung einer übergreifenden städtischen Protestbewegung um den Gezi-Park in Istanbul endgültig ihre Unterstützung ab. Seitdem haben sich die Regierungsbeamten scharf von der Beteiligung an der westlichen liberalen Ordnung abgewandt und zeigen Paranoia gegenüber dem Einfluss des Westens durch NGOs. Die Zwangsstrafen für liberale Journalistinnen und Journalisten, die willkürlich lange Inhaftierung von NGO-Organisatoren oder die absichtliche Entwertung prestigeträchtiger Universitäten durch die Einsetzung linientreuer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind Beispiele für diesen Kurswechsel.



Nachdem Bürgerinnen und Bürger friedlich für den Erhalt der Bäume nahe des Istanbuler Gezi-Parks demonstriert hatten, wurden am 31. Mai 2013 bei der Räumung des Parks hunderte Menschen durch Polizeigewalt verletzt. Daraufhin entwickelte sich der Park und der anliegende Taksim-Platz zum Protestzentrum und -symbol zivilgesellschaftlicher und oppositioneller Gruppen. © picture alliance/ abaca | AA

Eine weitere Gruppe, die bestraft wurde, waren Anhänger und Anhängerinnen der Gülen-Bewegung, die von der Regierung nun als „Fethullah-Gülen-Terrororganisation/Parallelstaatliche Struktur“ bezeichnet wird. Hierbei mobilisierte die „Neue Türkei“ ihren Polizei- und Justizapparat in einer Weise, wie es seit dem Putsch von 1980 nicht mehr der Fall war. In den Jahren unmittelbar nach dem Putschversuch von 2016 wurde gegen fast 600.000 Bürgerinnen und Bürger unter dem Vorwurf des Terrorismus ermittelt, von denen mehr als die Hälfte festgenommen wurde; über 125.000 Staatsbedienstete wurden entlassen; und fast 3.000 Einrichtungen wurden geschlossen, darunter fast 200 Medienunternehmen.

Schließlich waren aber die Kurden erneut die Hauptleidtragenden des staatlichen Sicherheitsapparats. Die größte prokurdische Partei in der Türkei, die Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP), hatte bei ihren ersten Parlamentswahlen 2015 erstaunliche Gewinne erzielt. Im selben Jahr endete jedoch der Waffenstillstand zwischen der PKK und dem Staat, und die türkischen Streitkräfte begannen mit Operationen in mehreren Städten im Südwesten, die für den Widerstand der PKK bekannt waren. In den Jahren 2015 und 2016 wurden große Teile dieser Städte während dieser Operationen vollständig zerstört und Tausende von Menschen zur Migration gezwungen. Nach Aufrufen zum Protest gegen die Operationen wurden die beiden Vorsitzenden der HDP sowie ein Dutzend ihrer Parlamentsabgeordneten verhaftet. Eine erhebliche Zahl von gewählten Kommunalbeamten, darunter die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen großer Städte mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit, wurden aus ihren Ämtern entfernt und durch Funktionäre des Innenministeriums ersetzt. Ein letzter Schlag gegen die kurdische Beteiligung an der türki-

schen Politik wäre die Auflösung der HDP in ihrer Gesamtheit – gegen die Partei hat einer der obersten Staatsanwälte der Türkei im Jahr 2021 eine Verbotsklage eingereicht, die derzeit vom Verfassungsgericht geprüft wird.

Kommt bald eine „Brandneue Türkei“?

Bis vor wenigen Jahren wäre die Aufgabe, eine hundertjährige politische Geschichte der Republik Türkei zu schreiben, verhältnismäßig einfach: nach einer Zusammenfassung der politischen Vision ihres Gründers hätte man eine Bilanz der im Rahmen dieser Vision gelungenen und missglückten Reformen gezogen. Die ersten Erdoğan-Jahre hätten sich lediglich als provisorisch optimistisches Fragezeichen in diesen Schlussbemerkungen manifestiert. Dass Erdoğan bis mindestens 2023 an der Macht bleibt – weitaus länger als Atatürk – bleibt jedoch keine Frage mehr. Im nächsten Jahrhundert werden Historikerinnen und Historiker der Türkei daher mit der Notwendigkeit konfrontiert sein, mehrere Gründungsvisionen miteinander zu vergleichen. Während die post-kemalistische Geschichtsschreibung im späten zwanzigsten Jahrhundert sich vorwiegend mit der Frage auseinandersetzte, inwiefern die Gründung der Republik einen tatsächlichen Bruch vom politischen System und Weltbild des späten Osmanischen Reichs vollzog, werden künftige Historiker und Historikerinnen sich mit den Quellen der autoritären Wende der 2010er Jahre beschäftigen. Die möglichen Hypothesen sind fast zahllos: Die Autoritarisierung der Türkei kann, je nach Perspektive, als Rückfall in ein immer wieder rückkehrendes Vormundschaftsregime verstanden werden, oder als Folge übermäßiger persönlicher Ambitionen bzw. fehlender Opposition. Manche Mitglieder der Regierungspartei begrüßen wiederum die Änderungen und

reden sogar vom neuen Regime als „schließende Klammer“ einer von (Selbst-)Kolonialismus und Nachäfferei verursachten und jahrhundertlangen kulturellen und religiösen „Schwäche“.

Für eine post-Erdoğan'sche Geschichtsschreibung der Republik Türkei ist es heute, anfangs 2023, zu früh. Dennoch lässt sich die Frage, was diese beiden Gründungsvisionen möglicherweise vereint, schon stellen: Woher kommt das immer wiederkehrende Bestreben, die Türkei als „neu“ darzustellen? Bei der Betonung einer neuen Türkei, ob 1923 oder 2013 (oder gar 1908), geht es nie einfach darum, dem politischen Leben der Türkei dieses oder jenes Merkmal anzuhängen. Stattdessen deutet sie immer auf eine revolutionäre Absicht hin, die Vergangenheit zu beseitigen. Diejenigen, die den Diskurs einer „Neuen Türkei“ verwenden, beanspruchen die Macht, sich der Mitglieder des vorherigen Regimes zu entledigen. „Die Neue Türkei hat nichts mehr mit der alten Türkei gemein“, sagte Mustafa Kemal einem französischen Journalisten im Jahr 1922. „Die osmanische Regierung gehört der Geschichte an. Es ist eine neue Türkei, die gerade geboren wurde. Die Nation hat sich natürlich nicht verändert. Sie besteht aus demselben türkischen Element, aber was sich ändert, ist das System der Verwaltung.“¹⁴ In ähnlicher Weise sagte Erdoğan 2017 mit Blick auf frühere Puttsche: „Wer es wagt, die AK-Partei in das gleiche Schicksal zu ziehen wie man es in früheren Regimen mit den anderen Regierungsparteien dieses Landes gemacht hat, wird es zuerst mit eurem Bruder [=Erdoğan] zu tun bekommen [...] Die Alte Türkei gibt es nicht mehr, diese Türkei ist die Neue Türkei.“¹⁵ Außerdem stand in beiden Fällen das „Alte“ nicht nur für ein abgehobenes autoritäres Regime, sondern auch für die ganze Mentalität, die diesem Regime zugrunde lag: Wo Atatürk von religiöser „Engstirnigkeit“ sprach, spricht Erdoğan beispielsweise von einer autoritären „CHP-Mentalität“.

Freilich verwendeten Atatürk und Erdoğan den Begriff „Neue Türkei“ auf unterschiedliche Weise: Atatürks Neue Türkei war vor allem nach außen gerichtet und sollte die Etablierung und Anerkennung eines neuen Nationalstaates erleichtern. Erdoğan's Neue Türkei richtete sich wiederum an ein inländisches Publikum und präsentierte ein wahres Sammelsurium unterschiedlicher, sogar widersprüchlicher Ziele. Doch in beiden Fällen deutete die „Neue Türkei“ auf die Absicht hin, die Autorität des nationalen Führers in politisch unsicheren Momenten zu konsolidieren. Was diesen Diskurs über die „Neue Türkei“ so mächtig machte, war die Art und Weise, wie er die Vorstellung einer populären „Nation“ mit dem nationalen Führer verband. Diese Nation selbst brauchte nicht erneuert zu werden. Die Strukturen,

die ihrer Erneuerung im Wege standen, mussten bloß von einem Mann beseitigt werden, der über die richtige Beziehung zur Nation verfügte. Wie die Aussage von Mustafa Kemal zeigt, wird der Schritt zur „Neuen Türkei“ anhand von einem „unveränderlichen“ nationalen Willen begründet. Für Erdoğan jedoch war das republikanische Regime, das am 29. Oktober 1923 begann und mit der Vormundschaft assoziiert wurde, nicht das A und O der nationalen Politik. Die Nation gab es auch davor. Vielmehr war die nationale Bewegung Mustafa Kemals eine von vielen gleichwertigen türkisch-muslimischen Errungenschaften auf anatolischem Boden. Die letzte dieser Errungenschaften sei seine eigene direkte Wahl zum Präsidenten im August 2014 gewesen. „Heute ist ein historischer Tag“, verkündete Erdoğan damals in seiner Siegesrede vor einer jubelnden Menge. „Heute ist der Tag, an dem der Staat die Nation mit Wertschätzung umarmt. Heute ist der Tag, an dem die letzten Reste eines despotischen, tyrannischen und arroganten Staates, der auf seine eigene Nation herabschaut, verschwinden, und es ist der Tag, an dem das Verständnis eines Staates, der die Nation mit Mitgefühl umarmt, eines Staates, der seine Existenz von seiner Nation ableitet und der aus seiner Nation Kraft schöpft, siegreich hervorgeht.“¹⁶

Da sie für sich in Anspruch nimmt, die alleinige Kontrolle über die Richtung der türkischen Gesellschaft zu haben, ist die Behauptung, eine „Neue Türkei“ zu schaffen, mit Vorsicht zu genießen. Diejenigen, die diesen Anspruch erheben, fordern das alleinige Recht auf eine organische Verbindung zwischen der Nation und der Regierungspartei ein. Dies erschwert es aber, irgendwelche politischen Vorstellungen jenseits der Fortsetzung der eigenen Herrschaft zu akzeptieren. Aus diesem Grund gaben die Kommunalwahlen 2019 denjenigen, die nach einer Schwachstelle im zunehmend gepanzerten türkischen Autoritarismus suchten, Grund zur Hoffnung: In den beiden größten Städten der Türkei wechselte das Amt des Bürgermeisters überraschenderweise zur Opposition. Im Falle des Bürgermeisters von Istanbul geschah dies sogar, nachdem der Staat die ersten Wahlergebnisse annullieren ließ. Für den erfahrenen Journalisten Ruşen Çakır war dieser erfolgreiche Stimmenwiderstand ein Zeichen für das Entstehen einer „brandneuen Türkei“, die „demokratisch, freiheitsliebend und hoffnungsvoll“ werden könnte.¹⁷ Im nächsten Jahrhundert wird es sicherlich zu grundlegenden Auseinandersetzungen über die Richtung der Türkei nach Erdoğan kommen. Unterschiedliche Führungspersönlichkeiten werden dabei wohl auch ihre eigenen exklusiven Visionen einer neuen Ordnung anbieten. Wenn es aber eine wirklich „neue“ Türkei geben soll, wird sie jedoch unangekündigt kommen müssen.

Dr. Alexander E. Balistreri

KURZVITA

ist seit 2017 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Nahoststudien der Universität Basel. Er forscht und lehrt zur modernen Geschichte der Türkei und ihrer Region. Nach seinem Studium in Wisconsin, Princeton und Istanbul promovierte Balistreri an der Princeton University zum türkisch-kaukasischen Grenzgebiet.

Anmerkungen

- 1 Josef Hans Lazar (1923): Gespräch mit Mustafa Kemal. In: *Neue Freie Presse* Nr. 21215 (2.10.), S. 1–2.
- 2 Heinrich Zimmerer (1915): Die neue Türkei in ihrer Entwicklung von 1908 bis 1915. Leipzig, S. 25.
- 3 Lev Trockij (1909): *Novaja Turcija*. In: *Kievskaja Mysl'* Nr. 3 (9.1), Nachdruck: L. Trockij (1926). *Sočinenija*, T. 6: Balkany i Balkanskaja Vojna. Moskau, S. 6–13.
- 4 Clarence Streit (1921): *The Unknown Turks: Mustafa Kemal Paşa, Nationalist Ankara & Daily Life in Anatolia*, January–March 1921. Hrsg. von Heath W. Lowry. Istanbul, S. 84.
- 5 Şule Perinçek, et al. (Hrsg.) (2016): *Atatürk'ün Bütün Eserleri*, Bd. 14, 4. Aufl. Istanbul, S. 315.
- 6 Perinçek, S. 337.

- 7 Edmund Schopen (1938): Die neue Türkei. Leipzig, S. 92. Für ein etwas nüchterneres Werk zum Thema vgl. Kurt Ziemke (1930): Die neue Türkei. Politische Entwicklung 1914–1929. Stuttgart.
- 8 Anon. (1957): Bayar, '30 yıl sonra küçük bir Amerika olacağız' dedi. In: Vatan Nr. 5895 (21.10.), S. 1, 3.
- 9 Şerif Mardin (1973): Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics? In: Daedalus 102, Heft 1/1973, S. 169–190.
- 10 Anon. (2011): Başbakan Erdoğan'dan Dersim özü. In: BBC News Türkçe (23.11.). URL: https://www.bbc.com/turkce/haberler/2011/11/111123_dersim [5.12.2022].
- 11 Anon. (2013): Başbakan Erdoğan: Yeni Bir Türkiye İnşa Ediyoruz. In: Bianet (16.11.). URL: <https://m.bianet.org/bianet/siyaset/151357-basbakan-erdogan-yeni-bir-turkiye-insa-ediyoruz> [5.12.2022].
- 12 Recep Tayyip Erdoğan (2018): 2023'e Doğru: Yeni Türkiye Vizyonu. 1. Cilt. Ankara, S. 15.
- 13 62. Hükümet Programı (2014): In: *Resmî Gazete* Nr. 29112 (7.9.), S. 17–18.
- 14 Robert Vaucher (1922): Une conversation de Mustapha Kemal Pacha. In: *Le Petit Parisien* 47, Nr. 16682 (1.11.), S. 3.
- 15 Anon (2017): Erdoğan: Her yıl 26 Ağustos'ta da anma yapacağız. In: *Gazete Duvar* (8.8.). URL: <https://www.gazeteduvar.com.tr/politika/2017/08/08/erdogandan-kilicdarogluna-isin-nereye-varabilecegini-bildigi-icin-korku-artiyor> [5.12.2022].
- 16 Rede von Recep Tayyip Erdoğan am 10.8.2014. URL: https://youtu.be/y_61rNa3nVY [5.12.2022].
- 17 Ruşen Çakır (2019): Adımı koyalım: Yepyeni Türkiye (5.4.). URL: <https://youtu.be/FHVApjVyCiU> [5.12.2022].

LITERATUR

- Findley, Carter Vaughn (2010): *Turkey, Islam, Nationalism, and Modernity. A History.* New Haven, Conn..
- Kieser, Hans-Lukas (2005): *Vorkämpfer der „Neuen Türkei“. Revolutionäre Bildungseliten am Genfersee (1870–1939).* Zürich.
- Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (2020): *Geschichte des Osmanischen Reichs und der modernen Türkei.* 3. aktuell. und erw. Aufl. Stuttgart.
- Kreiser, Klaus (2012): *Geschichte der Türkei.* Von Atatürk bis zur Gegenwart. München.
- Lord, Ceren (2018): *Religious Politics in Turkey. From the Birth of the Republic to the AKP.* Cambridge.
- Reinkowski, Maurus (2021): *Geschichte der Türkei.* Von Atatürk bis zur Gegenwart. München.
- Steinbach, Udo (2020): *Geschichte der Türkei.* 2. durchges. Aufl. München.
- Üngör, Uğur Ümit (2011): *The Making of Modern Turkey. Nation and State in Eastern Anatolia, 1913–1950.* Oxford.
- Zürcher, Erik J. (2017) [1993]: *Turkey: A Modern History.* 4. Aufl. London.

Impressum

Die Zeitschrift »Bürger & Staat« wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.
 Direktion der Landeszentrale: Lothar Frick, Sibylle Thelen
 Redaktion: Dr. Maike Hausen, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Fax (07 11) 16 40 99-77
 Druckvorbereitung: Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei GmbH, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,
 Tel.: 07 31/94 57-0, Fax: 07 31/94 57-2, www.suedvg.de
 Druck: Druckhaus Waiblingen, Remstal-Bote GmbH, Albrecht-Villinger-Straße 10, 71332 Waiblingen,
 Tel.: 0 71 51/5 66-0, Fax: 0 71 51/5 66-330
 Versand: Braun Direktwerbung GmbH, Postweg 7, 89155 Erbach, Tel.: 0 73 05/9 66-130, Fax: 0 73 05/9 66-136
 »Bürger & Staat« erhalten Sie über den Online-Shop der LpB: www.lpb-bw.de/shop
 Schulen und andere Bildungseinrichtungen können auf Anfrage in den kostenfreien Erstverteiler der Zeitschrift aufgenommen werden.
 Anfragen dazu bitte an: barbara.bollinger@lpb.bwl.de
 Für die inhaltlichen Aussagen der Beiträge tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Ethnisch-religiöse Minoritäten in der Türkei im Spiegel des hundertjährigen Minderheiten- und Nationenverständnisses (1923–2023)

Burak Çopur

Der höchst restriktive Umgang der Türkei mit ihren Minderheiten basiert auf einer *türkisch-sunnitischen Identitätskonzeption* (TSI), die durch ein stark nationalistisch geprägtes Minderheitenverständnis und eine minderheitenkritische Haltung den gesellschaftlichen Nährboden für Stereotype, Anfeindungen und Hassverbrechen gegenüber Minoritäten legt. In seinem Beitrag legt Burak Çopur dar, wie für eine konstruktive Lösung der Minderheitenproblematik die Türkei ihre überholte ethnisch-religiöse Staatsbürgerschaftsdefinition (Abstammungsprinzip *ius sanguinis*) zugunsten eines territorialen Geburtsortsprinzips (*ius soli*) aufgeben und ihr Nationen- und Minderheitenverständnis reformieren müsste. Dies würde unweigerlich eine Transformation von einem bisher klassisch-homogenen Nationalstaatsgedanken des 20. Jahrhunderts hin zu einer modernen pluralistisch-demokratischen Staatsidee des 21. Jahrhunderts mit sich bringen. Nur auf Grundlage einer rechtlichen und faktischen Anerkennung der ethnisch-kulturellen Vielfalt der Türkei kann es gelingen, einen Demokratisierungsprozess in der Türkei anzustoßen und eine zeitgemäße Identität für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Türkei zu entwickeln. Diese neue pluralistische türkische Identität würde dann nicht mehr Minderheiten als Gefahr und Bedrohung betrachten, sondern vielmehr als Chance und Bereicherung für ein friedliches Zusammenleben.

Am 25. August 2022 bedrohte der türkische Rechtsextremist Tolgahan A. in einer evangelischen Kirche der ostanatolischen Stadt Malatya ein Gemeindemitglied und teilte diesem mit, dass er beauftragt worden sei, ihn und zwei weitere Angehörige der Kirche umzubringen. In seiner Polizeivernehmung gab Tolgahan A. später an, er wäre bereits mit einem Freund für einen Anschlag in der Kirche gewesen, sie hätten allerdings von der Tat Abstand genommen, als sie ein an einem Computer spielendes Kind sahen.¹

Dieser Vorfall ruft traurige Erinnerungen hervor, als junge Rechtsextremisten am 18. April 2007 erneut in Malatya drei Vertretern des christlichen Zirve-Verlages, darunter auch dem deutschen Missionar Tilmann Geske, die Kehlen durchschnitten und grauenhaft ermordeten. Nicht zu vergessen bleibt ebenfalls der schreckliche Mord an Priester Andrea Santoro der katholischen Kirche Santa Maria in der Schwarzmeerstadt Trabzon durch einen rechtsextremistischen Jugendlichen am 5. Februar 2006 sowie die kaltblütige Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten und Bürgerrechtlers Hrant Dink durch einen 16-Jährigen Rechtsextremisten am 19. Januar 2007.²

Diese (versuchten) Attentate und Massaker aus der jüngsten Vergangenheit an ethnisch-religiösen Minderheiten sind keine Zu- oder Einzelfälle, sondern sind systemimmanent und ziehen sich kontinuierlich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Türkei – mal mehr, mal weniger mit Tolerierung beziehungsweise indirekter Unterstützung des türkischen Staates. Die Grundlage für die Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung, den Hass und die Massakrierung von ethnisch-religiösen Minoritäten bildet vielmehr das türkische Minderheiten- und Nationenverständnis der

Türkei, das eine lange Ideologiegeschichte bis in das Osmanische Reich vorzuweisen hat.

Das Minderheitenverständnis im Osmanischen Reich

Im Osmanischen Reich existierte mit dem *Millet*-System eine auf dem islamischen Recht basierende Rechtsordnung, die die Rechte und Pflichten der nichtmuslimischen Minderheiten regelte (Akgönül 2011: 116 ff.). Das osmanische Volk war in zwei Klassen untergliedert: Über allen Gruppen stand die herrschende muslimische Klasse (*millet-i hakime*); dieser herrschenden Elite waren wiederum zum Beispiel die griechischen, armenischen und jüdischen Nichtmuslime als Millet untergeordnet (*millet-i mahkûme*) (Oran 2018: 46). Die nichtmuslimischen Gemeinschaften unterhielten Religionsstätten, Schulen, Krankenhäuser und ihre geistlichen Repräsentanten konnten unter ihren Mitgliedern sogar Recht sprechen. Diese Freiheiten hatten jedoch einen hohen Preis, denn die Nichtmuslime mussten im Vergleich zu den Muslimen deutlich höhere Kopfsteuern (*cizye*) bezahlen. Die Minderheiten waren im Osmanischen Reich somit „Bürger zweiter Klasse“, den türkisch-sunnitischen Muslimen rechtlich und hierarchisch nicht gleichgestellt und in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt. Andererseits genossen sie wiederum bei der Praktizierung ihrer Religionsangelegenheiten eine weitgehende Selbstbestimmung (ebd.). Die Autonomie der nichtmuslimischen Minderheiten stand allerdings wenig mit einem toleranten multikulturellen Minderheitenverständnis des Osmanischen Reiches im Zusammenhang, sondern war vielmehr Ausdruck der Ausnutzung von wirtschaftlichen

Ressourcen dieser Bevölkerungsgruppen und einer vermeintlichen Rücksichtnahme gegenüber den Minderheiten aus innen- und außenpolitischen Machtkalkülen.³

Diese diskriminierende Praxis gegenüber den Minoritäten im Osmanischen Reich wurde später mit den *Tanzimat*-Reformen 1839/1856 *de jure* aufgehoben (Kreiser/Neumann 2003: 330 ff.). Damit eröffnete sich zum Beispiel auch für Nichtmuslime der Zugang zum Staatsdienst und der Benachteiligung von Nichtmuslimen bei der Besteuerung wurde ein Ende gesetzt. Diese Reformphase begünstigte allerdings in Teilen des Reiches auch Nationalbewegungen unter den christlichen Religionsgemeinschaften; im Zuge der *Tanzimat*-Reformen kam es unter anderem zu Unabhängigkeitsforderungen auf dem Balkan, bei denen einige Volksgruppen aus dem Reich austraten. Diese Reformen förderten einerseits den ökonomischen Aufstieg der Nichtmuslime im Westen des Osmanischen Reiches, andererseits lösten sie Abstiegsängste und Konkurrenzgefühle bei den Muslimen im gesamten Reich aus.

Mit der Entstehung der Idee des Nationalstaats und der Gründung von Nationalstaaten auf dem früheren osmanischen Staatsgebiet erschienen die ehemaligen nichtmuslimischen Untertanen, welche mit dem Nationalstaatsgedanken sympathisierten, als potenzielle Gegner des Reiches und später, so zumindest in der Wahrnehmung der Jungtürken, als innere Feinde der werdenden neuen türkischen Nation (Akçam 2012). Die Jungtürken, darunter viele Offiziere und Akademiker, die auch in Europa ausgebildet worden und dort verstärkt mit der Ideologie des Nationalismus in Berührung gekommen waren, gehörten anfangs zu jenen Reformbewegungen, die als Reaktion auf die autoritäre Politik des Sultanats entstanden waren. Sie wollten jedoch den Zerfall des Reiches nicht mit einer Demokratisierung aufhalten, sondern mit der Etablierung einer nationalen Identitätspolitik. Der Ideologie des Panislamismus des Osmanischen Reiches setzten die Jungtürken den türkischen Nationalismus entgegen: „In der Ideologie der Jungtürken“, schreibt der Historiker Mihran Dabag, „war ein türkisches Volk somit nur als ‚soziale Einheit‘ denkbar, als absolute ‚Harmonie‘ der Einzelelemente, und als Gesamtzusammenhang von Kultur und Fortschritt, Territorium und Rasse. So wurden beispielsweise die Armenierinnen und Armenier nicht zufällig im

Rahmen der jungtürkischen Ideologie zunehmend zum grundsätzlich Nicht-Integrierbaren Anderen, zum ‚inneren Fremden‘ und ‚politischen Feind‘, zu einem Hindernis für die Verwirklichung ihrer Vision“ (Dabag 2014).

Folglich setzte sich im Staatsverständnis des Osmanischen Reiches, trotz der Reformphase, die Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Verfolgung der Minderheiten weiter fort – wie beispielsweise durch den Völkermord an den Armeniern 1915 (Gust 2005; Thelen 2010), den Massennord an den Suryoye, syrisch-aramäischer Christen, 1915 und den Pontus-Griechen 1919 und durch das Massaker an kurdischen Aleviten 1921 (*Koçgiri*). Ein gewichtiger Faktor als Auslöser dieser Verbrechen waren eben die Transformationsbestrebungen des Osmanischen Reiches von einem multireligiös-multietnischen imperialen Reich hin zu einem zentralistisch-homogen orientierten Nationalstaat (Akçam 2004).

Auch mit der Gründung der türkischen Republik 1923 unter Atatürk hat der Staat den Anspruch der Jungtürken nie aufgegeben (zumal Atatürk selbst der jungtürkischen Bewegung angehörte), dass die „herrschende Klasse“, also die „Bürger erster Klasse“, konkret die sunnitisch-türkischen Muslime, durch die Zugehörigkeit zum Türkentum und zum Islam definiert wird. Die letzte Phase des Osmanischen Reiches war der Türkischen Republik deshalb ideologisch viel näher als gemeinhin angenommen wird. Denn auf Grundlage der nationalistischen Ideologie der Jungtürken wurde das ausgrenzende Minderheitenverständnis des Osmanischen Reiches unter anderen Vorzeichen auf die Türkische Republik übertragen.

Das Minderheitenverständnis der Türkei im Kontext der türkisch-sunnitischen Identitätskonzeption (TSI)

Nach offizieller türkischer Staatsdoktrin wird die Definition von Minderheiten und ihren Rechten mit dem Vertrag von Lausanne (1923) im Abschnitt III in den Artikeln 37–45 geregelt, die bis heute ihre Gültigkeit haben (Künnecke 2007; Oran 2021).⁴ Demnach existieren in der Türkei nur drei Minderheiten, deren Anerkennung in der Praxis aus diesem Vertrag abgeleitet wird (wenngleich sie explizit im Vertragstext



Gedenkveranstaltung an Hrant Dink in Istanbul aus dem Jahr 2014. Der armenisch-türkische Journalist hatte den Völkermord an den Armeniern öffentlich thematisiert und war am 19. Januar 2007 vor dem Gebäude seiner Zeitung Agos auf offener Straße erschossen worden.

© picture alliance / dpa | Sedat Suna



Denkmal für die ermordeten Pontosgriechen des Osmanischen Reiches im australischen Adelaide.

© Harry Tavlariadis/Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0. URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

nicht so benannt werden): die griechisch-orthodoxe, die armenische und die jüdische Minderheit. Alle drei Gruppen zählt der türkische Staat zu den sogenannten Nichtmuslimen (*gayrimüslimler*) (Seufert 2008). Ungeachtet dessen genießen selbst anerkannte christliche Minderheiten aufgrund der restriktiven Auslegung der Gesetze bis heute keine umfassende Freiheit (Oran 2005: 81 ff.). Zudem werden die Rechte der nichtmuslimischen Minderheiten, die wie die Protestanten, Suryoye oder Yeziden offiziell nicht als Minorität anerkannt sind, vom türkischen Staat systematisch ignoriert (Oran 2018: 187 ff.).

Hervorzuheben bleibt an dieser Stelle, dass die Türkei die anerkannten Minderheiten nicht anhand des Religionskriterium kategorisierte, sondern ausschließlich die Kriterien *Abstammung* und *Sprache* zur Grundlage seiner Minderheitendefinition legte. Nicht ohne Grund werden beispielsweise die sich zum Teil auch als religiöse Gemeinschaft definierenden Aleviten nicht als offizielle Minderheit anerkannt (Oran 2018: 204). Durch diese völkerrechtlich problematische Einengung der Minderheitendefinition fielen Aleviten automatisch in die Kategorie der Türken und Muslime, um deren Belange sich der Staat nicht mehr speziell kümmern musste. Wenngleich die Aleviten den nationalen Befreiungskampf und die kemalistischen Reformen von Kemal Atatürk unterstützten, erkannten die Gründungsväter der türkischen Republik auf dem Weg zu einer homogenen Nationalstaatsbildung keine weiteren Minderheiten als die der Nichtmuslime an.⁵ Mit der Etablierung der Republik wurden auch Glaubensfragen dem Amt für Religionsangelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*) unterstellt. Die Republikgründer sahen in der Religion vor allem ein Mittel, die nationale Einheit zu sichern und dabei die Religion zu reglementieren bzw. zu kontrollieren. Der strikte türkische Laizismus zielt(e) damit hauptsächlich auf die Etablierung eines

Staatsmonopols in religiösen Fragen ab. Der türkische Staat übernahm später auch die Aufgabe, einseitig den (sunnitisch geprägten) Religionsunterricht an den Schulen zu organisieren und die sunnitisch-religiöse Bildung zu fördern. Damit wurde im türkischen Laizismusverständnis ein offizieller Staatsislam geschaffen, in dem sich Laizismus und Säkularisierung widersprüchlich zueinander verhielten. Günter Seufert führt hierzu aus: „Der türkische Laizismus löst seinen Anspruch auf Säkularismus nicht dadurch ein, dass er die Religion neben den Staat stellt und beider Verhältnis zueinander regelt, sondern dadurch, dass er dem Staate das Interpretationsmonopol über die Religion einräumt und das legale religiöse Leben bürokratisiert“ (Seufert 2004: 27). Die aktuelle Minderheitenpolitik der Türkei basiert damit auf dem türkischen Staatsverständnis von einer kulturell homogenen Nation und der vom Verfasser als türkisch-sunnitisch definierten Identitätskonzeption (TSI), die sich als ein ethnisch-religiöses Konzept über die offizielle Staats- und Erziehungsideologie und Kollektivnarrationen in nahezu allen sozialen Kontexten und individuellen Weltbildern der Menschen wiederfindet und sich „in ihre Köpfe und Herzen“ eingenistet hat (Cizre 2014). Der türkische Soziologe Barış Ünlü spricht nicht ohne Grund von einem „Türkentum-Abkommen“, das zwar nicht verschriftlicht, aber von den meisten Türiinnen und Türiken als nationalistisches Weltbild verinnerlicht wurde (Ünlü 2022). Auch Heinz Kramer unterstreicht: „Türkentum und Islam verschmolzen zu einem Amalgam, das den Kern republikanischer türkischer Identität bildet“ (Kramer 2011: 12; vgl. auch *Türkisch-Islamische Synthese*, Bozay 2021: 11 f.). Während die nichtmuslimischen Minderheiten durch die sunnitisch-muslimische Identitätskonzeption des Osmanischen Reiches zwar benachteiligt waren, dafür aber ihre Religionsfreiheit genießen konnten, verfestigte die türkische Republik diese islamische Identitätskonzeption noch weiter und

erweiterte diese neben dem Sunnitentum noch auf das Türkentum, wodurch Identitätskonflikte wie beispielsweise die Kurden- und Alevitenfrage mit der Republikgründung vorprogrammiert waren (Oran/Çopur 2014: 138 ff.). Obwohl die Staatsbürgerrechte nie offiziell an das Türken- bzw. Sunnitentum gebunden wurden und die Türkei die Praxis einer ethnisch-religiösen Staatsbürgerschaftskonzeption (Abstammungsprinzip: *ius sanguinis*) abstreitet, ist die politisch-juristische Umsetzung der türkischen Verfassung und Gesetze gegenüber den Minderheiten genau so zu verstehen (Akgönül 2013).

Mit der Gründung der Türkischen Republik wurden jedoch nicht nur die Grundzüge des hierarchischen Denkens einer herrschenden muslimischen Mehrheit und einer sich unterzuordnenden nichtmuslimischen Minderheit übernommen, sondern auch die Perzeption der Minderheiten als Gefahr und Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes (Oran 2011).

So ist in der Türkei die Angst immer noch weit verbreitet und virulent, dass Minderheiten – wie angeblich die Armenierinnen und Armenier, die nach der türkischen Dolchstoßlegende und Verschwörungstheorie durch eine vermeintliche Kooperation mit Russland dem Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges in den Rücken gefallen seien – das Land mit Hilfe von ausländischen Mächten von innen heraus destabilisieren und anschließend aufteilen könnten. Diese Verschwörungstheorie ist als sogenanntes *Sèvres-Syndrom* bekannt, benannt nach dem Vertrag von Sèvres 1920, unter dem das Osmanische Reich große Teile seines Herrschaftsgebiets hätte abtreten müssen. Hans-Lukas Kieser erläutert das wie folgt: „It is the belief that the international community, and in particular the Western world, aspire to revive the terms of the Sevres Treaty imposed on the Ottoman Empire after the end of the First World War and basically divide up Turkey into smaller ethnic states“

(Kieser 2006: 232). Die Türkei sieht damit Minderheiten als eine Gefahr für die Einheit von Staat und Nation, weshalb der Begriff *Minderheit* (*azınlık*) im türkischen Sprachgebrauch negativ konnotiert ist und von vielen in der Türkei lebenden Türcinnen und Türcen und auch Türkeistämmigen in Deutschland heute noch als „Spalter“, „Verräter“ und „Bürger zweiter Klasse“ verstanden wird.

Diskriminierung, Assimilation und Verfolgung von Minderheiten in der Türkischen Republik

Was den Umgang mit den verschiedenen Minderheiten in der Türkei anbelangt, ging und geht der türkische Staat in seiner Strategie mehrgleisig vor: Diejenigen muslimischen Minderheiten, die sich aufgrund ihrer islamischen Religionszugehörigkeit assimilieren ließen, wie etwa Bosniaken, Lazen, Georgier und Tscherkessen, wurden still und leise assimiliert. Diejenigen Minoritäten aber, die aufgrund ihrer Abstammung und Religion nicht zu assimilieren waren beziehungsweise sich nicht so leicht assimilieren ließen, wie die Kurden und Aleviten oder auch die nichtmuslimischen Minderheiten der Griechen, Armenier und Juden, wurden diskriminiert, verfolgt, vertrieben und massakriert sowie durch ethnisch-religiöse „Säuberungen“ ausgelöscht (Zürcher 2006).

Zu diesen Vorfällen im Kontext der nichtmuslimischen Minderheiten zählen – ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit –: die türkisch-griechische Zwangsumsiedlung 1923–1924 (Hirschon 2003); die Verbannung von 12.000 Griechen aus Istanbul 1964 als indirekte Bestrafung für Griechenlands Unterstützung im Zypernkonflikt (Oran 2018: 279 f.); das von Teilen der türkischen Bevölkerung gegen die jüdische Minderheit organisierte Thrakien-Pogrom 1934 (Bali 2007: 199 ff.); die Enteignung des Besitztums der nicht-



Das türkische Propagandaplakat von 1925 verdeutlicht die gefürchteten Konsequenzen einer Aufteilung nach dem Sèvres-Vertrag: Das deutlich kleinere türkische Staatsgebiet wäre von allen Seiten „umstellt“ gewesen (dargestellte Einflusszonen v. l. n. r.: international, griechisch, italienisch, französisch, armenisch).
© ullstein bild – adoc-photos



Beerdigung der 34 Opfer des Roboski-Massakers in 2011, die durch türkische Kampfflugzeuge bombardiert wurden und überwiegend junge kurdische Zivilisten waren. © Zenzyxx/Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0. URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

muslimischen Minderheiten durch die Einführung der Vermögenssteuer (*Varlık Vergisi*) 1942 (Bali 2005) sowie das durch nationalistische Türken gegen die griechische Bevölkerung veranlasste Pogrom von Istanbul am 6./7. September 1955 (Oran 2018: 281 ff.).⁶

Die nichtmuslimischen Minderheiten in der Türkei sind mit diesen Erfahrungen keineswegs allein. Eine weitere Bevölkerungsgruppe waren die Kurden, die sich mit der Republikgründung nur zum Teil in die türkisch-sunnitische Identitätskonzeption (TSI) einfügten, weil sich ein Teil von ihnen als sunnitische Muslime identifizierte. Der Rest der Kurden, darunter (anti-)säkulare, identitätsbewusste-staatskritische und/oder alevitische Kurden, ließen sich nicht assimilieren, beharrten auf einer eigenständigen kurdischen Identität, Kultur und Sprache und mussten dafür mit staatlichen Konsequenzen rechnen (Oran 2010; Ünlü/Değer 2011; Ersanlı/Özdoğan/Uçarlar 2012; Keneş 2015). Die Türkei reagierte auch hier mit repressiv-autoritärer Staatsgewalt und Unterdrückung gegenüber diesem Lager der Kurden. So gehört die blutige Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstandes 1925 (Bruinessen 2003), der Ararat-Aufstände 1926–1930 und das Zilan-Massaker (Ulugana 2010) sowie der geplante Massenmord von Mustafa Kemal Atatürk an 30.000 kurdischen Aleviten in Dersim 1937/38 (Hür 2017) zu den dunklen Kapiteln des Landes. Durch den sogenannten Reformplan für den Osten der Türkei 1925 (*Şark Islahat Planı*) wurde zudem in den Kurdengebieten über eine lange Periode der Ausnahmezustand ausgerufen, der den dort beauftragten Generalinspektoren weitreichende polizeistaatliche Befugnisse im Umgang mit den Kurden ermöglichte, wie zum Beispiel die Deportation von regierungskritischen Kurden aus ihren Wohnorten. Mit dem Besiedlungsgesetz von 1934 (*İskân Kanunu*) wurde im Anschluss darauf unter anderem eine ethnische Durchmischung der Kurdengebiete mithilfe von Türiinnen und Türiken und eine Umsiedlung von Kur-

dinnen und Kurden in andere Regionen forciert und somit beabsichtigt, die demographische Struktur der Region zu verändern (Beşikçi 2004).

Genau ein halbes Jahrhundert später begann dann 1984 der offizielle bewaffnete Kampf der Arbeiterpartei Kurdistan (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) und die Türkei geriet in den 1990er Jahren an den Rand eines gefährlichen Bürgerkrieges – mit erheblichen politischen und ökonomischen Folgen für Staat und Gesellschaft (Bozarslan 2008). Auch im 21. Jahrhundert hören die Angriffe des türkischen Staates auf die kurdische Minderheit nicht auf. Ende Dezember 2011 bombardierten türkische Kampffjets das Dorf Roboski in der Provinz Şırnak; dabei kamen 34 Personen ums Leben, darunter 19 Kinder und Jugendliche, weil man sie fälschlicherweise für als Schmuggler getarnte PKK-Kämpfer im türkisch-irakischen Grenzgebiet hielt. 2015 bis 2016 legten dann die türkischen Streitkräfte die südostanatolischen Stadtbezirke Sur und Cizre weitestgehend in Schutt und Asche, mit der Begründung, dort die PKK bekämpfen zu wollen. Auch bei diesen unverhältnismäßigen Militäroperationen wurden viele unschuldige Zivilisten getötet.

Eine weitere diskriminierte und ausgegrenzte Minderheit sind die Aleviten. Sie waren als eine Glaubensgemeinschaft, die nicht zum Sunnitentum zählt, auch in der Vergangenheit einer systematischen Verfolgung und Entrechtung ausgesetzt, die bis zu ihrer Ermordung führte. Hier lässt sich verweisen auf die Massaker von Maraş 1979, Çorum 1980, Sivas 1993 und im Istanbul Gazi-Viertel 1997 (Çopur/Aksünger 2017). Gegenwärtig sind Aleviten noch immer nicht bei der Praktizierung ihres Glaubens rechtlich den Sunniten gleichgestellt: So werden beispielsweise staatlicherseits alevitische Gotteshäuser (*Cem Evi*) als offizielle Religionsstätte abgelehnt, alevitische Schülerinnen und Schüler müssen verpflichtend am sunnitisch geprägten Religionsunterricht

teilnehmen. Aleviten sind durch die einseitige Verbreitung des Sunnitentums durch das Bildungsministerium mithilfe der Imam-Hatip-Schulen und der Unterstützung von Moscheen mit staatlichem Personal (Imame/Vorbeter) durch das Amt für Religionsangelegenheiten als Glaubensgemeinschaft zudem in hohem Maße benachteiligt. Sie erhalten – trotz mehrerer Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) gegen die Türkei – weder nach dem alevitischen Glauben ausgebildetes staatliches Personal für ihre Glaubensstätten noch eine Gleichstellung mit der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung.

Reformversuche der Türkei unter der AKP in der Minderheitenfrage

Es kann und darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass die Türkei, insbesondere am Anfang der Ära Recep Tayyip Erdoğans (AKP), immer wieder Versuche unternommen hat, die Minderheitenfrage auf demokratischem und friedlichem Wege zu lösen, wenn auch mit wenig Erfolg.

So wurde 2003 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan ein *Beirat für Menschenrechte* einberufen, der in der Arbeitsgruppe *Minderheiten- und kulturelle Rechte* unter der Leitung des Verfassungsrechtlers Prof. İbrahim Kaboğlu und des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Baskın Oran einen *Minderheitenbericht* veröffentlichte, den der Beirat 2004 offiziell annahm (Oran 2007). Der Bericht schlug vor, den in der türkischen Verfassung verwendeten und von den Autoren als überholten ethnisch-religiös verstandenen Begriff *Türke* abzuändern in einen territorial definierten Begriff des *Türkeistämmigen* (*Türkiyeli*). Unter dieser staatsbürgerschaftlichen Oberidentität sollten sich alle Unteridentitäten, sprich Minderheiten, wiederfinden und identifizieren können. Dieser Bericht rüttelte allerdings mit seinen Vorstellungen einer Neudefinition der türkischen Staatsbürgerschaft an den Grundfesten der türkischen Republik und

stieß auf erheblichen Widerstand in großen Teilen der Öffentlichkeit. So unterbrach ein Mitglied des Beirats den Vorsitzenden Kaboğlu, ging ihn während einer Pressekonferenz an, zerriss vor seinen Augen eine Kopie des Berichts und warf ihm diesen vor seine Füße. Kaboğlu musste danach die Pressekonferenz vorzeitig beenden. Später beschimpften und beleidigten Politikerinnen und Journalisten die beiden Wissenschaftler als „Vaterlandsverräter“ und „Agenten“. Ministerpräsident Erdoğan, der selbst diesen Bericht beauftragt und genehmigt hatte, distanzierte sich später von diesem und setzte die darin enthaltenen Empfehlungen nicht um. 2018 verurteilte dann der EGMR die Türkei zu einer Geldstrafe von 7.000 Euro, die als Entschädigung an die beiden Kläger Oran und Kaboğlu vorgesehen war. Beide Professoren hatten den türkischen Staat verklagt, weil die türkischen Gerichte Anzeigen der beiden bezüglich der öffentlichen Hassreden und Bedrohungen gegen sie nicht verfolgt hatten (Ebd.).

Einige Jahre nach diesem Vorfall initiierte die AKP-Regierung unter dem Titel *demokratische Öffnung* einen Dialogprozess mit der PKK und der heutigen prokurdischen HDP. Zunächst wurden 2008/2009 geheime Friedensgespräche zwischen dem türkischen Geheimdienst MIT und der PKK im schwedischen Oslo durchgeführt und 2012 verstärkt direkte Gespräche mit dem seit 1999 inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı (Çandar 2020). Zudem wurde seitens der AKP eine Gruppe von Intellektuellen beauftragt, die die Bedeutung des Dialogprozesses der Bevölkerung erklären und näherbringen sollte (Oran 2014). Diese politisch höchst bedeutsamen und hoffnungsvollen Gespräche mit der PKK waren für die Türkei eine große Chance, sich von dem nun fast hundert Jahre existierenden Kurdenkonflikt zu befreien und ihre Demokratie zu einer freiheitlich-rechtlichen Ordnung weiterzuentwickeln (Yeğen 2010). Doch letztlich scheiterte dieser Prozess, weil sich hauptsächlich auf Seiten der Türkei (ultra-)nationalistische Akteure durchsetzten, die machtpolitisch kein Interesse an der Lösung der Kurdenfrage hatten



Im November 2013 demonstrierten alevitische Verbände in Istanbul für die Gleichstellung alevitischer Bürgerinnen und Bürger und für Religionsfreiheit.

© picture alliance/ dpa | Ulas Yunus Tosun

und von diesem aufgeheizten Konflikt nur profitierten – wobei diese Hardliner auch auf Seiten der PKK vorzufinden waren (Ebd.).

Einen ähnlichen Reformversuch startete die AKP im Jahr 2009/2010 mit der Alevitenfrage in der Türkei. Die erfolgreichen Klageverfahren der Aleviten vor dem EGMR gegen ihre Diskriminierung in der Türkei ebenso wie ihr zunehmendes politisches Selbstbewusstsein im In- und Ausland (Aydın 2011) führten bei der AKP-Regierung dazu, auf die Aleviten zuzugehen und sich einer Lösung des Konflikts zu öffnen. Unter dem Titel der *Alevitischen Öffnung (Alevi Açılımı)* organisierte die AKP-Regierung zwischen Juni 2009 und Januar 2010 mit Regierungsvertretern, alevitischen Organisationen, Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Geistlichen sogenannte Aleviten-Workshops (*Alevi Çalıştayları*) mithilfe von sieben Konferenzen und drei weiteren Folgeveranstaltungen, um unter anderem die Kernforderungen der Aleviten zu diskutieren (zum Beispiel die Aufhebung des verpflichtenden Religionsunterrichts, die offizielle Anerkennung der Cem-Gebetshäuser, die Übergabe der alevitischen Orden an die Aleviten oder die Umfunktionierung des Madımak-Hotels in Sivas zum Museum im Andenken an die alevitischen Opfer des Brandanschlags 1997). Im Abschlussbericht dieser Workshops 2010 wurden zwar vage formulierte Entscheidungen wie zum Beispiel die Neustrukturierung des Religionsunterrichts beziehungsweise die rechtliche Anerkennung der Cem-Gebetshäuser festgehalten, doch selbst diese blieben bis heute unerfüllt.

Über zehn Jahre später, am 9. November 2022 wurde dann per Präsidialerlass die Einrichtung des *Amtes für alevitisch-bektaschische Kultur und Cem-Häuser* und die Etablierung eines dazu gehörigen wissenschaftlichen Beirates verkündet.⁷ In Aussicht gestellt wurde die staatliche Übernahme aller Kosten der Cem-Häuser wie Strom, Wasser und Reparatur. Laut Erlass soll das Amt in das türkische Ministerium für Kultur und Tourismus integriert werden. Für großen Unmut sorgte dieses Vorhaben bei den alevitischen Organisationen, weil Präsident Erdoğan ohne Einbindung der großen alevitischen Vereine wieder einmal in Eigenregie eine solche Initiative ergriffen hatte. Zudem monierten viele Vertreterinnen und Vertreter der Aleviten, dass erneut die Cem-Häuser nicht offiziell als Religionsstätten anerkannt wurden, stattdessen alevitische Gotteshäuser groteskerweise wie eine touristische Attraktion an das Tourismus- und Kulturministerium angebunden werden sollten (Ergin 2022). Es wird die Zeit zeigen, ob dieses Amt auch von der eigentlichen Zielgruppe der Aleviten angenommen und akzeptiert wird. Zweifel bestehen allemal, da zwischen den Aleviten und Erdoğan's AKP als Bewegung des politischen Islam ein erhebliches Vertrauensproblem existiert, das aktuell unüberbrückbar scheint.

Fazit und Ausblick

Wie dargelegt werden konnte, hat die Türkei seit ihrer Gründung vor hundert Jahren erhebliche Schwierigkeiten, ihre türkisch-sunnitische Identitätskonzeption (TSI) in Frage zu stellen und ihr Nationen- und Minderheitenverständnis neu zu denken. Aus diesem Grund bleibt beispielsweise den Kurdinnen und Kurden das Erlernen ihrer Muttersprache im re-

gulären Unterricht bis heute verwehrt und wird die gelegentlich von HDP-Abgeordneten in ihrer Rede verwendete kurdische Sprache vom türkischen Parlamentspräsidium als eine „unbekannte Sprache“ zu Protokoll gegeben. Die friedliche Lösung der Kurdenproblematik ist aber sowohl eine Voraussetzung für eine Restauration der türkischen Demokratie nach einer möglichen Abwahl von Präsident Erdoğan als auch ein Beitrag zur Befriedung der Kurdenfrage im Nahen Osten. Die Qualität einer Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, wie sie sich zu ihren Minderheiten verhält. Internationale Erfahrungen, von denen die Türkei für eine friedliche Lösung von innerstaatlichen Konflikten profitieren könnte, gibt es am Beispiel von Südafrika, Irland und Spanien allemal.

Auch der türkische Gründungsmythos eines homogenen Nationalstaates negiert bis heute die Existenz ethnisch-religiöser und kultureller Unterschiede und Vielfalt innerhalb der türkischen Gesellschaft. Denn in dieser Lesart sind es ausschließlich die heroischen Schlachten des nationalen Befreiungskrieges unter dem Gründungsvater Atatürk, die den Grundstein für die türkische Republik legten, nicht aber die Ermordung und Vertreibung von Millionen Armeniern, Hundertausenden von Suryoyen, Griechen und kurdischen Aleviten, auf deren Massengräbern auch die Türkische Republik errichtet wurde. Somit steht zum einen die Identitätskonzeption und zum anderen die Nationalstaatskonstruktion einer historischen Aufarbeitung der türkischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Wege (Çopur 2017).

Doch dafür müsste genauso der seit hundert Jahren fortbestehende Autoritarismus und das Obrigkeitsdenken selbstkritisch hinterfragt werden. Es ist schon bezeichnend, dass die Türkei 1923 durch einen kemalistisch-autoritären Staatsmann gegründet beziehungsweise durch einen Ein-Mann-Staat zentralistisch gelenkt wurde und hundert Jahre später unter anderem Vorzeichen von einem islamisch-autoritären Staatsoberhaupt weiter in Alleinherrschaft geführt wird. Die Türkei hat sich letztlich hundert Jahre politisch im Kreis gedreht und müsste, wenn sie den weltpolitischen Anschluss an die Demokratien nicht verlieren will, schon im eigenen Interesse aus diesem Teufelskreis des Autoritarismus, Nationalismus und Islamismus herausfinden.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die Türkei an ihrem 100. Jubiläum der Republikgründung bei den geplanten Wahlen am 14. Mai 2023 durch einen Machtwechsel von einer faktischen Autokratie unter Präsident Erdoğan zu einer parlamentarischen Demokratie unter dem aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten der Opposition Kemal Kılıçdaroğlu zurückfindet. Nach der tragischen Erdbebenkatastrophe wäre nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine politische Wiederaufbauarbeit oberstes Gebot für die Politik in Ankara, da das Land im wahrsten Sinne des Wortes politisch und menschlich unter Trümmern liegt. Trotz der jahrhundertlangen Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung der Minderheiten waren es wieder diese ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen, die unverzüglich die Türen und Tore ihrer Gebetsstätten den Leidtragenden des Erdbebens öffneten: namentlich die armenische St. Giragos-Kathedrale in Diyarbakır, die griechisch-orthodoxe Heiliger-Michael-und-Heiliger-Gabriel-Kirche in Mersin sowie die vielen alevitischen Cem-Häuser in der Region.

Prof. Dr. Burak Çopur

KURZVITA

ist Politikwissenschaftler und lehrt an der Internationalen Hochschule (Essen) und ist Lehrbeauftragter am Institut für Turkistik der Universität Duisburg-Essen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Minderheitenfrage in der Türkei, die türkische Innen- und Außenpolitik, das deutsch-türkische Verhältnis, die Integrations- und Migrationsforschung, Fragen der politischen Bildung und Rassismuskritik. Seine Publikationen sind zu finden unter: <https://burak-copur.de/publikationen>.

Anmerkungen

- 1 Murder threats stir fears among Protestants in Turkey's Malatya, 08.09.2022. In: gercek news. URL: <https://www.gerceknews.com/minorities/murder-threats-stir-fears-among-protestants-in-turkeys-malatya-216687h> [15.02.2023].
- 2 Zudem kursierten im August 2022 in der Öffentlichkeit Meldungen über ein Attentatsversuch an dem armenischstämmigen Abgeordneten Garo Paylan der prokurdischen Partei HDP. Ruken Tuncel: Assassination plot against MP Paylan: „Minorities always used as baits in Türkiye“, 19.08.2022. URL: <https://bianet.org/english/minorities/266042-assassination-plot-against-mp-paylan-minorities-always-used-as-baits-in-turkiye> [15.02.2023].
- 3 Zur kritischen historischen Aufarbeitung des Osmanischen Reiches vgl. Aydın 2004.
- 4 Im Original der Vertrag von Lausanne unter <https://www.versailer-vertrag.de/sevres/sevres2.htm#13-1> [22.02.2023].
- 5 Zur kritischen Auseinandersetzung von Teilen der Aleviten mit dem Kemalismus vgl. Solgun 2011.
- 6 In den 1930/1940er-Jahren nahm die Türkei wiederum viele deutsche Intellektuelle als politische Flüchtlinge (darunter auch viele Juden) auf, die vor der NS-Diktatur flohen. Für Hinter- und Beweggründe der Türkei vgl. Bozay 2001; Guttstadt 2008; Mangold-Will 2014.
- 7 Türkisches Amtsblatt Resmi Gazete 9.11.2022. URL: <https://www.resmi-gazete.gov.tr/eskiler/2022/11/20221109-11.pdf> [24.02.2023].

LITERATUR

- ▶ Akçam, Taner (2004): *From Empire to Republic: Turkish Nationalism and the Armenian Genocide*. London/New York.
- ▶ Ders. (2012): *The Young Turks' Crime Against Humanity: The Armenian Genocide and Ethnic Cleansing in the Ottoman Empire*. Princeton.
- ▶ Akgönül, Samim (2011): *Azınlık. Türk Bağlamında Azınlık Kavramına Çapraz Bakışlar*. Istanbul.
- ▶ Ders. (2013): *The Minority Concept in the Turkish Context. Practices and Perceptions in Turkey, Greece, and France*. Leiden/Boston.
- ▶ Aydın, Erdoğan (2004): *Osmanlı Gerçeği. „Nizam-ı Âlem“in Gayri Resmi Tarihi*. Istanbul.
- ▶ Ders. (2011): *Kimlik Mücadelesinde Alevilik*. Istanbul.
- ▶ Bali, Rifat (2005): *The "Varlık Vergisi" Affair. A Study On Its Legacy-Selected Documents*. Istanbul.
- ▶ Ders. (2007): *Devlet'in Yahudileri ve "Öteki" Yahudi*. Istanbul.
- ▶ Beşikçi, İsmail (2004): *International Colony Kurdistan*. London.
- ▶ Bozarslan, Hamit (2008): *Kurds and the Turkish State*. In: Kasaba, Resat (Hrsg.): *Cambridge History of Modern Turkey*. Cambridge, S. 333–356.
- ▶ Bozay, Kemal (2001): *Exil Türkei. Ein Forschungsbeitrag zur deutschsprachigen Emigration in der Türkei (1933–1945)*. Münster.
- ▶ Ders. (2021): *Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – Die Grauen Wölfe. Antisemitisch, rassistisch und demokratiefeindlich*. Broschüre des American Jewish Committee Berlin. URL: https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC-Berlin_GrauenWolfe-Broschuere-RGB-A4.pdf [22.02.2023].
- ▶ Bruinessen, Martin van (2003): *Agha, Scheich und Staat. Politik und Gesellschaft Kurdistan*. Berlin.
- ▶ Çandar, Cengiz (2020): *Turkey's Mission Impossible: War and Peace with the Kurds*. Lanham. Maryland.
- ▶ Cizre, Ümit (2014): *Understanding Erdoğan's Toxic Recrimination in Turkey*. In: *Open Democracy*, 13.04.2014. URL: <http://www.opendemocracy.net/umit-cizre/understanding-erdo%C4%9Fan%E2%80%99s-toxic-recrimination-in-turkey> [21.02.2023].
- ▶ Çopur, Burak (2017): *1915–2015: Hundert Jahre ungelöste Armenierfrage in der Türkei*. In: Fereidooni, Karim/El, Me-ral (Hrsg.): *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden, S. 229–247.
- ▶ Çopur, Burak/Aksünger, Handan (2017): *Die Alevitenfrage unter der AKP-Regierung im Kontrast zur Situation der Aleviten in Deutschland*. In: Yoldaş, Yunus/Gümüç, Burak/Gieler, Wolfgang (Hrsg.): *Deutsch-türkische Beziehungen*. Frankfurt a. M., S. 579–610.
- ▶ Dabag, Mihran (2014): *Der Genozid an den Armeniern*. In: Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184983/genozid-an-den-armeniern> [21.02.2023].
- ▶ Ergin, Sedat (2022): *Alevilerle ilgili düzenlemeler (2) | AK Parti iktidarının Alevi meselesindeki mesaisinin 20 yıllık seyri*. In: *Hürriyet*, 25.11.2022. URL: <https://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/sedat-ergin/alevilerle-ilgili-duzenlemeler-2-ak-parti-iktidarinin-alevi-meselesindeki-mesaisinin-20-yillik-seyri-42176657> [24.02.2023].
- ▶ Ersanlı, Büşra/Özdoğan, Günay Göksoy/Uçarlar, Nesrin (2012): *Türkiye Siyasetinde Kürtler. Direniş, Hak Arayışı, Katılım*. Istanbul.
- ▶ Gust, Wolfgang (Hrsg.) (2005): *Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes*. Springe.
- ▶ Guttstadt, Cory (2008): *Die Türkei, die Juden und der Holocaust*. Hamburg.
- ▶ Hirschon, Renée (2003): *Crossing the Aegean: an Appraisal of the 1923 Compulsory Population Exchange between Greece and Turkey*. New York/Oxford.
- ▶ Hür, Ayşe (2017). *Kürtlerin Öteki Tarihi*. Istanbul.
- ▶ Keneş, Hatice Çoban (2015): *Yeni İrkçiliğin Kirli ötekileri Kürtler, Aleviler, Ermeniler*. Ankara.
- ▶ Kieser, Hans-Lukas (2006): *Turkey Beyond Nationalism: Towards Post-Nationalist Identities*. London.
- ▶ Kramer, Heinz (2011): *Türkei. Informationen zur politischen Bildung Nr. 313*. Bonn.
- ▶ Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (2003): *Kleine Geschichte der Türkei*. Stuttgart.
- ▶ Künnecke, Arndt (2007): *Eine Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft? Der unterschiedliche Minderheitenbegriff der EU und der Türkei*. Hamburg.
- ▶ Mangold-Will, Sabine (2014): *Deutsche in der Türkei 1933–1945*. In: Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184978/deutsche-in-der-tuerkei-1933-1945/#footnote-target-2> [24.02.2023].

- Oran, Baskın (2005): *Türkiye'de Azınlıklar. Kavramlar, Teori, Lozan, İç Mevzuat, İçtihat, Uygulama.* Istanbul.
- Ders. (2007): *The Minority Report Affair in Turkey.* In: *Regent Journal of International Law*, 5:1, S. 2–93.
- Ders. (2010): *Türkiyeli Kürtler Üzerine Yazılar.* Istanbul.
- Ders. (2011): *Türkiyeli Gayrimüslimler Üzerine Yazılar.* Istanbul.
- Ders. (2014): *"Ben Ege'de Akilken ...". Kürt Barışında Batı Cephesi.* Istanbul.
- Ders. (2018): *Etnik ve Dinsel Azınlıklar: Tarih, Teori, Hukuk, Türkiye.* Istanbul.
- Ders. (2021): *Minorities and Minority Rights in Turkey. From the Ottoman Empire to the Present State.* Boulder/Colorado.
- Oran, Baskın/Çopur, Burak (2014): *Identity, Diversity and Cohesion in Globalizing Nation-state: The Case of Turkey and Germany.* In: Löw, Martina (Hrsg.): *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012 (Teil 1).* Frankfurt/New York, S. 133–159.
- Solgun, Cafer (2011): *Alevilerin Kemalizm'le imtihanı. Stockholm Sendromu, Onur Öymen Vakası ve Kılıçdaroğlu.* Istanbul.
- Seufert, Seufert (2004): *Laizismus in der Türkei – Trennung von Staat und Religion?* In: *Südosteuropa-Mitteilungen* 44, Heft 1/2004, S. 17–29.
- Ders. (2008): *Religiöse Minderheiten in der Türkei.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26/2008, S. 10–16. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31145/religioese-minderheiten-in-der-tuerkei/> [27.02.2023].
- Thelen, Sibylle (2010): *Die Armenierfrage in der Türkei.* Berlin.
- Ulugana, Sedat (2010): *Ağrı Kürt Direnişi ve Zilan Katliamı (1926–1931).* Istanbul.
- Ünlü, Barış/Değer, Ozan (2011) [Hrsg.]: *Ismail Beşikçi.* Istanbul.
- Ünlü, Barış (2022): *Türklük Sözleşmesi. Oluşumu, İşleyişi ve Krizi.* Ankara.
- Yeğen, Mesut (2010): *The Kurdish Question in Turkey: Denial to Recognition.* In: Casier, Marlies/Jongerden, Joost (Hrsg.): *Nationalisms and Political Islam in Turkey.* London.
- Zürcher, Erik-Jan (2006): *Türkiye'de Etnik Çatışma. İmparatorluktan Cumhuriyete.* Istanbul.



BaWü 1952–2022

Menschen. Geschichten. Ereignisse

Baden-Württemberg in Bildern

70 Jahre Baden-Württemberg! Dieser 248 Seiten starke Band präsentiert anhand von 350 Fotos eine Alltagsgeschichte des Landes. Als visueller Zugang zur jüngsten Landesgeschichte legt er die großen Entwicklungen seit Gründung des Südweststaats am 25. April 1952 offen: gesellschaftliche Modernisierung und Liberalisierung, kulturellen Wandel, technischen Fortschritt und grundlegende Demokratisierung.

Ergänzt wird der multimediale Fotoband um QR-Codes, die direkt zu Filmschätzen aus der Landesgeschichte führen. Tauchen Sie ein in sieben Jahrzehnte baden-württembergischer Geschichte!

Autorinnen und Autoren: Philipp Gassert, Maike Hausen, Sabine Holtz, Verena Schweizer und Reinhold Weber.

lpb
BW

18 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop

Von der „defekten“ Demokratie zur Autokratie

Das politische System in der Türkei und sein Einfluss in Deutschland

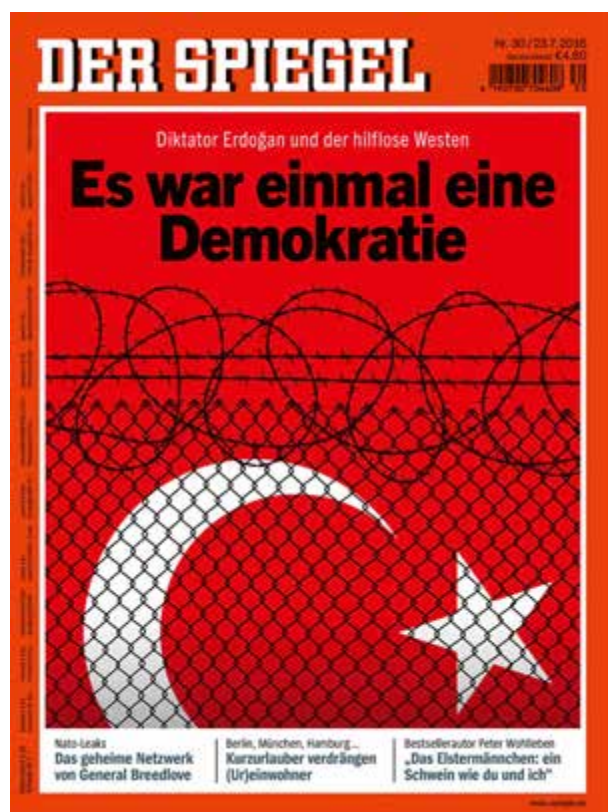
Kemal Bozay

Im 100. Jahr der türkischen Republik wird der von Mustafa Kemal Atatürk gegründete kemalistisch-laizistische Staat immer mehr demontiert und an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien entsteht ein Land, das sich zunehmend in eine Präsidialdiktatur beziehungsweise in ein autokratisches Regime unter türkisch-islamischen Vorzeichen verwandelt. In seinem Beitrag verdeutlicht Kemal Bozay die zunehmenden Spaltungen in der politischen Landschaft als auch innerhalb der Gesellschaft. Seit der im Jahr 2017 umgesetzten Reform zum Präsidialsystem ist Recep Tayyip Erdoğan als Alleinherrscher mehr in das Zentrum der politischen Macht gerückt. Er dominiert im neuen politischen System über die Legislative, Exekutive und Judikative und agiert zudem als Oberbefehlshaber der Armee. Ob sich die Türkei zu ihrer hundertjährigen Republikgründung von der Alleinherrschaft Erdoğan lösen wird, entscheiden die Parlamentswahlen 2023, die im Lichte unterschiedlicher politischer Verflechtungen und dem größten Erdbeben in der Geschichte des Landes stattfinden. Zugleich steht die Opposition vor der Herausforderung, alternative Pfade zu demokratischen Grundrechten und zur parlamentarischen Demokratie zu beschreiten.

„Es war einmal eine Demokratie“, titelte *Der Spiegel* im Juli 2016 und bezog sich dabei auf die Auseinandersetzung zwischen dem „hilflosen“ Westen und der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan. Auf einem provozierenden Cover war vor knallrotem Hintergrund ein Stacheldraht zu sehen, dahinter ein untergehender türkischer Halbmond. Ende Januar 2023 betitelte der *Stern* in seinem Cover den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan, mit grimmigem Gesicht und Sonnenbrille, als „Der Brandstifter“. Über beide Aufmacher ist sicherlich zu streiten. Mehr noch ist aber anzumerken, dass in der medialen und politischen Diskussion gerne das Bild vermittelt wird, die Türkei wäre auf dem Weg zur Demokratie gewesen, habe sich aber durch die plötzliche Machtübernahme von Recep Tayyip Erdoğan und seiner AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) immer mehr in eine Diktatur verwandelt. Eine solche Betrachtungsweise wäre zweifelsohne sehr eng: Erdoğan und seine AKP betraten keineswegs über Nacht die politische Bühne; ihr politisches Wirken und die aktuellen Verwerfungen in der Türkei sind vielmehr Resultat einer jahrzehntelangen „defekten“ Demokratie des Landes, die sich heute mehr denn je zu einer Autokratie verwandelt hat. Was Erdoğan 1997, also noch vor der Regierungszeit der AKP, unter Rückgriff auf einen spätosmanischen Gelehrten verkündete, scheint im Sinne einer neo-osmanischen Umstrukturierung immer mehr Gestalt einzunehmen: „Die Demokratie ist nur ein Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Moscheen unsere Kasernen und die Gläubigen unsere Soldaten“ (Topçu 2015).

Klar ist: Zum 100. Jahrestag der Republikgründung herrscht in der Türkei eine immer tiefer werdende gesellschaftliche Spaltung. Neben den Spannungs- und Spaltungslinien in der Frage rund um die kurdische, armenische und alevitische Identität, um den sunnitischen Islam und die laizistische Gesellschaft sowie um Menschenrechte, Meinungsfreiheit

und Demokratiebewegung zeigen sich auch unterschiedliche Polarisierungspunkte im politischen System der Türkei (zum Beispiel um das Verfassungsreferendum, Präsidialsystem, Wahlsystem). Allerdings waren Autokratie und Ein-



Titelbild des „Spiegel“ vom Juli 2016.

© DER SPIEGEL 30/2016

Mann-Herrschaft seit der Republikgründung schon immer ein wichtiger Bestandteil der türkischen Politikgeschichte und verhinderten kontinuierlich die Entwicklung zu einer liberalen Demokratie nach europäischem Vorbild.

Die Parlamentswahlen am 14. Mai 2023 in der Türkei stehen nicht nur im Lichte der hundertjährigen Republikgründung, sondern auch im Zeichen der größten Erdbeben-Katastrophe in der Geschichte der Türkei, durch die nach aktuellem Stand (21.03.2023) über 50.000 Menschen insbesondere in den südost-anatolischen Großstädten Kahramanmaraş, Gaziantep, Şanlıurfa, Diyarbakır, Adana, Adıyaman, Osmaniye, Hatay, Kilis, Malatya und Elazığ gestorben sind. Die Nichteinhaltung der Baunorm durch Korruption und Baupfusch wird ebenfalls für die verheerende Katastrophe verantwortlich gemacht. Während die Opposition die Regierung für diese Baumängel verantwortlich macht und die Bevölkerung zur Solidarität aufruft, vertrauen viele Bürgerinnen und Bürger dem türkischen Staat nicht mehr und fühlen sich ohne Schutz.

Auf dem Weg zur Autokratie

„Defekte Demokratien“ werden definiert als Herrschaftssysteme, „die sich durch das Vorhandensein eines hinreichend demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur notwendigen Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle notwendig sind“ (Merkel 2003: 63). Demnach sind „defekte Demokratien“ auch Übergangssysteme, die sich auch zu autokratischen Regimen entwickeln können. Autokratien legitimieren dabei ihre kontrolllose Alleinherrschaft und sind gegenüber keiner Instanz Rechenschaft schuldig (Backes 2022). Diese Definition entspricht dem politischen System in der Türkei, wo sich die „defekte Demokratie“ als Herrschaftsordnung seit Mitte der 2000er Jahre zur faktischen Autokratie entwickelt hat. Die Politikwissenschaftler Berk Esen und Şebnem Gümüşçü (2016) sehen darin sogar die Transformation von einer Halbdemokratie zu einem „Kompetitiven Autoritarismus“. Charakteristisch für kompetitive autoritäre Regime sind, dass für sie Wahlen grundlegend einen politischen Konkurrenzcharakter besitzen und als „Hauptweg zur Macht“ (Levitsky/Way 2010: 13) fungieren. Wie am Beispiel der Türkei deutlich zu erkennen, sind im „Kompetitiven Autoritarismus“ demokratische Grundrechte in einem solchen Maß verletzt, dass die Institutionen demokratische Mindeststandards nicht einhalten. Im Gegensatz zur defekten Demokratie ist die Bestimmung politischer Machtpositionen keineswegs einem fairen und freien Wahlprozess unterworfen, da die Ausgangslage und Rahmenbedingungen für die politische Konkurrenz zwischen Machthabern und den oppositionellen Kräften willkürlich zugunsten der Herrschenden dominiert werden (Ebd.).

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung (2022) spricht sogar von der Demontage der Demokratie in Ankara. Darin weist der „Transformationsindex“, der kontinuierlich weltweit den Zustand von Demokratie und Marktwirtschaft analysiert, die Türkei als „Autokratie“ aus (BTI Transformation Index 2022) – 2020 war noch von einer „gemäßigten Autokratie“ (BTI 2020: 4) die Rede. Der Transformationsindex 2022 konstatiert, dass permanent durch „die AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan ab 2013 [...] [eine steigende] Repression auf zivilgesellschaftliche Kritik an einem zunehmend patriarchalen Führungsstil und der schleichenden Islamisierung des Landes [stattfindet]. Der gescheiterte

Putschversuch von 2016 legitimierte dann den Umbau in eine Präsidialrepublik, die die Gewaltenteilung aushebelte und zahlreiche politische Beteiligungsrechte stark beschnitt“ (BTI 2022: 7). Auch der Europarat hat kurz nach dem türkischen Verfassungsreferendum am 25. April 2017 ein Monitoring-Verfahren aufgrund zahlreicher Vorwürfe gegen das politische System und die Regierung Erdoğan beschlossen. Hierin werden die Menschenrechtsverletzungen, Rechtsstaatlichkeit und Schwächung der Demokratie kritisiert (Europarat 2017). Zudem stuft der Demokratieindex 2018 der Zeitschrift *The Economist* die Türkei als ein Hybridregime ein. Demnach nehme die Türkei im weltweiten Ranking den 110. Platz ein und liege noch hinter Ländern wie Nigeria und Pakistan (Stockholm Center for Freedom 2019).

Ausgehend von diesen Analysen erlebt das politische System in der Türkei eine grundlegende Transformation, die seit den 2010er Jahren durch eine Zentralisierung der politischen Macht und die drastische Ausweitung der Zwangsgewalt über die Gesellschaft gekennzeichnet ist. Im zivilgesellschaftlichen Kontext bedeutet dies einen enormen gesellschaftlichen Zusammenbruch, mit massivem Druck auf demokratische Grundrechte und Freiheiten sowie vielseitige Repressalien gegen die politische Opposition.

Geschichte und Genese des politischen Systems in der Türkei

Im Zuge des Ersten Weltkriegs stand das damalige multi-ethnische und multireligiöse Osmanische Reich vor einem Zusammenbruch. Dem folgte ein erfolgreicher Befreiungskampf gegen die Besatzungsmächte und im Oktober 1923 die Proklamation der souveränen Republik Türkei mit dem Staatspräsidenten Mustafa Kemal Atatürk. In seinen Anfängen orientierte sich der neue Staat nicht an irgendeinem ökonomischen, politischen oder ideologischen System. Mit der Verwirklichung der kemalistischen Reformen, etwa in der Mitte der Ära Atatürk (1923–1938), entwickelte sich der Kemalismus vielmehr zu einer eigenen Ideologie: Atatürk strebte danach, das gesamte Gesellschaftssystem von Grund auf zu verändern (Buhbe 1996: 13 f.).

Unter Einfluss der europäisch geprägten Rechtsordnung sowie der Eliminierung der Scharia erhielt das Land 1924 seine erste Verfassung. Die Reformen setzten sich fort mit der Neuschaffung eines Strafgesetzbuches von 1926 nach italienischem Vorbild. Auch die Schweizer Zivilprozessordnung (1927) und die deutsche Strafprozessordnung (1929) hatten Einfluss auf die weitere Strafgesetzgebung. 1928 wurde das lateinische Alphabet angenommen. 1933 wurde die nach osmanischen Richtlinien gegründete Hochschule *Darülfünun* geschlossen und eine Bildungsreform nach westlicher Art durchgesetzt. 1930 auf regionaler und 1934 auf landesweiter Ebene wurde auch das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt (Bozay/Kaygısız 2017: 29 f.; Rumpf/Steinbach 2004: 847). „Diese Reformen verfolgten einen zweifachen Zweck: sie sollten die Position der kemalistischen Bürokratie bei der Ausübung der Staatsmacht festigen, um die Einbindung der Türkei in die kapitalistische Welt durch einen Prozess der ‚Verwestlichung‘ zu fördern. Erfolgreich waren die Reformen auch in Bezug auf die langfristige Bindung verschiedener gesellschaftlicher Schichten an den Kemalismus. Sie bewirkten außerdem, dass die osmanische Bürokratie durch einen neuen Typ von Intelligenzia ersetzt wurde, und sie schufen einen neuen ‚Dienstleistungs-Sektor‘, der dieser ‚kemalistischen Intelligenzia‘ ihr Auskommen sicherte [...]“ (Ayres et al. 1987: 82).

Seinen ideologischen Bezugsrahmen hatte das damals neu gegründete Staatswesen in den sogenannten sechs Grundprinzipien, auf denen die Reformen Atatürks beruhten und unter denen sich die Türkei entwickeln sollte. Zu den zentralen „kemalistischen“ Prinzipien gehören *Reformismus* bzw. *Modernismus*, *Republikanismus*, *Etatismus*, *Laizismus*, *Populismus* und *Nationalismus*. Während der Populismus als Prinzip der Einparteienherrschaft der regierenden CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*, Republikanische Volkspartei) entsprach, förderte der Nationalismus einerseits die nationale Unabhängigkeit und andererseits die Vereinigung der Türkvölker als auch die Leugnung der Existenz von ethnischen Minoritäten im Lande. Der Laizismus bzw. Säkularismus stellte sich der Herausforderung des multireligiösen Gebildes der Türkei (Bozay/Kaygısız 2017: 31 f.).

Atatürk hatte 1923 die CHP gegründet, mit deren Hilfe er bis zu seinem Tode im Jahre 1938 mit allen Vollmachten die Republik regierte. Eine weitere Partei wurde vorerst nicht zugelassen. Charakteristisch war damit für die Ära Atatürks, dass sie sich neben einer Ein-Mann-Herrschaft auch auf ein Ein-Parteien-System stützte. Doch 1930 beauftragte Atatürk selbst den Diplomaten Ali Fethi Okyar zur Gründung einer weiteren Partei – getreu den Leitlinien und Reformen der Republik –, um den Schritt zu einem Mehrparteiensystem zu wagen. Doch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich mit dieser Partei solidarisch zu erklären, löste Unruhe in der politischen Führung aus. Einerseits schwächte diese Entwicklung den Einfluss der von Atatürk ins Leben gerufenen CHP, andererseits entwickelte sich diese Partei zur Opposition, die selbst gegen die Reformen auftrat. Drei Monate nach seiner Gründung wurde die Oppositionspartei (*Serbest Fırka*) wieder verboten (Bozay/Kaygısız 2017: 27 f.; Rumpf/Steinbach 2004: 847).

Auch nach Atatürks Tod am 10. November 1938 erfuhr die Ein-Parteien-Herrschaft bis in die 1950er Jahre kaum einen

Wandel. Als schließlich doch weitere Parteien zugelassen wurden, rekrutierte sich deren Führung größtenteils aus dem Bestand der vorher allein herrschenden CHP und der alten Elite und Militärs aus dem Osmanischen Reich – die Bevölkerung erhielt keinerlei Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen und zu betätigen. Auch Atatürks Nachfolger İsmet İnönü (1938–1950) erhielt den Titel des „Einzelherrschers“ (Tek Adam). Es etablierte sich weiterhin eine autokratische Staatsräson, bei der jenseits von sunnitischen Muslimen und Türken keine andere Minorität und Religionsgruppe im Staatswesen einen Platz erhielt.

Seit der Republikgründung im Jahre 1923 wurden die politischen Entscheidungen vom Militär entweder mit beeinflusst oder direkt bestimmt. In ihrer beherrschenden Stellung verstand sich die Armee als Beschützerin des Staates, der eine absolute Macht über die Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftliche Organisationen sichern sollte. Wer sich dem Staat gegenüber nicht loyal zeigte, musste mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. Daher war das aktive Eingreifen der Militärs in das politische Geschehen stets fester Bestandteil der türkischen Geschichte. Die verschiedenen Militärputsche (1960, 1971, 1980, 1997) wurden größtenteils durch äußere und innere „Staatsfeinde“ gerechtfertigt. Diese Entwicklung setzt sich bis heute fort: Erdoğan und seine AKP legitimieren so insbesondere nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016 eine neue, auch militärisch fundierte Machstellung (Bozay/Kaygısız 2017: 50 f.).

Erst 1946 entschied der Staat die Einführung des Mehrparteiensystems. Einige CHP-Opponenten traten aus der Partei aus und gründeten die Demokratische Partei (*Demokrat Parti*, DP). Die DP erzielte großen parlamentarischen Erfolg und beteiligte sich unter Führung von Adnan Menderes aktiv und mit autoritären Mitteln an der Wiederbelebung des sunnitisch-nationalistischen Erbes der türkischen Nationalbewegung. Am 27. Mai 1960 putschte erstmals die Armee



Bei den Regionalwahlen 1930 durften türkische Frauen erstmals wählen, wie hier in Istanbul.

© picture alliance/ Associated Press

und entmachtete die DP-Regierung. Nach Verbot der DP trat die konservativ-nationale Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*, AP) auf die politische Bühne. Parallel dazu gründeten sich Parteien wie die ultranationalistische Republikanische Bauern-Volkspartei (*Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi*, CKMP), die durch den Einfluss von Oberst Alparslan Türkeş einen rechtsextremen Kurs einnahm und sich 1969 in Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) umbenannte. Die im Zuge des Militärputsch 1971 verbotene islamistische Partei der Nationalen Ordnung (*Milli Nizam Partisi*, MNP) nahm mit dem Vorsitz von Necmettin Erbakan den Namen Nationale Heilspartei (*Milli Selamet Partisi*, MSP) ein. Nachdem sie im Zuge des Militärputsches 1980 verboten wurde, trat sie zuerst 1983 unter dem Namen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) in Erscheinung; nach Verbot spaltete sie sich 2001 in die Partei der Glückseligkeit (*Saadet Partisi*, SP) und AKP. Die erste links-sozialistische Partei, die einen parlamentarischen Durchbruch schaffte, war die 1961 gegründete Arbeiterpartei der Türkei (*Türkiye İşçi Partisi*, TİP). Nach dem die TİP im Zuge des Militärputsches von 1971 verboten wurde, blieben linke und sozialistische Parteien in der Türkei größtenteils im Untergrund und waren Repressionen ausgesetzt (zum Beispiel die Kommunistische Partei der Türkei, *Türkiye Komünist Partisi*, TKP).

Damit entwickelte zwischen den 1960er und 1990er Jahren das politische System der Türkei im Schatten von Militärdiktaturen. Den größten gesellschaftlichen Riss erzeugte der Militärputsch 1980. Zwei Jahre nach dem Putsch sollte eine neue nationalistic Verfassung Stabilität herstellen. Die Verfassung wurde im November 1982 unter der damals noch herrschenden Militärdiktatur durch eine sogenannte Volksabstimmung legitimiert, die aber unter höchst undemokratischen Bedingungen stattfand. Mit ihr wurde gleichzeitig Junta-Chef Kenan Evren zum Staatspräsidenten auf sieben Jahre gewählt. Unter Wahlpflicht und Unterbindung einer öffentlichen Diskussion wurde die neue Verfassung mit 91,2 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Das Parlament war ohnehin infolge des Putsches entmachtete worden, sodass der Verfassungsentwurf allein vom Militär ausgearbeitet wurde. Die Generäle schafften es aber nicht, ein Zwei-Parteien-System zu installieren. Das Ergebnis war eine Verfassung, die den Staat vor der Gesellschaft zu schützen suchte und ihn über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger stellte.

Bei den Parlamentswahlen im November 1983 gewann Turgut Özal mit seiner konservativ-neoliberalen Mutterlandspartei (*Anavatan Partisi*, ANAP) die parlamentarische Mehrheit. Özal verfolgte eine Politik der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung. Nach dem Tod von Özal prägten Tansu Çiller als erste Ministerpräsidentin und Süleyman Demirel als Staatspräsident die türkische Politik. Ein politischer Wechsel zeichnete sich bei den Parlamentswahlen 1995 ab, als die konservativ-nationale Partei des Rechten Weges (*Doğru Yol Partisi*, DYP) drittstärkste Kraft (19,2 %) hinter der islamistischen RP (21,4 %) von Erbakan und der von Mesut Yılmaz geführten ANAP (19,7 %) wurde. Der Aufstieg des politischen Islam in der Türkei erlebte damit einen vorläufigen Höhepunkt, auch wenn Erbakan nur ein Jahr lang Ministerpräsident bleiben konnte (Özbudun 2002: 49).

Im Sinne der Türkisch-Islamischen Synthese, die auf eine enge Verflechtung zwischen islamischen/islamistischen und nationalistischen Dynamiken abzielte, hatten die alten kemalistischen Eliten eine Islamisierung der Türkei zwar teilweise gefördert, behielten aber zunächst die feste Kont-

rolle über den Staatsapparat. Als der Nationale Sicherheitsrat (MGK) Ende Februar 1997 der islamistischen RP-Regierung Maßnahmen auferlegte, musste Erbakan im Juni 1997 von seinem Amt zurücktreten. Das Militär hatte dieses Mal also eher zu indirekten Methoden gegriffen und einen sogenannten „kalten Putsch“ gegen eine mögliche islamistische Gefahr durchgeführt. Wenige Monate später zog auch die Justiz nach: Die RP wurde vom türkischen Verfassungsgericht verboten. Erbakan und weitere führende Funktionäre der Partei erhielten mehrjährigen Berufsverbot (DW 2013).

Bei den Parlamentswahlen im April 1999 stimmten die Wählerinnen und Wähler insbesondere unter dem Einfluss der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan für eine nationalistic Wende. Die linksnationalistische Demokratische Linkspartei (*Demokratik Sol Parti*, DSP) von Bülent Ecevit ging mit 22,2 Prozent der Stimmen als Wahlsieger hervor, gefolgt mit 18 Prozent von der rechtsextremen MHP von Devlet Bahçeli und mit 13,2 Prozent von der ANAP unter Mesut Yılmaz. Eine tiefergehende politische Krise führte schließlich dazu, dass bei den Wahlen im November 2002 alle drei Koalitionsparteien unter der Zehn-Prozent-Hürde blieben und somit nicht mehr im türkischen Parlament vertreten waren. Bei diesen Wahlen trat die AKP unter Erdoğan mit 34,2 Prozent der Stimmen als Wahlsieger hervor und konnte aufgrund der Engpässe im Wahlsystem die Regierung alleine bilden (Bozay/Kaygısız 2017: 67).

Das damalige politische System der Türkei stützte sich nach der geltenden Verfassung auf eine repräsentative Demokratie, die aber einer sehr starken Kontrolle des Militärs unterlag. Seit dem Übergang zum Mehrheitsparteiensystem im Jahre 1946 werden in der Türkei die Abgeordneten formell in allgemeinen, freien, geheimen und direkten Wahlen gewählt. Das Wahlsystem wurde immer wieder gemäß der politischen Lage und Konstellation des Landes verändert. Da-



Während der Sondierungen zur Regierungsbildung 1995 traf sich die noch amtierende Ministerpräsidentin Tansu Çiller mit dem Gründer und Vorsitzenden der MHP, Alparslan Türkeş. Çillers Koalition mit der SHP war zuvor geplatzt, mit der Unterstützung der MHP wollte sie nun eine Minderheitenregierung mit der DSP eingehen, die letztlich jedoch scheiterte.

© picture-alliance/ dpa/ epa | Staff

hinter steht insbesondere die Idee, kleinere Parteien und insbesondere linksozialistische sowie pro-kurdische Bewegungen vom Parlament auszuschließen. Deshalb existierte in der Türkei auf parlamentarischer Ebene bislang eine undemokratische Sperrklausel von 10 Prozent, die im neuen Wahlgesetz auf 7 Prozent abgesenkt wurde.

Das neue Wahlgesetz von 2021

Mit der Novellierung des Gesetzes über die Parlamentswahlen vom 6. April 2021 hat es wichtige Veränderungen im bestehenden Wahlgesetz gegeben. Die neuen gesetzlichen Regelungen umfassen die Bildung von Ausschüssen, die Verteilung der Stimmen an politische Parteien im Falle eines Bündnisses, die Vorschriften über den Wahlkampfzeitraum bis hin zur Erstellung von Wählerverzeichnissen. Diese Änderungen im Wahlgesetz zeigen auch Auswirkungen auf einige politische Parteien. So sind im türkischen Parlament derzeit 14 politische Parteien vertreten, jedoch besteht für neun Parteien die Gefahr, dass sie aufgrund der Sperrklausel die Schwelle nicht erreichen (können). Dies hat zur Folge, dass die Wahlen größtenteils zwischen den im parlamentarisch gut organisierten und etablierten politischen Parteien stattfindet und die Parlamentssitze unter ihnen verteilt werden. Neu gegründete Parteien werden entweder nicht in der Lage sein, Sitze im nächsten Parlament zu erhalten, oder sie werden Allianzen mit großen Parteien suchen, um das Schwellenrisiko zu beseitigen. Hinzu kommt, dass die Wahlkampfvorschriften dazu führen, dass der amtierende Präsident immer vor den anderen Präsidentschaftskandidaten und seine Partei fortwährend vor den anderen politischen Parteien liegt (Yılmaz 2022). Somit bleiben den anderen Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteien dauerhaft die Möglichkeit verwehrt, sich und ihre Programme den Wählerinnen und Wählern angemessen zu erklären.

Das Wahlgesetz in der Türkei zeigt auch den vielseitigen Mangel an innerparteilicher Demokratie, welches mit dem autoritären Machtgefüge der Gesellschaft und der Parteienlandschaft zusammenhängt. Die meisten Parteien verlangen von ihren Abgeordneten eine absolute Loyalität zur Parteiführung. Dieses demokratiefeindliche Grundgerüst lässt sich vor allem am Beispiel der politischen Praxis der AKP unter Erdoğan sehr gut skizzieren. In seiner Regierungszeit als Ministerpräsident hat Erdoğan mehrere Male ohne vorherige Beratung das eigene Kabinett umgebildet. Kabinettsmitglieder und Staatsminister erfuhren über Medien, dass sie abgesetzt wurden – ebenso wie deren Nachfolger, dass sie einberufen wurden.

Eine Zuspitzung und Regierungskrise erzeugte diese antidemokratische Machtpraxis durch die Absetzung des damaligen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu durch Staatspräsident Erdoğan im Mai 2015. In der Auseinandersetzung zur Einführung eines Präsidialsystems stellte Erdoğan die Loyalitätsfrage und verdächtigte Davutoğlu, seine Macht untergraben zu wollen. Nach einem Gespräch mit Erdoğan musste Davutoğlu einen Sonderparteitag einberufen und seinen Rücktritt als Ministerpräsident verkünden.

Die Islamisierung der Türkei unter der AKP

Die Religion als ein Machtfaktor hat in der Geschichte und Gegenwart der türkischen Gesellschaft stets eine bedeutende Rolle gespielt. Die Parteien, das Militär und die Staats-

elite insgesamt setzten den sunnitischen Islam gezielt als ein politisches Instrument ein. Durch die Instrumentalisierung der Religion für die Machterhaltung ist der islamische Fundamentalismus im türkischen System selbst zu einem wichtigen Machtfaktor geworden.

Als die AKP 2002 ihren ersten Aufschwung erlebte, führte die Öffentlichkeit – insbesondere viele Kreise aus dem konservativ-nationalistischen bis hin zum liberalen Lager – vermehrt die Diskussion, ob die AKP sich vom politischen Islam lösen und sich zu einer „konservativ-liberalen“ Partei umformen würde. Auch in den USA und der EU, einschließlich Deutschland, wurde Erdoğan zu Beginn als frommer und transparenter Politiker dargestellt und die AKP gerne als „gemäßigte islamisch-konservative“ Partei gezeigt. Das Vorgehen der AKP und Erdoğan ist durch das Prinzip der *Takiye* islamisch legitimiert. *Takiye* hat eine soziokulturelle und rituelle Dimension und bedeutet so viel wie Täuschung oder Verleugnung. Diese Methode erlaubt und verpflichtet sogar im islamischen Sinne zur Lüge und Verstellung sowie zur taktisch motivierten, meist politischen Täuschung gegenüber Nicht-Muslimen beziehungsweise einer „feindlichen Umgebung“. Hinzu kommt, dass durch das von der *Takiye* legitimierte Verbergen und Verheimlichen des eigenen Glaubens ermöglicht wird, Ziele konfliktfrei und ohne Stolpersteine zu erreichen. Durch diese Taktik hat es auch die AKP geschafft, im Rahmen einer verborgenen Islamisierung den Staatsapparat zu durchsetzen und schließlich zu dominieren (Karaveli 2021). Zur Erreichung dieses Ziels geht Erdoğan innenpolitisch pragmatische Koalitionen zu seinen Gunsten ein – so auch die enge Koalition mit der rechts-extremen MHP. Zudem verbündete sich die AKP für einige Zeit mit dem konservativ-liberalen Establishment, das daran glaubte, dass Erdoğan die „defekte“ Demokratie der Türkei nach europäischer Vorstellung demokratisieren wolle.

Das Vorgehen der AKP eröffnete auch verfassungsrechtliche Konflikte: Am 31. März 2008 entschied das türkische Verfassungsgericht, eine Anklageschrift einstimmig anzunehmen, in der die AKP als „Kristallisationspunkt antisäkularer Aktivitäten“ beschuldigt wurde. Damit forderte der damalige Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalçınkaya ein fünfjähriges Berufsverbot für 71 führende AKP-Politiker, darunter Erdoğan und der damalige Staatspräsident Abdullah Gül. Die Klage gegen Gül wurde mit einem Stimmenverhältnis von 7:4 zugelassen, obgleich der Staatspräsident Immunität genießt. Das Verbotsverfahren gegen die AKP war ein Teil des Machtkampfes der kemalistischen Elite und nationalistischer Kreise auf der einen sowie der AKP und islamischer Kreise auf der anderen Seite. Der Verbotsantrag scheiterte denkbar knapp: Zwar stimmten sechs von elf Richtern dafür, die notwendige Mehrheit von sieben Stimmen wurde aber verpasst. So kam die AKP mit einer Verwarnung wegen „antilaizistischer Umdriebe“ davon (Tröndle 2008).

In diesem Geist entstand auch ein 2009 verabschiedetes Gesetz, dass das Militär erstmals der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellte. 2010 untermauerte ein erfolgreiches Referendum über Verfassungsänderungen seinen Erfolg. Als sich Erdoğan 2010 weigerte, drei Generäle zu befördern, galt das als Ausdruck einer Machtfülle, mit der er sich gegen das Militär durchsetzen konnte (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010: 2 f.). Nachdem Erdoğan das Bündnis mit den Liberalen nicht mehr benötigte, leitete er deren Verhaftung und Säuberung im Rahmen des sogenannten Ergenekon-Prozesses ein, der sich gegen mutmaßliche Verschwörer eines großen Netzwerks aus Politik, Militär und Geheimdienst richtete.

Verfassungsänderung in der AKP-Ära: Erdoğan als Zentrum der Macht

Im April 2017 erlebte das politische System der Türkei einen tiefgreifenden Umbruch, der eine zentrale politische Alleinherrschaft Erdoğan's legitimierte und faktisch das System der parlamentarisch kontrollierten Regierung abschaffte. So wurde die bestehende türkische Verfassung durch ein Referendum umfassend verändert. Seitdem hat die Türkei den Weg von einem parlamentarischen System zu einem Präsidialsystem eingeschlagen. Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 wurde diese Entwicklung abgeschlossen und umgesetzt.

Die Verfassungsänderung, die am 16. April 2017 mit knapper Mehrheit angenommen wurde, war im wahrsten Sinne keine klassische „Novellierung“, sondern führte zu einer grundlegenden Veränderung im System, die es in der Türkei seit der Gründung der Republik in dieser Form nicht gegeben hatte. Eine große Machtverschiebung zugunsten der Exekutive war die Folge, die wiederum auf Kosten des Parlaments in einer Hand konzentriert wurde. In der neuen Verfassungsänderung steht nicht nur der Staatspräsident im Zentrum der Macht, auch das Militär wird durch einen machtpolitischen Einzelherrscher ersetzt (Rumpf 2017). Zudem wurde das Amt des Ministerpräsidenten abgeschafft. Der für fünf Jahre von der Bevölkerung gewählte Staatspräsident ist somit das Staatsoberhaupt und verfügt über weitreichende Befugnisse. Er kann Präsidialverordnungen erlassen und eine Reihe von Schlüsselpositionen im Staatsapparat allein bestimmen, vor allem in der Justiz, im Militärwesen und an Universitäten. Zudem kann er ein Veto gegen die vom Parlament verabschiedeten Gesetze einle-

gen, aber das Parlament kann dieses Veto mit einer Dreifünftel-Mehrheit außer Kraft setzen. Eine wesentliche Änderung ist auch, dass der Staatspräsident einer politischen Partei angehören kann, auch wenn er offiziell verpflichtet ist, sein Amt „neutral“ auszuüben (Deutsche Welle 2017).

Seit der Umsetzung der Verfassungsänderung fungieren Ministerinnen und Minister nur noch als hochrangige politische Beamte, die vom Staatspräsidenten nach Belieben ernannt und entlassen werden können. Der Präsident kann sogar per Dekret Ministerien schaffen und aufheben und neben diesen beliebig viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter ernennen und abberufen. Parlamentarische Kontrollinstanzen wie das Misstrauensvotum oder die mündliche Befragung des Präsidenten oder der Ministerinnen und Minister vor dem Parlament entfallen; es bleiben nur noch schriftliche Anfragen, die im Ermessen des Präsidenten oder seiner Stellvertretungen liegen.

Durch die Verfassungsänderung hat Erdoğan eine gestärkte Machtposition gewonnen, die er bereits seit 2005 neu zu definieren versuchte. Im Zuge des sogenannten gescheiterten Putsches vom Juli 2016 bekam er in seinem Bestreben Rückenwind und konnte durch ein Referendum diese radikalen Änderungen durchführen. Während er für diese Verfassungsänderung als engen Partner die rechts-extreme MHP gewinnen konnte, hatte sich die politische Opposition mit der sozialdemokratischen CHP und der linksgerichteten pro-kurdischen Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) an der Spitze gegen die Umwandlung in ein Präsidialsystem gestellt (Deutsche Welle 2017). Durch seine Machtkontrolle dominiert Staatspräsident Erdoğan auch den Hohen Wahlausschus-



Anhängerinnen der AKP protestierten mit dem Aufruf „Kein Platz für Despotismus!“ am 1. April 2008 vor dem türkischen Verfassungsgericht gegen die am Tag zuvor getroffene Entscheidung, eine Klage gegen die Partei anzunehmen. © picture-alliance/ dpa | epa/ Kerim Okten

ses (Yüksek Seçim Kurulu, YSK). Nach offiziellen Angaben des Wahlamtes stimmten bei dem Referendum zur Verfassungsänderung 2017 insgesamt 51,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Änderung und 48,6 Prozent dagegen. Bei der landesweiten Auszählung der Ergebnisse zeigten sich Unregelmäßigkeiten, als Stimmzettel ohne amtliche Stempel auftauchten (Özdemir 2017). Dies deutet darauf hin, dass bereits gefälschte Stimmzettel im Umlauf waren und es sich um eine mögliche Wahlmanipulation handelte. Die darauffolgende Entscheidung des Wahlamtes war ein Skandal: Ungestempelte Stimmzettel und Umschläge waren zwar ungültig, wurden aber für rechtsgültig erklärt. Die Berufung gegen diese mögliche Wahlmanipulation durch die Oppositionsparteien CHP und HDP blieben jedoch erfolglos.

Ähnliche Entwicklungen zeigten sich beim Ausgang der Bürgermeisterwahl in Istanbul Ende März 2019. Die AKP gewann zwar bei den Kommunalwahlen landesweit eine knappe Mehrheit, doch wichtige Metropolen, darunter Istanbul und Ankara, verlor sie an die oppositionelle CHP. In Istanbul lag Ekrem İmamoğlu (CHP) mit etwa 24.000 Stimmen knapp vor dem ehemaligen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım (AKP). Bei der Abstimmung in Istanbul sprach Erdoğan sogar von „organisierter Kriminalität“ und AKP sowie MHP legten gemeinsam eine „außerordentliche Beschwerde“ beim Hohen Wahlausschuss ein (Zeit Online 2019). Durch den politischen Druck auf die Wahlbehörde wurde die Bürgermeisterwahl in Istanbul wegen angeblicher Regelwidrigkeiten im Juni 2019 wiederholt. Bei der Wahlwiederholung gewann İmamoğlu erneut, diesmal jedoch mit einem Vorsprung von über 800.000 Stimmen, was etwas mehr als 54 Prozent der Stimmen bedeutete. Derzeit droht İmamoğlu, der in der Öffentlichkeit zugleich als potenzieller Herausforderer von Erdoğan angesehen wird, ein Politikverbot: Kurz vor den anstehenden Parlamentswahlen in 2023 wurde er wegen angeblicher Beleidigung der türkischen Wahlbehörde von einem Istanbul Gericht zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten verurteilt. İmamoğlu kann bis zu einem rechtskräftigen Urteil weiter im Amt bleiben.

Politische Parteien in der Türkei und ihr Einfluss in Deutschland

Das gegenwärtige politische Parteiensystem der Türkei ist sehr komplex und divers. Ein wichtiges charakteristisches Merkmal der politischen Parteien in der Türkei ist ein „struktureller Autoritarismus“ (Ayдын 2018). Dieser ermöglicht dem Parteivorsitzenden nicht nur die Führung, sondern auch den Fraktionsvorsitz mit nahezu absoluter Kontrolle über alle Parteigremien bis hin zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für das Parlament und die Kommunalwahlen. Aufgrund der gesetzlich bestimmten 10-Prozent-, für die anstehenden Wahlen auf 7 Prozent gesenkten Sperrklausel ist es kleineren Parteien kaum möglich, in das türkische Parlament einzuziehen. Trotzdem ist die politische Parteienlandschaft geprägt von Neugründungen, Spaltungen und Bündnissen.

Auf Staatspräsident Erdoğan und seine AKP entfallen derzeit von 600 besetzten Sitzen in der Großen Nationalversammlung 286 und seinen Verbündeten MHP insgesamt 48 Sitze. Damit kann Erdoğan auf eine parlamentarische Mehrheit zählen. Bei den letzten Kommunalwahlen im März 2019 verlor die AKP vor allem in den türkischen Großstädten wie Istanbul, Ankara, Izmir, Adana und Diyarbakir gegen die Opposition der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP und

der linksgerichteten pro-kurdischen HDP. Ausgehend von den Wahlergebnissen zur 27. Großen Nationalversammlung ist in der gegenwärtigen Parteienlandschaft der Türkei eine starke Polarisierung zwischen konkurrierenden Parteien und politischen Flügeln zu erkennen (s. Abb. 1). Seit der Regierungsübernahme der AKP im Jahr 2002 hat sich diese Polarisierung und Konkurrenz weiter vertieft.

Das Lager der islamisch-konservativen Parteien

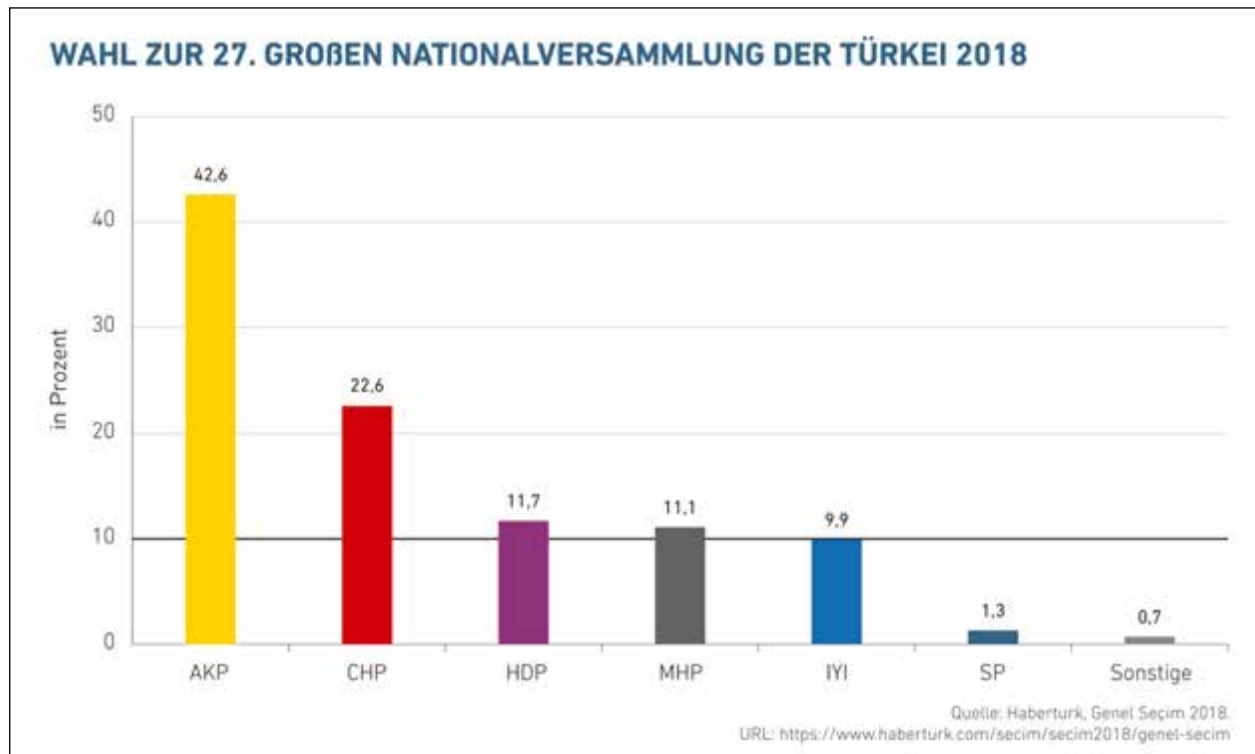
Das politisch-islamische Lager bildet gegenwärtig keine homogene Gruppe. Aus der islamistisch eingeordneten *Millî Görüş*-Bewegung entstanden nach dem Tod ihres Führers Necmettin Erbakan und dem Verbot der RP 2001 die Parteien AKP und SP. Während die AKP mit ihrer neuen politischen Strategie zu einer Regierungspartei avancierte, blieb die SP als islamistische Partei in ihrem politischen Wirken eher marginal. Sie verfügt in Deutschland über gute Verbindungen zu ihrer Zweigorganisation *Islamische Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG), die unter Beobachtung des deutschen Verfassungsschutzes steht. Zudem verfügt die SP auch über eine Deutschlandvertretung, die 2013 gegründet wurde und in vielen Bundesländern aktiv ist (Bundesministerium des Innern 2016: 208). Das Sprachrohr der SP ist die Tageszeitung *Millî Gazete* (Nationale Zeitung). Neben einer starken AKP-Kritik verfolgt die SP gegenwärtig eine antiamerikanische und antieuropäische Politik. Bei der Wahl zum Parlament im Oktober 2002 erhielt sie 2,49 Prozent und scheiterte damit an der Sperrklausel. Dagegen erhielt sie bei den Kommunalwahlen 2004 landesweit 3,97 Prozent der Stimmen und stellte damit Bürgermeister in 12 der insgesamt 923 Landkreise. Für die Parlamentswahl 2018 einigte sich die SP im Wahlbündnis mit der CHP und der *İYİ Parti* (IP, Gute Partei) und gewann zwei Sitze im Parlament über die Wahlliste der CHP.

Aus innerparteilichen und politischen Differenzen mit der AKP ist im März 2020 auch die Partei für Demokratie und Fortschritt (*Demokrasi ve Atılım Partisi*, DEVA) hervorgegangen. Ali Babacan, der Gründer der DEVA, bekleidete von 2002 bis 2015 wichtige Posten in den AKP-Regierungen, unter anderem als stellvertretender Ministerpräsident, Wirtschaftsminister und Außenminister. Er verließ im Juni 2019 die AKP, weil sie sich zu sehr von ihren ursprünglichen Werten abgewandt hätte. Die DEVA ist politisch gesehen dem bürgerlich rechten und islamischen Spektrum zuzuordnen und steht als Alternative zur AKP. Sie versteht sich auch als Partei mit einer stärkeren europäisch-westlichen Ausrichtung. Nach einer Umfrage des Forschungsinstituts MAK liegt die DEVA prozentual zwischen 3 Prozent und 3,5 Prozent (Sondakika.com 2022). Über ihren in Deutschland sozialisierten Abgeordneten Mustafa Yeneroğlu, der 2019 aus der AKP ausgetreten ist, verfügt die DEVA auch über Kontakte zu Netzwerken in Deutschland.

Eine weitere Abspaltung von der AKP im Jahre 2019 ist die Zukunftspartei (*Gelecek Partisi*, GP). Deren Gründer Ahmet Davutoğlu galt als einer der wichtigen Strategen der AKP und war von 2014 bis zu seinem Rücktritt 2016 deren Vorsitzender und Ministerpräsident der Türkei. Politisch gesehen ist GP dem bürgerlich rechten und islamisch-konservativen Spektrum zuzuordnen. Im Gegensatz zur DEVA verfolgt sie eher eine westlich-distanzierte Politik. Nach Prognosen der Forschungsinstitute bewegt sich die GP zwischen 2,5 Prozent und 3 Prozent (Çağrı 2022).

Eine wichtige Basis für die AKP und ihre Organisationsstrukturen in der Türkei bilden insbesondere islamische Ordensgemeinschaften und Sekten, die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss besitzen. So haben die Ordensgemein-

Abbildung 1



schaften und Sekten Menzil, İsmailağa und İskenderpaşa bei den letzten Parlamentswahlen 2018 öffentlich bekundet, die AKP zu unterstützen. Auch wichtige Namen aus der Ordensgemeinschaft Nur Cemaati erklärten ihre volle Unterstützung für Erdoğan und seine AKP. Fatih Süleyman Denizolgun, Urenkel von Süleyman Hilmi Tunahan, dem Gründer der Süleymancılar-Bewegung, sitzt sogar als Abgeordneter der AKP im Parlament. Bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 2018 lag die AKP bei 42,6 Prozent. Die erstmals von der AKP ins Leben gerufene „Volksallianz“ (*Cumhur İttifakı*) erhielt unter Beteiligung der extrem rechten MHP und der nationalistisch-islamistischen Große Einheitspartei (*Büyük Birlik Partisi*, BBP) 53,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. An der „Volksallianz“ von Erdoğan beteiligt sich bei den Parlamentswahlen im Mai 2023 auch die 2018 gegründete islamistische Neue Wohlfahrtspartei (*Yeniden Refah Partisi*, YRP) von Fatih Erbakan, dem Sohn des verstorbenen islamistischen Politikers Necmettin Erbakan. Als neuer Unterstützer der „Volksallianz“ fungiert ebenso die islamistische Partei der Freien Sache (*Hür Dava Partisi*, Hüda Par), die 2012 von sunnitischen Muslimen vorwiegend kurdischer Herkunft gegründet wurde und durch ihre Nähe zur türkischen „Hizbullah“ bekannt ist. Nach Umfragewerten des Forschungsinstituts PIAR vom März 2023 liegt die AKP bei 30,8 Prozent (tr.euronews.com, 11.03.2023).

In Deutschland verfügt die AKP von Erdoğan auch durch ihre „neue“ Diaspora-Politik über Einfluss unter Teilen der türkeistämmigen Bevölkerung. Vor allem konnte seit den türkischen Parlamentswahlen 2015 sichergestellt werden, dass Wählerinnen und Wähler mit einem gültigen türkischen Pass in türkischen Konsulaten an den Parlamentswahlen teilnehmen können. So waren bei der Parlamentswahl 2018 insgesamt knapp über drei Millionen im Ausland lebende Türkeistämmige wahlberechtigt, wobei die Wahlbeteiligung unter ihnen bei 44,19 Prozent lag (Habertürk 2018).

Für seine Wahlpropaganda in Deutschland und Westeuropa nutzt die AKP in erster Linie die Strukturen und Stützpunkte des Dachverbandes *Union Internationaler Demokraten* (UID, früher UETD), die größtenteils als offizielle Vertretung der AKP agiert. Eine wichtige Basis für die AKP-Propaganda in Deutschland bildet auch der größte islamische Dachverband DİTİB (*Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion), der hierzulande nicht als Religionsgemeinschaft, sondern vielmehr als Repräsentanz der staatlichen Religionsbehörde *Diyanet* (Präsidium für Religionsangelegenheiten) fungiert. Die DİTİB ist faktisch dem türkischen Staatspräsidenten und dem Amt für religiöse Angelegenheiten der türkischen Botschaften und Konsulate unterstellt. Vor allem AKP-Abgeordnete haben durch ihre Deutschlandbesuche bei UID, DİTİB und anderen Einrichtungen in Wahlkampfzeiten dazu beigetragen, dass die polarisierende Stimmung in der Türkei auch nach Deutschland getragen wurde. Aufsehen hat zuletzt der AKP-Abgeordnete Mustafa Açıkgöz erregt, als er Mitte Januar 2023 eine Moschee der Grauen Wölfe im nordrhein-westfälischen Neuss besuchte, um Wahlkampf für das Bündnis zwischen AKP und MHP zu machen. In seiner Rede forderte Açıkgöz die „Vernichtung von Kurden, die er als PKK bezeichnete, und Anhängern der Gülen-Bewegung, die er als ‚Fetö‘ [*Fethullahçı Terör Örgütü*, „Fethullahistische Terrororganisation“ als Bezeichnung für mutmaßliche Verschwörer um Fethullah Gülen, Anm. d. Red.] betitelte. Diese seien unter anderem gottlos und wollten den Islam „christianisieren“ (Pehlivan 2023b). Zeitgleich gab es mehrere Wahlkampfauftritte von AKP-Abgeordneten (teilweise gemeinsam mit Vertretern der rechtsextremen Grauen Wölfe) in Moscheen und Vereinen in Deutschland, Frankreich, Belgien, Österreich und den Niederlanden, zu denen die UID unter dem Motto „Treffen mit dem Volk“ oder „Kulturveranstaltung“ aufgerufen hatte (Pehlivan 2023a). Die von der sogenannten „türkischen Diaspora“ in Deutschland gegründeten Parteien und Wahlbündnisse wie zum Beispiel das *Bündnis Innovation*

und Gerechtigkeit (BIG) oder die *Allianz Deutscher Demokraten* (ADD) stehen ebenso im engen Kontakt zur AKP und ihren Lobbyorganisationen in Deutschland (Göğüş 2018).

Auch über das *Yunus-Emre-Institut* (YEE), das *Türkische Präsidium für internationale Kooperation und Koordination* (TIKA) sowie die *Stiftung für politische, ökonomische und soziale Forschung* (SETA) versucht die AKP, gesellschaftliche Spannungen auszulösen und ihren Einfluss in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten zu stärken (Çiçek 2017). Die Wahlergebnisse zur 27. Großen Nationalversammlung im Ausland belegen dazu, dass der Stimmenanteil der AKP im Ausland (insbesondere in westeuropäischen Ländern) höher liegt als die Ergebnisse in der Türkei (s. Abb. 2).

Das Lager der kemalistisch-sozialdemokratischen Parteien

Die CHP ist im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Sozialdemokratien nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung entstanden, sondern verkörpert seit der Republikgründung die Tradition einer Staatspartei. Bis in die 1990er Jahre bestand ihre soziale Basis aus Militärs, der Staatsbürokratie und der Intelligenz. Erst Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine Wende der CHP zum sozialdemokratischen Ideengut. Der türkischen Sozialdemokratie sind gegenwärtig Teile ihrer Anhängerschaft und Wählerschaft weggebrochen. Grund dafür war insbesondere die Koalition mit konservativ-nationalistischen Parteien (DYP, ANAP), aber auch die Unterstützung für die Kriegspolitik in den kurdischen Gebieten. Unter Führung von Deniz Baykal nahm die CHP zwischen 1992 und 2010 immer mehr einen rechten Kurs ein, so dass Themen wie Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit und demokratische Mitbestimmung in den politischen Forderungen ausgeblendet wurden. Mit dem 2010 gewählten neuen Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu hatte die CHP einen politischen Richtungswechsel bekanntgegeben, dieser erhielt jedoch kaum Durchbruch. Während

die CHP bei den Parlamentswahlen im November 2015 auf 25,3 Prozent der Stimmen kam, erhielt sie bei den Parlamentswahlen 2018 22,7 Prozent. Bei dem Letzteren gründete die CHP in Zusammenarbeit mit İP, DP und SP das Bündnis der Nation (*Millet İttifakı*), das gemeinsam auf 34 Prozent kam. In Deutschland hat sich die CHP zunächst mit Landesverbänden organisiert. Nun soll sich die neue Organisation auf zahlreiche Städte konzentrieren, in der einerseits der Anteil der türkeistämmigen Bevölkerung groß ist und sich andererseits türkische Konsulate befinden. Eine Spaltung erlitt die CHP durch ihren ehemaligen parlamentarischen Fraktionsvorsitzenden Muharrem İnce, der sich von der Partei trennte und im Mai 2021 die Gründung der *Memleket Partisi* (Heimatpartei) bekanntgab. Die Heimatpartei ist der konservativ-kemalistischen Linie zuzuordnen und tritt größtenteils mit einer populistischen Rhetorik auf. Nach Umfragewerten des Forschungsinstituts PIAR vom März 2023 liegt die CHP bei 32,3 Prozent (tr.euronews.com, 12.03.2023).

Unbedeutend im sozialdemokratischen Lager blieb die DSP, die zwar zu Lebzeiten ihres Gründers Bülent Ecevit von 1997 bis 2002 an der Regierung beteiligt war, aber bei den Parlamentswahlen 2015 unter ein Prozent blieb. Marginal bei den Wahlen blieb auch die linksnationalistische und pro-russische Vaterlandspartei (*Vatan Partisi*, VP). Die VP von Doğu Perinçek versteht sich als eurasiatische Bewegung, die einen antieuropäischen und antiamerikanischen Kurs verfolgt. Sie ist als ultra-kemalistische Partei besonders im Militär und unter den Generälen gut organisiert, was sie für den Machterhalt von Erdoğan zu einem Bündnispartner der „Volksallianz“ von AKP und MHP macht (Çopur 2018).

Das Lager der pro-kurdischen und linkssozialistischen Parteien

Die Geschichte der türkischen Demokratie zeigt, welchen Verboten insbesondere pro-kurdische und linkssozialistische Parteien ausgesetzt waren. So wurden wegen Separa-

Abbildung 2





Zu den türkischen Parlamentswahlen 2018 trat als Spitzenkandidat der HDP Selahattin Demirtaş an, der während des Wahlkampfes in Untersuchungshaft saß. Demirtaş sitzt immer noch in Haft, obwohl im Dezember 2020 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine Freilassung gefordert hat.

© picture alliance/ EPA-EFE | SEDAT SUNA

tismusvorwurf folgende pro-kurdische und linkssozialistische Parteien in der Türkei verboten: 1988 die Sozialistische Partei (SP), 1991 die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP), 1993 die Arbeitspartei des Volkes (HEP), die Freiheits- und Demokratiepartei (ÖZDEP), die Partei der Sozialistischen Türkei (STP), 1994 die Demokratieteil (DEP), 1995 die Sozialistische Einheitspartei (SBP), 1996 die Partei für Demokratischen Wandel (DDP), 1997 die Partei der Arbeit (EP), 1999 die Demokratische Massenpartei (DKP), 2003 die Demokratieteil des Volkes (HADEP) und zuletzt 2009 die Demokratische Gesellschaftspartei (DTP).

Die HDP ist in der Geschichte der Türkei die erste pro-kurdische Partei, der es als Bündnis mit vielen fortschrittlichen und linkssozialistischen Parteien gelungen ist, die Zehn-Prozent-Sperrklausel zu überwinden und im Juni 2015 mit 13,1 Prozent ins türkische Parlament einzuziehen. Als durch den parlamentarischen Einzug der HDP der Alleinmachanspruch der AKP von Erdoğan nicht mehr gesichert war, intervenierte er und kündigte vorgezogene Neuwahlen an. Zugleich begann eine landesweite Stimmung gegen Politikerinnen und Politiker der HDP und in zahlreichen kurdischen Regionen zudem eine große militärische Offensive. Bei der vorgezogenen Neuwahl im November 2015 erhielt die HDP 10,8 Prozent der Stimmen und bildete die drittgrößte Fraktion im Parlament, bei den Wahlen 2018 kam sie auf insgesamt 11,7 Prozent und blieb weiterhin drittstärkste Kraft im Parlament (Habertürk 2018). Im Rahmen der anstehenden Parlamentswahlen 2023 tritt die HDP als „Bündnis für Arbeit und Freiheit“ auf, an dem auch linkssozialistische Parteien und Bewegungen wie TİP (Arbeiterpartei der Türkei), EMEP (Partei der Arbeit), EHP (Partei der Arbeiterbewegung), TÖP (Partei der Sozialen Freiheit) und SMF (Föderation der So-

zialistischen Räte) beteiligt sind. In Deutschland besitzt die HDP vor allem Kontakte zu kurdischen, alevitischen und linkssozialistischen Dachverbänden und Netzwerken, die eine wichtige Stütze für ihren Wahlkampf hierzulande bilden werden. Nach einer Umfrage des Forschungsinstituts PİAR liegt die HDP derzeit bei 11,2 Prozent (Gazete Duvar 2023).

Im Mai 2016 entzog die Große Nationalversammlung 50 Abgeordneten der HDP ihre Immunität. Die ehemaligen HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sitzen seit November 2016 in Haft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Dezember 2020 die Freilassung von Demirtaş gefordert hat. Weiterhin erhielten zahlreiche Politikerinnen und Politiker der HDP ein Politikverbot und in nahezu allen kurdischen Städten und Provinzen wurden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der HDP abgesetzt und festgenommen. Ihnen wird Separatismus und Unterstützung der PKK vorgeworfen. Nun droht im Vorfeld der Wahlen 2023 auch ein Verbotsverfahren gegen die HDP.

Anfang März 2021 leitete die türkische Generalstaatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die HDP ein und reichte zugleich beim Verfassungsgericht eine Klageschrift auf deren Verbot ein. Hierin forderte der Generalstaatsanwalt neben dem Verbot der HDP auch das Politikverbot für 687 Parteifunktionäre. Der Politikwissenschaftler Osman Can konstatiert: „Das würde auf den Ausschluss fast aller HDP-Politiker von der Politik hinauslaufen und so die politischen Kanäle für die Diskussion und Lösung der Kurdenfrage auf Jahre verschließen“ (Can 2021). Das Verfassungsgericht in Ankara lehnte ebenso einen Antrag der HDP ab, das Verbotsverfahren

ren gegen sie bis zu einem Zeitpunkt nach den Wahlen aussetzen. Aufgrund des anstehenden Verbotsverfahrens agiert die HDP momentan unter dem Dach der Grünen und Linken Zukunftspartei (*Yeşiller ve Sol Gelecek Partisi*, YSP) und möchte damit einem Verbot entgegenwirken.

Das Lager der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien

Das extrem rechte Lager erlitt in den letzten Jahren aufgrund seiner Koalition mit der AKP sowie durch unterschiedliche Flügelkämpfe tiefe Spaltungen. Die Mutterpartei des Rechtsextremismus in der Türkei bildet die 1969 gegründete MHP, die seit 2018 in einem Wahlbündnis mit der AKP steht. Die Parteigründer um Oberst Alparslan Türkeş bedienten dabei ein Symbol aus der türkischen Mythologie – den Grauen Wolf (*Bozkurt*), der heute für die Militanz der rechtsextremen Bewegung steht und auch als Bezeichnung für paramilitärische Jugendgruppen genutzt wurde. Solche paramilitärischen Gruppen im Umfeld der Grauen Wölfe waren zwischen den 1960er und 2000er Jahren an mehreren Morden und Anschlägen gegen Linke, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, fortschrittliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, kurdische Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten und an Pogromen gegen die alevitische Bevölkerung in Kahramanmaraş, Çorum, Sivas, Istanbul/Gazi, Istanbul/Ümraniye beteiligt. Das Fundament der MHP bildet gegenwärtig die Vision eines Großtürkischen Reiches (*Turan*) und der „idealistische Nationalismus“ (*Ülkücülük*), mit einem ausgeprägten Rassismus und Antisemitismus sowie einer antidemokratischen Grundhaltung (Bozay 2021).

Nach dem Tod des MHP-Führers Türkeş im Jahre 1997 übernahm Devlet Bahçeli die Parteispitze. Mit ihm begann eine Neustrukturierung der MHP – auch in ihrer Politik gegenüber der AKP unter Erdoğan. Die MHP distanzierte sich zunächst von der politischen Linie der AKP und stellte sich

gegen das von Erdoğan angestrebte Präsidialsystem. Ein zentraler Grund dafür waren die Friedensgespräche zwischen der AKP-Regierung und der PKK. Als Erdoğan diese abbrach und die militärische Intervention in den kurdischen Gebieten eine neue Wende einläutete, begann zugleich die erneute Annäherung der MHP an Erdoğan. Als ersten Schritt unterstützte Bahçeli im Jahre 2016 Erdoğan, damit er mit einer parlamentarischen Dreifünftel-Mehrheit das Verfassungsreferendum zum Übergang in ein Präsidialsystem verwirklichen konnte – und provozierte so zahlreiche Parteiaustritte und -ausschlüsse (kurier.at 2017). Die Zusammenarbeit zwischen MHP und AKP wurde weiter verfestigt durch das Wahlbündnis „Volksallianz“, das auch bei den kommenden Parlamentswahlen 2023 gemeinsam antreten soll. Bei der Parlamentswahl 2018 erreichte die MHP ein Ergebnis von 11,1 Prozent und bildet seitdem mit der AKP die Mehrheit im Parlament. Die Umfragewerte des Forschungsinstituts MetroPoll vom Dezember 2022 zeigen, dass die MHP bei 7,3 Prozent liegt (Samar 2023).

Die Annäherungen Bahçelis zu Erdoğan lösten innerhalb der MHP große Widerstände und den Austritt führender Köpfe wie Meral Akşener, Sinan Oğan, Ümit Özdağ und Koray Aydın aus. Unter Vorsitz von Akşener, die zwischen 1996 und 1997 auch Innenministerin der Türkei war, wurde im Oktober 2017 die İP gegründet, die derzeit mit 36 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Die İP ist eine konservativ-nationalistische Partei, die insbesondere auch dem rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden kann. Gemeinsam mit der CHP bildet sie bei den kommenden Parlamentswahlen die Spitze des „Bündnis der Nation“ (CHP, İP, SP, DEVA, GP und DP) gegen Erdoğan und seine „Volksallianz“. Die İP fungiert zugleich als Schwesterpartei der konservativ-nationalen DP. Zwei Abgeordnete der DP wurden über die Liste der İP ins Parlament gewählt. Nach den aktuellen Umfragewerten des Forschungsinstituts MetroPoll liegt die İP bei 12,5 Prozent (Samar 2023). Die İP versucht in



Bei einer Wahlkampfveranstaltung der Partei Team Todenhöfer im Mai 2021 nahmen auch Anhänger der Grauen Wölfe teil, erkennbar an ihren Fahnen und an dem im Rucksack versteckten *Bozkurt*-Banner.

© picture alliance/ ZUMAPRESS.com | Sachelle Babbar

Deutschland auch eine Auslandsvertretung einzurichten. So hat sie im Mai 2018 in Köln unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen europäischen Städten ihre Arbeit vorgestellt. Kurz nach Gründung der IP kam es zu einer neuen Abspaltung, der von Ümit Özdağ geführt wurde. Özdağ gründete im August 2021 die Partei des Sieges (*Zafer Partisi*, ZP), die in ihrer Programmatik ein Bündel an rechtspopulistischen und völkisch-nationalen Auffassungen vertritt. Bekannt wurde Özdağ auch mit seiner nationalistischen Stimmungsmache gegen Geflüchtete in der Türkei (Scheu/Morgenstern/Djajadisastra 2023). Die ZP hat zu den Parlamentswahlen 2023 gemeinsam mit der Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*), Partei unseres Landes (*Ülkem Partisi*) und Partei des Türkei-Bündnisses (*Türkiye İttifakı Partisi*) das Wahlbündnis „Ata İttifakı“ gegründet, dessen Präsidentschaftskandidat der ehemalige MHP-Abgeordnete Sinan Oğan ist.

Bereits 1993 kam es zu einer Abspaltung innerhalb der MHP: die BBP, die den radikal islamistischen Flügel der Grauen Wölfe ausmacht. Sie blieb in ihrem Wirken marginal und bildet heute einen Partner für die AKP, unter anderem im „Volksallianz“-Bündnis. Dies ermöglichte dem Parteivorsitzenden Mustafa Destici, seit 2018 durch die Wahl über die AKP-Liste als Abgeordneter im türkischen Parlament zu sitzen. In Deutschland ist die BBP durch den Dachverband „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (*Avrupa Türk Birliği*, ATB) aktiv.

Der Einfluss extrem rechter türkischer Organisationen und ihrer Netzwerke ist seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland enorm gestiegen. Mehr als 300 Vereine und Gemeinden sind bundesweit entstanden, die als Selbsthilfeorganisationen, Moscheegemeinden, Eltern- und Kulturvereine Einfluss auf das soziale Leben von türkeistämmigen Menschen nehmen. Herausgebildet haben sich ebenso extrem rechte Dachverbände wie Türk Federasyonu (*Avrupa Türk Federasyonu*, ATF, früher ADÜDTF) und die „Türkisch-Islamische Union Europa“ (ATIB), die gemeinsam in Deutschland ca. 18.500 Mitglieder haben (Bozay 2021).

Fazit

Die Entwicklung und Genese des politischen Systems in der Türkei sowie der faktischen Einführung des Präsidialsystems zeigen, dass sich die Türkei an ihrem 100. Geburtstag zur Republikgründung unter der Alleinherrschaft von Erdoğan immer mehr zu einer Präsidialdiktatur verwandelt. Zugleich wird die Kluft zwischen den politischen Parteien und Wahlallianzen in der Türkei zusehends größer und feindseliger. Gerade im Zuge der größten Erdbebenkatastrophe in der Geschichte des Landes verliert Erdoğan immer mehr an Reputation.

Die anstehenden Parlamentswahlen im Mai 2023 sind ausschlaggebend dafür, ob die Türkei den Weg zur parlamentarischen Demokratie finden oder weiterhin in den Sog eines autokratischen Regimes gezogen wird. Die demokratische Opposition besitzt die Chance, durch die Mobilisierung aller demokratischen Kräfte – unabhängig verschiedener politisch-kultureller Farben – die Türkei in eine Zukunft weg von der Autokratie hin zu einer westlich orientierten Demokratie zu bewegen.

KURZVITA

Dr. Kemal Bozay

ist Professor für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit an der IU Internationalen Hochschule Köln. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: **Türkeipolitik, türkischer Ultranationalismus, Rechtsextremismus, Ungleichwertigkeitsideologien, Rassismuskritik, kritische Migrationsforschung und Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte.**

LITERATUR

- ▶ Aydın, Yaşar (2018): *Das Parteiensystem der Türkei*, Themendossier bpb, 19.02.2018. URL: <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/253188/das-parteiensystem-der-tuerkei/> [14.02.2023].
- ▶ Ayres, Ron et al. (1987): *Türkei – Staat und Gesellschaft*. Frankfurt/Main.
- ▶ Backes, Uwe (2022): *Autokratien*. Baden-Baden.
- ▶ Birgün Gazetesi (2023): *Son 7 yılda partilerin oy oranlarındaki değişim: AKP'de büyük erime, birguen.net*. In: *Birgün Gazetesi*, 01.01.2023. URL: <https://www.birgun.net/haber/son-7-yilda-partilerin-oy-oranlarindaki-degisim-akp-de-buyuk-erime-415899> [20.02.2023].
- ▶ Bozay, Kemal (2021): *Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – Die Grauen Wölfe*. Berlin: AJC. URL: https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC-Berlin_GrauenWolfe-Broschuere-RGB-A4.pdf [10.02.2023].
- ▶ Bozay, Kemal/Kaygısız, Hasan (2017): *Der neue Sultan. Die Türkei zwischen Repression und Widerstand*. Köln.
- ▶ BTI 2022 (2022): *Globale Ergebnisse – Abnehmende Resilienz*. Verfasst von Hauke Hartmann und Peter Thiery im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. URL: https://bti-project.org/fileadmin/api/content/de/downloads/BTI_2022_Globale_Ergebnisse_DE.pdf [12.02.2023].
- ▶ BTI 2020 (2020): *Im harten Griff der Autokraten – Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika*. Verfasst von Jan Claudius Völkel im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. URL: https://bti-project.org/content/de/berichte/regional-reports/regional_report_ENA_2020_DE.pdf [12.02.2023].
- ▶ Buhbe, Matthes (1996): *Türkei – Politik und Zeitgeschichte*. Studien zu Politik und Gesellschaft des Vorderen Orients. Opladen.
- ▶ Bundesministerium des Innern (2016): *Verfassungsschutzbericht 2016*. Berlin. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [02.03.2023].
- ▶ Çağrı, Zafer (2022): *2023 Seçimleri: Davutoğlu'nun Gelecek Partisi kaç oy alıyor?*, In: *Kronos News*, 24.02.2022. URL: <https://kronos36.news/tr/2023-secimleri-son-secim-anketlerinde-davutoglundun-gelecek-partisi-kac-oy-aliyor/> [10.02.2023].
- ▶ Can, Osman (2021): *Der Antrag auf das Verbot der prokurdischen HDP beim türkischen Verfassungsgericht*. In: *SWP-Aktuell* 2021/A 44, 10.06.2021. URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-antrag-auf-das-verbot-der-prokurdischen-hdp-beim-tuerkischen-verfassungsgericht> [20.02.2023].
- ▶ Çiçek, Hüseyin (2017): *Die europäischen Achsen der AKP: Kurs auf Konfrontation*. In: *Neue Zürcher Zeitung*.

- 19.04.2017. URL: <https://www.nzz.ch/meinung/kommen-tare/die-europaeischen-achsen-der-akp-kurs-auf-konfronation-ld.1287496?reduced=true> [15.02.2023].
- ❖ Çopur, Burak (2018): Die Türkei im Nahen Osten – mit dem Eurasismus ins nächste Abenteuer?, bpb.de, 14.03.2018. URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/265912/die-tuerkei-im-nahen-osten-mit-dem-eurasismus-ins-naechste-abenteuer/> [20.02.2023].
 - ❖ Deutsche Welle (2017): Verfassungsreferendum der Türkei: Die Fakten, 16.04.2017. URL: <https://www.dw.com/de/verfassungsreferendum-der-t%C3%BCrkei-die-fakten/a-38379493> [12.02.2023].
 - ❖ Diken (2019): Üç tarikattan AKP'ye açık seçim desteği, 29.03.2019. URL: <https://www.diken.com.tr/uc-tarikattan-akpye-acik-secim-destegi/> [12.02.2023].
 - ❖ Esen, Berk/Gümüşçü, Şebnem (2016): Rising Comperative Authoritarianism in Turkey. In: Third World Quarterly 37, Heft 9/2016, S. 1581–1606. URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/fachpublikationen/Berk_Esen_Turkey_how_the_coup_failed.pdf [12.02.2023].
 - ❖ Friedrich-Ebert-Stiftung (2010): Fokus Türkei – Berichte, Einschätzungen, Analysen, Nr. 17, Juli 2010. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/07351-20100721.pdf> [12.02.2023].
 - ❖ Gazete Duvar (2023): Son anket: HDP İYİ Parti'yi geçiyor, AK Parti 1,5 puan kaybetti, gazeteduvar.com.tr. URL: <https://www.gazeteduvar.com.tr/son-anket-hdp-iyi-partiyi-geciyor-ak-parti-15-puan-kaybetti-galeri-1598838> (Zuletzt: 20.02.2023).
 - ❖ Göğüş, Sezer İdil (2018): Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 68, Heft 48, S. 48–53. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland/> [12.01.2023].
 - ❖ Habertürk (2018): 27. Dönem Milletvekili Seçimleri. URL: <https://www.haberturk.com/secim/secim2018/genel-secim/sehir/yurtdisi-oylari-253> [20.02.2023].
 - ❖ Karaveli, Avni (2021): Yeni-takiyecilik dünyasına hoş geldiniz. In: Gazete Duvar, 29.03.2021. URL: <https://www.gazete-duvar.com.tr/yeni-takiyecilik-dunyasına-hos-geldiniz-ma-kale-1517499> [12.02.2023].
 - ❖ Kurier.at (2017): Türkei: Ultrationalisten vor Zerreißprobe. 18.03.2017. URL: <https://kurier.at/politik/ausland/Erdoğan-referendum-stellt-ultrationalisten-vor-zerreißprobe/252.733.168> [20.02.2023].
 - ❖ Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War. Cambridge.
 - ❖ Merkel, Wolfgang (2003): „Eingebettete“ und defekte Demokratien: Theorie und Empirie. In: Off, Claus (Hrsg.): Demokratisierung und Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt/Main/New York.
 - ❖ Özbudun, Ergun (2002): Die Parteien und das Parteiensystem in der Türkei. In: KAS-AI 5/02, S. 46–62. URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=df155162-b80c-519d-c00f-9e38f24c0d5e&groupid=252038 [10.01.2023].
 - ❖ Özdemir, Özge (2017): 'Mühürsüz oy' tartışmalarının hukuki boyutu ne? In: BBC Türkçe, 17.04.2017. URL: <https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-39613985> [10.01.2023].
 - ❖ Pehlivan, Erkan (2023a): Getarnt als Kulturevent: AKP-Wahlkampf in Deutschland wird fortgesetzt. In: Frankfurter Rundschau, 31.01.2023. URL: <https://www.fr.de/politik/tuerkei-wahl-akp-wahlkampf-veranstaltung-Erdoğan-praesident-deutschland-uid-news-92060032.html> [20.02.2023].
 - ❖ Pehlivan, Erkan (2023b): „Volksverhetzung“. Skandalrede von AKP-Abgeordnetem in Moschee, In: Frankfurter Rundschau, 16.01.2023. URL: <https://www.fr.de/politik/tuerkei-volksverhetzung-rede-in-moschee-von-grauen-woelfen-Erdoğan-pkk-news-92031199.html> [20.02.2023].
 - ❖ Rumpf, Christian (2017): Das „neue“ politische System der Türkei. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 17.10.2017. URL: <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/253181/das-neue-politische-system-der-tuerkei/> [25.02.2023].
 - ❖ Rumpf, Christian/Steinbach, Udo (2004): Das politische System der Türkei. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Das politische System Osteuropas. Wiesbaden, S. 847–886.
 - ❖ Samar, Kamuran (2023): 2023 Cumhurbaşkanlığı seçimleri: Son anketler ne diyor?, In: euronews.tr, 23.01.2023. URL: <https://tr.euronews.com/2021/10/12/2023-cumhurbaşkanlığı-seçimleri-son-anketler-ne-diyor> [20.02.2023].
 - ❖ Scheu, Gregor/Morgenstern, Tim/Djadisastra, Dayan (2023): „Türkischer Björn Höcke“. Wie ein rechtsextremer Politiker die Katastrophe nutzt, um gegen Flüchtlinge zu hetzen. In: Stern, 15.02.2023. URL: <https://www.stern.de/politik/ausland/uemit-oezda%C4%9F--rechter-politiker-versucht-wut-auf-fluechtlinge-zu-lenken-33200618.html> [20.02.2023].
 - ❖ Sondakika.com (2022): Seçimlere aylar kala MAK Araştırma'dan yeni anket: Oy oranı yüzde 3,5'i bulan DEVA Partisi, oylarını AK Parti seçmeninden aldı. In: Sondakika.com, 16.10.2022. URL: <https://www.sondakika.com/politika/haber-2023-seçimlerine-artık-aylar-kala-anket-sirketleri-de-calismalarini-hizlandirdi-15363079/> [20.02.2023].
 - ❖ Stockholm Center for Freedom (2019): Turkey ranks 110th among 160 countries in The Economist's democracy index, 09.01.2019. URL: <https://stockholmcf.org/turkey-ranks-110th-among-160-countries-in-the-economists-democracy-index/> [10.01.2023].
 - ❖ Topçu, Özlem (2015): „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen“. In: Die Zeit, 06.08.2015. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/tuerkei-islamisierung-debatte-diktatur-oder-demokratie> [12.02.2023].
 - ❖ Tröndle, Dirk (2008): Das Verbotverfahren gegen die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die türkische Regierungspartei, KAS-Auslandsinformationenn 24, 8-9, S. 68–96.
 - ❖ Yılmaz, Didem (2022): Türkiye'de Seçim Kanunlarında Yapılan Değişikliklerin Etkileri. In: Heinrich Böll Stiftung, 13.09.2022. URL: <https://tr.boell.org/tr/2022/09/13/turkiyede-secim-kanunlarinda-yapilan-degisikliklerin-etkileri> [10.02.2023].
 - ❖ Zeit Online (2019): AKP fordert Wiederholung von Kommunalwahl in Istanbul. In: Die Zeit, 09.04.2019. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/tuerkei-akp-wiederholung-kommunalwahl-istanbul> [02.03.2023].

Zwischen Protest und Putsch

Politische Bewegungen und ziviles Engagement in der Türkei

Cengiz Günay

Gegen Einparteienherrschaft und autokratische Tendenzen formierten sich in der türkischen Geschichte bereits früh oppositionelle und zivilgesellschaftliche Kräfte, die wiederum ihrerseits auf zivilgesellschaftliche Anfänge im Osmanischen Reich zurückschauen konnten. Cengiz Günay skizziert in seinem Beitrag die historischen und aktuellen Rahmenbedingungen rund um die Entstehung von Protestgruppen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in der Türkei. Dabei macht er deutlich, dass diese Kräfte immer wieder aufgrund struktureller Ursachen und politischer wie gesellschaftlicher Veränderungen an einer durchsetzungsstarken Organisation und Bündnispolitik unterschiedlicher Interessensgruppen zu einer gemeinsamen Oppositionsbewegung gehindert wurden. Gleichzeitig zeigt er anhand der verschiedenen Bewegungen die Resilienz und Widerstandsfähigkeit der türkischen Zivilgesellschaft und Protestlandschaft auf.

Obwohl die Gründung der Republik im Jahr 1923 einen tiefgreifenden Bruch mit der osmanischen Vergangenheit darstellte, wurde der Grundstein der meisten gesellschaftlichen und politischen Bewegungen der modernen Türkei in den letzten Jahrzehnten des Osmanischen Reiches gelegt. So hat die moderne türkische Zivilgesellschaft ihre Wurzeln in der kurzen liberalen Ära in den ersten Jahren der jungtürkischen Herrschaft 1908–1913.¹ In dieser Zeit wurden vor allem in Großstädten wie Istanbul die ersten Vereine, Interessensvertretungen und politischen Parteien gegründet. Die in den letzten Jahren des Reiches entstandenen Ideenbewegungen wie der Nationalismus, Säkularismus, Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus und Islamismus prägen bis heute die politischen Debatten. Auch die Frauenbewegung hat ihre Ursprünge in der liberalen zweiten Verfassungsära kurz vor dem Ende des Osmanischen Reiches.

Diese Strömungen überdauerten Regimewechsel, Militärinterventionen und auch die jüngste Autokratisierung unter der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP). Die Reformen in der Ära der Einparteienherrschaft legten die strukturellen, politischen und administrativen Grundlagen für den modernen türkischen Staat. Der Übergang zu einem Mehrparteiensystem leitete die Integration verschiedener gesellschaftlicher Strömungen und Bewegungen ein und führte zu einer Pluralisierung der politischen Landschaft. Urbanisierung und Industrialisierung wirkten sich in den 1960er und 1970er Jahren auf die gesellschaftliche Zusammensetzung und den politischen Aktivismus aus. Immer weitere Bevölkerungsteile wurden in das politische System integriert. Militärputsche in den Jahren 1960, 1971, 1980, 1997 ordneten zwar die rechtlichen Rahmenbedingungen neu und schränkten die Möglichkeiten ziviler Kräfte ein, sie konnten aber nicht die zivilgesellschaftlichen und politischen Strömungen aufheben bzw. neue ins Leben rufen. Auch die jüngste Autokratisierung unter der AKP schränkte die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft und oppositioneller politischer Bewegungen ein und machte sie weniger sichtbar. Sie konnte sie aber weder verbieten, aufheben oder absorbieren. Im Folgenden versucht dieser Beitrag einen Überblick über die Rahmenbedingungen, die die Entwicklung der politischen und zivilge-

sellschaftlichen Bewegungen der letzten hundert Jahre in der Türkei prägten, zu geben.

Zivilgesellschaft

Das Entstehen einer Zivilgesellschaft ist, zumindest teilweise, abhängig von den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen eines Staates. Eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen und Prosperieren einer Zivilgesellschaft ist eine liberale demokratische Ordnung, die die Einhaltung von Menschenrechten, die Gewaltenteilung sowie die Gleichheit vor dem Recht berücksichtigt (Toprak 1995: 87). Anders ausgedrückt, es sind zu einem großen Teil die strukturellen Möglichkeiten, die das Entstehen und Bestehen der Zivilgesellschaft bedingen. Im historischen Rückblick ist festzuhalten, dass die türkische Zivilgesellschaft sich aus politischen und gesellschaftlichen Reibungsflächen heraus entwickeln und in Zeiten der demokratischen Öffnung und in einer liberalen politischen Atmosphäre florieren konnte. Solche liberalen Fenster waren im letzten Jahrhundert rar. Immer wieder versuchten zivile Regierungen sowie Militärregierungen, Andersdenkende zu kontrollieren, einzuschränken und nicht zuletzt einzusperren. Die Zivilgesellschaft spiegelt die gesellschaftliche und politische Vielfalt wider. Angesichts der Repression durch den Staat, staatliche Institutionen und konkurrierende politische Bewegungen erwies sich die türkische Zivilgesellschaft widerstandsfähig.

In der Zeit der Einparteienherrschaft (1923–1945) der Republikanischen Volkspartei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*) mussten sich Vereine und Interessensvertretungen entweder in die Regierungspartei integrieren beziehungsweise unterordnen oder sie wurden geschlossen. Besonders stark eingeschränkt wurden die Zivilgesellschaft und politische Bewegungen in der Zeit nach dem Militärputsch von 1980. Die Einschränkungen betrafen vor allem Organisationen und Vereine, die als links und oder (pro-)kurdisch eingestuft wurden. Hundert Jahre nach der Gründung der Republik wurde die Türkei erneut von einer Welle der Autokratisierung erfasst. Die Regierung unter Präsident Erdoğan schränkte insbesondere in Folge des gescheiterten Putschversuchs im Jahr 2016 sukzessive politische Freiheiten ein.

Vor allem regierungskritische zivilgesellschaftliche Organisationen werden durch staatliche Institutionen eingeschüchtert und ihrer Arbeit behindert.

Zentralisierung

Modernes zivilgesellschaftliches Engagement war und ist stark im städtischen Bereich konzentriert. In ländlichen Gebieten konnten sich kaum und wenn dann nur relativ spät Vereine und lokale Interessensgruppen etablieren. Dies hängt stark mit dem durch die Republik geschaffenen zentralistischen politischen und administrativen System zusammen. Der Zentralismus der Republik bedingte, dass die politische und administrative Macht in der Hauptstadt Ankara gebündelt wurde. Ein derart zentralisiertes System sollte vor allem den unterschiedlichen zentrifugalen Kräften im Land entgegenwirken. Damit war es stark vom administrativen Modell Frankreichs beeinflusst. Die türkischen Provinzen (*il*) sind den französischen Departements nachgebildet. Da es stets galt, lokale und regionale Bewegungen unter Kontrolle zu bringen, werden in der Türkei die Gouverneure der Provinzen nicht gewählt. Vielmehr sind sie Beamte, die durch das Innenministerium eingesetzt und in die jeweilige Provinz entsandt werden. Eine weitere Praxis, die seit den frühen Tagen der Republik fortgeführt wird, ist, dass Gouverneure und andere Vertreter und Vertreterinnen des Zentralstaates nicht aus der Provinz stammen, in die sie entsandt werden. Es gibt somit in der türkischen Verwaltungsstruktur keine Aufgabenverteilung zwischen Zentralregierung und den Provinzverwaltungen. Während dies zu einer raschen, reibungslosen und vor allem flächendeckenden Umsetzung der politischen Entscheidungen, die in

der Hauptstadt getroffen werden, beiträgt, schränkt dieses System weitgehend lokale Initiativen, Aktivismus und Engagement ein und verhindert Partizipationsmöglichkeiten.

Die Zentralisierung diente somit auch dazu, einen einheitlichen, unitaristischen Nationalstaat aufzubauen. Das Fehlen von Partizipationsmöglichkeiten auf regionaler und lokaler Ebene schränkt somit spezifische lokale, regionale und ethnische zivilgesellschaftliche und politische Initiativen ein. Die Zentralisierung von politischen und administrativen Entscheidungsmechanismen führte dazu, dass auf lokale beziehungsweise regionale Probleme und Forderungen meist mit technokratischen Maßnahmen reagiert wurde. Man kann daher davon sprechen, dass die Zentralisierung regionale und lokale politische Initiativen weitgehend verzögert oder gar verhindert hat.

Protestbewegungen

Die starke Bündelung der politischen und administrativen Entscheidungsmechanismen in den zentralstaatlichen Strukturen verlieh der Ministerialbürokratie sowie den politischen Entscheidungsträgern in der Hauptstadt eine große Machtfülle – bis heute. Sämtliche Genehmigungen, Lizenzen, Aufträge, gesetzlichen Regelungen, Maßnahmen und Verordnungen werden durch die zentralstaatlichen Organe bestimmt und umgesetzt. Da die Kontrolle über die zentralstaatliche Bürokratie für die Umsetzung der eigenen Interessen von großer Bedeutung ist, versuchen türkische Regierungen, diese so weit wie möglich mit loyalen Personen zu besetzen. Gleichzeitig kann man festhalten, dass aufgrund mangelnder Partizipationsmöglichkeiten politische



Lokaler Protest im Ida Gebirge (Kaz Dağları) gegen die Rodung des Waldes, der einer Goldmine weichen musste.

© picture alliance/AP Photo | Lefteris Pitarakis

und religiöse Bewegungen stets versucht waren, den Staatsapparat zu durchdringen und so an gesellschaftlichem und politischem Einfluss zu gewinnen.

Lokale Initiativen und lokale Protestbewegungen konnten nur selten zu regionalen oder gar nationalen Bewegungen anwachsen. Dennoch wurden und werden sie traditionell vom Zentralstaat und seinen Vertretern und Vertreterinnen schnell als eine Gefahr für die staatliche Souveränität beziehungsweise die Vormacht des Zentralstaates gesehen. Hier spielt zumindest die Wahrnehmung des Zerfalls des Osmanischen Reiches eine wichtige Rolle. In Zeiten der politischen und militärischen Schwäche plagten das Osmanische Reich neben äußeren Bedrohungen auch immer wieder lokale Aufstände und Rebellionen. Lokale Kräfte konnten mehrmals die Vertreter des osmanischen Staates zurückdrängen und ihre eigene Autorität über Landstriche etablieren. Dadurch wurde die staatliche Souveränität und territoriale Kontrolle immer wieder von innen heraus bedroht.

Aus dieser Erfahrung heraus reagierte die junge Republik auf lokale Proteste von Beginn an mit drastischen Maßnahmen. Der erste größere, durch regionale Kräfte geprägte Aufstand gegen das neue republikanische Regime war der sogenannte Scheich-Said-Aufstand im Jahr 1925. Benannt nach dem kurdischen Nakşibendi-Scheich Said, dem Anführer der Bewegung, richtete sich der Aufstand gegen die Abschaffung des Kalifats im Jahr 1922 und die von der republikanischen Regierung eingeleiteten Reformen (İlyas 2015). Die zunächst religiös-konservativ motivierte Aufstandsbewegung wuchs rasch zu einem Aufstand der kurdischen Bevölkerung an (Özoğlu 2009) und richtete sich

gegen die lokalen Vertreter und Vertreterinnen des Zentralstaates. Der Aufstand wurde durch das Militär niedergeschlagen, dabei wurden in Folge tausende Kurden und Kurdinnen in westliche Regionen, vor allem in die Provinz Konya, zwangsumgesiedelt (Yavuz 2001).

1930 kam es in der westtürkischen Ortschaft Menemen erneut zu einem durch Mitglieder des Nakşibendi-Ordens geführten lokalen Aufstand. Dabei wurde ein Armeeeoffizier von den Aufständischen öffentlich gehängt. Auch dieser Aufstand richtete sich gegen die Säkularisierungsmaßnahmen des republikanischen Regimes. Erneut setzte das Regime die Armee ein und ging mit voller Härte gegen die Aufständischen vor (Kadioğlu 1996).

Beide lokalen Ereignisse boten dem republikanischen Regime den Vorwand, oppositionelle Gruppen auf nationaler Ebene auszuschalten und die Einparteienherrschaft zu festigen. 1925 wurde in Folge des Scheich-Said-Aufstandes die *Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası* (Progressive Republikanische Partei, TCF) und 1930 in Folge des Menemen-Aufstandes die *Serbest Cumhuriyet Fırkası* (SCF, Freie Republikanische Partei) aufgelöst und verboten (Özoğlu 2009). Besonders brutal wurde der Aufstand im kurdisch-alevitisches geprägten Dersim (später in Tunceli umbenannt) in den Jahren 1937–1938 durch das Militär niedergeschlagen (Watts 2000).

Während diese ersten politischen Proteste beziehungsweise Aufstände von lokalen, konservativen Kräften getragen waren und sich vor allem gegen die Säkularisierungspolitik, den türkischen Nationalismus beziehungsweise die Kontrolle der Zentralregierung richteten, sollten sich in den fol-



Aufnahme der SCF-Parteizentrale in der Stadt Samsun, ca. 1930. Die SCF konnte bei den Kommunalwahlen 1930 einige Erfolge erzielen, musste sich aber unter Druck der Regierung noch im gleichen Jahr auflösen.

© Wikimedia Commons/gemeinfrei.

genden Jahrzehnten die politischen und sozialen Bewegungen in den städtischen Raum verlagern und eine ausgeprägtere soziale beziehungsweise ideologische Ausrichtung erlangen. Dies war Ausdruck der sozialen und gesellschaftlichen Diversifizierung, die im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung stattfand. Es kam zu einer stärkeren Kontrastierung der sozialen Klassen und ihrer unterschiedlichen Interessen.

Der Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahr 1945 führte zu einer Vervielfältigung der politischen Landschaft, kam aber keinem vollen Übergang zu einem demokratischen System gleich. Denn die türkische Demokratie war durch die Vorgaben des Kemalismus begrenzt: Parteien, Politiker und Politikerinnen sowie Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft mussten sich im Rahmen des kemalistischen Staatsnationalismus, Unitarismus und Säkularismus bewegen. Religiöse, ethnische oder offen ideologische Hinweise, Symbole und Bezeichnungen waren für Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft verboten. Dies richtete sich insbesondere gegen offen islamische, ethnisch-kurdische oder sozialistische beziehungsweise kommunistische Bewegungen. Für einige Zeit konnten die beiden Zentrumsparteien durch indirekte Bezugnahmen rechte und linke soziale Bewegungen auffangen. Allerdings zerbrach die politische Mitte angesichts der rasanten Veränderungen in der türkischen Gesellschaft ab den 1960er Jahren zusehends. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Zentrumsparteien immer weniger die gesellschaftlichen Brüche überwinden und die unterschiedlichen ökonomischen Interessen abdecken konnten. Zum anderen behinderte die Intervention der Armee die Entwicklung demokratischer Strukturen und starker, ideologisch fundierter Parteiorganisationen.

Das türkische Militär betrachtete sich als Garant für den Fortbestand der kemalistischen Republik und des Säkularismus und sah sich dazu verpflichtet, wenn notwendig zu ihrem Schutz gegen die gewählten Regierungen einzuschreiten. Zum ersten Mal intervenierte die Armee am 27. Mai 1960 in Reaktion auf Autokratisierung und gesellschaftliche Spannungen gegen die gewählte Regierung. Aufgrund der Schwäche der Opposition und der Zivilgesellschaft wurde die Intervention des Militärs von Vertretern und Vertreterinnen der oppositionellen CHP beziehungsweise einer urbanen Studentenschaft als Befreiung bejubelt. Insbesondere die kemalistische und säkulare Zivilgesellschaft sollte sich in den folgenden Jahren immer wieder auf die Armee als eine Ordnungsmacht verlassen. Dies verhinderte eine stärkere Verankerung in breiteren Gesellschaftsschichten. Die CHP und die säkulare Zivilgesellschaft blieben auf die bürgerliche städtische Gesellschaftsschicht begrenzt und konnten kaum konservative Kreise oder islamistische Kreise ansprechen.

Die Militärjunta setzte die Regierung ab und löste die regierende Demokratische Partei (*Demokrat Parti*. DP) auf. Staatspräsident Celâl Bayar, Premierminister Adnan Menderes sowie Außenminister Fatin Rüştü Zorlu und Finanzminister Polatkan und andere führende Personen wurden vor Gericht gestellt. Bayar, Menderes, Zorlu und Hasan Polatkan wurden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils wurde im Falle von Bayar ausgesetzt; die übrigen drei wurden durch Erhängung getötet (Günay 2012: 212).

Der Militärputsch bzw. die Todesurteile gegen Premier Menderes und seiner Mitstreiter hinterließen ein tiefes Trauma und prägten die Politik der Parteien über Jahrzehnte. Die Armee sollte ab den 1960er Jahren durch den von ihr ins Le-

ben gerufenen und in der Verfassung verankerten Nationalen Sicherheitsrat MGK (*Milli Güvenlik Kurulu*) die Sicherheitspolitik nach innen und außen bestimmen. Dies beinhaltete auch die Bewertung von politischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen nach den sicherheitspolitischen Kriterien des Militärs und des mächtigen Sicherheitsapparates.

Dennoch wurde die türkische Zivilgesellschaft sowie das Parteienspektrum ab den 1960er Jahren vielfältiger. Die Verfassung von 1961², die in Folge des Militärputsches von 1960 erlassen wurde, bot der Zivilgesellschaft mehr Raum und Einfluss. Es entstanden unterschiedliche Gewerkschaftsorganisationen sowie Interessensvertretungen der Arbeitgeber und Vereine. Die Verfassungsjuristen sahen eine starke Zivilgesellschaft als ein wichtiges Gegenmittel gegen autoritäre Tendenzen beziehungsweise die Monopolisierung der Macht, wie es unter der DP der Fall gewesen war. Allerdings kam es auch zu einer wachsenden Diversität im Parteienspektrum. Es entstanden neue, kleinere Parteien, Gruppen und Vereine, die sich ideologisch klar rechts oder links positionierten. Einige davon sollten sich im Laufe der türkischen Geschichte radikalisieren. Insbesondere linke Bewegungen und Organisationen wurden vom Sicherheitsestablishment kritisch beäugt und verdächtig, ein verlängerter Arm der Sowjetunion zu sein.

Der Militärputsch von 1980 setzte der in den vorangegangenen Jahrzehnten zunehmenden starken Polarisierung und den damit verbundenen Straßenkämpfen zwischen extremistischen Gruppen ein Ende. Neben der gesamten politischen Führung des Landes und der Auflösung von Parteien, Gewerkschaften und einzelnen Vereinen wurden insbesondere Exponenten linker Gruppen verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt. Vereine, Stiftungen, Freiwilligenorganisationen und andere Einrichtungen, die als links eingeschätzt wurden, wurden entweder geschlossen oder unter strikte Beobachtung gestellt (Şimşek 2004: 111). Demokratische Freiheiten wie das Demonstrationsrecht, das Streikrecht oder die freie Meinungsäußerung wurden eingeschränkt; Bücher, die als zu ideologisch eingestuft wurden, wurden verboten.

Ziel des Militärs war es, politische Ideologien zurückzudrängen. Stattdessen sollte eine weitgehend unideologische, apolitische und gehorsame Jugend herangebildet werden. Die Verfassung von 1982 schränkte dafür die Möglichkeiten für politischen Aktivismus, politische Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft, weitgehend ein. Ein neues Parteiengesetz verhinderte eine allzu starke Nähe zwischen politischen Parteien, sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. So wurde es politischen Parteien untersagt, Frauen-, Jugend- und Studentenvertretungen zu bilden (Günay 2012). Zudem wurden die Universitäten entpolitisiert. Politische Symbole wurden an den Universitäten verboten und das Lehrpersonal sowie der Lehrplan wurden nach ideologischen Kriterien gesäubert. Politik wurde als das Management des Staates verstanden und sollte, ganz im Geiste des Neoliberalismus, ideologiefrei sein.

Post-ideologische-identitätsbasierte Bewegungen

Die islamische Bewegung

Der Militärputsch und damit verbunden die danach eingeleiteten Maßnahmen wirkten sich nachdrücklich auf die Parteienlandschaft sowie die Zivilgesellschaft aus. Der Staat leitete ab 1980 eine konservative Gesellschaftspolitik ein. Das staatlich propagierte Programm der sogenannten Tür-

kisch-Islamischen Synthese (TIS) sollte sich mit türkisch-nationalistischer Bildungspolitik und einem religiös konnotierten Sozialkonservatismus der ideologischen Spaltung der Gesellschaft entgegenstellen. Das von rechten Intellektuellen entworfene Programm beruhte auf der Überzeugung, dass die türkische Gesellschaft und insbesondere Jugend der 1970er Jahre aufgrund fehlender konservativer Werte vom Weg abgekommen sei und sich von linken Ideologien habe verführen lassen. Im Rahmen der TIS investierte der Staat massiv in den Bau von Moscheen und anderen religiösen Einrichtungen. Zudem wurden immer mehr sogenannte Imam-Hatip-Schulen mit einem Schwerpunkt auf religiöse Bildung eröffnet. Religiosität und konservative Gesellschaftswerte sollten außerdem die nachteiligen Effekte der eingeführten neoliberalen Wirtschaftsreformen abfedern.

Die TIS begünstigte auch die Gründung von neuen islamischen Vereinen. Die meisten islamischen Vereine entstanden auf lokaler Ebene in den in Folge der Binnenmigration rasant wachsenden Randbezirken der Großstädte und waren damit nahe an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung. Viele waren im Bereich der Wohlfahrt beziehungsweise in der Förderung von Frauen und Jugendlichen in den jeweiligen Bezirken aktiv. Im Unterschied zu liberalen, linken beziehungsweise säkularen Organisationen präsentierten sie sich als authentische *Grassroots*-Bewegungen, die sich auch im Auftreten, Lebensstil der Aktivistinnen und Aktivistinnen und Ausrichtung der lokalen Klientel ähnelten. Von den Aktivitäten der islamischen Zivilgesellschaft profitierte vor allem die moderat islamistischen Wohlfahrtspartei RP (*Refah Partisi*). Sie konnte weite Teile der islamischen Zivilgesellschaft für sich gewinnen beziehungsweise bald die verschiedenen Strömungen unter ihrem Dach zusammenbringen. Ihre islamische Solidaritätsrhetorik sprach eine konservative Arbeiterschicht in den Randgebieten der Großstädte an und ersetzte dort linke Klassenkampfadeologien. Der Siegeszug der RP begann in den wirtschaftlich unterentwickelten Stadtteilen. Von hier aus eroberte sie zunächst die lokalen Verwaltungen und dann die Großstädte. Die RP entwickelte sich zur wichtigsten Antisystem- und Antieliten-Partei. 1996 gelangte sie in die Regierung und stellte mit Necmettin Erbakan zum ersten Mal den Premierminister. Aus der islamistischen Bewegung sollte später, Anfang der 2000er Jahre, auch die AKP hervorgehen.

Während die islamische Bewegung an Bedeutung gewann, verlor die linke Bewegung ab Mitte der 1980er Jahre an Zugkraft. Ideologische Lösungsansätze für soziale und gesellschaftliche Probleme wurden immer mehr durch die Forderung nach der Umsetzung von universellen liberalen Werten wie etwa die Einhaltung der Menschenrechte oder die Gleichstellung von Mann und Frau ersetzt.

Die alevitische und die kurdische Bewegung

Neben einer wachsenden Frauenbewegung und einer Menschenrechtsbewegung formierte sich aus der ehemaligen Linken heraus die kurdische und die alevitische Bewegung. Beide Bewegungen unterschieden sich wesentlich von den antikapitalistischen Studentenprotesten sowie der Arbeiterbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Şimşek 2004: 112). Sie formulierten ihre Forderungen eher rund um ihre Identität als um soziale Benachteiligung. Dadurch waren diese Bewegungen zwar innerhalb der einzelnen Identitätsgruppen inklusiver, gegenüber anderen Identitätsgruppen aber exklusiver.

Die alevitische Bewegung bildete sich ab den 1980er Jahren parallel zur sunnitisch-islamischen Bewegung heraus. Sie

wurde vor allem von einer Vielzahl an alevitischen Kulturvereinen getragen. Wenn es auch Unterschiede zwischen den einzelnen alevitischen Gruppen gibt, so führte das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Bewegung dennoch zu einem größeren Selbstbewusstsein, stärkerer Sichtbarkeit und es schuf eine gemeinsame Interessensplattform, die sich für die Rechte und Forderungen von Aleviten und Alevitinnen in der Türkei einsetzt.

Eine weitere wichtige, durch identitäre Elemente getragene soziale und politische Bewegung ist die kurdisch-nationalistische Bewegung. Gefördert wird die kurdisch-nationalistische Bewegung von der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkeren Kurdistanê*, PKK). Sie wird als eine Terrororganisation eingestuft. Die PKK entstand zunächst als eine Bewegung der kurdischen Kleinbauern. Der bewaffnete Kampf richtete sich in erster Linie gegen kurdische Großgrundbesitzer bzw. Clanführer, die sich mit dem türkischen Staat arrangiert hatten und zum Teil mit Großparteien und Regierungen verknüpft waren. Dieser Kampf weitete sich dann Anfang der 1980er Jahre gegen den türkischen Staat beziehungsweise seine Vertreter und Vertreterinnen und insbesondere die in den mehrheitlich kurdisch geprägten Provinzen stationierten Sicherheitskräfte und die türkische Armee aus. Ab den 1990er Jahren verübte die PKK mehrfach Bombenanschläge in Großstädten und Tourismuszentren, denen Zivilisten zum Opfer fielen.

Während die islamistische Bewegung und ihre Identitätsforderungen langsam in das System integriert wurden und dieses sogar immer stärker prägen sollten, führte die Militarisierung des Kampfes der PKK zu Beeinträchtigungen für die (pro-)kurdische Zivilgesellschaft. Personen, Vereine und politische Parteien, die sich für kurdische Anliegen einsetzten, wurden rechtlich verfolgt. Die meisten von ihnen wurden von Gerichten oder dem Verfassungsgerichtshof mit der Anschuldigung, der verlängerte politische Arm der Terrororganisation PKK zu sein, verurteilt beziehungsweise verboten und geschlossen. Insgesamt wurden bislang vier pro-kurdische Parteien verboten (Watts 2006: 126). Tatsächlich ist eine klare Trennung zwischen der PKK, Vereinen und Organisationen und prokurdischen Parteien oftmals schwer zu ziehen.

Dennoch ist festzuhalten, dass trotz erheblicher Schwierigkeiten die Gründung von Parteien und die Vertretung in politischen Organisationen die kurdische Bewegung gestärkt und eher eine Demilitarisierung gefördert hat. Dieses Potenzial wurde vor allem während des sogenannten Lösungsprozesses (*Çözüm Süreci*) (2009–2015) sichtbar. Die im Parlament vertretene prokurdische Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokrasi Partisi*, HDP) konnte zwischen der türkischen Regierung und der PKK vermitteln. Zudem nimmt die prokurdische, trotz Behinderungen und starken türkisch-nationalistischen Gegenstimmen, eine wichtige Rolle in der Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen in den mehrheitlich kurdischen Regionen wahr.

Die Frauenbewegung

Eine der ersten Bewegungen, die gegen das durch den Militärputsch geschaffene autoritäre System auftrat, war die feministische Bewegung. Die türkische feministische Bewegung organisierte sich – ähnlich wie die zweite Welle des Feminismus in anderen Ländern in den 1980er Jahren – rund um Themen wie autoritäre patriarchale Strukturen, Ungleichheit, häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung (Aksoy 2018: 104). Die feministische Bewegung setzte sich klar vom kemalistischen Staatsfeminismus ab. Dieser hatte zwar die rechtliche Gleichstellung von Frauen durchgesetzt, aber



Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2023 versammelten sich in Istanbul verschiedene Gruppen der Frauen- und LGBTQ-Bewegung, um gemeinsam für mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung zu protestieren.

© picture alliance/dpa

es war ihm nicht gelungen, Geschlechterrollen und Ungleichheiten aufzuweichen oder gar aufzuheben. Die von Intellektuellen getragene feministische Bewegung kritisierte, dass die Integration der Frauen in den öffentlichen Raum zum Preis der Anpassung beziehungsweise „Entgeschlechtlichung“ stattgefunden hatte. Die patriarchalen und autoritären Strukturen in staatlichen Institutionen und der Gesellschaft existierten trotz kemalistischer Reformen weiter. Die feministische Bewegung wurde dann in den 1990er Jahren durch Entscheidungen von Gerichten, die oftmals die Täter schützten beziehungsweise milde verurteilten und dadurch häusliche Gewalt legitimierten, weiter mobilisiert (Arat 1998: 120). In Folge bildete sich eine Vielzahl an Frauenvereinen und -bewegungen. Diese spiegeln bis heute die politischen und identitären Bruchlinien in der türkischen Gesellschaft wieder. Die wichtigsten Strömungen sind linke unabhängige Feministinnen, kurdische Feministinnen, kemalistische Feministinnen und islamistische Feministinnen (Coşar/Onbaşı 2008; Diner/Toktaş 2010). Trotz ideologischer Bruchlinien konnte aber die Frauenbewegung anders als andere Bewegungen verschiedene gemeinsame Plattformen und Strukturen der Mobilisierung gegen patriarchale Strukturen in Staat und Gesellschaft bilden (Aksoy 2018: 103). In den letzten Jahren trat die Frauenbewegung immer kräftiger gegen die Autokratisierung und die konservative Gesellschaftspolitik der AKP-Regierungen auf, die verstärkt ein traditionelles Frauenbild als Mutter betonten. Zu den konservativen Maßnahmen zählt auch der Ausstieg der Türkei aus der im Jahr 2011 unterzeichneten Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und gegen häusliche Gewalt. Die Regierung von Präsident Erdoğan begründete den Ausstieg der Türkei damit, dass die Konvention über die Hintertüre LGBTQ+-Rechte propagieren würde (Çelik 2021).

Autokratisierung und Zivilgesellschaft

Die erste Legislaturperiode der AKP von 2002 bis 2007 war durch liberale Reformen, die mit Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess eingeleitet worden waren, geprägt. Sie kann im Nachhinein als ein liberales Fenster in der jüngeren türkischen Geschichte bezeichnet werden. Die Reformen drängten den Einfluss des mächtigen türkischen Militärs zurück, führten zu einer zivileren Verwaltung des Landes und öffneten für die Zivilgesellschaft neue Freiräume. Oftmals unterstützt durch EU-Gelder, engagierten sich Vereine in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Als Ausdruck des liberalen Geistes dieser Zeit gilt, dass sich auch zum ersten Mal in der Geschichte die LGBTQ+-Community organisieren und Pride-Umzüge veranstalten konnte. Selbst bei Tabuthemen wie dem Genozid an den Armeniern und Armenierinnen kam es zu einer – wenn auch bescheidenen – Öffnung. 2005 wurde zum ersten Mal an der Bosphorus-Universität in Istanbul eine internationale Konferenz zum Thema des Genozids an den Armeniern abgehalten. Die liberalen Freiheiten, die durch den EU-Reformprozess erlangt worden waren, wurden aber ab 2011 schrittweise wieder zurückgedrängt. Einen wichtigen Wendepunkt hin zur Versicherheitlichung von Protest und Widerstand stellten die Gezi-Proteste dar.

Die Gezi-Proteste entzündeten sich 2013 zunächst am Widerstand gegen die Abholzung von Bäumen im Gezi-Park, der sich gleich neben dem Taksim-Platz im Zentrum Istanbul befindet. Die Regierung plante die Errichtung einer Nachbildung eines historischen Gebäudes anstelle des Parks. Die Proteste gegen die Verbauung einer der wenigen verbliebenen Grünzonen im Stadtzentrum weiteten sich in Folge des brutalen Einsatzes der Sicherheitskräfte gegen die Demonstrierenden in wenigen Tagen zu einer der größ-



Der Taksim-Platz im Zentrum Istanbuls war der zentrale Ort der Gezi-Proteste im Frühjahr und Sommer 2013.

© picture alliance/ dpa | Tolga Bozoglu

ten Protestbewegungen in der Geschichte der Türkei aus. Sie nahm den Charakter einer Demokratiebewegung gegen den zunehmend autoritären Stil der Regierungspartei AKP und Premierminister Erdoğan an. Die Proteste wurden von jungen, gebildeten Vertretern und Vertreterinnen der säkularen städtischen Mittelschicht getragen. Laut Umfragen waren 41 Prozent der Teilnehmer und Teilnehmerinnen Wähler der Oppositionspartei CHP (Farro/Demirhisar 2014: 181). Anhänger und Anhängerinnen anderer oppositioneller Gruppen, wie kurdische, alevitische und linke Gruppen schlossen sich den Protesten an, aber auch die sogenannten antikapitalistischen Muslime und türkische Nationalisten nahmen an den Protesten teil. In den meisten Fällen war es allerdings die Frustration über die Schwäche der etablierten Oppositionsparteien, die die Menschen dazu veranlasste, an den Protesten teilzunehmen. In den Protesten entlud sich auch der Zorn gegen die Aussagen Erdoğan's, der im Zuge der Debatten um ein Gesetz, das den Ausschank von Alkohol neu regeln und vor allem einschränken sollte, indirekt Staatsgründer Atatürk und seinen Nachfolger İnönü als Alkoholiker bezeichnet hatte. Erdoğan äußerte sich auch ablehnend über gemischte Wohngemeinschaften, wo junge Männer und Frauen gemeinsam leben (Günay 2016). Die meisten jungen Menschen, die an den Protesten teilnahmen, sahen Erdoğan's Aussagen als einen Eingriff in die Privatsphäre und als eine Bedrohung für den eigenen säkularen Lebensstil.

Relativ bald schlossen sich den Protesten auch verschiedene kleinere und radikalere Gruppen an. Der Umstand, dass die Protestbewegung verschiedene ideologische und soziale Gruppen, die sich gegen den Autoritarismus der AKP-Regierung stellten, vereinen konnte, verlieh der Bewegung einerseits eine starke gesellschaftliche Präsenz, gleichzeitig verhinderte es aber die Entwicklung eines gemeinsamen

politischen Programms. Die Gezi-Bewegung zerfiel in Folge der Auflösung der Proteste durch die Polizei. Wichtige Protagonisten der Protestbewegung wurden verhaftet und – wie etwa der Unternehmer und Philanthrop Osman Kavala sowie weitere sieben Angeklagte – zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Niederschlagung der Gezi-Bewegung hatte nachhaltige Auswirkungen auf die kritische Zivilgesellschaft und prägte die anschließenden Formen des Widerstandes. In Folge der Gezi-Proteste wurden Vereine und Organisationen zunehmend unter die Lupe staatlicher Institutionen genommen und in ihrer Arbeit behindert. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen schrecken davor zurück sich zu institutionalisieren, stattdessen organisieren sie sich immer mehr als lose Plattformen. Der Protest hat sich hingegen von der Straße immer mehr in den virtuellen Raum verlagert. Mit dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahr 2015 kam es zudem zu einer Remilitarisierung des Konflikts mit der PKK, mit verheerenden Konsequenzen für die kurdische Zivilgesellschaft. Weitere autoritäre Schritte wie die Einschränkung demokratischer Freiheiten und die Verengung des Raumes für Protest, Opposition und Widerspruch erfolgten nach dem gescheiterten Militärputsch 2016 und dann mit dem Übergang zum Präsidentsystem 2019. Die Maßnahme in Folge des Putschversuchs trafen insbesondere die Einrichtungen der Gülen-Bewegung, die einst mit der AKP verbündet war, hart.

Neben kurdischen Vereinen und Organisationen, die mit der Gülen-Bewegung in Verbindung gebracht werden, werden auch Menschenrechtsvereine und Umweltvereine, sofern sie den Interessen des Staates beziehungsweise der Regierungspartei im Weg stehen, in ihrer Existenz bedroht. Während die kritische Zivilgesellschaft in ihren Möglichkeiten

weitgehend eingeschränkt ist, ist im Schatten der AKP eine regierungsnahe, meist religiös geprägte Zivilgesellschaft entstanden. KADEM (*Kadın ve Demokrasi Derneği*), der Verein für Frauen und Demokratie sowie TÜRGEV (*Türkiye Gençlik ve Eğitim Hizmet Vakfı*), die Türkische Stiftung für Jugend und Dienst an der Bildung können alle als GONGOS, *Government Organized Non-Governmental Organizations*, also als durch die Regierung gegründete und durch diese kontrollierte zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet werden (Diner 2018: 103). Diese Vereine sind nur dem Anschein nach zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie sind nicht unabhängig und dienen vor allem dazu, die Agenda der Regierungspartei zu unterstützen und zu verbreiten. Sie werden ausschließlich von regierungsnahen Personen geleitet (Ebd.). In einigen davon, wie zum Beispiel TÜRGEV, sind direkt Mitglieder der Familie des Präsidenten involviert.

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Republik sind somit die Aussichten für die Zivilgesellschaft beziehungsweise für soziale Bewegungen und Protestbewegungen düster. Die Autokratisierung hat viele der mühsam erworbenen Rechte und Frei- und Wirkungsräume eingeschränkt. Dennoch hat sich die türkische Zivilgesellschaft als widerstandsfähig erwiesen. Lokale Protestgruppen gegen Energieprojekte, die Frauenbewegung, aber auch linke Bewegungen, die alevitische und die kurdische Bewegung bestehen trotz Einschränkungen weiterhin. Die Zivilgesellschaft ist und bleibt eine wichtige Stütze für die Rückkehr zur Demokratie.

Fazit

Die türkische Zivilgesellschaft hat eine lange Tradition. Sie spiegelt die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen

Bruchlinien des Landes wider. Zivilgesellschaftliche Organisationen konnten stets in liberalen Zeitfenstern florieren. In vielen Bereichen hat die Zivilgesellschaft dabei eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft eingenommen. Sie ist ein wichtiges Instrument für die Repräsentation eines Themas, einer Forderung oder eines Anliegens. Die Zivilgesellschaft hat immer wieder mutig auf die Einhaltung der Menschenrechte gepocht, ist gegen Gewalt an Frauen eingetreten und hat die Gleichstellung von Frauen propagiert, hat sich für die Rechte von Kurden und Kurdinnen und Aleviten und Alevitinnen, aber auch für das Recht ein Kopftuch zu tragen eingesetzt. Sie hat aber auch ein Bewusstsein für Umweltfragen, Tierschutz und Abfallwirtschaft geschaffen. Die Zivilgesellschaft ist allerdings nicht per se liberal orientiert, sondern versammelt auch illiberale Vertreter in sich. Allerdings haben auch sie von Rechtssicherheit und demokratischen Rahmenbedingungen profitiert.

Der politische und administrative Zentralismus hat allerdings die Entwicklung starker regionaler und lokaler Bewegungen verhindert. Das Fehlen lokaler und regionaler Plattformen der Partizipation führte dazu, dass einerseits lokale und regionale Probleme sowie auch Lösungsansätze übergangen oder zumindest nicht wahrgenommen werden. Nationale Bewegungen repräsentieren hingegen vor allem größere, eben nationale Probleme und Lösungsansätze. Sie sind oftmals durch städtische Kräfte dominiert.

Trotz Einschränkungen, Verfolgung und Behinderungen in Zeiten der Militärherrschaft, politischer Polarisierung und nun jüngst der Autokratisierung unter der AKP erwies sich die türkische Zivilgesellschaft jedoch als durchaus resilient. Ihr Bestehen ist eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr zu einer demokratischen Ordnung.

Dr. Cengiz Günay

ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik – oiip und Lektor an der Universität Wien. Sein regionaler Schwerpunkt liegt auf der Türkei sowie der MENA-Region. Er ist der Autor von: „Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute“ (Böhlau UTB) sowie von „From Islamists to Muslim Democrats?“ (VDB).

KURZVITA

Anmerkungen

- 1 Ab 1913 kam es zu einer Autokratisierung. Es übernahm das Triumvirat von Enver, Talat und Celal Pascha die Regierung. Oppositionelle Kräfte bzw. die Zivilgesellschaft wurden danach eingeschränkt.
- 2 Die Verfassung von 1961 gilt als die liberalste Verfassung der Türkei. Tatsächlich führte sie im Geiste des Liberalismus Kontrollinstitutionen wie den Verfassungsgerichtshof ein und öffnete mehr Raum für die Zivilgesellschaft und Interessensvertretungen. Gleichzeitig blieb sie aber weiterhin durch ein autoritäres Staatsverständnis geprägt. Sie institutionalisierte auch das Gremium des Nationalen Sicherheitsrates, das der Armeeführung weitreichende Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Sicherheitspolitik (nach innen wie nach außen) bot.

LITERATUR

- Aksoy, Hürkan Asli (2018): *Gendered Strategies between Democratization and Democratic Reversal: The Curious Case of Turkey*. In: *Politics and Governance* 6, Heft 3/2018, S. 101–111.
- Alper, Emin (2010): *Reconsidering Social Movements in Turkey: The Case of the 1968–71 Protest Cycle*. In: *New Perspectives on Turkey* 43, S. 63–96.
- Arat, Yeşim (1998): *Feminists, Islamists, and Political Change in Turkey*. In: *Political Psychology* 19, Heft 1/1998, S. 117–131.
- Çelik, Ersin (2021): *İstanbul Sözleşmesi'ndeki LGBT kodları nelerdi?* In: *Yeni Şafak*, 24.03.2021. URL: <https://www.yeni-safak.com/yazarlar/ersin-celik/istanbul-sozlesmesindeki-lgbt-kodlari-nelerdi-2057995> [04.03.2023].
- Coşar, Simten/Onbaşı, Funda Gençoğlu (2008): *Women's Movement in Turkey at a Crossroads: From Women's Rights Advocacy to Feminism*. In: *South European Society & Politics* 13, Heft 3/2008, S. 325–344.
- Diner, Cagla/Toktaş, Şule (2010): *Waves of Feminism in Turkey: Kemalist, Islamist and Kurdish Women's Movements in an Era of Globalization*. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 12, Heft 1/2010, S. 41–57.
- Diner, Çağla (2018): *Gender Politics and Gongos in Turkey*. In: *Turkish Policy Quarterly* 16, Heft 4/2018, S. 101–108.

- Eissenstat, Howard (2014): *Children of Özal: The New Face of Turkish Studies*. In: *Journal of the Ottoman and Turkish Studies Association* 1, Heft 1/2014, S. 23–35.
- Farro, Antimo L./Demirhisar, Deniz Günce (2014): *The Gezi Park Movement: A Turkish Experience of the Twenty-First-Century Collective Movements*. In: *International Review of Sociology* 24, Heft 1/2014, S. 176–189.
- Göle, Nilüfer (2013): *Gezi – Anatomy of a Public Square Movement*. In: *Insight Turkey* 15, Heft 3/2013, S. 7–14. URL: <https://www.insightturkey.com/commentaries/gezi-anatomy-of-a-public-square-movement> [10.03.2023].
- Günay, Cengiz (2012): *Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute*. Wien.
- Günay, Cengiz (2016): *Beyond Social Movements – Was wurde aus den Gezi Protesten?* In: Stepan, Dorothea/Karas, Othmar/Biffl, Gudrun (Hrsg.): *Europa und die Globalisierung: Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Beiträge aus der Veranstaltungsreihe „Globalisierungsforum“ des Zentrums für Europa und Globalisierung am Department für Migration und Globalisierung an der Donau-Universität Krems, Krems*.
- İlyas, Ahmet (2015): *Cumhuriyet döneminde ortaya çıkan isyanlarda aşiretlerin rolü*. In: *Batman Üniversitesi Yaşam Bilimleri Dergisi* 5, Heft 1/2015, S. 182–200.
- Kadioğlu, Ayşe (1996): *The Paradox of Turkish Nationalism and the Construction of Official Identity*. In: *Middle Eastern Studies* 32, Heft 2/1996, S. 177–193.
- Özoğlu, H. (2009): *Exaggerating and Exploiting the Sheikh Said Rebellion of 1925 for Political Gains*. In: *New Perspectives on Turkey* 41, S. 181–210.
- Sarkissian, Ani/Özler, Ş. İlgü (2013): *Democratization and the Politicization of Religious Civil Society in Turkey*. In: *Democratization* 20, Heft 6/2013, S. 1014–1035.
- Şimşek, Sefa (2004): *New Social Movements in Turkey since 1980*. In: *Turkish Studies* 5, Heft 2/2004, S. 111–139.
- Taştan, Coşkun (2013): *The Gezi Park Protests in Turkey: A Qualitative Field Research*. In: *Insight Turkey* 15, Heft 3/2013, S. 27–38.
- Toprak, B. (1995): *Civil Society in Turkey*. In: Norton, August (Hrsg.): *Civil Society in the Middle East, Volume 2*. Leiden, S. 87–118.
- Tuğal, Cihan (2013): *“Resistance everywhere”: The Gezi Revolt in Global Perspective*. In: *New Perspectives on Turkey* 49, S. 157–172.
- Watts, Nicole F. (2006): *Activists in Office: Pro-Kurdish Contentious Politics in Turkey*. In: *Ethnopolitics* 5, Heft 2/2006, S. 125–144.
- Watts, Nicole F. (2000): *Relocating Dersim: Turkish State-Building and Kurdish Resistance, 1931–1938*. In: *New Perspectives on Turkey* 23, S. 5–30.
- Yavuz, M. Hakan (2001): *Five Stages of the Construction of Kurdish Nationalism in Turkey*. In: *Nationalism and Ethnic Politics* 7, Heft 3/2001, S. 1–24.

Demokratie erinnern

Historisch-politische Identitätsbildung
im deutschen Südwesten

Hrsg. von Bernd Braun, Frank Engehausen,
Sibylle Thelen und Reinhold Weber



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Demokratie erinnern

Historisch-politische Identitätsbildung im
deutschen Südwesten

Hrsg.: Bernd Braun, Frank Engehausen, Sibylle Thelen, Reinhold Weber

Die Demokratie wurde den Deutschen nicht in die Wiege gelegt. Sie wurde in einem langwierigen Prozess erstritten und erkämpft. Erinnerung und Gedenken an diese Entwicklung, an die Demokratie und ihre Errungenschaften haben ihre eigene Geschichte.

Dieser Band zeichnet die demokratische Erinnerungskultur im deutschen Südwesten seit Beginn des 19. Jahrhunderts nach und würdigt zugleich die erfolgreiche, aber hart umkämpfte Etablierung einer demokratischen und freiheitlichen Verfassungsordnung.

9 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb
BW

Die türkische Außenpolitik

zwischen Kontinuität und Wandel

Gülistan Gürbey

Die besondere geographische Lage zwischen Europa und Asien und zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer stellte die Außenpolitik der Türkei von Beginn an vor ganz eigene geopolitische und strategische Herausforderungen. Gülistan Gürbey zeigt in ihrem Beitrag, wie unter Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zunächst eine pragmatische, auf Neutralität setzende Außenpolitik eingeschlagen wurde, die die Folie für spätere außenpolitische Weichenstellungen darstellte. Im Verlauf ihrer Geschichte schwankt die Außenpolitik der Türkei immer wieder zwischen Westanbindung und -abgrenzung, zwischen panislamischen und neosmanischen Ambitionen und zwischen Bedürfnissen von Sicherheit, Autonomie und Führungsanspruch. Dabei ist nicht zuletzt die unter Erdoğan eingeführte „Strategie der Tiefe“ ein entscheidender Faktor und Indiz dafür, wie die Türkei ihre Rolle in der Region wie auch in der internationalen Staatengemeinschaft definiert und aktiv bis aggressiv umzusetzen sucht.

Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik

Traditionell ist die türkische Außen- und Sicherheitspolitik von geographischen, historischen und ideologischen Konstanten geprägt. Die Türkei verfügt über eine privilegierte geographische Lage, da sie an der Schnittstelle von Balkan, Nahem Osten, Kaukasus und Südosteuropa liegt und von drei Meeren umgeben ist. Diese Lage verleiht der Türkei eine besondere geopolitische und strategische Bedeutung. Denn die Türkei kontrolliert als Nahtstelle und Brücke zwischen Europa und Asien zum einen die Meerengen und zum anderen den westlichen Zugang zu dem als strategische Energieellipse (Geoffrey/Harkavy 1997) definierten Raum, der

sich vom Nahen Osten bis Zentralasien erstreckt, ca. 70 Prozent der weltweiten Energieressourcen (Erdgas und Erdöl) beherbergt und dessen Hauptscheitel das Kaspische Meer und der Persische Golf sind. Aufgrund ihrer geographischen Position in der Mitte der strategischen Energieellipse zwischen Zentralasien und dem Persischen Golf gewinnt die Türkei für den Westen an sicherheits- und energiepolitischer Bedeutung als wichtigste Energiedrehzscheibe und als Energiekorridor für den Transport der Rohstoffe aus dem Kaspischen Raum nach Europa.

Gleichzeitig erhöht diese geographische Lage die Verletzlichkeit der Türkei, da sie stets den Veränderungen im regionalen Umfeld unterworfen ist, die Einfluss auf die Außen-



© Adobe Stock | Peter Hermes Furian

Innen- und Sicherheitspolitik, auf die ökonomische Entwicklung des Landes sowie auf die politischen Perzeptionen seiner Eliten ausüben. Diese Veränderungen erhöhen den Anpassungsdruck auf die Eliten, schnell und flexibel zu reagieren, um eigene nationale Interessen im veränderten regionalen Umfeld durchzusetzen und zugleich darauf zu achten, die sicherheitspolitische Westanbindung der Türkei – die Triade NATO, USA, EU – nicht zu gefährden bzw. mit Bündnisinteressen nicht in Konflikt zu geraten. Hieraus ergibt sich ein Balanceakt, den die Türkei stets zu bewältigen hatte. Dies war insbesondere zu Zeiten des Kalten Krieges sehr ausgeprägt.

Ferner beeinflusst die historische Dimension als Erbe des Osmanischen Reiches das Verhältnis zu den Nachbarstaaten und das Narrativ, dass ausländische Mächte die Türkei schwächen und spalten wollen und daher der „Fortbestand der Nation“ gefährdet sei. Dieses Narrativ prägt das kollektive Gedächtnis und speist sich aus den historischen Erfahrungen des Zerfalls des Osmanischen Reiches, des Vertrags von Sèvres von 1920 und des türkischen Unabhängigkeitskrieges unter Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk gegen die westlichen Besatzer. Sie verursachten auch eine ambivalente Haltung zum Westen und sind weiterhin ein wirkungsvoller Faktor in der türkischen Innen- und Außenpolitik.

Außerdem sind mit der historischen Dimension die ideologischen Hauptströmungen des Panislamismus, Neosmanismus und Panturkismus¹ eng verbunden, die je nach innerer Akteurskonstellation und äußeren Rahmenbedingungen als ideologische Faktoren die türkische Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen können. Panislamische und neoosmanische Triebkräfte traten besonders nach dem Kalten Krieg stärker hervor und erhielten einen Aufschwung vor allem in der Regierungszeit der AKP (*Adalet ve Kalkınma*

Partisi, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter Recep Tayyip Erdoğan.

Nicht zuletzt prägte die kemalistische außen- und sicherheitspolitische Doktrin als ideologische Leitlinie die Außen- und Sicherheitspolitik seit Gründung der Republik im Jahr 1923. Diese Doktrin steht in Gegensatz zu den ideologischen Richtungen des Panislamismus, Neoosmanismus und Panturkismus und ist primär vom Imperativ geleitet, die türkische Republik in ihren territorialen und gesellschaftlichen Grundlagen nach 1923 zu sichern und gegen islamistische und separatistische Gefahren zu schützen. Letztere betraf und betrifft den historischen Kurdenkonflikt. Alle sicherheitspolitischen Bemühungen unterliegen diesem Imperativ und sind auf die Bewahrung der republikanischen Errungenschaften ausgerichtet. In diesem Kontext fand die besondere Rolle des türkischen Militärs als Hüter der kemalistischen Doktrin und als entscheidender Akteur im außenpolitischen Prozess ihre Begründung. Das Militär übte vor allem im Nationalen Sicherheitsrat direkten Einfluss auf Entscheidungsprozesse aus. Die Außen- und Sicherheitspolitik war lange Zeit von einem überparteilichen Verständnis geprägt und galt als Domäne des Militärs und der außenpolitischen Bürokratie. Die Dominanz der kemalistisch-ideologischen Doktrin und des Militärs geriet nach dem Kalten Krieg unter Druck und verlor schließlich in der Ära der AKP-Regierung unter Erdoğan an Bedeutung. Parallel zur innenpolitischen Zurückdrängung der kemalistisch-säkularen Eliten im Staatsapparat schaffte die AKP-Regierung unter Erdoğan die Machtdominanz der traditionellen Eliten faktisch ab, sicherte ihre Machtposition im Staatsapparat und untermauerte die türkische Außen- und Sicherheitspolitik mit eigenen ideologischen, panislamischen und neoosmanischen Machtprojektionen. Die Außen- und Sicherheitspolitik wurde mit dem Übergang zum Präsidialsystem 2018 und der Konzentration aller Entscheidungen auf den Präsi-



Bei der Konferenz in Lausanne 1923 erreichte die türkische Delegation (angeführt durch den späteren Ministerpräsidenten İsmet İnönü, vordere Reihe 4. v. l.) die Anerkennung des neuen Staates sowie Souveränität über das Staatsgebiet innerhalb der heutigen Grenzen der Türkei.

© ullstein bild – histopics

denen endgültig zu Domäne des Präsidenten, die primär von seinen Direktiven abhängig ist. Zudem ist die Loyalität zum Präsidenten das entscheidende Kriterium für die Rekrutierung von Personal in der Staatsbürokratie, unter anderem des diplomatischen Corps.

Außenpolitik unter Atatürk: Aktive Neutralität und Bündnisfreiheit

Die kemalistische Außenpolitik folgte dem von Atatürk formulierten Kernsatz „Friede daheim, Friede in der Welt“, der eine friedliche Koexistenz mit allen Nachbarn vorsah, um alle Kräfte auf den inneren Aufbau des neuen Staates zu konzentrieren und die vollständige nationale Unabhängigkeit und Souveränität sichern zu können.² Daraus folgte eine klare Absage an ideologisch geleitete politische Ordnungsvorstellungen des Panislamismus, Neoosmanismus und Panturkismus und an alle territorialen Ansprüche außerhalb der im Vertrag von Lausanne (1923) anerkannten Grenzen.

Mit einer pragmatisch ausgerichteten Außenpolitik, die auf aktive Neutralität und Bündnisfreiheit setzte, ging es in erster Linie darum, die nationale und territoriale Souveränität zu sichern und Beziehungen auf Basis der Gleichberechtigung aufzubauen. So wurden von 1923 bis 1938 bilaterale und multilaterale Verträge mit den Großmächten und den Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft abgeschlossen, darunter im Dezember 1925 ein Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion; im Juni 1930 ein Bevölkerungsaustauschvertrag und im Oktober 1930 ein Freundschafts-, Schiedsspruch- und Neutralitätsvertrag mit Griechenland; im Februar 1934 der Balkanpakt mit Griechenland, Rumänien und Jugoslawien; im Juli 1937 der Vertrag von Saadabad mit dem Irak, Iran und Afghanistan. Ein weiterer Zug der türkischen Außenpolitik in diesem Zeitraum war die Statusänderung des im Vertrag von Lausanne festgelegten Meerengenregimes (Juli 1936), mit der die Türkei die volle Souveränität über die türkischen Meerengen und gleichzeitig das Recht der Militarisierung dieser Region erhielt sowie der Anschluss des französisch besetzten Alexandrette (Hatay) an die Türkei (1938) ermöglicht wurde. Darüber hinaus traf die Türkei während der Kriegszeit auch außenpolitische Vorkehrungen, u. a. mit dem Britisch-Französisch-Türkischen Beistandspakt, dem Türkisch-Bulgarischen Nichtangriffspakt und dem Türkisch-Deutschen Nichtangriffspakt. Aufgrund ihrer Politik der aktiven Neutralität und dem Aufbau guter Beziehungen zu allen großen Mächten gelang es der Türkei, nicht aktiv in den Zweiten Weltkrieg einzutreten. Erst im Februar 1945 erklärte die Türkei Deutschland formell den Krieg und unterzeichnete als Gründungsmitglied die Charta der Vereinten Nationen (UNO).

Im Zeichen des Kalten Krieges: Von passiver eindimensionaler zu stärkerer Diversifizierung der Außenpolitik

Nach dem Zweiten Weltkrieg und im Zuge der weltpolitischen Veränderungen durch den Beginn des Kalten Krieges konnte die Türkei ihre außenpolitische Neutralität und Bündnisfreiheit nicht mehr aufrechterhalten. Die Sowjetunion unter Josef Stalin forderte eine Revision des Status der Meerengen Bosphorus und Dardanellen und die Rückgabe von Kars und Ardahan im Osten des Landes, die der Türkei 1921 von der Sowjetunion überlassen worden waren. Diese neue Bedrohungssituation veranlasste die Türkei, ihren Kurs

der Bündnisfreiheit zu überdenken. Von nun an betrachtete Ankara die USA als Schutzmacht gegen die sowjetische Bedrohung. US-Präsident Harry S. Truman erklärte in der sogenannten Truman-Doktrin im März 1947, dass die nationale Souveränität und Integrität Griechenlands und der Türkei unmittelbar mit der Sicherheit der USA und des Westens verknüpft seien. Die Türkei erhielt massive US-Militär- und Wirtschaftshilfe und wurde 1952 Mitglied der NATO. Bereits zuvor war die Türkei im April 1948 Gründungsmitglied der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) und trat im August 1949 dem Europarat bei. Im September 1963 schloss die Türkei das Assoziationsabkommen mit der damaligen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) ab und strebte die Vollmitgliedschaft an.

Während der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges hatte die Türkei die Funktion als strategischer „Flankenstaat“ des von den USA geführten NATO-Bündnisses zur Eindämmung der Sowjetunion und des Kommunismus. Die strategische Partnerschaft mit den USA und die bündnispolitische Einbindung in die NATO waren die Eckpfeiler der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, die am Status quo orientiert, passiv und eindimensional war. So verfolgte die Türkei bis zur ersten Zypernkrise 1963/64 unter Vernachlässigung eigener Regionalinteressen eine einseitige Außenpolitik zugunsten der Interessen der USA und des Westens. Wie sehr sie sich angesichts ihrer pro-amerikanisch ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik von ihrem regionalen Umfeld isoliert hatte, erfuhr die Türkei schmerzhaft während der Zypernkrise im Dezember 1963. Als die Türkei während dieser Krise zum Schutz der türkischen Zyprioten militärisch einzugreifen drohte, reagierten die USA prompt: Am 5. Juni 1964 teilte US-Präsident Lyndon B. Johnson dem damaligen Ministerpräsidenten und Atatürk-Gefährten Ismet İnönü in einem Brief mit, dass die Türkei im Falle eines militärischen Eingreifens der Sowjetunion nicht mit dem Schutz der NATO rechnen könne. Diese Warnung Washingtons und die Tatsache, dass in der UNO die meisten blockfreien Staaten gegen die türkische und für die griechische Position stimmten, machten Ankara klar, wie sehr der einseitige, pro-amerikanisch ausgerichtete außenpolitische Kurs das Land abhängig vom Votum westlicher Staaten gemacht hatte. Die Türkei blieb zwar weiterhin NATO-Mitglied, begann aber, ihre Außenpolitik stärker zu diversifizieren und ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und den arabischen Staaten im Nahen Osten auszubauen.

Während der Zypernkrise im Sommer 1974³ nahm die Türkei sogar Spannungen im Bündnisverhältnis und zu den USA in Kauf und marschierte in den Norden Zyperns ein. Sie eroberte rund 40 Prozent des Inselterritoriums und schuf damit die Grundlage für die De-Facto-Teilung der Insel. Daraufhin verhängten die USA von 1975 bis 1978 ein Waffenembargo gegen die Türkei, während diese wiederum als Reaktion darauf US-Stützpunkte und Beobachtungsanlagen auf ihrem Territorium schloss.

Spätestens seit diesem militärischen Einmarsch war der Bruch mit der eindimensionalen Außenpolitik endgültig vollzogen zugunsten einer stärkeren Interessenwahrnehmung auch unter Nutzung von militärischen Mitteln, sofern vitale nationale Interessen tangiert waren. Letzteres betraf in erster Linie den Zypernkonflikt und den transnationalen, grenzüberschreitenden Kurdenkonflikt. In den 1980er Jahren bewirkten vor allem Entwicklungen im regionalen Umfeld (u. a. die Islamische Revolution im Iran 1979, der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979, der Irak-Iranische Krieg von 1980 bis 1988) eine Aufwertung der geostrategischen Bedeutung der Türkei als Bündnispartner



Zypern, Juli 1974: Nach einem Putschversuch zypriengriechischer Offiziere, bei dem die Regierung unter Präsident Makarios abgesetzt werden sollte, besetzten türkische Truppen den Nordteil der Insel. Die 1983 aus der Besetzung hervorgegangene Türkische Republik Nordzypern wird international nur von der Türkei anerkannt. © picture alliance/ AP Photo

in dieser Krisenregion. So unterzeichneten die USA und die Türkei im März 1980 ein Abkommen über strategische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, das unter anderem eine Nutzung des türkischen Luftstützpunktes Incirlik, eine Kooperation im Bereich der Militär- und Verteidigungsindustrie sowie bei der Modernisierung und Ausbildung der türkischen Armee vorsah. Noch im April 1987 stellte die damalige türkische Regierung unter Turgut Özal den Antrag auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Bereits in den 1980er Jahren sicherte sich die Türkei immer wieder eine antikurdische Kooperation gemeinsam mit dem Irak, Iran und Syrien, um sowohl kurdische Bestrebungen nach Autonomie und Selbstbestimmung einzudämmen als auch um die kurdische PKK (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, Arbeiterpartei Kurdistan) militärisch zu bekämpfen. Das schloss auch grenzüberschreitende militärische Operationen im Kurdengebiet im Norden des Irak ein. Auch zypernpolitisch setzte die Türkei auf eine konfrontative Linie und forcierte die De-facto-Zweiteilung der Insel, indem sie die Proklamation der Türkischen Republik in Nordzypern im November 1983 unterstützte.

Nach dem Kalten Krieg: Proaktive und multidimensionale Außenpolitik und Bestreben um eine regionale Führungsrolle

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geriet die türkische Außenpolitik unter Anpassungsdruck, weil sich das regionale und internationale Umfeld radikal veränderte. Diese tiefgreifenden Veränderungen führten zu neuen Herausforderungen und Chancen für die Türkei.⁴ Zum einen veränderte sich die geostrategische Bedeutung der Türkei. Der frühere „Flankenstaat“ wurde zum „Frontstaat“, da die Türkei

zunehmend gleichzeitig an mehreren Fronten von Konflikten in der unmittelbaren geographischen Nachbarschaft im Nahen Osten und im Kaukasus herausgefordert war. Auch gewannen spezifisch nationale sicherheitspolitische Belange und Interessen der Türkei ein größeres Eigengewicht. Dies betraf und betrifft vor allem den Kurdenkonflikt. Zum anderen kristallisierte sich eine von türkischen Eliten und den Bündnispartnern geförderte neue geostrategische Brücken- und Modellfunktion der Türkei heraus: als Brücke zwischen Europa und Asien, als Transitland und Energieroute, als Modell für die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam. Die neuen Konstellationen im Schwarzmeerraum, im Kaukasus und in Zentralasien, im Nahen Osten und auf dem Balkan eröffneten der Türkei neue außen-, kultur- und machtpolitische sowie außenwirtschaftliche Möglichkeiten der Kooperation und Einflussnahme.⁵ Infolge der gewandelten strategischen Bedeutung und des neuen Selbstverständnisses begann ein neuer außen- und sicherheitspolitischer Aktivismus der Türkei unter dem damaligen Präsidenten Turgut Özal.⁶ Dieser neue Aktivismus war vom Primat der Wirtschaft und der bilateralen und multilateralen wirtschaftlichen Kooperation geleitet und strebte eine regionale Führungsrolle an. Die Priorität der strategischen Partnerschaft mit dem Westen und das Ziel der Vollmitgliedschaft in der EU blieb weiter erhalten.

Auch der innere Transformationsprozess beförderte den neuen außenpolitischen Aktivismus. Infolge der Liberalisierung der Wirtschaft in den 1980er Jahren und verstärkt durch die Globalisierung und die „Europäisierung“ kam es zu einer Pluralisierung der außen- und sicherheitspolitischen Diskurse und der außenpolitischen Entscheidungsfindung. Die beteiligten Akteure am außenpolitischen Prozess waren nicht mehr auf die staatszentrierten Eliten be-

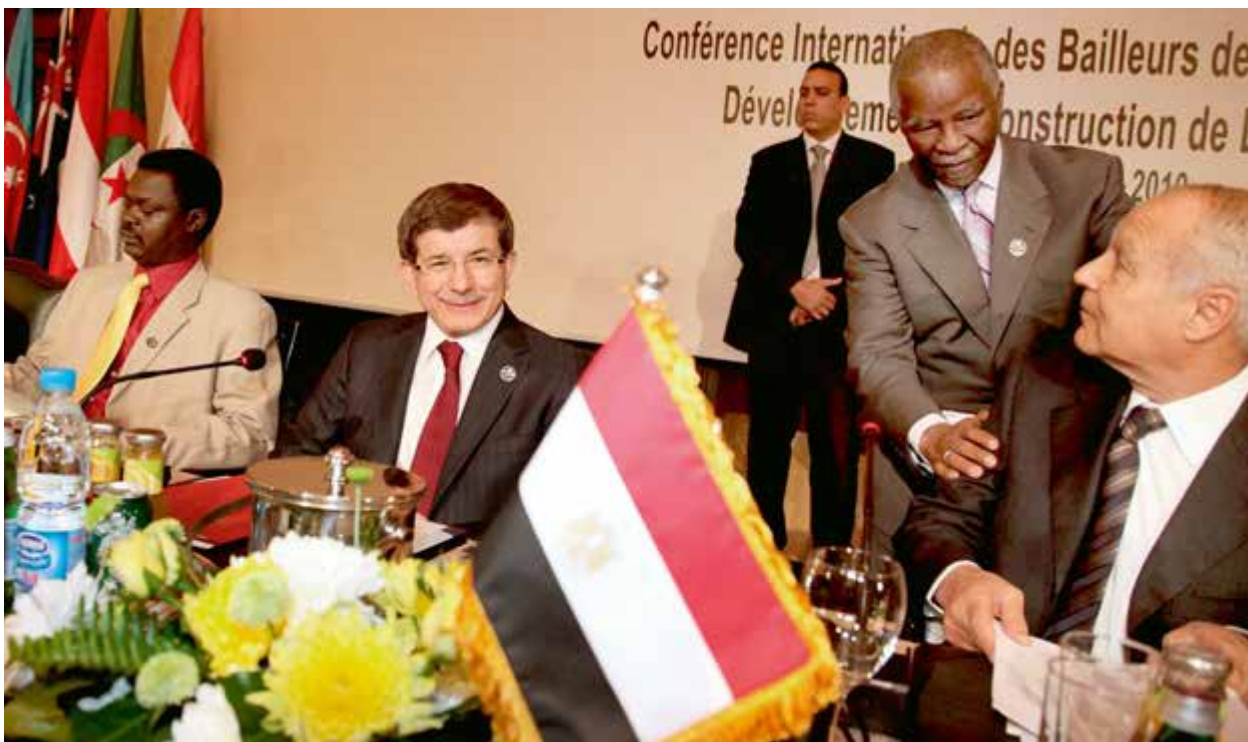
schränkt. Eine neue anatolische Mittelschicht und Elite mit eigenen finanziellen und politischen Netzwerken entstand, die religiös und traditionell-konservativ geprägt war und zum Rückgrat der gegenwärtig regierenden AKP wurde. Die Vielfalt der inneren Diskurse und das Ende des Ost-West-Konfliktes eröffneten der Türkei zugleich einen Raum für eine ideologisch beeinflusste regionale Außenpolitik. Pan-türkische, panislamische und neosmanische Tendenzen, die ideologisch Großmachtprojektionen unter Rückgriff auf das geographische, historische und religiös-kulturelle „Erbe“ der Osmanen und aller Turkvölker verfolgten und auch im parteipolitischen Spektrum teilweise Zustimmung fanden, traten stärker als bisher in Erscheinung und gewannen im außenpolitischen Regierungshandeln im Kaukasus, Zentralasien und auf dem Balkan an Relevanz. Als ideologische Gegenkraft forderten sie zugleich die traditionell kemalistisch-säkularen Eliten in Militär, Justiz und Bürokratie heraus und erzeugten ein Spannungsfeld zwischen den Regierungen und dem Militär sowie der Staatsbürokratie, was sich vor allem im Prozess der politischen Entscheidungsfindung niederschlug. So wurden noch unter Özal, der euphorisch das Entstehen einer türkischen Einflussregion von der Adria bis zur Chinesischen Mauer prophezeite, die Beziehungen zu den neuen Staaten in Zentralasien und Balkan intensiviert und bilaterale und multilaterale Verträge nach der Erlangung der Unabhängigkeit dieser Staaten abgeschlossen. Vor allem im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik nahm die Türkei Einfluss auf die Entwicklung dieser Staaten, indem sie auf die gezielte Förderung der kulturellen, sprachlichen und religiösen Gemeinsamkeiten setzte und eine Annäherung forcierte. Strategische Interessen der Türkei betrafen auch den energiepolitischen Bereich, da die postsowjetischen Staaten – vor allem Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan – über strategisch wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas verfügten. Die Türkei for-

cierte den Bau von Pipelineprojekten, um eigene energiepolitische Bedarfe zu bedienen und zugleich ihre strategische Bedeutung als Transitland zu verfestigen und die eigene Position in der Konkurrenz mit Russland um die Einflussnahme im Kaukasus und Zentralasien zu stärken. Die USA und die westlichen Bündnispartner unterstützten diese Ziele der Türkei und die türkischen Entscheidungsträger setzten auf einen engen Schulterschluss mit den USA und den westlichen Bündnispartnern. Dies gipfelte vor allem in der aktiven Unterstützung der US-Politik im Golf-Krieg 1991, obwohl die aktive prowestliche Golfpolitik des Präsidenten Özal innenpolitisch umstritten war und vom Außenministerium und Generalstab abgelehnt wurde.

Der neue außenpolitische Aktivismus nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der eine führende Rolle der Türkei in der regionalen und internationalen Politik anstrebte, blieb seither als alternative Ausrichtung der Außenpolitik erhalten und wurde von den Regierungen nach Özal mit gewissen Unterbrechungen in unterschiedlicher Intensität weiterverfolgt. Auch panislamische und neosmanische Triebkräfte in der Außenpolitik sind seither nicht verschwunden, sondern leiten ideologisch die gegenwärtige Außen- und Sicherheitspolitik der AKP-Regierung unter Erdoğan.

Außenpolitik unter Recep Tayyip Erdoğan: Neoosmanisch-islamistisch-hegemoniale Machtprojektionen

Die seit November 2002 regierende AKP unter Erdoğan knüpfte mit ihrer vom ehemaligen Außenminister und späteren Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu⁷ entwickelten außenpolitischen „Strategie der Tiefe“ (Davutoğlu 2007; Davutoğlu 2010) an die graduelle Entwicklung einer aktiven



Der frühere türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu (2. v. l.) steht mit seiner ideologisch geleiteten „Strategie der Tiefe“ für die neue Richtung der türkischen Außenpolitik. Mit Mitteln der *Soft Power*, wie etwa hier bei einer Konferenz zu humanitärer Hilfe für den Sudan im März 2010, will sich die Türkei durch proaktive Außenpolitik als führende Regionalmacht etablieren. Die auf *Soft Power* setzende Außenpolitik hat sich aber seit 2011 zu einer aggressiven und konfrontativen Außenpolitik unter Einsatz von *Hard Power* entwickelt.

© picture alliance/ dpa | Mike Nelson

Außenpolitik unter Turgut Özal an, entwickelte sie aber signifikant weiter. Davutoğlu entwirft eine proaktive und multidimensionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik auf der Grundlage der ideologischen, neoosmanischen und panislamischen⁸ Komponenten (Özkan 2014; Özkan 28.8.2014). Beide Komponenten umfassen eine dezidierte Rückbesinnung auf die osmanische Vergangenheit sowie die islamische, religiös-kulturelle Identität und erheben einen Anspruch auf außenpolitische Einflussnahme und Führung der ehemals osmanisch beherrschten Gebiete (Gürbey 2011; Gürbey 2010).

Als das Zentrum dieses historischen Hinterlandes soll die Türkei als *Soft Power* (Zivilmacht) mit politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Mitteln Einfluss in früheren osmanischen Gebieten ausüben, die für sie von strategischem und nationalem Interesse sind. Prioritäres Ziel ist es, die Türkei zu einer unumgehbaren Regionalmacht in den angrenzenden Regionen (inklusive Europa, Nordafrika, dem Mittelmeer, Westasien und dem Nahen Osten) und dadurch zu einem wichtigen regionalen und globalen Akteur zu machen sowie als Wirtschafts- und Energiezentrum zu etablieren. Geleitet vom Prinzip der sogenannten „Null-Problem-Politik“ mit den Nachbarn sollte die Türkei durch eine konstruktive Politik in der eigenen Nachbarschaft und weltweit an Respekt gewinnen und daraus ihren internationalen Einfluss ziehen.

Bis zum Ausbruch der regimekritischen Proteste in der arabischen Welt („Arabischer Frühling“) und des Krieges in Syrien 2011 weitete die AKP-Regierung als *Soft Power* mit politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Mitteln ihren Einfluss im Nahen Osten, im Kaukasus, in Afrika und auf dem Balkan aus. Die „Null-Problem-Politik“ wurde vor allem durch ökonomische Kooperation und Interdependenz vorangetrieben mit dem Ziel, eine mögliche militärische Eskalation mit Nachbarn zu vermeiden und das Vertrauen anderer Länder in die Türkei zu stärken. Dies war wichtig, um einerseits den Ausbau des Einflusses nicht zu gefährden und um andererseits innere Unterstützung zu generieren. So investierte die Regierung in die Verbesserung ihrer historisch angespannten Beziehungen zu Syrien, Irak, Iran, Russland und zur Autonomen Region Kurdistan im Nordirak und startete (letztlich gescheiterte) Initiativen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien. Sie positionierte sich als Vermittlerin in Konflikten, unter anderem zwischen dem Iran und dem Westen, Israel und Syrien, Hamas und Fatah in Palästina oder auch im Gaza-Krieg von 2008 bis 2009 (Senkry 2009; Rubin 2008). Ferner startete die Regierung seit 2005 eine bislang nie dagewesene Afrika-Politik, die von Handel und Entwicklungshilfe über Bildung und Kultur bis hin zu Rüstungs- und Militärkooperation reicht.⁹ Damit bediente sie die ökonomischen Interessen ihrer islamisch-konservativen Unternehmer (die sogenannten „Anatolischen Tiger“), diversifizierte ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen und präsentierte sich als regionaler und globaler Akteur. Das Regierungshandeln war bis zum Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 weder antiwestlich noch von einer Achsenverschiebung geprägt, was sich aber erst später herauskristalisieren sollte. Allerdings rutschte das Ziel der Mitgliedschaft in der EU immer mehr in den Hintergrund, was noch zu Beginn der Machtübernahme der AKP unter Erdoğan eine außenpolitische Priorität war und auch forciert wurde.

Seit dem Arabischen Frühling 2011 verlagerte sich die auf *Soft Power* setzende Außenpolitik der Regierung Erdoğan parallel zur inneren Autokratisierung¹⁰ und den regionalen

Entwicklungen (Krieg in Syrien, Kampf gegen den Islamischen Staat) immer mehr in Richtung einer ideologisch, pro-islamisch-sunnitisch und antikurdisch ausgerichteten, aggressiven und konfrontativen Außenpolitik unter Einsatz von *Hard Power*. Dieser zunehmende Rückgriff auf militärische Mittel war und ist jenseits von (geo-)politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen deutlich von einer stärkeren Rolle der ideologischen Triebkräfte in der Außenpolitik begleitet, was sich teilweise in einer neoosmanischen Expansion mit militärischen Mitteln niederschlägt und wodurch die Türkei mit traditionellen Verbündeten (USA, EU und NATO) in Konflikt geriet und gerät. So sind nicht nur der Irak und Syrien, sondern auch Libyen, das östliche Mittelmeer sowie der aserbaidzhanisch-armenische Konflikt in Bergkarabach Schauplätze, auf denen die Türkei ihre Interessen auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen suchte und sucht. So marschierte das türkische Militär gemeinsam mit ihren islamistischen Milizen seit 2016 mehrmals völkerrechtswidrig in die kurdischen Gebiete in Nordsyrien ein und eroberte Territorien. In diesen eroberten Gebieten etablierte die Regierung Erdoğan de facto Protektorate, die unter türkischer Hoheit stehen und von islamistischen und ultranationalistischen Milizen, die die türkische Regierung militärisch unterstützt und einsetzt, kontrolliert werden (Gürbey 2018). Im Streit mit Griechenland und Zypern um die Ausbeutung der Erdgasfelder und der Abgrenzung der maritimen Interessensphären im östlichen Mittelmeer versuchte Erdoğan, durch eine militärische Eskalationsstrategie Fakten zu schaffen und seinen Macht-radius signifikant zu erweitern. Diese aktive Einmischung unter Androhung und Anwendung militärischer Gewalt ist wiederum integraler Bestandteil des neuen türkischen Konzepts der Vorwärtsstrategie zur Gewährung der Sicherheit und Durchsetzung strategischer Interessen. Dessen maritime Dimension bildet die Militärdoktrin *Mavi Vatan*¹¹ (Das Blaue Heimatland bzw. Die Blaue Heimat) (Yaycı 2020; Deutscher Bundestag 2020), welche die Türkei als führende Seemacht in den drei Meeren Schwarzes Meer, Ägäis und Mittelmeer verortet.

Sie sieht zudem vor, dass die Türkei am Horn von Afrika und am Golf ihre nationalen Interessen in einer erweiterten Einflusszone auch unter Einsatz von militärischen Mitteln verfolgt. Die Regierung unterstützt diese Machtprojektion durch den Ausbau der Militärtechnologie und Rüstungsindustrie, um die Entwicklung eigener Waffensysteme, Raketen und Panzer und sogar ein eigenes Raumfahrtprogramm signifikant voranzutreiben (T. C. Cumhurbaşkanlığı İletişim Başkanlığı 2020). Vor allem bei der Drohnentechnik (Yanarocak/Parker 2020)¹² erreichte die Türkei unter Erdoğan einen Durchbruch und längst Weltniveau. Diese Drohnen werden auf den Kriegsschauplätzen in Syrien, Libyen, aber auch in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak gegen die PKK eingesetzt und damit erprobt und weiterentwickelt.

Mit dieser militärischen Eskalationsstrategie gelingt es der türkischen Führung, innenpolitische Zustimmung zu generieren und den Machterhalt zu sichern, indem militärische Einmärsche und territoriale Eroberungen jenseits der Grenzen mit den Narrativen „Überleben der Nation“ und „Zweiter Befreiungskrieg der Türkei“ gegen die Verschwörung innerer und äußerer Mächte legitimiert und mit der historischen Größe des Osmanischen Reiches konnotiert werden. Auch gelingt es Erdoğan und seiner Regierung immer wieder, den eigenen Handlungsspielraum etwa in Syrien, in Libyen sowie im östlichen Mittelmeer deutlich zu erweitern und damit den Druck zu erhöhen und Fakten zu schaffen, die ihre Verhandlungsposition stärken, wie zum Beispiel durch die Instrumentalisierung der Flüchtlingsfrage im Kontext der



An einem „Distinguished Observer Day“ präsentierte sich das türkische Militär hochrangigen Politikern und Militärs während der Militärübung „Blaues Heimatland“. Über einen Zeitraum von zehn Tagen fand die Militärübung im April 2022 an verschiedenen Stätten im Schwarzen und im Mittelmeer statt. © picture alliance/ AA | Arif Akdogan

seit März 2016 bestehenden Flüchtlingsvereinbarung mit der EU. Gleichwohl führte die Politik Erdoğan's mit ihren expansionistischen Ambitionen zu einer zunehmenden Isolierung der Türkei. Nicht nur mit den USA und der EU, auch mit sämtlichen Staaten der Region, darunter Israel, Ägypten, Griechenland und Saudi-Arabien geriet die Türkei in Konflikt. Seit 2021 bemüht sich die Regierung nun um eine Verbesserung der belasteten Beziehungen zu diesen Staaten, unter anderem zu Ägypten, Israel und Saudi-Arabien, um sich in der durch die neuen Allianzen zwischen Israel und den Golfstaaten neu zu ordnenden Region nicht weiter zu isolieren. Ebenso werden so potenzielle Investitionen aus Saudi-Arabien oder den Emiraten sichergestellt, die für Erdoğan und seine Regierung bei der Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise von Bedeutung sind. Im Kontext des seit Februar 2022 laufenden russischen Angriffskrieges in der Ukraine inszenierte sich Erdoğan als starker Führer auf der internationalen Bühne, indem er sich geschickt als unerlässlicher Vermittler positionierte – eine Rolle, die auch von den westlichen Bündnispartnern unterstützt wird. Infolge dieses taktisch-pragmatischen Politikmodus brachte Erdoğan Bewegung in die angespannten Beziehungen zu den westlichen Bündnispartnern und punktete zugleich innenpolitisch.

Fazit

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik hat sich unter dem Einfluss und dem Zusammenspiel von inneren, äußeren und ideologischen Faktoren gewandelt – von einer pas-

siven, eindimensionalen hin zu einer aktiven multidimensionalen Außenpolitik, die vom Primat der Durchsetzung eigener Interessen geleitet ist und eine regionale und globale Führungsrolle erlangen will. Dieser mit Mitteln der *Soft Power* umgesetzte Aktivismus hat sich in der Regierungszeit der AKP unter Erdoğan immer mehr in Richtung einer aggressiven und konfrontativen Außenpolitik unter Einsatz von *Hard Power* entwickelt, um im Innern das Machtmonopol zu sichern und extern hegemoniale Zielvorstellungen durchzusetzen. Parallel zum inneren Prozess der Autokratisierung und regionalen Entwicklungen („Arabischer Frühling“, Krieg in Syrien, Kampf gegen den Islamischen Staat) nahm auch die Ideologisierung und Militarisierung der Außenpolitik zu, die in militärischen Eskalationsstrategien und völkerrechtswidrigen Einmärschen einmündete und dabei auch Konflikte mit den Bündnispartnern und den Nachbarstaaten bewusst einkalkulierte. Mit einer panislamisch-sunnitischen und antikurdischen Agenda sowie dem Zweckbündnis mit Russland und dem Iran gelang es Erdoğan und seiner Regierung mittels einer taktisch-flexiblen Strategie, die eigene Manövrierfähigkeit zu erweitern und militärisch eroberte Einflusszonen zu etablieren. Damit geriet und gerät die von Erdoğan geführte Türkei zunehmend unter den Einfluss Russlands und zugleich in Gegensatz zu den westlichen Verbündeten. Ob und inwieweit sich in der Türkei ein eher berechenbarer und friedlicher außenpolitischer Kurs durchsetzen wird, wird von inneren Akteurskonstellationen, wirtschaftlichen Zwängen, Entwicklungen im regionalen und internationalen Umfeld sowie von bündnispolitischen Einflüssen und nicht zuletzt von der Interdependenz dieser Faktoren abhängen.

PD Dr. habil. Gülistan Gürbey

KURZVITA

ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Sie promovierte beim renommierten Zeithistoriker Prof. Dr. Dr. Karl-Dietrich Bracher und habilitierte sich an der Freien Universität Berlin beim renommierten Friedensforscher Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel. Sie lehrt und forscht zu: Frieden und Konflikte, Defekte Demokratien, Außenpolitik, Autoritarismus, De Facto Staaten, Internationaler Schutz von Minderheiten. Regionaler Schwerpunkt ist Nahost mit Fokus auf: Türkei, Zypern, Kurden, Irakisch-Kurdistan, Irak, Syrien.

Anmerkungen

- 1 Der Panislamismus entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts, insbesondere unter dem autokratischen osmanischen Herrscher Sultan Abdülhamid II. (1876–1909). Um die überall in seinem Reich aufflammenden nationalistischen Bewegungen abzuwehren und die Macht zu sichern, setzte Abdülhamid auf die Propagierung der Idee der islamischen *Umma*, der Gemeinschaft aller Muslime unter seiner Führung als Kalif und als weltliches Oberhaupt aller Muslime.
- 2 Siehe zur Ära Atatürks: Gronau 1994; Kreiser 2003. Zur Geschichte der Türkei siehe: Reinkowski 2021; Steinbach 1996.
- 3 Anlass für die türkische Invasion war der Putsch der zyprischen Nationalgarde gegen die zyprische Regierung unter Makarios, der von der

- griechischen Militärjunta in Athen gesteuert wurde, um Zypern mit Griechenland zu vereinen.
- 4 Zum Überblick zur Außenpolitik siehe: Hale 2000; Kramer 2000; Linden 2012; Steinbach 2012.
 - 5 Siehe zur neuen Geopolitik der Türkei: Fuller/Lesser/Henze/Brown 1993.
 - 6 Siehe zur Ära von Özal: Gürbey 2005.
 - 7 Ahmet Davutoğlu war von 2003 bis 2009 außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdoğan, von Mai 2009 bis August 2014 Außenminister. Nach Erdoğan's Wechsel in das Amt des Staatspräsidenten im August 2014 wurde er Vorsitzender der AKP und Ministerpräsident, bis er im Mai 2016 aus dem Ministerpräsidentenamt gedrängt wurde. Infolge der Entfremdung zwischen Erdoğan und Davutoğlu trat Davutoğlu 2019 aus der AKP aus und gründete die Zukunftspartei (*Gelecek Partisi*). Noch in seiner Zeit als Universitätsprofessor entwickelte Davutoğlu 2001 in seinem Buch das Konzept der „Strategischen Tiefe“.
 - 8 Özkan bezeichnet Davutoğlu als Pan-Islamist und seine Außenpolitik als eine pan-islamistische im Sinne einer expansionistischen Außenpolitik, die auf einer islamistischen Ideologie basiert und die Dominanz der Türkei in ihr Hinterland – Nahost, Balkan und Kaukasus – beansprucht, um neuen „Lebensraum“ zu schaffen.
 - 9 Das 2017 eingerichtete somalische türkische Einsatzführungskommando (Camp TURKSOM) in Mogadischu ist das größte türkische militärische Ausbildungszentrum im Ausland. Auch sind die türkischen Rüstungsexporte in zahlreichen afrikanischen Staaten gestiegen, insbesondere der Export von unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs) und gepanzerten Fahrzeugen. Siehe zur Visualisierung des Aktivismus der Türkei in Afrika: Center for Applied Turkey Studies 2022.
 - 10 Siehe zur autokratischen Entwicklung der Türkei: Gürbey 2019.
 - 11 Pensionierter Konteradmiral Cem Gürdeniz, ehemals Direktor im Hauptquartier der türkischen Marine, entwickelte die Doktrin. Konteradmiral Cihat Yaycı, der bis Mai 2020 Chef der türkischen Kriegsmarine war, baute die Doktrin aus. Yaycı ist auch der Urheber für das türkisch-libysche Memorandum vom November 2019 über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer, das zu Lasten von Griechenland und Zypern geht.
 - 12 Baykar Defense, geführt von Selçuk Bayraktar, dem Schwiegersohn von Präsident Erdoğan, ist der wichtigste türkische Hersteller von Drohnen, die unter anderem an die Ukraine und Katar geliefert werden. <https://baykardefense.com/>.

LITERATUR

- Kemp, Geoffrey/Harkavy, Robert E. (1997): *Strategic Geography and the Changing Middle East*. Washington, D. C.
- Baykar Defence, URL: <https://baykardefense.com/> [10.10.2022].
- Center for Applied Turkey Studies (2022): *Visualizing Turkey's Activism in Africa*. June 3. URL: <https://www.cats-network.eu/topics/visualizing-turkeys-activism-in-africa> [20.10.2022].
- Davutoğlu, Ahmet (2007): *Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu*, Istanbul, Ocak.
- Davutoğlu, Ahmet (2010): *Philosophical Depth: A Scholarly Talk with the Turkish Foreign Minister*. In: *Turkish Review*, 1.10. URL: <http://hanputra.blogspot.com/2011/07/philosophical-depth-scholarly-talk-with.html> [2.9.2022].
- Deutscher Bundestag (2020): *Seevölkerrechtliche Bewertung der türkisch-libyschen Vereinbarung über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer*, 17. Januar.
- Fuller, Graham/Lesser, Ian O./Henze, Paul B./Brown, J. F. (1993): *Turkey's New Geopolitics: From the Balkans to Western China*. Boulder, Colorado.
- Gronau, Dietrich (1994): *Mustafa Kemal Atatürk oder Die Geburt der Republik*. Frankfurt am Main.
- Gürbey, Gülistan (2019): *Authoritarianism Reloaded: The "New Turkey" under President Erdoğan*. In: *Turkey Scope. The Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies*, Tel Aviv University. 4.8.2019. URL: <https://dayan.org/content/authoritarianism-reloaded-new-turkey-under-president-erdogan> [6.9.2022].
- Gürbey, Gülistan (2018): *Türkische Militäroffensiven in Syrien: Im Dienst des Friedens oder neo-osmanischer Expansionismus?* In: *Südosteuropa Mitteilungen* 58, Heft 3/2018, S. 44–61.
- Gürbey, Gülistan (2011): *„Strategische Tiefe“ als neues außenpolitisches Konzept der Türkei?* In: *Internetportal EurActiv.de. Debatte: Die neue Türkei*, 8.11.2011. URL: <https://www.euractiv.de/section/globales-europa/opinion/strategische-tiefe-als-neues-aussenpolitisches-konzept-der-turkei/> [20.12.2022].
- Gürbey, Gülistan (2010): *Türkische Außenpolitik unter der AKP-Regierung*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 50, Heft 2/2010, S. 16–27.
- Gürbey, Gülistan (2005): *Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983–1993*. Frankfurt/New York. Studienreihe Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Hale, William (2000): *Turkish Foreign Policy, 1774–2000*. London.
- Kramer, Heinz (2000): *A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States*. The Brookings Institution. Washington, D. C.
- Kreiser, Klaus (2003): *Die neue Türkei (1920–2002)*. In: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K.: *Kleine Geschichte der Türkei*, Stuttgart, S. 404–407.
- Linden, Ronald H. et al (2012): *Turkey and its Neighbours. Foreign Relations in Transition*. London.
- Özkan, Behlül (2014): *Turkey, Davutoglu and the Idea of Pan-Islamism*. In: *Survival*, August–September, S. 119–140.
- Özkan, Behlül (2014): *Turkey's Imperial Fantasy*. In: *The New York Times*, 28.8.2014.
- Reinkowski, Maurus (2021): *Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart*. München.

- Rubin, Barry (2008): Turkey and the Middle East: An Updated Assessment, In: Worldsecuritynetwork, 21.08.2008. URL: <https://www.worldsecuritynetwork.com/Europe-Broader-Middle-East-Other/Rubin-Barry/Turkey-And-The-Middle-East-An-Updated-Assessment> [13.10.2022].
- Senkry, Jan (2009): Die Gaza-Krise und die neue türkische Außenpolitik. Länderbericht. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsbüro Türkei. 11.Februar.
- Steinbach, Udo (Hrsg.) (2012): Länderbericht Türkei. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Steinbach, Udo (1996): Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Berlin.
- T. C. Cumhurbaşkanlığı İletişim Başkanlığı (2020): Yerli ve Milli Savunma Sanayii (Einheimische und nationale Verteidigungsindustrie), 31.8.2020. URL: <https://twitter.com/iletisim/status/1300378372112101378/photo/1> [19.9.2022].
- Yanarocak, Hay Eytan Cohen/Parker, Joel D. (2020): Turkey's Giant Leap: Unmanned Aerial Vehicles. In: Turkeyscope 4, Heft 6/2020. URL: <https://dayan.org/file-download/download/public/17099> [29.9.2022].
- Yaycı, Cihat (2020): Türkiye-Libya arasında imzalanan Mühürsüz Ekonomik Bölge Anlaşması'nın Sonuç ve etkileri (Ergebnisse und Wirkungen des AWZ-Abkommens zwischen der Türkei und Libyen). In: Kriter dergi, Ocak 2020. URL: <https://kriterdergi.com/file/126/turkiye-libya-arasinda-imzalanan-munhasir-ekonomik-bolge-andlasmasinin-sonuc-ve-etkileri> [1.10.2022].

KONZERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

KONZERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

KONZERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

KONZERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

Die Wirtschaft der Republik Türkei

Kapitalistische Modernisierung zwischen Aufschwung und Fragilität

Yaşar Aydın

Die Geschichte der türkischen Wirtschaft ist seit Beginn der Republik geprägt von Auf- und Niedergängen. Gerade in der Anfangsphase des türkischen Staates wurde durch staatliche Eingriffe eine umfassende Lenkung des Finanz- und Wirtschaftssektors angestrebt, während in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Maßnahmen wie Subventionen und Exporterleichterungen auf indirekte Weise die türkische Wirtschaft beeinflussen sollten. Wie Yaşar Aydın in seinem Beitrag zeigt, konnten damit allerdings grundsätzliche Schwierigkeiten wie etwa eine immer wiederkehrende Inflation nicht bewältigt werden. Während die türkische Wirtschaft in den frühen 2000er Jahren einen Aufschwung erlebte und sich langfristig wachstumsstarke und wettbewerbsfähige Industriesektoren entwickelten, befindet sich die türkische Wirtschaft aufgrund struktureller Problemfelder in einem anhaltenden volatilen und fragilen Zustand.

Die Türkei feiert dieses Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Der Proklamierung der Republik Türkei am 29. Oktober 1923 ging ein knapp vierjähriger Unabhängigkeits- und nationaler Befreiungskrieg gegen die Besatzer der Entente und deren Proxys Griechenland und Armenien von 1919 bis 1922 voraus. Der Oberbefehlshaber der siegreichen türkischen Streitkräfte, Mustafa Kemal Pascha, später Atatürk, hielt für das Überleben der Türkei als einem souveränen Nationalstaat eine rasche und vollständige Modernisierung der Gesellschaft und des Staates sowie eine konsequente Säkularisierung für notwendig. Unter dem Motto „Erreichung des Niveaus der zeitgenössischen Zivilisationen“, sprich der kapitalistischen Moderne, wurde eine umfangreiche und bahnbrechende Kulturrevolution durchgeführt.

Im gleichen Jahr der Republikgründung, noch vor dem Abschluss des Lausanner Friedensvertrages (24. Juli 1923) mit

den Siegermächten des Ersten Weltkrieges, wurde der „All-türkische Wirtschaftskongress“ (17. Februar bis 4. März 1923) einberufen. Dort einigten sich Bürokraten, Unternehmer und Händler auf eine liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung, die allerdings von einem starken Etatismus begleitet werden sollte, um die Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie (Privatunternehmertum) zu forcieren. Der Staat übernahm übergangsweise wirtschaftspolitische Aufgaben, zu denen das damals quantitativ und qualitativ schwach herausgebildete türkische Unternehmertum noch nicht in der Lage war, und schuf somit die Grundlage für die kapitalistische Moderne und Industrialisierung.

Jubiläen sind vorzüglich geeignet, um Bilanz zu ziehen. Wie erfolgreich ist der Wandel der türkischen Wirtschaft in der Gesamtschau? Wie lassen sich die ersten hundert Jahre der Republik Türkei wirtschaftspolitisch bewerten? Bevor diese



Zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden sich im Osmanischen Reich viele kleine Fabriken, wie hier eine Seidenmanufaktur in Bursa.

© picture alliance/ Mary Evans Picture Library

Fragen beantwortet werden können, braucht es einen Blick zurück auf die Wirtschaftsgeschichte¹ der Republik Türkei.

Die wirtschaftliche Modernisierung

Wirtschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert wurde die Wirtschaft des Osmanischen Reiches von den europäischen Großmächten dominiert. In der internationalen Arbeitsteilung wurde dem Land die Rolle des Exporteurs von Agrarerzeugnissen zugewiesen. Handelsverträge zuerst mit England, später mit Frankreich und anderen europäischen Staaten reduzierten die Zölle für Einfuhr in das Osmanische Reich und begünstigten die europäischen Kaufleute. Der überschuldete Staat musste 1879 mit dem sogenannten *Muhârrem*-Dekret schließlich Teile seiner Einnahmequellen der Internationalen Schuldenverwaltung – *Düyûn-u Umûmiye* – überlassen, die in erster Linie die Interessen der ausländischen Gläubiger vertrat. So verfestigte sich die politische Abhängigkeit gegenüber den europäischen Mächten, was den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum des Staates massiv einengte.

Im 19. Jahrhundert basierte die Wirtschaftsentwicklung auf Landwirtschaft und die Wirtschaftspolitik orientierte sich am freien Handel (*Millî İktisat*). Der Außenhandel bestand primär aus dem Export von Agrarprodukten (unter anderem Tabak, Nüsse, Obst, Baumwolle) und dem Import von Fertigwaren und Industriegütern. Die osmanische Regierung war aufgrund der politischen und militärischen Schwäche des Staates nicht in der Lage, zum Schutz der inländischen Manufakturen hohe Zölle durchzusetzen. Folglich blieb die Wirtschaft der Türkei im Vergleich zu den westlich-kapita-

listischen Ökonomien zurück. Während 1820 das Pro-Kopf-Einkommen in den Gebieten der heutigen Türkei bei 55 Prozent des Westeuropa- und USA-Durchschnitts lag, ging es im Jahr 1913 auf 29 Prozent zurück.

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen verfolgten die Jungtürken, die 1913 die Staatsmacht an sich rissen, sowie später die Gründer der Republik Türkei zwei zentrale wirtschaftspolitische Ziele: ökonomische Unabhängigkeit und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.² Die neuen Staatseliten der Republik Türkei setzten die – an eine Listische Nationalökonomie angelehnte – Wirtschaftspolitik der Jungtürken fort und distanzieren sich weitgehend vom freien Handel (*Millî İktisat*). Der Staat übernahm wirtschaftliche Aufgaben, zu denen das türkische Unternehmertum nicht in der Lage war. Dementsprechend wurden die Monopole für Tabak, Salz, Alkohol und Zucker, die zuvor die Internationale Schuldenverwaltung innehatte, dem Staat übertragen.³

„Nationale Ökonomie“ und Importsubstitution

Von 1923 bis 1929 erholte sich das Land von den Schäden des Ersten Weltkrieges und entfaltete später eine beachtliche Wirtschaftsdynamik. In dieser Zeit wuchs das Pro-Kopf-Einkommen (mit Fixpreisen) jährlich um 8,4 Prozent. 1929 wurde erstmals das Pro-Kopf-Einkommensniveau von 1913 überschritten.⁴ Allerdings geriet die türkische Wirtschaft aufgrund der Weltwirtschaftskrise (1929) in eine Rezession und die Regierung sah sich zu einer Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik gezwungen. Angesichts des Ansehensverlustes des Wirtschaftsliberalismus und beeindruckt von den sowjetischen „Erfolgen“ auf dem Gebiet der Industrialisierung entschieden sich die türkischen Staatseliten für einen offensiveren Etatismus, der 1937 sogar als staatsleitendes



Bei einem Kurs in Ankara lernen Auszubildende 1938 die Grundlagen des Schreibmaschinenschreibens. Auch dies war Teil der wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Atatürks, durch die Ausbildung in an westlichen Vorbildern orientierten kommerziellen Berufen den Handels- und Dienstleistungssektor mit Fachkräften zu stärken.

© ullstein bild – TopFoto

Prinzip in die Verfassung aufgenommen wurde. In diesem Mischwirtschaftsmodell übernahm der Staatssektor die Führung, während Privatunternehmer als Händler und Produzenten einfacher Konsumgüter (Textilien und Nahrungsmittel) ihren Platz im Wirtschaftskreislauf einnahmen.⁵

In den 1930er Jahren wurde die erste große Industrialisierungswelle eingeleitet mit dem Ziel, die Versorgung mit bestimmten Grundverbrauchsgütern (weißer Zucker, Mehl und Leinen) durch die nationale Industrie zu gewährleisten. Zwischen 1929 und 1939 betrug der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens jährlich 3,5 Prozent; von 1930 bis 1938 erzielte der türkische Außenhandel sogar Leistungsbilanzüberschüsse. Zwischen 1929 und 1934 wuchsen Staatseinnahmen um 40 Prozent, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 10,8 auf 18 Prozent anstieg. Dies hatte allerdings zur Folge, dass die Bürokratie einen großen Teil der Wertschöpfung und Produktion kontrollierte und mit der Industriebourgeoisie verschmolz: Im Aufsichtsrat der staatlichen İŞ-Bank saßen hohe Bürokraten und Abgeordnete und an 74,2 Prozent der Unternehmen, die zwischen 1931 und 1940 gegründet wurden, waren hochrangige Bürokraten beteiligt. Auch Grundstück-Spekulationen wurden nun von politischer Seite finanziell begünstigt.⁶ Unternehmer unterhielten gute Beziehungen zu Politikern und Bürokraten und profitierten finanziell von ihnen, während Industriearbeiter durch das Streikverbot (1936) und die Nichtzulassung von Gewerkschaften (1938) benachteiligt wurden.⁷

Charakteristisch für den Etatismus der 1930er Jahre war, dass der Staat Ziele vorgab und in strategisch wichtigen und kapitalintensiven Bereichen wie beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur, dem Bau von Eisenbahnlinien, dem Aufbau einer staatlichen Schwerindustrie sowie der Gründung staatlicher Banken (Sümer-Bank im Jahr 1933 und Eti-Bank im Jahr 1935) tätig wurde. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft erfolgte unter anderem durch Fünf-Jahres-Pläne, Preiskontrollen und ein protektionistisches Außenhandelsregime.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand der Versuch einer vorsichtigen Öffnung statt. 1950 kam die Demokratische Partei (DP) an die Macht, die die Interessen der bisher vernachlässigten Landbevölkerung und der Privatunternehmer vertrat. Zu den Eckpunkten der Wirtschaftspolitik der DP-Regierung gehörten die verstärkte Förderung der Landwirtschaft und die Liberalisierung des Außenhandels, um durch Agrarprodukte die Wirtschaft anzukurbeln. Importiert wurde hauptsächlich Traktoren und Landwirtschaftsmaschinen. Neben der Modernisierung der Landwirtschaft wurde in dieser Zeit auch der Anschluss der Dörfer an das Straßennetzwerk sowie der Ausbau der Wasserversorgung vorangetrieben.⁸

Allerdings stieß diese Wirtschaftspolitik nach wenigen Jahren an ihre Grenzen. Hohe Importe führten zu einem hohen Handelsbilanzdefizit und zu Devisenmangel, sodass der Liberalisierungsgrad des Außenhandels wieder zurückgefahren und erneut Importrestriktionen eingeführt wurden. Die steigende Inflation ging mit realen Einkommenseinbußen für Bürokraten und Militärs einher; die Verschlechterung ihrer Lebenslage verstärkte deren Unzufriedenheit. Die darauffolgenden politischen Spannungen mündeten in den Militärputsch vom 27. Mai 1960.⁹

Zwischen 1960 und 1980 wurde eine Importsubstitutionspolitik betrieben, in deren Rahmen die inländische Produktion durch Zölle, Importquoten und Subventionen geschützt wurde. Dies bewirkte eine Expansion der staatlichen und privaten Industrie. Während in den 1960er Jahren die pri-

märe Importsubstitutionspolitik sich auf die Produktion von Konsumgütern konzentrierte, ging es bei der sekundären Importsubstitutionspolitik der 1970er Jahre um den Versuch, auch industrielle Vorprodukte und Kapitalgüter wie Maschinen selbst zu produzieren. Von dieser Wirtschaftspolitik profitierten neben Großunternehmen auch die Arbeiter, die aufgrund ihres gewerkschaftlichen Organisationsgrades Reallohnsteigerungen durchsetzen konnten. Landwirten kamen hohe staatliche Stützpreise für ihre Produkte und niedrige Preise zum Beispiel von Treibstoff und Dünger zugute. Durch Vergünstigungen für Bauern und Subventionen wurde die inländische Nachfrage zusätzlich gestärkt. „Im Zuge der Importsubstitutionspolitik der 1960er und 1970er Jahre wuchs die türkische Industrie zwar, sie konzentrierte sich aber auf den türkischen Markt und nicht auf den Export. Die Struktur der Importe änderte sich jedoch, da weniger Konsumgüter und mehr Kapitalgüter, Vorprodukte und Rohstoffe importiert wurden.“¹⁰

Die Importsubstitutionspolitik war jedoch aufgrund der damit verbundenen Ineffizienzen und Engpässe langfristig nicht durchzuhalten. In den Jahren 1979 und 1980 wurden das Leistungsbilanzdefizit und die Devisenknappheit immer größer, sodass die für die Produktion notwendigen Güter (Erdöl und Zwischenprodukte) kaum mehr importiert werden konnten.

Exportorientierte Wirtschaftspolitik

Der Militärputsch am 12. September 1980 bewirkte eine Änderung in der Konstellation der Interessengruppen: Arbeiter (Gewerkschaften wurden verboten), Landwirte und Bürokraten verloren an Durchsetzungsfähigkeit. Arbeiter mussten Reallohnverluste und höhere Steuern hinnehmen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde stärker durch die Interessen türkischer Großunternehmer bestimmt, die eingesehen hatten, dass ein nachhaltiges Wachstum gestützt auf den Binnenmarkt (Importsubstitutionspolitik) nicht mehr möglich war. Immer mehr (Groß-)Unternehmer sahen ihre Chance im Export, der von der Regierung massiv gefördert wurde. Forciert wurde die neue Wirtschaftspolitik zudem durch die Abwertung der türkischen Lira, Steuervergünstigungen für die exportorientierten Firmen sowie Subventionen und Erleichterungen beim Import von Inputgütern (Rohstoffe, Vorprodukte etc.), was zu einem Anstieg des Exports und des Handelsvolumens führte.¹¹

Trotz beachtlicher Wachstumsraten blieb das Inflationsproblem bestehen und stieg nach Rückgang in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in den späten 1980er Jahren erneut an. Verantwortlich hierfür war primär der Wirtschaftspopulismus der AnaP-Regierung unter Turgut Özal, der stärker auf eine expansive Geldpolitik setzte. Die Regierung „versuchte, über eine Steigerung der Geldmenge die Zinsen zu senken und die Wirtschaft anzukurbeln. In diesem noch nicht restlos stabilisierten Umfeld wurde 1989 der Kapitalmarkt vollständig liberalisiert.“¹² Es folgte eine Ära zyklischer Wirtschaftskrisen: 1993 kam es zu einem steigenden Kreditbedarf der öffentlichen Hand (über zwölf Prozent der BSP) und zu einer steigenden Inflation. Die überbewertete Währung hemmte die Exporte und begünstigte Importe, was auf eine instabile makroökonomische Situation hindeutete. Privatisierungspläne konnten trotz eines entsprechenden Gesetzes im Jahr 1994 nicht realisiert werden. Die Zuspitzung der Situation löste eine Vertrauenskrise unter den ausländischen Anlegern aus, welche ihr kurzfristiges Kapital abzogen, wodurch es zu einer Zahlungsbilanzkrise kam. Die Abwertung der türkischen Lira führte wiederum zu einer realen Wirtschaftskrise, woraufhin mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Stabilisierungsprogramm vereinbart wurde.



Im November 2001 wurde mit der 20-Millionen-Lira-Note der Geldschein mit dem bislang höchsten Nennwert in der türkischen Geschichte ausgegeben. Mitten in einer Finanz- und Wirtschaftskrise war dieser aber gerade einmal 27,67 DM/14,15 Euro wert.

© picture-alliance/ dpa | epa Okten

„Mit der Exportförderungs politik nach 1980 begann sich die Struktur des türkischen Außenhandels grundsätzlich zu ändern. Nicht nur nahm das Handelsvolumen kontinuierlich zu, sondern es stieg auch der Anteil der Industriegüter am Export von 48,8 % in 1981 auf 79,9 % in 1989.“¹³

Zwischen 1995 und 1997 erholte sich die Wirtschaft von der Krise, es wurden Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent erreicht. Gleichwohl stieg die Neuverschuldung des Staates und damit auch die Inflation wieder an. 1999 startete die Koalitionsregierung von Bülent Ecevit ein ehrgeiziges Antiinflationsprogramm. Allerdings ging im Jahr 2000 die Inflation langsamer als erwartet zurück und die Überbewertung der türkischen Währung fiel stärker aus als geplant, was erneut zur Verteuerung der Exporte und zur Verbilligung der Importe führte. Die Folge war eine weitere Vergrößerung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits. Negativ auf diese Situation wirkten sich zudem die politischen Kontroversen über Privatisierungen und Unregelmäßigkeiten im Bankensystem aus. An Privatisierung waren türkische Privatunternehmer nicht immer interessiert, weil sie von Staatsunternehmen Vorprodukte zu günstigen, subventionierten Preisen bezogen. Im Jahr 2000 geriet das Vertrauen der ausländischen Anleger ins Wanken, im November 2000 kam es zum Abzug des kurzfristigen Kapitals in hohem Umfang, die Regierung konnte die Lage mit Kreditzusagen des IWF stabilisieren. Als 2001 ein Konflikt zwischen Ministerpräsident Ecevit und Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer ausbrach, erschütterte dies das Vertrauen der Anleger in die Handlungsfähigkeit und Problemlösungskapazität der Regierung. Die politische Krise in der Staatsführung löste eine Finanz- und Wirtschaftskrise aus.¹⁴

Eine wichtige Ursache für das Leistungsbilanzdefizit lag im Bankensektor. Aufgrund der schwachen Bankenaufsicht in

den 1990er Jahren – der Staat garantierte ab 1994 die Sicherheit der Bankeneinlagen – sahen sich viele Anleger zu einem risikoreichen Verhalten ermutigt. Private Banken waren in „diversifizierten Holdinggesellschaften eingebunden“, die sich in verschiedenen Branchen betätigten, sodass sie um eine effektive Risikostreuung kaum bemüht waren. Ein weiteres Problem war die Unterkapitalisierung der Banken, die aufgrund mangelnder Kontrolle ihre Risikopositionen leicht verbergen konnten.¹⁵

Tiefgreifende strukturelle Reformen, die in den Jahren 2001 und 2002 von Superwirtschaftsminister Kemal Dervis umgesetzt wurden, halfen der türkischen Wirtschaft aus der Krise. Hierzu gehörten ein Stabilisierungsprogramm, die Regulierung der Märkte, der Banken und des Finanzsystems sowie die Errichtung einer Banken- (BDDK) und Energiemarktaufsichtsbehörde (EPDK). Politische Stabilität, marktfreundliche und inklusive Wirtschaftspolitik unter der AKP-Regierung sowie Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit der EU ließen das Vertrauen in die türkische Wirtschaft und Politik weiter ansteigen und trugen zur Zunahme ausländischer Direktinvestitionen bei. Die exportorientierte türkische Wirtschaft profitierte auch von der Erschließung neuer Absatzmärkte etwa in Afrika und dem Ausbau des Exports in die Absatzmärkte im Nahen und Mittleren Osten.

Ab 2003 entfaltete die türkische Wirtschaft eine starke Dynamik, das Zinsniveau fiel und damit ging der Anteil staatlicher Zinszahlungen am BIP von 25,4 Prozent im Jahr 1999 auf 9,6 Prozent im Jahr 2005 zurück. Die Steuereinnahmen stiegen – auch aufgrund hoher indirekter Steuern – und das Staatsdefizit ging deutlich zurück, wodurch sich der wirtschaftspolitische Spielraum der Regierung erweiterte.¹⁶ Die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank trug zudem zur Senkung der Inflation bei: Die Inflationsrate ging von

23,3 Prozent im Jahr 2003 auf 7,5 Prozent im Jahr 2010 zurück. Damit verschwand das Problem der Währungs substitution, die in den 1990er Jahren eine in der Bevölkerung weit verbreitete Praxis war.

100 Jahre Wirtschaftsentwicklung – Eine Erfolgsstory?

Zeit eine Bilanz zu ziehen: Wie sind die ersten hundert Jahre der ersten Republik Türkei wirtschaftspolitisch zu bewerten? Lässt sich die Wirtschaftsentwicklung als eine Erfolgsstory bezeichnen?

Die Stellung der Türkei in der Weltwirtschaft

Während 1820 das Pro-Kopf-Einkommen in den Gebieten der heutigen Türkei bei 55 Prozent des Westeuropa- und USA-Durchschnitts lag, ging es im Jahr 1913 auf 29 Prozent zurück, erreichte 1980 nur 31 Prozent und betrug im Jahr 2010 immerhin 42 Prozent des Westeuropa- und USA-Durchschnitts.¹⁷ Dies zeigt, dass die moderne Türkei in den zurückliegenden hundert Jahren gegenüber dem Westen aufgeholt hat. Anders als in den Anfangsjahren der Republik rangiert die Türkei heute in der G20, der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, mit einem BIP von 815,27 Milliarden US-Dollar auf Platz 19¹⁸ – das BIP pro Kopf belief sich auf 9.587 US-Dollar.

Darüber hinaus ist die türkische Wirtschaft hinsichtlich ihres Aufbaus, der Verdichtung und ihrer internationalen Vernetzung stark in die Weltwirtschaft integriert. Ein zentraler Indikator hierfür ist das Handelsvolumen, das im Jahr 2021 knapp 496,7 Milliarden US-Dollar betrug. Somit lag die Außenhandelsquote bei 60,92 Prozent des BIP, die Exportquote bei 27,6 Prozent. Dem Export im Umfang von 225 Milliarden US-Dollar steht ein Import von 271 Milliarden US-Dollar entgegen, woraus sich allerdings ein Handelsbilanzdefizit von

46 Milliarden US-Dollar und eine Deckungsrate des Imports durch den Export von 83 Prozent ergeben.¹⁹

Ein weiteres Indiz für die Weltmarktintegration waren die steigenden ausländischen Direktinvestitionen, die in den Jahren 2003 bis 2021 insgesamt 239 Milliarden US-Dollar betrugen. Zum Vergleich: Bis 2002 konnte die Türkei Direktinvestitionen im Umfang von nur 15 Milliarden US-Dollar anziehen (s. Abb. 1).²⁰ Im Jahr 2021 zog die Türkei internationale Direktinvestitionen in Höhe von 14,2 Milliarden US-Dollar – ein Anstieg um 81 Prozent gegenüber 2020. 60 Prozent der Direktinvestitionen in die Türkei kamen aus Europa, 24 Prozent aus Asien und 16 Prozent aus Amerika.²¹ Hinzu kommt eine steigende Anzahl an Touristen als ein weiteres Indiz der Einbindung in die Weltwirtschaft. 2021 betrug die Gesamtzahl der in die Türkei Einreisenden 29,35 Millionen, womit die Türkei weltweit auf Platz 4, europaweit auf Platz 3 rangiert. Das Land erwirtschaftete aus Tourismus 24,85 Milliarden US-Dollar.²²

Die Türkei galt in den 2000er Jahren als eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Transformationsländer. Zwischen 2002 und 2011 erzielte die Wirtschaft eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5,86 Prozent²³; das BIP kletterte von 240,25 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 957,78 Milliarden im Jahr 2013²⁴; das BIP pro Kopf verdreifachte sich von 3.641 US-Dollar (2002) auf 12.508 US-Dollar (2013) (s. Abb. 2).

Wachstumsstarke und wettbewerbsfähige Sektoren

Die Türkei hat eine dynamische, wachstumsstarke und exportorientierte Wirtschaft mit international wettbewerbskräftigen Branchen und global agierende Unternehmen. Dazu gehören vor allem die Luftfahrt, Fracht und Luftpersonalbeförderung, der Tourismus- und Energiesektor sowie die Textil-, Stahl-, Eisen- und Automobilindustrien.²⁵ Turkish Airlines ist ein Flaggschiff der Wirtschaft; Beko versorgt private Haushalte auch in Europa mit Haushaltsgeräten;

Abbildung 1

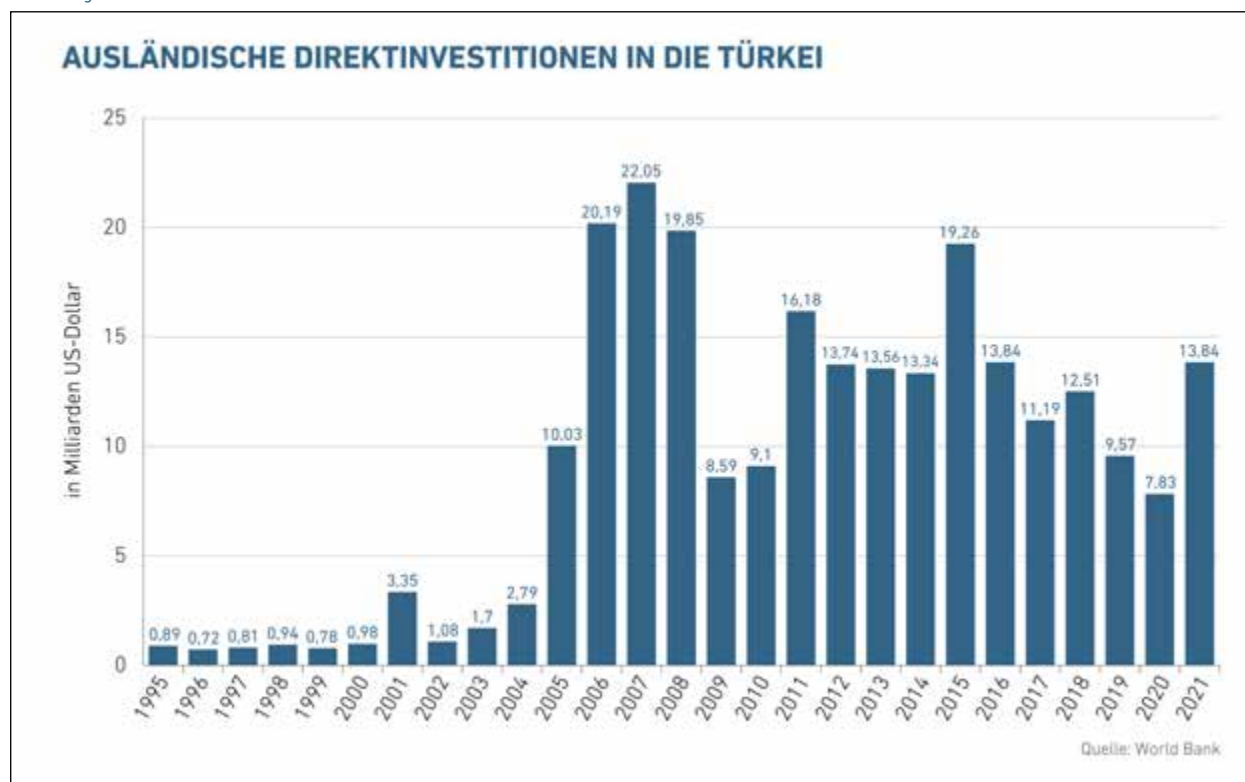
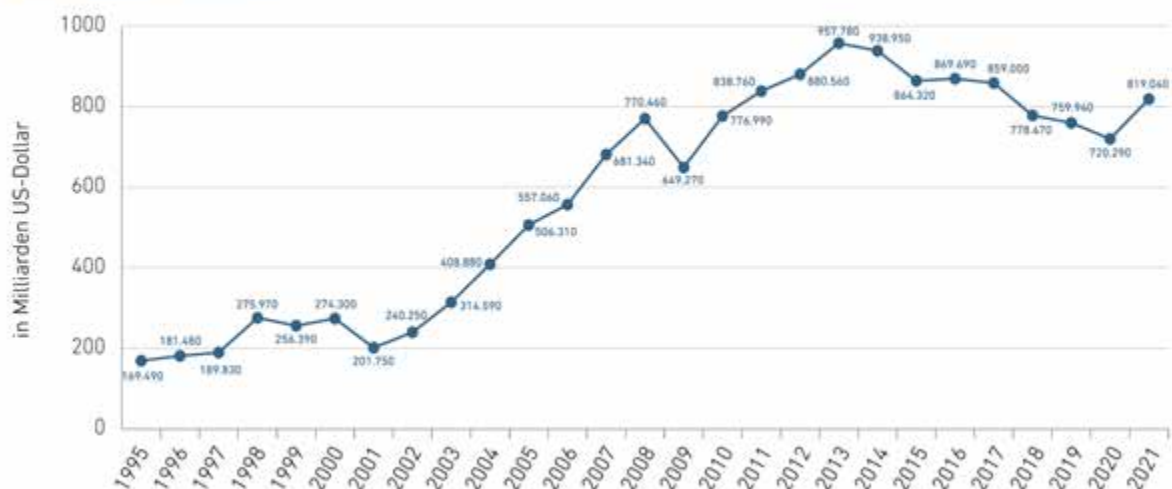
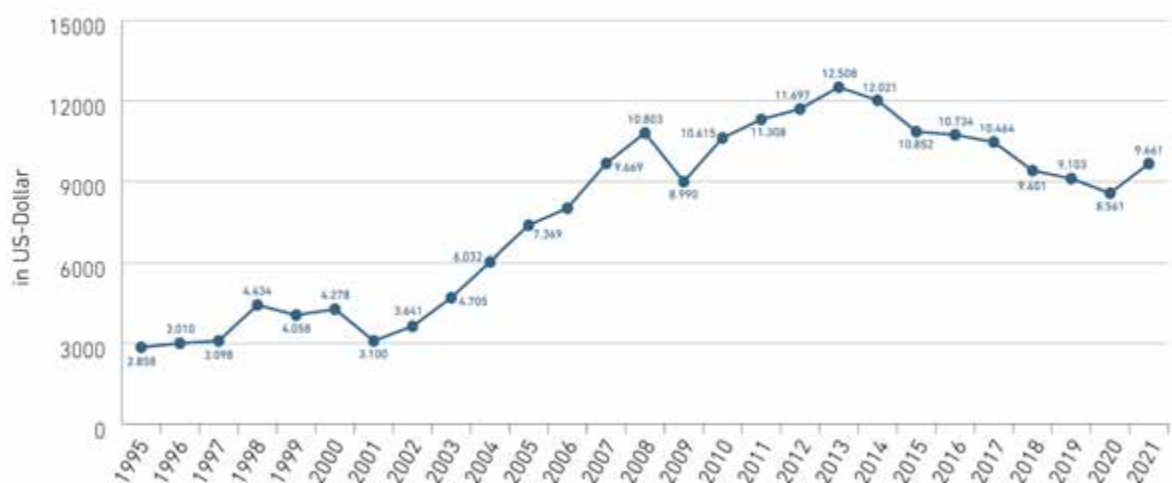


Abbildung 2

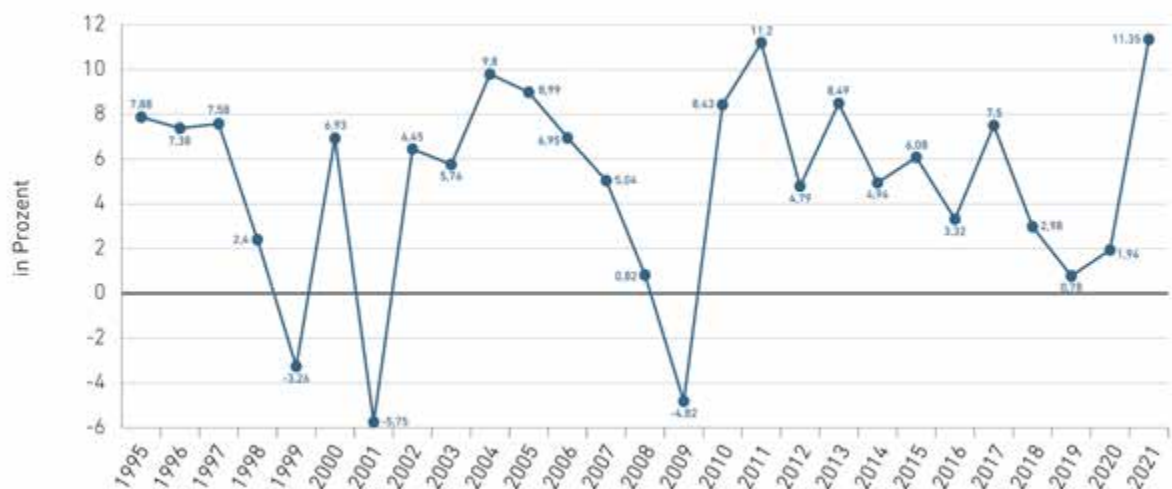
BIP IN DER TÜRKEI



PRO KOPF BIP IN DER TÜRKEI



WACHSTUMSRATE DER TÜRKISCHEN WIRTSCHAFT



Quelle: World Bank

zahlreiche Bau-, Textilunternehmen und Automobilzulieferer befinden sich auf weltweiten Ranglisten.

Das türkische Wachstumsmodell stützt sich auf wirtschaftsfreundliche politisch-rechtliche Rahmenbedingungen, Investition in Knowhow und Förderung von anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung. Neben soliden öffentlichen Finanzen und einen ambitionierten Privatsektor verfügt das Land über ein hohes Bruttonationaleinkommen pro Kopf, beachtliches Humankapital, gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie landesweit gute Verkehrsinfrastruktur und Logistik.

■ Die Automobil- und Zuliefererindustrie

Die Automobil- und Zuliefererindustrie ist ein starkes Zugpferd der türkischen Wirtschaft. Das Land ist bereits jetzt eine wichtige Werkbank Europas und auch der Welt. 14 internationale Autohersteller – darunter Toyota, Honda, Ford, MAN, Renault – produzieren in der Türkei rund 1,5 Millionen Autos, wovon über 80 Prozent exportiert werden. Die türkische Automobil- und Zuliefererindustrie ist in der Busproduktion europaweit auf Platz 1, rangiert in der Produktion von Kleintransportern auf Platz 3 und in der Produktion von Personenkraftwagen auf Platz 7. In der globalen gesamten Automobilproduktion befindet sich die Türkei auf Rang 15. Zum Vergleich: Deutschland befindet sich mit 5,12 Millionen Automobilen auf Rang 4, Frankreich mit 2,27 Millionen auf Rang 10 und das Vereinigte Königreich mit 1,58 Millionen auf Rang 13 (Stand 2019).

Mit ihren Produkten, ihren gut ausgebildeten und motivierten Arbeitskräften und ihrer Innovationskraft sind die türkischen Automobilhersteller und -zulieferer ein wichtiger Bestandteil auch der europäischen Wertschöpfungs- und Produktionsketten. Sie versorgen Automarken wie BMW, Mercedes, Audi und Volkswagen mit Automobil- und Ersatzteilen und Automobilkomponenten.

■ Der Bausektor

Der Bausektor gehört zu den tragenden Säulen der dynamischen, breit aufgestellten türkischen Wirtschaft. Die Baubranche zieht die Konjunktur an, sorgt für Beschäftigung und legt den Grundstein für das zukünftige Wachstum. Der türkische Bausektor ist hochkompetitiv und stark exportorientiert. Dies zeigt sich an der großen Anzahl an Bauunternehmen, die international wettbewerbsfähig sind. Diese Baufirmen decken einen Großteil des türkischen Marktes ab und sind darüber hinaus auch in zahlreichen Märkten wie beispielsweise in Russland und Zentralasien (46,3 Prozent), in Afrika (17,2 Prozent) und im Nahen Osten (26,5 Prozent) aktiv. Im Ranking der Top 250 der internationalen Bauunternehmen des Engineering News-Record (ENR) 2020 befinden sich 44 türkische Firmen – damit ist nur China mit mehr Firmen im Ranking vertreten.

Türkische Bauunternehmer haben seit den 1970er Jahren in 70 Ländern über 5.000 Projekte realisiert, deren Wert sich auf 130 Milliarden US-Dollar beläuft. Bisher hat der türkische Bausektor 10.274 Projekte in 127 Ländern realisiert. Zwischen 1972 und 2002 hat der türkische Bausektor Bauarbeiten im Wert von 50 Milliarden US-Dollar, von 2002 bis 2020 Bauarbeiten im Wert von über 357 Milliarden US-Dollar realisiert. Der Wert der Projekte, die die Branche Technische Beratung in 118 Ländern realisiert, beläuft sich auf 2,5 Milliarden US-Dollar. Türkische Bauunternehmen realisierten 2019 insgesamt 475 große Bauprojekte mit einem Gesamtwert von 19,2 Milliarden US-Dollar. Das beläuft sich auf einen Pro-Projekt-Wert von 40 Millionen US-Dollar.

■ Die Stahl- und Eisenindustrie

Die türkische Stahl- und Eisenindustrie versorgt nicht nur die heimische Automobil- und Zulieferindustrie, den Maschinenbau, den Bausektor und die Rüstungsindustrie mit hochwertigen Eisen- und Stahlprodukten. Die Türkei ist ein Nettoexporteur, deren Eisen- und Stahlerzeugnisse weltweit gefragt sind. Das Land gehört zu den Top-Exporteuren von Stahl. Im Jahr 2019 betrugen die türkischen Ausfuhren 19,7 Millionen Tonnen Stahl. Damit belegt das Land beim Stahlexport auf der Rangliste den Platz sieben. Es folgt Deutschland, das mit einem Gesamtexport von 24,1 Millionen Tonnen den sechsten Platz belegt. Die Türkei liegt damit vor Italien (17,9 Millionen Tonnen), Belgien (17,2 Millionen Tonnen) und Frankreich (13,6 Millionen Tonnen).

Die Stahlindustrie schloss das Jahr 2020 mit Exporten in Höhe von 12,7 Milliarden Dollar ab und exportierte in insgesamt 197 Länder. Das Land gehört auch zu Top-Importeuren von Stahl. Auf der Rangliste der Stahl importierenden Länder steht die Türkei mit 12,4 Millionen Tonnen Stahlimport auf Platz 13. Auch beim Nettoexport ist die Türkei ganz oben: Sie befindet sich mit 7,4 Millionen Tonnen Nettoexport auf Platz 7. Dies zeigt: Die Türkei ist auch ein wichtiger Absatzmarkt für Stahl- und Eisenerzeugnisse aus dem Ausland. Die Wirtschaftsdynamik in der Automobil und Zuliefer- und Rüstungsindustrie, im Bau und Energiesektor und Maschinenbau enthält großes und nachhaltiges Nachfragepotenzial für Stahl- und Eisen.

Unter den Top 50 der stahlproduzierenden Unternehmen weltweit befindet sich im Jahr 2019 auch ein türkisches Unternehmen: Die Erdemir-Gruppe ist mit 8,61 Millionen Tonnen Stahlproduktion auf Platz 46. 2017 erreichte das Unternehmenskonglomerat eine Gesamtproduktion von 9,2 Millionen Tonnen. 2018 produzierte es insgesamt 9,14 Millionen Tonnen Stahl.

■ Die Tourismusbranche

Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche in der Türkei, die für Beschäftigung und Nachfrage sorgt, dem Land Devisen einbringt und die Staatskassen füllt. Sie hat auch eine integrative Funktion: Sie bringt Menschen aus dem In- und Ausland zusammen, eröffnet Räume für kulturelle Begegnungen und integriert die Türkei in die Weltgesellschaft. Einnahmen aus dem Tourismus schließen einen beachtlichen Teil des türkischen Leistungsbilanzdefizits.

Hinsichtlich der Besucherzahlen (51,2 Millionen) ist die Türkei im Jahr 2019 europaweit auf Platz vier, weltweit auf Platz sechs. Zum Vergleich: Frankreich befindet sich auf Platz eins mit einer Besucherzahl von 89,4 Millionen (für Frankreich liegen nur Zahlen für das Jahr 2018 vor, die Besucherzahlen folgender Staaten stammen aus dem Jahr 2019), Spanien mit einer Besucherzahl von 83,5 Millionen auf Platz zwei, Italien mit einer Besucherzahl von 64,5 Millionen auf Platz drei. Die Türkei wird gefolgt von Deutschland (39,6 Millionen), England (39,4 Millionen) und Österreich (31,9 Millionen). Wie bereits im zurückliegenden Abschnitt präsentiert, reisten insgesamt 29,35 Millionen Menschen in die Türkei ein, womit die Türkei weltweit auf Platz 4, europaweit auf Platz 3 rangiert.

■ Der Textil- und Bekleidungssektor

Die Textil- und Bekleidungsbranche gehört ebenfalls zu den wichtigen Wirtschaftszweigen der Türkei. Sie verschafft Arbeitsplätze, sorgt für Einkommen für Millionen von Menschen und bringt dem Land mehrere Milliarden Devisen ein. Die Türkei ist weltweit einer der führenden Exporteure von Textilerzeugnissen und Bekleidung, und ein attraktiver Pro-



Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist durch zahlreiche internationale Abnehmer und kreative Unternehmer eine der dynamischsten und stärksten Branchen der Türkei. © Adobe Stock | Rokas

duktionsstandort für zahlreiche internationale Textilunternehmen und Bekleidungshersteller. Der türkische Textilsektor realisierte von Januar bis Juli 2022 ein Exportvolumen im Wert von 6,1 Milliarden US-Dollar. Damit verzeichnete der Textilsektor einen beachtlichen Exportanstieg von 9,5 Prozent. Im selben Zeitraum verzeichnete die türkische Exportwirtschaft einen Anstieg von 19,1 Prozent gegenüber 2021 und belief sich auf 144,4 Milliarden US-Dollar.

Textilien und Bekleidung gehören zu den dynamischsten Branchen in der Türkei. Unternehmen aus diesem Sektor gewinnen auch international zunehmend an Bedeutung. Modemarken wie Vakko, Mavi oder Damat sichern auch auf dem internationalen Markt ihren Platz. Die Branche verdankt ihren Erfolg kreativen Unternehmern, Designern, gut ausgebildeten Fachkräften und Vertriebsinfrastrukturen.

Strukturelle Problemfelder der türkischen Wirtschaft

Trotz enormer Wirtschaftsdynamik und beachtlichen Aufschwung in den zurückliegenden hundert Jahren sind viele strukturelle Problemfelder weiterhin nicht überwunden. Nach wie vor ergibt sich aus dem internationalen Handel ein hohes Leistungsbilanzdefizit, trotz Industrialisierung und Investitionen existiert eine hohe Arbeitslosigkeit – insbesondere die Frauenerwerbsquote ist deutlich unter dem OECD-Durchschnitt – und ein kostspieliges Sozialversicherungssystem bindet enorme Ressourcen. In der Ost- und Südosttürkei ist die Armut größer als im Landesdurchschnitt und ist somit ein Indiz für regionale Disparitäten. In Forschung und Entwicklung sind weiterhin zu geringe Investitionen zu beklagen.

Zudem steckt die Türkei seit dem Wachstumseinbruch im Jahr 2009 aufgrund der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 in einer *middle income trap*: Der wirtschaftliche Aufholprozess kommt nicht mehr richtig voran, die Türkei verbleibt in der Gruppe der Länder mit mittlerem

Einkommensniveau. Das BIP pro Kopf stagniert seit 2008 bei etwa 10.000 US-Dollar, nachdem es sich von 2001 bis 2011 verdreifacht hatte. Die türkische Wirtschaft stellt zu wenig hochproduktive Jobs zur Verfügung, was sich in niedrigen Pro-Kopf-Einkommen niederschlägt. Niedrige Zinsen und starke Konsumneigung führen zu einer im internationalen Vergleich deutlich niedrigen Sparrate von 11,4 Prozent der verfügbaren Haushaltseinkommen. Das Verhältnis der Bruttoersparnisse zum Bruttoinlandsprodukt wird mit 30,3 Prozent im Jahr 2021 berechnet. Dies wiederum erschwert eine eigenständige Finanzierung des hohen Leistungsbilanzdefizits, zu dessen Ausgleich die Türkei stark von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig ist. Verantwortlich hierfür ist auch die kontinuierliche Abwertung der türkischen Währung seit Anfang 2015, was die Inflation geschürt, den Export jedoch gefördert hat.

Korruption, Demokratieabbau, Aushebelung der Rechtsstaatlichkeit, Misstrauen in das Rechtssystem und in die Justiz, Autoritarismus und Spannungen mit der Europäischen Union sorgen für alles andere als ein günstiges Geschäftsklima. In- und ausländische Investoren schrecken wegen der konjunkturellen Volatilität, des Mangels an Vertrauen in Schlüsselinstitutionen und der politisch gelenkten Justiz zurück. Weit verbreitet ist der Eindruck, dass politisch linientreue Unternehmen etwa bei Vergabe von Staatsaufträgen eine Vorzugsbehandlung erhalten. Genährt wird das durch Klagen der Staatsanwaltschaft gegen manche Manager von regierungskritischen Konzernen und Medien sowie politisch motivierte Urteile.

Abschließende Bemerkungen

In den zurückliegenden hundert Jahren wandelte sich die Türkei von einer ländlich geprägten Gesellschaft und Agrarwirtschaft zu einer urbanisierten Bevölkerung und kapita-

listischen Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Anstelle eines anfänglichen Agrarproduktelieferanten, später einer verlängerten Werkbank Europas trat Schritt für Schritt eine innovative und auf inländischen Wertschöpfungsketten basierte Wirtschaft hervor. Die Alphabetisierungsrate des Landes nähert sich dem Niveau der EU-Staaten an und auch viele andere soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Indikatoren weisen die Türkei als ein starkes und leistungsfähiges Schwellenland aus. So lässt sich abschließend sagen, dass die Türkei in den zurückliegenden Jahren mit einem beachtlichen Aufholprozess das selbstgesteckte Ziel einer kapitalistischen Moderne erreicht hat. Die Türkei besitzt alle Institutionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft und ist in die Weltwirtschaft stark integriert.

Nimmt man die Indikatoren BIP, BIP pro Kopf, Handels- und insbesondere Exportvolumen – einschließlich des Exports von Dienstleistungen (Tourismuseinnahmen) – sowie die internationalen Direktinvestitionen, so lässt sich das erste Jahrhundert der Republik Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Wachstumsstarke und international wettbewerbsfähige Sektoren und weltweit erfolgreiche Unternehmen sprechen ebenfalls für die Erfolgsthese. Ein Blick auf die strukturellen Probleme

der türkischen Wirtschaft zwingt jedoch zu einer Relativierung ebendieser Erfolgsthese: Die türkische Wirtschaftsentwicklung wird begleitet von Volatilität, hoher Inflation, relativ niedriger Erwerbsquote und Sparrate sowie finanzieller und technologischer Abhängigkeit vom Westen (Europa, USA, Japan).

Das beachtenswerte Wohlstandsniveau hat ebenfalls seine Schattenseite: Starke soziale Ungleichheit, Armut, geringe Bildungsqualität sowie mangelhafte Arbeitssicherheit, geringe Frauenerwerbsquote und ein relativ großer Niedriglohnsektor.

In ihrem Jahrhundertjubiläum steht die Türkei vor einer Weggabelung: Das Land braucht ein Wirtschaftsmodell, das auf die Förderung privater Investitionen in der Industrie, die Stimulierung organisatorisch-technologischer Innovationen, die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie der Frauenerwerbsquote und die Schaffung hochproduktiver Erwerbsmöglichkeiten setzt. Erforderlich dafür wäre aber ein neuer Reformgeist – eine Bildungsoffensive, ein zukunftsfähiges Erfolgsnarrativ, die Restauration der Rechtsstaatlichkeit und der Aufbau eines effektiven Justizsystems – statt Autoritarismus und Wirtschaftspopulismus.

Dr. Yaşar Aydın

KURZVITA

ist Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule in Hamburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter einer MdB und affiliated Senior Researcher des Foreign Policy Institute an der METU in Ankara. Forschungsgebiete: Migration, Internat. Politik, Geopolitik, deutsche Außenpolitik und die Türkei. Neben Fachbeiträgen schreibt er Kommentare für türkische und deutsche Zeitungen.

Anmerkungen

- 1 Die folgende Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der modernen Türkei basiert – mit leichten Änderungen – auf dem Kapitel „Die Wirtschaft“ in: Yaşar Aydın (2017): *Türkei*. Frankfurt a. M., S. 158–173.
- 2 Vgl. Çağlar Keyder (2013): *Türkiye’de Devlet ve Sınıflar*. Istanbul 1989 (2013): 57 ff.; Şevket Pamuk: *Türkiye’nin 200 Yıllık İktisadi Tarihi*. Istanbul 2014, 122 ff.
- 3 vgl. Arzu Varlı/Murat Koraltürk (2010): II. Meşrutiyet’ten Erken Cumhuriyet’e Milli İktisadın Sürekliliği ve İzmir İktisat Kongresi. In: *Çağdaş Türkiye Tarihi Araştırmaları Dergisi* 20, Heft 9/2010, S. 127–142; Şevket Pamuk (2014): *Türkiye’nin 200 Yıllık İktisadi Tarihi*. Istanbul 2014, 180 ff.
- 4 Ebd., 193.
- 5 Ebd., 185 ff.
- 6 Keyder (2013), 136.
- 7 Heiko Schuß (2012): *Wirtschaftliche Entwicklung von der Gründung der Republik bis heute*. In: Udo Steinbach (Hrsg.): *Länderbericht: Türkei*. Bonn 2012, S. 328–368, S. 332.

- 8 Erik Jan Zürcher (2004): *Turkey: A Modern History*. London/New York, 221.
- 9 Ebd., 239 ff.
- 10 Schuß 2012: 334, 357.
- 11 Pamuk 2014: 263 ff., Zürcher 2004: 306 ff.
- 12 Schuß 2012: 336.
- 13 Ebd.: 358.
- 14 Pamuk 2014: 283.
- 15 Schuß 2012: 343.
- 16 Schuß 2012: 341.
- 17 Pamuk 2014: 340 f.
- 18 World Bank: *Gross Domestic Product 2021* (World Development Indicators Database, World Bank, 1 July 2022). URL: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDPMKTP.CD?locations=TR> [1.1.2023].
- 19 Turkish Statistical Institute (TÜİK): *Foreign Trade Statistics*, December 2021. 31.1.2022. URL: <https://bit.ly/3vvPFbBa> [1.1.2023].
- 20 Türkiye Cumhuriyeti Cumhurbaşkanlığı Yatırım Ofisi: *Türkiye’de Uluslararası Doğrudan Yatırım*. URL: <https://bit.ly/3i2Suq8> [1.1.2023].
- 21 Murat Birinci: *Türkiye’ye gelen uluslararası doğrudan yatırımlar salgın öncesi seviyelerin üstüne çıktı*. In: *Anadolu Ajansı*, 12.2.2022. URL: <https://bit.ly/3G0vj7W> [1.1.2023].
- 22 Statista: *Countries with the Highest Number of International Tourist Arrivals Worldwide from 2019 to 2021*. URL: <https://bit.ly/2L0dD2B> [1.1.2023].
- 23 Macrotrends: *Turkey GDP Growth Rate 1961–2022*. URL: <https://bit.ly/3VDRgze> [1.1.2023].
- 24 Macrotrends: *Turkey GDP 1960–2022*. URL: <https://bit.ly/3jHp7ub> [1.1.2023].
- 25 Die folgenden Ausführungen zu den ausgewählten Sektoren der türkischen Wirtschaft basiert überwiegend auf veröffentlichten und unveröffentlichten Daten von *Türkiye Cumhuriyeti Cumhurbaşkanlığı Yatırım Ofisi* (dt. Präsidiales Investitionsbüro der Republik Türkei); *Das Türkei Briefing* (Türkische Baubranche), Nr. 8/Dezember 2020; *Das Türkei Briefing* (Türkische Eisen- und Stahlindustrie), Nr. 10/Februar 2021; *Das Türkei Briefing* (Tourismus), Nr. 23/März 2022; *Das Türkei Briefing* (Die türkische Automobilindustrie), Nr. 27/Juli 2022; *Das Türkei Briefing* (Textil und Bekleidung), Nr. 29/September 2022.

Geschlechterordnung, Macht und politisierte Männlichkeiten in der Türkei

Renate Kreile

In der Geschichte der türkischen Republik verknüpften dominante politische Akteure, ob kemalistischer oder islamistischer Provenienz, ihre Konzepte für eine „gute“ Gesellschaft mit weltanschaulich jeweils unterschiedlich grundierten Geschlechterordnungen, die für ihr politisches Projekt als konstitutiv erachtet wurden. Geschlechterpolitik in der Türkei ist somit ein integraler Bestandteil der jeweils herrschenden Ideologie und wichtiges Instrument des Machterhalts. Während die Stellung von Frauen und vorherrschende Weiblichkeitsdiskurse seit längerem wissenschaftliche Aufmerksamkeit gefunden haben, rücken in jüngerer Zeit gesellschaftlich hegemoniale Männlichkeitskonzepte und ihre politische Bedeutung verstärkt in den Fokus der Forschung. Im Beitrag von Renate Kreile werden Kontinuitäten und Wandel hegemonialer Männlichkeitskonzepte in historischer Perspektive beleuchtet. Im Blick auf gegenwärtige politische Entwicklungen wird gezeigt, wie sich religiös-konservativ legitimierte und politisierte Konzepte hegemonialer Männlichkeit und politischer Autoritarismus verknüpfen und wechselseitig verstärken. Mit ihren machtpolitisch motivierten Bestrebungen, die ins Rutschen geratene patriarchale Geschlechterordnung und männliche Privilegien wiederherzustellen, verspricht die AKP-Regierung eine moralpolitische Lösung für die sozio-politische Krisendynamik.

Çukur, eine Fernsehserie, die von 2017 bis 2021 in der Türkei ausgestrahlt wurde, löste „im In- und Ausland einen regelrechten Hype“ aus. Es geht in der Serie um die Geschicke eines Familienclans, der das Leben in einem gefährlichen Armenviertel (namens *Çukur* = die Grube) beherrscht, kontrolliert, reglementiert und schützt. Der Chef des Clans, Patriarch und Pate, wird von allen ehrfürchtig *Baba* (= Vater) genannt. „Die Serie hat einfach alles“, schwärmte ein männlicher Fan, „Liebe, Action, familiärer Zusammenhalt. Es geht um Ehre und Stolz“ (Berger 2018; Letsch 2019).

Das dominante Männlichkeitskonzept der Serie reiste zügig von der Populärkultur in die Politik und fand dort seinen Widerhall: *Türkiye evimiz, Erdoğan babamız* („die Türkei ist unser Zuhause, Erdoğan ist unser Vater“) wurde zum populären Graffiti vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2018 (Bulut/Serikaya Winter 2022: 2).

In der Geschichte der türkischen Republik ist die Anrufung des Staatsherrn als „Vater“ keineswegs ein Novum. Auch Mustafa Kemal wurde nicht nur als siegreicher Kriegsheld und Staatsgründer, sondern auch als Lehrer und Über-Vater der Nation, als *Atatürk* (= Vater der Türken), verehrt. Der amerikanische Anthropologe Sam Kaplan bemerkt dazu: „Dieses Konzept des Vater-Staats bleibt ein zentrales Element in der offiziellen Politik der nationalen Kultur [...]“ (Kaplan 2006: 176). In den politischen Auseinandersetzungen seit den Anfängen der Republik verknüpften dominante Akteure, ob kemalistischer oder islamistischer Provenienz, zudem ihre „unterschiedlichen Visionen der ‚guten Gesellschaft‘“ (Kandiyoti 1997: 129) mit weltanschaulich heterogenen Geschlechterregimen, die für das jeweilige politische Projekt als konstitutiv zu erachten sind. Die Geschlechterpolitik in der Türkei ist somit „ein integraler Bestandteil der

herrschenden Ideologie und nicht einfach ein Nebenaspekt“ (Kandiyoti 2016: 105). Mit dem Aufstieg autoritärer und

rechtspopulistischer Bewegungen in der Türkei und weltweit gerät die Geschlechterordnung zum zentralen Schauplatz hegemonialer politischer Deutungskämpfe (Dietze/Roth 2020), durch die patriarchale Männlichkeitskonzepte reaktiviert und männliche Privilegien restauriert werden sollen. Die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer notiert: „[...] rechts-populistische Mobilisierung ist ein Projekt maskulistischer Identitätspolitik“ (Sauer 2020: 24). Eine wichtige Rolle kommt dabei autoritären Führungspersonlichkeiten zu, die ein Versprechen auf Teilhabe an starker hegemonialer Männlichkeit verkörpern (vgl. Eksi/Wood 2019; Brink/Gölz 2021).

Im Folgenden sollen Kontinuitäten und Diskontinuitäten hegemonialer Männlichkeitskonzepte in der Geschichte der türkischen Republik genauer beleuchtet werden. Daran anschließend wird ansatzweise erhellend, wie sich ein heute dominantes konservativ-islamistisches Verständnis von Männlichkeit und politischer Autoritarismus wechselseitig verknüpfen und verstärken und Antworten auf die sozio-politische Krisendynamik versprechen. Abschließend wird gezeigt, wie alternative Rollen- und Männlichkeitskonzepte sich sowohl im säkularen wie im islamischen Milieu zu entfalten beginnen.

Theoretische Ausgangsüberlegungen

Die folgenden Überlegungen knüpfen an das einflussreiche Konzept „hegemonialer Männlichkeit“ an, das Raewyn Connell als „Pionierin der *Masculinity Studies*“ (Brink/Gölz 2021: 445) entwickelt hat (Connell/Messerschmidt 2005). Es verortet Männlichkeit als soziale Kategorie in Machtbeziehungen und konzeptualisiert normative Vorstellungen, wie ein Mann zu sein habe, als historisch wandelbar, dynamisch, kontextabhängig und umkämpft. In intersektionaler Perspektive unterscheiden sich Konstruktionen und Praktiken



Die Darstellung von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk als „Über-Vater“ ist sinnbildlich für die immer wieder in der türkischen Geschichte vorkommende Verknüpfung von weltanschaulich heterogenen Geschlechterregimen und Vorstellungen einer „guten“ Gesellschaft.

© picture alliance/ ASSOCIATED PRESS | Khalil Hamra

von Männlichkeiten etwa abhängig von sozialer, ethnischer, kultureller, religiöser, generationeller oder auch geographischer Zugehörigkeit (Brink/Gölz 2021: 441 f.; Gökarıksel/Secor 2017). Darüber hinaus erweisen sich transnationale und globale „Aushandlungsprozesse von Männlichkeiten“ zunehmend als bedeutsam (Brink/Gölz 2021: 448).

Hegemoniale Männlichkeit konstituiert sich im Rahmen einer ungleichen hierarchischen Geschlechterordnung und dient zu deren Legitimation. Sie umfasst „Handlungen und Repräsentationen, die Männern eine Machtposition gegenüber Frauen und nicht-hegemonialen Männlichkeiten verschaffen“ (Zorlu 2021: 34). Zwar wird hegemoniale Männlichkeit im Alltag „nur von den wenigsten Männern tatsächlich verkörpert und gelebt“ (Brink/Gölz 2021: 445). Jedoch manifestiert sich in ihr die in einer bestimmten Gesellschaft, „am meisten respektierte Weise, ein Mann zu sein“ (Connell/Messerschmidt 2005: 832). Ihre normierende Wirkung und ihre hierarchische Überlegenheit entfalten eine besondere Strahlkraft und beeinflussen auch die Geschlechterkonzepte von Frauen und untergeordneten Männern. Die gesellschaftlich dominanten Männlichkeitsideale wirken gleichsam „als eine sanfte Form von Macht, die in erster Linie dadurch funktioniert, dass sie mit eingängigen Ideen, alltäglichen Praktiken und Vorstellungen die Akzeptanz einer nennenswerten Anzahl von Frauen und Männern gewinnt“ (Zorlu 2021: 35).

Marginalisierte oder subordinierte Gruppen von Männern fordern die hegemoniale Vorstellung von Männlichkeit eher selten kritisch heraus. Stattdessen kann die „jeweils hegemoniale Vorstellung unterprivilegierten Männern [...] als Ressource der Hoffnung auf sozialen Aufstieg dienen. [...]

Als Männer partizipieren sie an der ‚patriarchalen Dividende‘, die die Vormachtstellung von Männern gegenüber Frauen [...] zunächst allen Männern verspricht“ (Brink/Gölz 2021: 450, Kursivierung im Original).

Politisierte Männlichkeitskonzepte in historischer Perspektive: Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der türkischen Republik

Als Teil einer radikalen Modernisierungsstrategie von oben setzte die säkular orientierte kemalistische Staatselite in der jungen türkischen Republik weitreichende geschlechterpolitische Reformen durch (Aksoy 2018: 13 ff.). Frauen wurden rechtlich weitgehend gleichgestellt und zur Teilhabe in der Öffentlichkeit ermutigt. Das Bild von der neuen Frau, die modern gekleidet, öffentlich sichtbar und als Staatsbürgerin gleichberechtigt sein sollte, symbolisierte den Modernisierungs- und Aufklärungsanspruch des neuen „pädagogischen Staates“ (Kaplan 2006; Kreile 2018: 49). Im Zuge des an westlichen Standards orientierten Modernisierungsprojekts wurden auch die Männlichkeitsideale ummodelliert (Kandiyoti 1997: 122). In Abgrenzung von hegemonialen Männlichkeitskonzepten der osmanischen Gesellschaft sollte der neue Mann auf die absolute Autorität des Familienpatriarchen verzichten; Partnerschaft, Liebe und emotionale Verbundenheit in der Ehe wurden propagiert. Der moderne Vater sollte insbesondere auch seine Töchter wertschätzen und fördern. „Dass Atatürk Töchter als Adoptivkinder gewählt hat, war in einer Gesellschaft, in der die Bevorzugung männlicher Kinder die unbestrittene Norm war, ebenfalls von hoher symbolischer Bedeutung“ (Kandi-

yoti 1997: 123). Allerdings schrieb das neue Zivilrecht die familienrechtliche Unterordnung der Frauen fort und erkannte offiziell den Mann als „Oberhaupt der Familie“ (Ozbay/Soybakis 2020: 32) an.¹

Als Staatsbürger wurde dem neuen Mann im Bruch mit osmanischen und religiösen Traditionen ein westlicher Kleidungsstil und Habitus verordnet. Deniz Kandiyoti notiert: „Der westliche Hut und die Krawatte waren nicht einfach Modeartikel, sondern wurden [...] zu einer Uniform des Säkularismus, die zugleich Loyalität gegenüber dem Staat signalisierte. Die neuen Kader der Republik, Staatsbedienstete und Fachleute, trugen die Insignien ihrer Ergebenheit; umgekehrt konnte Unbotmäßigkeit durch unangemessene Gesichtsbehaarung oder den falschen Hut angezeigt werden“ (Kandiyoti 1997: 122).

Hegemoniale Männlichkeit erfordert sowohl im kemalistischen wie auch im heutigen islamistischen Verständnis, wehrhaft zu sein und Frauen, Familie, Gemeinschaft und Nation aufopferungsvoll zu schützen. Der Gründungsmythos der Republik, der die Türkei als „Military Nation“ (Altınay 2004) imaginiert, bleibt nachhaltig wirksam. Slogans wie „Jeder Türke wird als Soldat geboren“ (*Her Türk asker doğar*) (Sinclair-Webb 2000: 84) verweisen auf die grundlegende Verknüpfung von Militär und Männlichkeit, die das Alltagsleben türkischer Männer weitreichend prägt. Eine Bescheinigung der Armee, dass man seinen Militärdienst geleistet hat, ist eine rechtlich und gesellschaftlich verankerte Voraussetzung für formale Beschäftigung und Eheschließung (Açıksöz 2012: 7). Der Militärdienst wird öffentlich zelebriert und ist eng verknüpft mit Vorstellungen von „Männlichkeit, männlicher Pflicht und einem Sinn der Selbstaufopferung für eine Nation, deren Existenz angeblich bedroht ist“ (Sinclair-Webb 2000: 86). Nach wie vor fungiert

die militärische Sozialisation (Ahmed/Aksoy 2020: 85 f., 88) als wichtiger „Übergangsritus für hegemoniale Männlichkeit“ (Açıksöz 2012: 7).²

Mit dem Aufstieg des politischen Islam seit den 1980er Jahren und der neuen, nach dem Militärputsch 1980 durchgesetzten Staatsideologie der Türkisch-Islamischen Synthese (Kreile 2012: 77), kam es zu deutlichen Diskursverschiebungen im Hinblick auf Militär und hegemoniale Männlichkeit, die zügig bildungspolitisch verankert wurden. Während das Hauptnarrativ einer „Nation von Soldaten“ seit der Gründung der Republik einen festen Bestandteil des Curriculums bildete, wurden nun mittels Lehrbüchern und Direktiven historisch verwurzelte religiös grundierte Mythen und Bilder verbreitet, die den türkischen Soldaten zum „frommen Verteidiger der Nation“ erklärten (Kaplan 2006: 187). Diese Neuerung „spiegelt den Wandel hin zu einer Verknüpfung des militärischen und religiösen Erbes des Landes wider“ (Ebd.).

Zunehmend gewannen Konzepte einer islamistischen Männlichkeit öffentlich an Einfluss, die islamistische Vor-denker seit Jahrzehnten ideologisch formuliert und propagiert hatten (Vömel 2021). Sie kritisierten die am Westen orientierten kemalistischen Reformen als einen verhängnisvollen Weg, der zu Entmännlichung und zur Unterordnung gegenüber dem Westen geführt habe. Um diese Dynamik zu brechen, sollte „ein reformiertes und gestärktes muslimisches männliches Subjekt [...] seine historische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und so zur Wiedergeburt der muslimischen türkischen Nation und der islamischen Zivilisation beitragen“ (Vömel 2021: 483). Mit „Pathos und Disziplin“ (Ebd.) als Verhaltensnormen, mit leidenschaftlicher Hingabe und Entschlossenheit sollte der neue islamistische Mann die ihm und der muslimischen Gemeinschaft zugefügten Ungerechtigkeiten bekämpfen, das islamistische Pro-



Wachwechsel in Anitkabir, dem Mausoleum Atatürks in Ankara. Dem Nimbus der Soldaten wollen schon die Kleinsten durch Nachahmung folgen.
© picture alliance/ NurPhoto | Altan Gocher



„Pater familias“: Erdoğan zeigt sich immer wieder volksnah, familien- und kinderfreundlich und wird damit von vielen selbst für Fragen des habituellen Alltagsverhaltens zum Geschlechter Vorbild erkoren. © picture alliance/ AA | Turkish Presidency/ Kayhan Ozer/ Handout

jekt voranbringen und damit Passivität und Entmännlichung überwinden (Ebd.: 508). Im Unterschied zu kemalistischen Diskursen, die die Gleichheit der Geschlechter betonten, geht die islamistische Genderordnung von einer als natürlich und gottgegeben verstandenen Komplementarität der Geschlechter aus (Kreile 2018: 58 ff.). Statt des Prinzips der Gleichstellung von Mann und Frau wird Geschlechtergerechtigkeit versprochen. Frauen verwirklichen sich demnach am besten in der privaten Sphäre, als Ehefrauen und Mütter, die ein harmonisches Heim schaffen und den Mann unterstützen, der sich in der männlich konnotierten öffentlichen Sphäre behaupten muss (Ozbay/Soybakis 2020: 32 f.).

Exemplarisch veranschaulichen populäre Romane aus dem islamistischen Milieu die breit angelegten diskursiven Anstrengungen, mit denen Geschlechternormen und Männlichkeitsideal islamisch reformuliert und verankert wurden. In *Huzur Sokağı* (= Straße des Friedens), einem der meistgelesenen dieser massenkulturellen Texte, verkörpert Bilal, ein gläubiger Muslim, das neue islamistische Männlichkeitsideal, wie es sich insbesondere in der Interaktion mit der weiblichen Hauptfigur, Feyza, manifestiert. Feyza wird als desorientierte junge Frau eingeführt, mit westlichem Lebensstil, geprägt von Partys und Alkohol. Bilal ermahnt Feyza wegen ihrer gedankenlosen Nachahmung ausländischer Lebensformen mit ihren sinnlosen Vergnügungen. Sie erkennt darauf hin, wie leer und entfremdet ihr bisheriges Leben ist, verliebt sich in den aufrechten, charakterfesten Mann und entscheidet sich für einen ‚authentischen‘ islamischen Lebensstil (Vömel 2021: 498). Die männlichen Helden in den islamistischen Romanen gewinnen ihre Autorität, andere zu lenken, aus ihrem unerschütterlichen Glauben. Gegenüber den weiblichen Figuren zeigen sie eine Haltung paternalistischer Überlegenheit als Belehrende,

Retter und Beschützer. Ihre hegemoniale islamistische Männlichkeit zeigt sich nicht zuletzt auch im Vergleich mit ‚verwestlichten‘ männlichen Charakteren, die als moralisch schwach oder als Betrüger gerahmt werden und die Frauen vom rechten Weg abbringen (Ebd.).

Unter der Herrschaft der AKP wurden die seit Jahrzehnten im islamischen Milieu formulierten Ideale starker Männlichkeit mit staatlichen Mitteln propagiert (Ozbay/Soybakis 2020: 34)³, weithin gesellschaftlich popularisiert und politisiert. Der *Reis* (= Chef), wie Präsident Erdoğan von seinen Anhängern genannt wird (Yabancı 2020: 13), wurde zur Verkörperung hegemonialer islamistischer Männlichkeit, mit Strahlkraft weit über die AKP-Basis hinaus. Zahlreiche Männer identifizieren sich, wie Interviews von Ozbay und Soybakis zeigen, weitaus stärker mit Erdoğan als mit der AKP, nicht zuletzt im Hinblick auf seine religiös-konservativen Vorstellungen zu Familie und Geschlechterrollen (Ozbay/Soybakis 2020: 36). Für seine Anhänger erscheint Erdoğan somit „nicht nur als politische Figur, sondern auch als machtvoll, ehrenhaftes und hegemoniales Rollenmodell und als moralischer Lehrer, der die Konturen hegemonialer Männlichkeit bestimmt. Sie setzen sich mit Frauen und ‚anderen‘⁴ Männern in Beziehung und rechtfertigen ihr überlegenes Selbstverständnis mit dem Verweis auf Erdoğan“ (Ozbay/Soybakis 2020: 37). Selbst im Blick auf habituelles Alltagsverhalten wird Erdoğan zum Vorbild erkoren, etwa wenn es um die Frage geht, ob es statthaft ist, Frauen die Hand zu geben.⁵ Das gesellschaftlich tief verwurzelte patriarchale Ideal von Familie und verwandtschaftlichen Verpflichtungen und das damit verbundene Leitbild, das Männer als Beschützer konzipiert, „machen es möglich (wenn nicht gar plausibel), dass das Staatsoberhaupt als pater familias auftritt und Gehorsam und Respekt einfordert“ (Kandiyoti 2016: 107).

Im Kontext einer dramatischen sozioökonomischen Krisendynamik und verengter Verteilungsräume leitete die AKP-Regierung in ihrer zweiten Dekade an der Macht eine „autoritäre Wende“ (Esen/Gumuscu 2020: 3) ein und setzte ideologisch verstärkt auf eine „Sakralisierung von Politik“ (Yabancı 2020: 4). Die Amalgamierung von Nationalismus und Religion, das nostalgische Anknüpfen an eine imaginierte glorreiche imperial-osmanische Geschichte und das Konzept einer moralisch-politischen Mission, die durch Erdoğan als gleichsam sakrosankte Führungspersönlichkeit verkörpert wird, transzendiert alltägliche Brot-und-Butter-Probleme (wie etwa die galoppierende Inflation). Sie bietet breiten Massen unterprivilegierter Männer (und auch Frauen) symbolische Teilhabe an der spirituellen und zivilisatorischen Aufgabe, die „Neue“ Türkei zu schaffen (Yabancı 2020: 10 ff.). Im Hinblick auf die „neue nationale Identität“ (Ebd.: 14) erklärte Erdoğan während der Präsidentschaftskampagne 2014: „[...] Wir sind die Enkel von Alparslan, Süleyman Schah, Osman I. Wir sind die Erben von Mehmet dem Eroberer, Selim II. Wir sind diejenigen, die die Erinnerung an Mustafa Kemal, Menderes, Özal und Erbakan hochhalten. Wir sind die Nachfolger von Märtyrern, die eine Legende geschaffen haben, indem sie ihr Blut opferten“ (zit. nach Yabancı 2020: 14). In der Ahnenreihe und den Fußspuren als heroisch imaginierte osmanischer Sultane und führender Politiker der türkischen Republik kann jeder Mann seine Selbstachtung stärken, indem er sich selbstlos und opferbereit für die „nationale Wiedergeburt“ (Ebd.: 16) einsetzt, die den „unterdrückten Massen“ Empowerment verspricht (Gökarkınel et al. 2019: 561).

Die politisierte islamistische Männlichkeit, wie Erdoğan sie repräsentiert, ist für das autoritäre populistische Projekt der AKP von herausragender Bedeutung, wie Gökarkınel et al. betonen: „Während männliche Macht und Stärke für die Staatstradition der Türkei und die nationale Identität von Anfang an zentral waren, erfüllt die von AKP-Chef Recep Tayyip Erdoğan verkörperte Darbietung einer starken Männlichkeit, die gleichzeitig allmächtig und immer bedroht ist, eine wichtige politische Funktion in seinem ambitionierten Programm für die Schaffung einer, wie er es nennt, ‚Neuen Türkei‘“ (Gökarkınel et al. 2019: 567).

Politische Radikalisierung islamistischer Männlichkeitskonzepte als Instrument des autoritären Machterhalts

Die türkische Gesellschaft durchlief in den vergangenen Jahrzehnten einen rasanten Transformations- und Modernisierungsprozess und ist heute ungemein dynamisch, divers und komplex, nicht nur in Istanbul als Global City. Während die ‚staatsfeministischen‘ geschlechterpolitischen Reformen der 1920er und 1930er Jahre nur von einer kleinen Elite von Frauen praktisch genutzt werden konnten (Kreile 2018: 48 f.), kommt es „ironischerweise“ (Kandiyoti 2016: 112) in einer Zeit, in der der soziale Wandel auch zahllosen jungen Frauen durch Bildung und Beruf neue Lebensperspektiven eröffnet, zu dramatischen genderpolitischen Rückschlägen.

Nicht nur in der Türkei, sondern global befinden sich rechts-populistische und autoritäre Bewegungen im Aufwind, die männliche Privilegien wiederherzustellen versprechen. In einer Zeit, in der tradierte patriarchale Ordnungen sozioökonomisch unterspült und Vorstellungen, wonach Frauen sich unterzuordnen haben, nicht mehr fraglos akzeptiert und hegemonial sind, wird gerade auch unterprivilegierten Männern mit dem Versprechen „maskulinistischer Restauration“

(Ebd.: 109) ein attraktives Angebot identitätspolitischer Aufwertung gemacht. Im Bestreben, männliche Privilegien wiederherzustellen, verknüpfen sich staatliche Diskurse mit Mobilisierungsaktivitäten „von unten“ (Kreile 2021: 181 f.). Radikalkonservative Akteure, einflussreiche islamistische Bruderschaften, islamistische Kolumnist:innen und Männerrechtsaktivisten porträtieren Männer als Opfer ungerechter, „unislamischer“ Regelungen im Scheidungs-, Unterhalts- und Sorgerecht. Sie fordern, die „islamischen Werte“ wiederherzustellen und dem Mann im Zivilrecht seinen religiös legitimierten Status des Familienoberhauptes zurückzugeben. Durch die Stärkung der „heiligen“ Familie mit ihren „gottgegebenen“ Geschlechterrollen und einer hegemonialen islamistischen Männlichkeit wird eine Lösung der tiefgreifenden sozialen Probleme in Aussicht gestellt, die als moralische Probleme diagnostiziert werden (Unal 2021: 72 ff.). Das gesellschaftlich tief verwurzelte Leitbild, das Männer als Beschützer von Frauen, Familie und Nation imaginiert, wird im Interesse des Machterhalts der AKP politisiert und autoritär rechtspopulistisch rekonfiguriert. Um männlichen und staatlichen Schutz zu verdienen, gilt es, sich als moralisch „würdig“ und im Gegenzug als gehorsam und dankbar zu erweisen. (Babül 2015: 125 ff.) Wer sich der „moralischen Ökonomie der Dankbarkeit“ entzieht, normative Vorgaben überschreitet, Rechte einfordert oder gar rebelliert, verliert dieser Logik zufolge den Anspruch auf Schutz: „diese unmoralischen Bürgerinnen und Bürger verlieren ihr Recht, Rechte zu haben“ (Ebd.: 127). In einer derartig moralpolitisch polarisierten gesellschaftlichen Atmosphäre und ermächtigt durch zahllose einschlägige Reden des Präsidenten (Kandiyoti 2016: 106, 110) sehen sich zuneh-



Emine Erdoğan mit ihrem Mann am Nationalfeiertag am 23. April 2012 im türkischen Parlament. Zuvor hatte es eine öffentliche Kontroverse gegeben, ob sie als Gattin des Ministerpräsidenten mit Kopftuch im Staatsgebäude zu Gast sein dürfe, da dort das Tragen des Kopftuchs offiziell verboten war. Nachdem sie den Feierlichkeiten in den Jahren zuvor ferngeblieben war, symbolisierte ihre Teilnahme 2012 eine Lockerung dieser Regelung.

© picture alliance/ dpa | Dilek Mermer/anadolu Agency

mend mehr Männer legitimiert und ermutigt, Frauen im öffentlichen Raum etwa wegen ihres Verhaltens oder ihrer angeblich „unanständigen“ Kleidung „moral-polizeilich“ zu maßregeln und verbal oder körperlich zu attackieren (Kandiyoti 2019: 83).

Im politischen Projekt der AKP für eine „Neue“ Türkei sind die geschlechterpolitischen Bestrebungen und eine rechts-populistisch-autoritäre Polarisierung eng verflochten (Yabancı 2020). Es geht dabei zum einen darum, die ins Rusten geratene patriarchale Geschlechterordnung zu restaurieren, sodass männliche Privilegien wieder garantiert sind und Frauen ‚ihren Platz kennen‘ (Kandiyoti 2016: 110). Zum zweiten spielen Geschlechternormen und das Verhalten von Männern und Frauen eine Schlüsselrolle im Hinblick auf ‚die Grenzziehung zwischen ‚uns‘ (Gottesfürchtige, Sunni, AKP-Unterstützende) und ‚ihnen‘, zu denen alle, die politische Kritik üben, und Minderheiten gehören, die als potenziell verräterisch und unmoralisch präsentiert werden‘ (Ebd.: 105) und damit auch straflos ausgegrenzt und unterdrückt werden können. Plurale Lebensformen, egalitäre Geschlechterbeziehungen und alternative Männlichkeiten werden weithin marginalisiert und exkludiert (Kreile 2021: 182 f.).

Ausblick: Alternative Rollenkonzepte und Perspektiven einer „kosmopolitischen Männlichkeit“⁶

Wenngleich politisierte konservative und islamistische Männlichkeitskonzepte heute weithin hegemonial sein mögen, sind sie gleichwohl keineswegs unangefochten, wie nicht zuletzt die Gezi-Bewegung 2013 deutlich machte, in der alternative Ausprägungen von Männlichkeit sichtbar wurden: Viele der an den Protesten beteiligten Männer engagierten sich für kosmopolitische Werte, für Geschlechtergleichheit und sexuelle Diversität (Ozbay/Soybakis 2020:

42 f.). Kritik an patriarchalen Rollenzuweisungen kommt sowohl aus dem säkularen wie auch aus dem islamischen Milieu. Feldforschungen in unterschiedlichen sozialen Kontexten in Istanbul und Konya zeigen anschaulich, wie auch unter gläubigen jungen Männern differenziert und kontrovers debattiert wird, wie islamische Männlichkeit heute gelebt werden sollte (Gökarkınel/Secor 2017: 17 ff.).⁷ Didem Unal zeigt faszinierend⁸, wie junge muslimische Feministinnen islamistische Geschlechternormen kritisch-hermeneutisch dekonstruieren. Sie lehnen die paternalistische Bevormundung in der Familie, durch Männer und den Staat ab und weigern sich, für das politische Projekt und den familienpolitischen Diskurs der AKP instrumentalisiert zu werden (Unal 2022: 8). Anlässlich des Feministischen Nacht-Spaziergangs zum Internationalen Frauentag 2019 in Istanbul trugen beispielsweise *Havle*-Aktivistinnen ein Transparent mit der rebellisch-herausfordernden Aufschrift: „Seid ihr Gott? Zum Teufel mit eurer Familie!“ (Unal 2022: 12).

Einen weiteren Hoffnungsschimmer im Blick auf eine künftige inklusivere Gesellschaft, in der gewaltfreie, egalitäre und ‚sanftere‘ Männlichkeitsideale (Ozbay/Soybakis 2020: 45; Gökarkınel/Secor 2017: 18) mehr Einfluss gewinnen könnten, bieten Männer wie Barkin. Der junge Geschäftsmann erklärt im Interview: „Wie Sie wissen, gibt es in der Türkei zwei Hauptrichtungen. Die einen bezeichnen sich als ‚Soldaten von Atatürk‘ und die anderen als ‚Soldaten von Erdoğan‘. Ehrlich gesagt, bin ich niemandes Soldat. Was ich stattdessen anstrebe, ist ein modernes Land, in dem alle Menschen frei, mit Respekt und Toleranz leben können“ (Ozbay/Soybakis 2020: 44).

Die gesellschaftliche Ausstrahlung und Reichweite derartiger alternativer Männlichkeitsentwürfe dürften nicht zuletzt davon abhängen, ob demokratische und sozial inklusive Dynamiken in absehbarer Zeit politisch an Schwung gewinnen.

**Prof. Dr. rer. soc.
habil. Renate Kreile**

KURZVITA

ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören: Transformationsprozesse im Nahen und Mittleren Osten; Geschlechterpolitik insbesondere in der Türkei, im Irak und Afghanistan; politischer Islam/Islamismus; Minderheiten.

Anmerkungen

- 1 Diese Regelung wurde erst mit den Reformen 2001 aufgehoben (Ozbay/Soybakis 2020: 32).
- 2 Sinclair-Webb weist auf häufig anzutreffende Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit hin: „Privat allerdings sind die Gefühle der jungen Männer [...] weitaus zwiespältiger, und viele von ihnen vermeiden einfach den Militärdienst“ (Sinclair-Webb 2000: 86).
- 3 Staatlich geförderte Kulturproduktionen wie etwa die fiktiv-historische TV-Serie *Diriliş Ertuğrul* („Auferstehung des Ertuğrul“) spielen dabei eine wichtige Rolle (Zorlu 2021: 28 f., 51 ff.). Der Serienheld ist ein vorromanischer Stammesführer, der „als autoritärer Führer porträtiert wird,

der mit gewaltsamen Mitteln Gerechtigkeit schafft und Ordnung herstellt. Er wird zudem als Anführer von Rebellen gegen eine grausame Weltordnung dargestellt, der an vielen Fronten gegen eine Vielzahl von fremden Feinden, aber auch gegen Verräter im Inneren kämpft, gleichsam in Übereinstimmung mit der Selbstdarstellung der türkischen Regierung“ (Zorlu 2021: 58 ff.).

4 Im englischen Original: „other(-ized)“

5 Ein 30-jähriger Ladenbesitzer erklärt im Interview, dass er es in der Vergangenheit vermieden habe, Frauen die Hand zu geben. Nachdem er aber gesehen habe, dass der Präsident Frauen bei formellen sozialen Zusammenkünften mit Handschlag begrüße, tue er dies ebenfalls (Ozbay/Soybakis 2020: 37). Dass Erdoğan bei öffentlichen Auftritten nicht selten Hand in Hand mit seiner Frau Emine erscheint, dürfte ebenfalls auf ein islamisch-konservatives Männlichkeitsbild modifizierend und insbesondere auf viele AKP-Anhängerinnen inspirierend wirken.

6 Ozbay/Soybakis 2020: 43.

7 Beispielsweise wurde diskutiert, wie heute die koranische Anforderung umzusetzen sei, wonach Männer ihre Blicke im Einklang mit religiösen Moralvorstellungen kontrollieren und Frauen gegenüber ‚sittsam‘ den Blick senken sollten. Die „Verknüpfung von Schauen und Begehren“ (Gökarkınel/Secor 2017: 13) wurde im historischen Kontext verortet. So sei in früherer Zeit das männliche Begehren schon durch den Anblick des Haars oder der Beine einer Frau geweckt worden. Da dies sei heute nicht mehr der Fall sei, könnten einschlägige Restriktionen wegfallen (vgl. ebd.).

8 Ihre Studie fokussiert auf die Frauenorganisation *Havle* sowie auf die Internet-Plattform *Reçel*. *Havle* wurde 2018 von jungen Frauen, die sich selbst als muslimische feministische Aktivistinnen verstehen, in Istanbul gegründet. *Reçel* ist ein Blog, der seit 2014 einen offenen digitalen Raum schaffen will, in dem muslimische Frauen ihre alltäglichen Erfahrungen unter feministischem Blickwinkel debattieren können (Unal 2022: 6).

LITERATUR

- Açıksöz, Salih Can (2012): *Sacrificial Limbs of Sovereignty: Disabled Veterans, Masculinity, and Nationalist Politics in Turkey*. In: *Medical Anthropology Quarterly* 26, Heft 1/2012, S. 4–25.
- Ahmed, Sabrina/Aksoy, Hürcan Aslı (2020): ‚Wahre‘ türkische Männlichkeit – Die (Re)Produktion von hegemonialer Männlichkeit und traditionellen Geschlechterrollen durch das türkische Militär. In: *Femina Politica* 29, Heft 1/2020, S. 84–97.
- Aksoy, Hürcan Aslı (2018): *Geschlechterregime im Wandel: Historische Entwicklung der Gleichberechtigung in der Türkei*. In: Dies. (Hrsg.): *Patriarchat im Wandel. Frauen und Politik in der Türkei*. Frankfurt, New York, S. 13–40.
- Altınay, Ayşe Gül (2004): *The Myth of the Military Nation*. New York.
- Babül, Elif (2015): *The Paradox of Protection: Human Rights, the Masculinist State, and the Moral Economy of Gratitude in Turkey*. In: *American Ethnologist* 42, Heft 1/2015, S. 116–130.
- Brink, Cornelia/Gölz, Olmo (2021): *Geschlechter ordnen? Männlichkeit als paradoxes Versprechen*. In: *Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History* 18, Heft 3/2021, S. 437–452.
- Berger, Patrick (2018): *TV-Serie macht ein Armenviertel zum Touristenmagnet*. In: *Die WELT* vom 16.04.2018. URL: <https://www.welt.de/reise/staedtereisen/article175394911/TV-Serie-Cukur-Istanbuls-Viertel-Balat-wird-Touristenmagnet.html> [23.01.2023].
- Bulut, Ergin/Winter, Zeynep Serinkaya (2022): *Contested Masculinities and Political Imaginations in „New Turkey“ and Çukur as Authoritarian Spaces of Protection*. In: *New Perspectives on Turkey* 67, S. 1–22. URL: <https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/CACA6AE2761DBE073F99FCA2B9AA1809/S0896634622000243a.pdf/contested-masculinities-and-political-imaginations-in-new-turkey-and-cukur-as-authoritarian-spaces-of-protection.pdf> [23.01.2023].
- Connell, R. W./Messerschmidt, James W. (2005): *Hegemonic Masculinity: Rethinking the Concept*. In: *Gender and Society* 19, Heft 6/2005, S. 829–859.
- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.) (2020): *Right-Wing Populism and Gender*. Bielefeld.
- Eksi, Betül/Wood, Elizabeth A. (2019): *Right-Wing Populism as Gendered Performance: Janus-faced Masculinity in the Leadership of Vladimir Putin and Recep T. Erdogan*. In: *Theory and Society* 48, Heft 5/2019, 733–751. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11186-019-09363-3> [21.10.2022].
- Esen, Berk/Gumuscu, Sebnem (2020): *Why did Turkish Democracy Collapse? A Political Economy Account of AKP's Authoritarianism*. In: *Party Politics* 27, Heft 6/2020. DOI: <https://doi.org/10.1177/1354068820923722>.
- Gökankırsel, Banu/Secor, Anna J. (2017): *Devout Muslim Masculinities: the Moral Geographies and Everyday Practices of Being Men in Turkey*. In: *Gender, Place & Culture. A Journal of Feminist Geography* 24, Heft 3/2017, S. 1–22; DOI: <https://doi.org/10.1080/0966369X.2017.1314948>.
- Gökankırsel, Banu/Neubert, Christopher/Smith, Sara (2019): *Demographic Fever Dreams: Fragile Masculinity and Population Politics in the Rise of the Global Right*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 44, Heft 3/2019, S. 561–587.
- Kandiyoti, Deniz (1997): *Gendering the Modern. On Missing Dimensions in the Study of Turkish Modernity*. In:
- Bozdoğan, Sibel/Kasaba, Reşat (Hrsg.): *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*. Seattle/London, S. 113–132.
- Kandiyoti, Deniz (2016): *Locating the Politics of Gender: Patriarchy, Neoliberal Governance and Violence in Turkey*. In: *Research and Policy on Turkey* 1, Heft 2/2016, S. 103–118.
- Kandiyoti, Deniz, (2019): *Against All Odds: the Resilience and Fragility of Women's Gender Activism in Turkey*. In: Kandiyoti, Deniz/Al-Ali, Nadje/Spellman Poots, Kathryn (Hrsg.): *Gender, Governance and Islam*. Edinburgh, S. 80–100.
- Kaplan, Sam (2006): *The Pedagogical State*. Stanford, California.
- Kreile, Renate (2012): *Neoliberalismus, Staat und Gender in der Türkei*. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 21, Heft 1/2012, S. 73–85.
- Kreile, Renate (2018): *Gender und Politik unter der AKP-Regierung*. In: Aksoy, Hürcan Aslı (Hrsg.): *Patriarchat im Wandel*. Frankfurt/New York, S. 41–73.
- Kreile, Renate (2021): *„Feministinnen sind gefährlicher als Terroristen“ – Machterhalt, maskulinistische Restauration und der Kampf um die Istanbul-Konvention in der Türkei*. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30, Heft 2/2021, S. 180–184.
- Letsch, Constanze (2019): *Turkish TV show about urban poor hits a raw nerve*. In: *The Arab Weekly* vom 27.07.2019. URL: <https://the arabweekly.com/turkish-tv-show-about-urban-poor-hits-raw-nerve> [23.01.2023].
- Ozbay, Cenk/Soybakis, Ozan (2020): *Political Masculinities: Gender, Power, and Change in Turkey*. In: *Social Politics* 27, Heft 1/2020, S. 27–50.
- Sauer, Birgit (2020): *Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics. The Role of Affects*. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): *Right-Wing Populism and Gender*. Bielefeld, S. 23–39.
- Sinclair-Webb, Emma (2000): *„Our Bülent Is Now a Commando: Military Service and Manhood in Turkey*. In: Ghoussoub, Mai/Sinclair-Webb, Emma (Hrsg.): *Imagined Masculinities*, London, S. 65–92.
- Unal, Didem (2021): *The Masculinist Restoration Project in the Rhetoric of Anti-Gender Movements: The Case of Turkey*. In: Hakola, Outi/Salminen, Janne/Turpeinen, Juho/Weinberg, Oscar (Hrsg.): *The Culture and Politics of Populist Masculinities*. Lanham u. a., S. 67–87.
- Unal, Didem (2022): *„Are You God? Damn Your Family!“. The Islam-Gender Nexus in Right-Wing Populism and the New Generation of Muslim Feminist Activism in Turkey*. In: *Religions* 13, Heft 4/2022, 372. URL: <https://www.mdpi.com/2077-1444/13/4/372> [23.01.2023].
- Vömel, Jan Markus (2021): *Pathos and Discipline. Islamist Masculinity in Turkey, 1950–2000*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 18, Heft 3/2021, S. 483–509. URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2021/6006> [23.01.2023].
- Yabancı, Bilge (2020): *Fuzzy Borders between Populism and Sacralized Politics: Mission, Leader, Community and Performance in „New“ Turkey*. In: *Politics, Religion & Ideology* 21, Heft 1/2020, S. 1–21. DOI: <https://doi.org/10.1080/21567689.2020.1736046> [20.10.2022].
- Zorlu, Deniz (2021): *Hegemonic Masculinities in Popular Culture and the Appeal of Authoritarian Rule: A Comparative Examination of Magnificent Century (2011–2014) and Resurrection: Ertuğrul (2014–2019)*. In: *Masculinities. Journal of Culture and Society* 14, S. 28–65. URL: <https://dergi-park.org.tr/en/download/article-file/2462310> [23.01.2023].

Deutschland und die Türkei

Eine unglückliche Beziehung

Jürgen Gottschlich

Die Geschichte deutsch-türkischer Verbindungen und Beziehungen reicht weiter zurück als es den Meisten heute bewusst ist. In seinem Beitrag verfolgt Jürgen Gottschlich die gemeinsame Geschichte der beiden Länder von dem Beginn diplomatisch-militärischer Beziehungen zu Zeiten des Osmanischen und Deutschen Reiches über verschiedene Migrationsbewegungen und das gemeinsame Bündnis im Ersten Weltkrieg bis hin zu dem Neuknüpfen von Kontakten nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei macht er deutlich, wie vielfältig die Verbindungslinien waren, aber auch welche dunklen Kapitel deutscher wie türkischer Geschichte von der Anteilnahme bis hin zum aktiven Eingreifen der jeweils anderen Seite beeinflusst waren. Über die jüngsten Entwicklungen des türkischen EU-Beitrittsgesuchs, aber auch anhaltende Einwanderungsdebatten zeigt er zudem auf, dass die deutsch-türkischen Beziehungen weiterhin politischer Aufmerksamkeit und Pflege bedürfen.

Das deutsche Generalkonsulat in Istanbul ist eine wuchtige Erscheinung. Der wilhelminische Bau thront auf einem Hügel nahe dem zentralen Taksim-Platz und ist schon vom Bosphorus aus zu sehen. Im Vorraum zum großen Empfangssaal hängt ein großformatiges Porträt von Kaiser Wilhelm II. Er trägt auf diesem Bild eine osmanische Uniform. Der ganze Bau erinnert daran, dass das heutige Konsulat früher, als es im 19. Jahrhundert (1877) gebaut wurde, einmal die deutsche Botschaft in Konstantinopel, der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, war – und zudem eine der wichtigsten Botschaften damals.

Im Bewusstsein der meisten Menschen in Deutschland beginnen die Deutsch-Türkischen Beziehungen mit der Anwerbung der sogenannten „Gastarbeiter“ zu Beginn der 1960er Jahre des letzten Jahrhunderts, aus der dann die Einwanderung der TüRKinnen und TüRKen nach Deutschland wurde. Außerdem denken viele an preiswerte und schöne Urlaube an den Stränden des Landes. Wer etwas mehr an der Türkei interessiert ist, verfolgt noch die Konflikte verschiedener deutscher Regierungen mit dem Präsidenten und Langzeitherrscher Recep Tayyip Erdoğan in Ankara. Doch die Wenigsten wissen, dass die Beziehungen Deutsch-



Das imposante deutsche Konsulat in Istanbul wurde am 1. Dezember 1877 eingeweiht, damals als die erste Botschaft des Deutschen Reiches überhaupt.

© picture alliance | WZ-Bilddienst

lands, genauer gesagt des Deutschen Kaiserreiches, vor mehr als hundert Jahren mit der Türkei schon einmal wesentlich intensiver waren, als es heute der Fall ist. Der Grund dafür ist einfach: Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen überlagern die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft den Ersten Weltkrieg fast völlig. Deshalb weiß auch kaum noch jemand, dass im Ersten Weltkrieg das Deutsche Kaiserreich mit dem Osmanischen Reich eng verbündet war.

Preußische Kontaktaufnahme: Erste Verbindungen ins Osmanische Reich über Militär und Diplomatie (19. Jahrhundert)

Eine Erinnerung daran ist das für die heutige Zeit völlig überdimensionierte Konsulat in Istanbul. Zum Zeitpunkt als das Gebäude entstand, war es sogar noch weit eindrucksvoller als heute, weil die umliegende Bebauung noch nicht so dicht war und die Botschaft des Deutschen Kaiserreiches fast als Solitär auf dem Hügel stand.

Begonnen hatte die deutsche Zusammenarbeit mit dem Osmanischen Reich aber sogar schon vor der Gründung des Kaiserreiches 1871. Damals waren es Preußen und der Norddeutsche Bund, die diplomatische Vertretungen in Konstantinopel unterhielten. Wichtiger als die Diplomaten aber waren die Militärs. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der osmanische Hof bemüht, sein Militär zu modernisieren. Die berühmten Janitscharen, im 15., 16. und 17. Jahrhundert noch die Garanten für den Siegeszug der Osmanen auf dem Balkan und im Nahen Osten, waren zur Belastung geworden und sollten durch ein modernes Heer ersetzt werden. Neben Frankreich und Großbritannien, die damals die wichtigsten Verbündeten am Hof in Konstantinopel waren, wandte sich der Sultan Mahmud II. auch an Preußen und bat um einen kompetenten Militärberater. Die Wahl fiel auf den jungen preußischen Offizier Helmuth von Moltke, der von 1835 bis zum Tod des Sultans 1839 für vier Jahre am Hof in Konstantinopel Dienst tat. Der spätere Generalfeldmarschall, der als verantwortlicher Generalstabschef durch den Sieg über Frankreich 1870 zum berühmtesten Soldaten im Kaiserreich wurde, nahm schon bei den Osmanen an verschiedenen Schlachten teil, initiierte den Bau von Burgen und militärischen Stellungen an der Donau und gab Tipps für die Ausbildung moderner Truppen. Moltkes Briefe aus dem Osmanischen Reich sind ein Klassiker der Türkei-Literatur.

Seit dieser Zeit luden verschiedene Sultane immer wieder preußische Militärberater ein, die aber bis zur Reichsgründung 1871 im Vergleich zu den britischen und französischen Militärs nur eine Nebenrolle spielten. Das änderte sich, als der spätere Feldmarschall Colmar von der Goltz, ebenfalls zunächst noch als relativ junger Generalstabsoffizier, 1883 nach Konstantinopel kam. Goltz war schon damals ein in Deutschland bekannter Militärausbilder und das sollte auch seine Aufgabe im Osmanischen Reich sein. Von der Goltz blieb zwölf Jahre in Konstantinopel, sprach auch bald türkisch und konnte sich so direkt in die Ausbildung der zukünftigen Offiziere einschalten. Er reformierte den gesamten Kanon der Istanbuler Kadettenanstalt und schuf so die Grundlage dafür, dass das deutsche Militär zum wichtigsten Verbündeten für das Osmanische Heer wurde und bald darauf auch zum wichtigsten Waffenlieferanten.

Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch den legendären Berliner Kongress von 1878, auf dem unter dem Vorsitz des deutschen Kanzlers Otto von Bismarck ein militärischer Sieg Russlands gegen die Osmanen am Konferenztisch wie-

der revidiert wurde. Da Großbritannien und Frankreich den durch den russischen Sieg errungenen Machtzuwachs des Zaren auf dem Balkan nicht hinnehmen wollten und ihrerseits mit einem Krieg gegen Russland drohten, bot Bismarck sich „als ehrlicher Makler“ an, da Deutschland in der Region keine eigenen Interessen verfolge. Bismarck konnte durchsetzen, dass Russland einen Teil seiner Beute wieder herausgeben musste, was ihm nicht nur in London, sondern auch in Konstantinopel großen Respekt verschaffte. Dieser diplomatische Erfolg Bismarcks, der sich ja nach eigenen Aussagen für den Balkan und das Osmanische Reich gar nicht interessierte und dafür „keinen einzigen preußischen Landskerl“ riskieren wollte, schuf paradoxerweise die Grundlage dafür, dass das Deutsche Reich zu einem entscheidenden Machtfaktor im Osmanischen Reich werden konnte und sich die Beziehungen auch auf breiterer gesellschaftlicher Ebene rasant entwickelten.

Mehr und mehr deutsche Handwerker, teilweise aber auch Architekten und Ingenieure, wanderten ins Osmanische Reich aus, um dort ihr Glück zu suchen. Damals, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, waren es also nicht Türken, die Arbeit in Deutschland suchten, sondern umgekehrt Deutsche, die sich im Osmanischen Reich und dort vor allem in Konstantinopel eine bessere Zukunft versprachen. Zu den Pionieren dieser Auswanderer gehörten die Brüder Franz und Carl Humann aus Essen. Beide waren Architekten und Bauingenieure. Franz war zu Beginn der 1860er Jahre als Ingenieur in den „Orient“ ausgewandert und arbeitete zunächst auf der Insel Samos, damals Teil des Osmanischen Reiches. Wegen eines Lungenleidens folgte ihm der jüngere Bruder Carl nach und nahm zunächst auch auf Samos Quartier. Beide waren an der griechischen Antike interessiert und buddelten als Hobbyarchäologen in ihrer Freizeit an antiken Tempeln herum. Aus diesem Hobby wurde für Carl später seine Berufung. Als Straßenbauingenieur kam er zehn Jahre nach seiner Zeit auf Samos nach Bergama, einem Ort nördlich von Izmir, damals noch Smyrna. Auf dem Burgberg oberhalb von Bergama liegt das antike Pergamon und Carl Humann machte sich mit Begeisterung daran, in Pergamon unter dem Schutt von Jahrtausenden nach der Hinterlassenschaft des griechischen Attalidenreiches zu suchen. Der Rest ist Archäologiegeschichte. Humann fand den berühmten Zeus-Altar von Pergamon, der heute das Prunkstück des Pergamonmuseums auf der Berliner Museumsinsel ist. Carl Humann war der erste Deutsche, der im Osmanischen Reich mit Unterstützung der Berliner Museen und des Kaisers persönlich nach wertvollen Antiken für Deutschland grub. Vor ihm hatte bereits Heinrich Schliemann auf eigene Rechnung die Fundamente des sagenhaften, homerischen Troja ausgegraben und ganz nebenbei den Goldschatz des Priamos illegal außer Landes gebracht. Aber erst mit Humann begann auf breiter Basis die offizielle Ausgrabungstätigkeit deutscher Archäologen im Osmanischen Reich und der mehr oder weniger legale Abtransport der Antiken nach Deutschland. Dabei konnten sich die Archäologen ab den 1880er Jahren auf ein breites Unterstützernetzwerk in Deutschland und der Türkei verlassen.

Deutsche Orientbegeisterung unter Wilhelm II.

Seit 1874 gab es einen deutschen Botschafter des Kaiserreiches in Konstantinopel. Anfangs noch im Schatten von Briten, Franzosen, Russen und Italienern, die ja teilweise schon seit Jahrhunderten am Bosphorus vertreten waren – man denke nur an Venedig und Genua, die schon zu Zeiten von

Byzanz dort Handelsniederlassungen betrieben – aber dann, mit Amtsantritt von Kaiser Wilhelm II. 1888, doch immer mehr ins Zentrum der Macht rückend. Anders als Bismarck hatte der junge Kaiser Wilhelm II. ein großes Interesse am „Orient“, der in Berlin ein Synonym für das Osmanische Reich war. Der Kaiser und das konservative Establishment des Reiches träumten davon, mit Großbritannien und Frankreich als Großmacht gleichzuziehen und selbst Kolonien zu erobern, um sich so den propagierten „Platz an der Sonne“ zu sichern. Da die Welt unter den europäischen Kolonialmächten aber schon weitgehend aufgeteilt war, konzentrierte sich der Blick auf das Osmanische Reich, das zwar riesige Gebiete kontrollierte, aber immer schwächer wurde und auseinanderzubrechen drohte. Hier bot sich eine Gelegenheit, zwar keine Kolonie im klassischen Sinne zu erobern, aber als starker Partner die Osmanen zu stützen und gleichzeitig die Kontrolle zu übernehmen. Es entstand der „Traum vom deutschen Orient“, wie der Kulturoziologe Malte Fuhrmann, der lange am Orient-Institut in Istanbul tätig war, es in seinem gleichnamigen Buch nannte.

Schon 1889, knapp ein Jahr nach seiner Thronbesteigung, reiste Wilhelm II. das erste Mal nach Konstantinopel, um Sultan Abdülhamid II. seine Aufwartung zu machen. Für die

deutsche Gemeinde in Konstantinopel war es eine Sensation. Der oberste deutsche Militär im Osmanischen Reich, der bereits erwähnte Colmar von der Goltz, holte Kaiser Wilhelm, der mit seiner Privat yacht „Hohenzollern“ anreiste, bereits an den Dardanellen ab und deutsche Diplomaten, Kaufleute und Archäologen standen bereit, als die „Hohenzollern“ vor dem Sultanspalast Dolmabahce im Bosphorus ankerte.

Der Besuch des deutschen Kaisers gab den Beziehungen zwischen beiden Ländern einen neuen Schub. Auf allen Gebieten intensivierte sich der Austausch, mehr deutsche und österreichische Facharbeiter kamen ins Osmanische Reich, deutsche Banken begannen zu investieren, Firmen wie Mauser oder Krupp konnten ihre Waffenlieferungen steigern und nicht zuletzt wurden deutsche Archäologen zu einer ernsthaften Konkurrenz für Briten und Franzosen. Im Zentrum des europäischen Teils von Konstantinopel war schon 1847 die „Teutonia“, ein Haus mit dem sich die deutsche Community einen Treffpunkt schuf, gegründet worden. Bald darauf, 1868, wurde auch die „Deutsche Schule“ in Betrieb genommen, auf der man heute noch sein Abitur machen kann.

Der große Schub kam aber mit der zweiten Orientreise des Kaisers 1898. Schon vorher hatten deutsche Firmen einen

برلين — ۲۰ حزيران آت ۱۹۱۵ — بازار شمسی ۱۰ قنبر

نومرو ۱۳ درخشی سنه

آلمان (اسلام و آلمان مجادلتک خادم سلیسی اقتصادی و ادبی غزله دور)

آلمان

۱۲ آتیق ۶ مارق

۱۰۰۰

اعلانات انجمن اداریه مراجعت اولونور

مسکرمه مولق هر نوع مفید مقالات

شرح اولونور، اولونور، اولونور

اعاده اولونور

نچار و صنیایع

محرر مسئول و مدیر: محمد اسی

در سعادت شمسی

باب عالی جلدی سابق "کتا مجلوسی"

مکتوب آفرمی

Ssanayi w Tidjaret

Mauerstrasse 92

Berlin W. 66

تلفون: ۷۸۰۰، چه تروم ۷۸۰۰

„SSANAYI W TIDJARET“

Berliner türkische Zeitung

zur Förderung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Islam.

Zu beziehen durch Otto Harrassowitz in Leipzig (Abonnement M. 6.— pro Jahr).

Redaktion und Expedition:

Berlin W. 66, Mauerstr. 92 (Telephon: Zentrum 7800)

Berlin, Sonntag, den 20. Juni 1915

IV. Jahrgang, Nr. 12.

Anzeigen: Zeile 1 Mk., Nummer 10 Pfennig.

„باربارلر“

عالم مدینه، قه، علمه صولک عصرده

آلمانلر قرق سئالک خد متی بلکه دنیا

تأسیس اولونه لیدن بری هیچ بر ملت

مارقندن و قوعیوله مشدر، دکل اقتصاد

قطعه نازیدن الکتریک، ماکنه، موسیق

کچی قنلرک تکملی، نوع بی بشرک صحت

وسلامتی انجمن بوتون جهان آلمانلر فن

میه اولان خدمتارندن مولوی حیات و

صحتلری ده بو بویوک مله مدیوندرلر

فرستارلر شوروومان بازارلرکن، بازارده

و قافله ده الکتریکلرکن، الکتریکلر عالی قنق

ایکجه یومر و قری آتله آتله چالیشیرلرکن،

روسلر استیلا ایندیکلری مجلرک اهلانی

روسلرلر یقه اوغراشیرلرکن آلمانلر علوم

و فنلرک، قنسه و تکلیفه حاللر، راد،

لوجر لاند اوند مهر رساله سنلر

آلمان یاده خندلرک قوکیسی

شهرم ده منتشر اویر لاند لوند مهر نلم رسالهدن اقتباسا درج ایند یکمز یوقلریده کی رسم آلمان یاده سنک صولک سیستم

خندلرک ایچ و ملیشی اراهه ایدونور

Aus der Zeitschrift „Cher Land is Meer“

Ein Beispiel für die heute weitestgehend vergessenen frühen Verflechtungen zwischen der Türkei und Deutschland stellt diese „Berliner türkische Zeitung“, „Ssanayi w Tidjaret“ (*Industrie und Handel*) dar. Auf arabisch informierte sie über die Entwicklungen des 1. Weltkriegs, in dem das Deutsche Reich und das Osmanische Reich als Bündnispartner auf einer Seite standen.

© Württembergische Landesbibliothek/Bibliothek für Zeitgeschichte

Teil des Eisenbahnnetzes in Anatolien gebaut, aber immer in Konkurrenz mit britischen und französischen Firmen. Jetzt einigten sich Kaiser und Sultan darauf, dass Deutschland exklusiv die Bagdadbahn bauen sollte, ein gigantisches Infrastrukturprojekt, das letztlich eine Eisenbahnverbindung von Berlin über Konstantinopel ins heutige Syrien und dann nach Bagdad und bis Basra an den Persischen Golf schaffen sollte. Dieses Projekt hatte ungefähr die Dimension wie die Sibirische Eisenbahn für Russland und die Eisenbahnen in Amerika, die die Ost- mit der Westküste verbanden. Ein Projekt, dass nicht nur dem Transport von Personen und Gütern in den unzugänglichen Weiten des Osmanischen Reiches eine neue Dimension verleihen würde, sondern auch in wenigen Tagen Truppen von Deutschland bis Basra bringen könnte, wo gerade auf der persischen Seite des Flusses Schatt-al Arab Großbritannien eine Ölförderung aufbaute, durch die sie zukünftig ihre gesamte Kriegsflotte versorgen wollte. Entsprechend alarmiert war man in London, konnte den Baubeginn aber letztlich nicht verhindern. Der zog sich jedoch zunächst einige Jahre hin, weil die Deutsche Bank Probleme hatte, die riesigen Summen für den Bahnbau aufzubringen. Später verzögerten politische Auseinandersetzungen den Bau.

Das erste Jahrzehnt im 20. Jahrhundert waren turbulente Jahre im Osmanischen Reich. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen erzwang eine bürgerliche Freiheits- und Fortschrittsbewegung mit entscheidender Unterstützung der auf dem Balkan stationierten osmanischen Truppen die Einsetzung eines Parlaments und die Abschaffung des Absolutismus durch eine konstitutionelle Monarchie. Ein Gegenputsch Abdülhamids II. scheiterte, danach wurde der Sultan zum Rücktritt gezwungen und sein Bruder Mehmed V. als

neuer Sultan eingesetzt, der aber kaum mehr als repräsentative Funktionen hatte. Die Macht konzentrierte sich im Revolutionsrat der Jungtürken, und da vor allem bei einem Triumvirat bestehend aus den beiden Militärs Enver Pascha und Djemal Pascha und dem Politikkommissar Talaat Pascha.

Mit dem Abgang von Abdülhamid stand die Berliner Regierung zunächst vor einem Problem. Dem Kaiser fehlte plötzlich sein Ansprechpartner in Konstantinopel. Doch mit Geld und dem Knüpfen neuer Verbindungen kam man wieder ins Geschäft. Schließlich waren die Verbindungen zwischen dem deutschen und dem osmanischen Offizierskorps intakt und wurden sogar noch enger, nachdem mehrere Offizierschüler von Colmar von der Goltz, der auch nach seiner Rückkehr nach Berlin weiter seine Kontakte in Konstantinopel gepflegt hatte, in höchste Positionen aufrückten.

Entscheidend wurde aber vor allem ein Mann aus der Führungsriege der Jungtürken: Enver Pascha. Enver und sein Freund Djemal, damals beide noch junge Offiziere, gehörten zu den führenden Putschisten der Balkanarmee, die sich 1906 gegen den Sultan erhob und so die Einführung der konstitutionellen Monarchie erzwang. Damals beide noch im Range eines Majors, wurden sie von ihren politischen Freunden nach dem Sieg zunächst einmal ins Ausland geschickt: Enver als Militärattaché an die Botschaft nach Berlin, Djemal in gleicher Funktion nach Paris. In dieser Zeit entwickelte Enver durch Teilnahme an diversen Manövern und gute Kontakte zu deutschen Militärs seine Begeisterung für das deutsche Heer. Er hielt es für das stärkste in Europa. Außerdem gewann er einen engen Freundeskreis aus Diplomaten, aber auch Archäologen und anderen Freigeistern, die sich für den Orient interessierten. Diese unterstützten



Vom Besuch Kaiser Wilhelms II. im Oktober 1917 in Istanbul zeugt diese Postkarte. Auf ihr ist (Mitte) Kaiser Wilhelm II. mit Pickelhaube, neben ihm im Vordergrund Sultan Mehmed V. und schräg hinter dem Sultan der osmanische Kriegsminister Enver Pascha zu sehen.

© picture-alliance | akg-images

ihn auch während der schwierigen Zeit der Balkankriege von 1911 bis 1913, als Enver an zahlreichen verlustreichen Schlachten teilnahm. Die Osmanen verloren in diesen Jahren den größten Teil ihrer europäischen Gebiete, bis auf eine Ausnahme: Edirne. In einer der letzten Schlachten der Balkankriege eroberte Enver mehr oder weniger aus eigener Initiative die ehemalige Hauptstadt der Osmanen von den Bulgaren zurück und wurde so zum größten Kriegshelden des Reiches. Mit Enver, der wenig später auch zum jüngsten Kriegsminister ernannt wurde, hatten die Deutschen wieder einen zuverlässigen Partner in Konstantinopel. Mit Unterstützung Envers wurde denn auch 1913 die deutsche Militärmission im Osmanischen Reich erheblich ausgebaut und Enver war es auch, der in den turbulenten Monaten nach Beginn des Ersten Weltkrieges durchsetzte, dass das Osmanische Reich auf Seiten des Deutschen und Österreichischen Kaiserreiches in den Krieg eintrat.

Die deutsche Beteiligung am Völkermord an den Armeniern

In den ersten zwei Jahren des Krieges wurde dann das dunkelste Kapitel in den Deutsch-Türkischen Beziehungen geschrieben: der Völkermord an den Armeniern und der deutschen Unterstützung dieses Menschheitsverbrechens. Offiziell sollten die Deportationen der armenischen Bevölkerung dazu dienen, mögliche Kollaborationen mit den Russen, in deren Reihen viele Armenier kämpften, zu unterbinden. Doch schnell zeigte sich, dass nicht nur die Armenier im Nordosten des Landes, also dort wo die Front zu Russland lag, sondern auch im Süden und Westen deportiert wurden. Schon bald erhielt die deutsche Botschaft in Konstantinopel alarmierende Berichte von verschiedenen Konsuln, die erkennen ließen, dass die sogenannten Deportationen auf einen Massenmord hinausliefen. Botschafter Hans Freiherr von Wangenheim machte in einem Vermerk klar, dass es offensichtlich darum ging, die „armenische Rasse“ im Osmanischen Reich zu vernichten. Er kabelte seine Erkenntnisse auch ungeschönt nach Berlin, doch die Reichsregierung entschied, die Allianz mit der Türkei nicht wegen ein paar tausend toter Armenierinnen und Armeniern aufs Spiel zu setzen. Etliche Militärs, die mehr oder weniger mit dem Massenmord konfrontiert waren, gingen sogar noch weiter und unterstützten den Völkermord ganz offen. Der deutsche Admiral Wilhelm Souchon, Chef der deutsch-türkischen Flotte, notierte in seinem Tagebuch, für die Türkei „würde es eine Erlösung sein, wenn sie den letzten Armenier umgebracht hat“. Der deutsche Generalstabschef der osmanischen Streitkräfte in Konstantinopel, Friedrich Bronsart von Schellendorf, erteilte selbst Befehle zur Deportation von Armeniern, und Marineattaché Hans Humann, der Sohn des Archäologen Carl Humann, war eng mit Enver Pascha befreundet und hielt den Massenmord an den Armeniern für „hart aber nützlich“. Diese Beihilfe zum Völkermord blieb in Deutschland lange vergessen, beziehungsweise wurde aus Rücksicht auf die Beziehungen zur Türkei vertuscht, die ja bis heute den Völkermord bestreitet. Erst zum 100. Jahrestag des Völkermordes 2015 hat sich der Bundestag zu einer Resolution im folgenden Jahr durchgerungen, in der der Völkermord als historische Tatsache anerkannt und die Mitschuld Deutschlands klar benannt wurde.¹

Die gemeinsame Niederlage Deutschlands, Österreichs und des Osmanischen Reiches führte in allen drei Staaten zu radikalen Veränderungen. Kaiser Wilhelm II. dankte ab, ging ins holländische Exil und es entstand die Weimarer Republik. Das Kaiserreich Österreich-Ungarn wurde aufgelöst und das ehemalige Osmanische Reich wurde von Großbritan-

nien, Frankreich und Griechenland besetzt. Im sogenannten Befreiungskrieg kämpfte dann eine Rebellenarmee unter Führung von Mustafa Kemal gegen die Besatzer und die offizielle Regierung in Konstantinopel und für eine unabhängige Türkei. Es dauerte bis 1923, bis Briten und Franzosen aus Konstantinopel und Anatolien abzogen und die griechischen Truppen geschlagen wurden. Die daraufhin neu gegründete Türkische Republik schickte den Sultan ins Exil, schaffte das Kalifat ab und gründete sich quasi als Staat neu. Die deutschen Truppen mussten nach der Kapitulation vollständig aus dem Gebiet des Osmanischen Reiches abziehen. Das Deutsche Reich musste allen Besitz aufgeben und hatte zunächst auch keinen diplomatischen Kontakt mehr zum Osmanischen Reich. Erst später gab es wieder einen Botschafteraustausch mit der Türkischen Republik. Es war eine tiefe Zäsur und es dauerte Jahre, bis die früheren Kontakte zum Teil wiederhergestellt wurden. Die junge türkische Republik und die Weimarer Republik waren beide so sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, dass wenig Zeit für außenpolitische Kontakte blieb.

Allerdings ragt aus dieser Zeit eine Verflechtung heraus, die für die Deutsch-Türkischen Beziehungen eine sehr wichtige Episode war: Die Türkei wurde nach der Machtergreifung Hitlers 1933 für etliche jüdische und politisch verfolgte deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum rettenden Exil. Zehn Jahre nach Gründung der türkischen Republik war die von Mustafa Kemal Atatürk angestoßene Modernisierung der Gesellschaft im vollen Gange. An den neu entstandenen Universitäten in Istanbul und Ankara fehlten Fachleute; insgesamt brauchte die Türkei für ihre Modernisierungsprojekte Experten. Und in Deutschland, später auch in Österreich gab es etliche herausragende jüdische Akademikerinnen und Akademiker, die sich dringend nach einem Fluchttort umsahen. Der deutsche Wissenschaftler Philip Schwarz, der schon früh in die Schweiz emigriert war, hatte Kontakte in die Türkei und bot in Ankara an, neben ihm selbst auch andere Wissenschaftler vermitteln zu können. So entstand in Zürich ein Büro, über das in der Nazi-Zeit rund 1.000 Wissenschaftler, jüdische, aber auch politisch verfolgte Sozialdemokraten in die Türkei vermittelt wurden. Darunter waren so bekannte Leute wie Ernst Reuter, Bruno Taut, Paul Hindemith und Clemens Holzmeister, aber auch heute weitgehend vergessene Pionierinnen wie die Dermatologin Bertha Ottenstein, die als erste Frau an der Universität Freiburg habilitiert worden war und im Exil an der Universität Istanbul lehrte und forschte, oder die erste in der Türkei tätige Psychoanalytikerin Edith Weigert, die zuvor als Assistentin an der Berliner Charité gewirkt hatte. All diese Personen prägten das akademische Leben in der jungen Republik entscheidend, was mit dazu führte, dass nach dem Zweiten Weltkrieg viele Türiinnen und Türken nach Deutschland zum Studium kamen. Damit war auch jenseits der diplomatischen Kontakte wieder eine Grundlage für einen gesellschaftlichen Austausch gelegt, noch weit vor dem Anwerbeabkommen 1961.

Westanbindung, NATO und EU: Die Koordinaten deutsch-türkischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkrieges hatte der Nachfolger des 1938 gestorbenen Atatürk, Ismet İnönü, alles dafür getan, die Türkei aus dem Krieg herauszuhalten. Erst wenige Monate vor Kriegsende trat die Türkei noch pro forma den Alliierten im Kampf gegen Deutschland bei. Nach Kriegsende bemühte die Türkei sich dann schnell, Mitglied im westlichen Bündnis zu werden. Das Land trat dem Europarat kurz nach



Am 27. November 1961 trafen auf dem Düsseldorfer Flughafen die ersten 55 von insgesamt 400 türkischen „Gastarbeitern“ ein, die sich für ein Jahr zur Arbeit im Bergbau in Deutschland verpflichtet hatten.

© picture alliance/ dpa | Wolfgang Hub

seiner Gründung bei und wollte auch beizeiten Mitglied in der NATO werden. Einer der Gründe dafür war, dass Stalin, als einer der Sieger des Krieges, über Osteuropa versuchte, den alten russischen Traum von der Kontrolle des Bosphorus und der Dardanellen doch noch in die Realität umzusetzen. Um Schutz gegenüber den russischen Drohungen zu bekommen, wandte Ankara sich im beginnenden Kalten Krieg an die USA. Bereits 1952 wurde die Türkei deshalb NATO-Mitglied und schickte gleich Soldaten nach Korea, um den USA im Koreakrieg ihre Bündnistreue zu beweisen.

Nachdem die Türkei also erfolgreich die Südostflanke der NATO an den Grenzen der damaligen Sowjetrepubliken Georgien und Armenien verteidigte, kam auch bald die Idee auf, das Land nicht nur in den militärischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Strukturen des Westens zu verankern. Nach dem Anwerbeabkommen für türkische Arbeiterinnen und Arbeiter, das im Oktober 1961 von der damaligen CDU-Regierung abgeschlossen wurde, um Arbeitskräfte-Nachschub für die expandierenden Fabriken und Kohlegruben Westdeutschlands zu beschaffen, hatte die CDU auch keine Bedenken, 1963 ein Assoziierungsabkommen der Türkei mit dem damaligen Vorläufer der EU, der EWG, zu unterstützen. In der Folge dieses Assoziierungsabkommens, das ja von der Idee her zu einem baldigen Beitritt der Türkei zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ führen sollte, kam es dann zur wohl längsten politischen Hängepartie im Nachkriegseuropa. Bekanntermaßen ist die Türkei auch heute, knapp sechzig Jahre nach Abschluss des Assoziie-

rungsabkommens, immer noch nicht Mitglied der EU und es spricht derzeit auch wenig dafür, dass sie es jemals wird.

Das Anwerbeabkommen von 1961 und das Hin und Her um eine türkische EU-Mitgliedschaft haben die Deutsch-Türkischen Beziehungen in diesen sechzig Jahren maßgeblich geprägt. In Deutschland kam nach der Euphorie der Wirtschaftswunderjahre Anfang der 1970er Jahre der erste ökonomische Schock. Das Wachstum stoppte und die Arbeitskräfte aus dem Süden und Südosten Europas wurden nicht mehr gebraucht. Im Jahr 1973 verhängte die Regierung von Helmut Schmidt einen Anwerbestopp. Jetzt kam das Diktum von Max Frisch zum Tragen: Geholt wurden Arbeitskräfte, doch es kamen Menschen. Die Mehrheit der „Gastarbeiter“, denen man nun immer deutlicher zu verstehen gab, dass sie als Gäste nicht mehr erwünscht sind und doch bitte nach Hause gehen sollten, entschied sich dafür zu bleiben. Und nicht nur das: Sie wollten auch ihre Familien nach Deutschland holen. Plötzlich sah sich Westdeutschland mit den Problemen eines Einwanderungslandes konfrontiert, ohne im Mindesten darauf vorbereitet zu sein. Die Abwehrhaltung und latente Aggression, die die Regierungen und Teile der Gesellschaft gegen die als „Kanacken“ diffamierten türkischen Einwanderer entwickelte, prägt diese Einwanderung bis heute. Selbst die dritte Generation fühlt sich oft noch diskriminiert, auch wenn sie längst in Deutschland geboren wurde und die Staatsbürgerschaft besitzt. Vor allem diejenigen, denen ein Aufstieg in der deutschen Gesellschaft verwehrt blieb, entdecken gerade in den letzten Jahren wieder ihre türkische Identität

und feiern Recep Tayyip Erdoğan wie einen Rockstar, als den Mann, der der deutschen Regierung Contra gibt und sich nichts gefallen lässt. Diese bis heute missglückte Einwanderung ist auch einer der Gründe, warum aus der EU-Mitgliedschaft der Türkei nie etwas wurde. Für alle Gegner einer türkischen EU-Mitgliedschaft war es ein leichtes, sich auf der Klaviatur des Ressentiments zu bedienen. Allein der Erfolg des Buches *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin zeigte, wie weit der Hass auf „die Türken“ bis in die Mitte der Gesellschaft mehrheitsfähig ist.

Lange blieb eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in der Schwebe, zunächst weil das Land wirtschaftlich zu schwach war und auch selbst nicht wusste, ob es überhaupt Mitglied werden wollte. Als dann Anfang der 1980er Jahre Griechenland Mitglied wurde, mit dem ein Beitritt der Türkei eigentlich synchron stattfinden sollte, hatte das Militär in Ankara gerade geputscht und ein Beitritt kam nicht infrage. Das Timing blieb auch weiterhin schlecht. Nachdem der wirtschaftsliberale Ministerpräsident Turgut Özal das Land in den 1980er Jahren auf einen der EU angepassten privatkapitalistischen Kurs gebracht hatte und dann einen offiziellen Aufnahmeantrag stellte, fiel die Mauer in Berlin und die EU schaute nur noch auf Osteuropa. Der nächste ernsthafte Anlauf kam um die Jahrtausendwende: Im Jahr 1999 erhielt die Türkei erstmals offiziell einen Kandidatenstatus. Nach dem Schock der Terrorangriffe vom 11. September 2001 in

den USA beschlossen der damalige Bundeskanzler Gerd Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer, die Bewerbung der Türkei tatsächlich ernst zu nehmen. Es war eine strategische Entscheidung, man wollte zeigen, dass der Westen auch mit einem mehrheitlich muslimischen Land eng zusammenarbeiten könnte. Doch die Widerstände waren zu groß. Die Konservativen in Deutschland machten eine regelrechte Kulturkampfdebatte aus einem möglichen türkischen Beitritt und als nach dem offiziellen Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 Angela Merkel einen Monat später Kanzlerin wurde, war es mit dem Beitritt de facto schon wieder vorbei. Gemeinsam mit dem neuen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy legte sie den Beitrittsantrag auf Eis – und da liegt er auch heute noch.

Die meisten Turbulenzen in den heutigen Deutsch-Türkischen Beziehungen beruhen auf diesen Entscheidungen. Die Enttäuschung in der Türkei war riesig und Erdoğan wandte sich nach und nach immer weiter vom Westen ab. Auch die EU und vor allem Deutschland ging auf größtmögliche Distanz zur Türkei. Obwohl ja nach wie vor Beitrittskandidat, wurde der Visazwang für türkische Staatsbürger nie aufgehoben, was eine schwere Belastung für die türkischstämmigen Familien in Deutschland ist. Vor allem im Sinne der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland wäre ein Neustart der Ampelregierung mit der Türkei wünschenswert.

Jürgen Gottschlich

KURZVITA

ist Mitbegründer der taz und arbeitet als Korrespondent in Istanbul für verschiedene deutsche Zeitungen. Er ist zudem Autor verschiedener Bücher zur Türkei und zur türkischen Geschichte, unter anderem sind von ihm *Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier* (2015) und *Die Schatzjäger des Kaisers – Deutsche Archäologen auf Beutezug im Orient* (gemeinsam mit Dilek Zaptcioglu-Gottschlich 2021) erschienen.

Anmerkungen

1 Bundestagsresolution vom 2. Juni 2016, basierend auf dem Antrag Drucksache 18/8613 vom 31.05.2016, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/18/086/1808613.pdf>.

LITERATUR ZUM WEITERLESEN

- Helmuth Graf von Moltke: *Briefe über die Zustände und Begebenheiten in der Türkei 1835–1839*, erschienen 1841 bei Ernst Siegfried Mittler in Berlin (ist in verschiedenen Nachdrucken erhältlich).
- Malte Fuhrmann: *Der Traum vom deutschen Orient*. Frankfurt/New York 2006.
- Carl Alexander Krethlow: *Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz Pascha. Eine Biographie*. Paderborn 2012.
- Jürgen Gottschlich: *Beihilfe zum Völkermord*. Berlin 2015.
- Jürgen Gottschlich/Dilek Zaptcioglu-Gottschlich: *Die Schatzjäger des Kaisers. Deutsche Archäologen auf Beutezug im Orient*. Berlin 2021.
- Reiner Möckelmann: *Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin*. Berlin 2013.
- Eren Önzöz: *Haymatloz. Exil in der Türkei*. Film und Ausstellung 2016.

100 Jahre Türkei aus

deutsch-türkischer Perspektive

Ein Interview mit Prof. Dr. Havva Engin und Mesut Bayraktar

100 Jahre türkische Republik – Das ist auch ein Anlass, mit türkeistämmigen Deutschen über ihre Erfahrungen mit der Türkei und Deutschland und ihren Blick auf die deutsch-türkische Verflechtungen zu sprechen. Um diese Themen zu diskutieren, hat die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) am 14. November 2022 die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Havva Engin und den Autor Mesut Bayraktar zu einem Gespräch eingeladen. Dabei spielten nicht nur die eigenen biografisch und professionell geprägten Blickwinkel auf die Türkei und das deutsch-türkische Verhältnis eine Rolle, sondern auch der Austausch zwischen den Generationen. Das Gespräch führten Sibylle Thelen und Dr. Maike Hausen (beide LpB). Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Türkei wurden einige Ergänzungen während der Druckvorbereitung des Interviews vorgenommen.

LpB: Oktober 2023: Die türkische Republik feiert ihr 100-jähriges Jubiläum. Dieses Datum wird Anlass zur Rückschau geben. Welche Bedeutung hat das Jubiläum für Sie persönlich?

Mesut Bayraktar: Es ist natürlich ein Datum mit besonderer historischer Tragweite, ähnlich dem sechzigjährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens im vergangenen Jahr. Mich persönlich interessiert vor allem die Geschichte der Menschen, die hierhergekommen sind, die gearbeitet haben, die aber auch eine bestimmte Verbindung mit der Türkei haben – insofern, dass es sich oft mit der Türkei um einen Nicht-Ort für Sehnsüchte handelt, wo man frei von rassistischer und sozialer Gewalt leben könnte, die man in Deutschland erfährt. Wie es sich in der Türkei im Einzelnen verhält, das kann ich schwer sagen, aber wohin ich meine Bemühungen richten würde, ist zu zeigen, dass die türkische Geschichte auch eine Geschichte von Repression, Widerstand und Befreiung ist. Und dass dieser Staat, wie viele andere Staaten, auch auf einer grundlegenden Angst, auf Deportation und Massaker gebaut ist. Hundert Jahre bedeutet auch hundert Jahre Vergangenheit, die zur Gegenwart wurde. Man muss sich ihr stellen, um eine Zukunft zu haben.

Havva Engin: Ich bin mit fünfeinhalb Jahren nach Deutschland gekommen. Ich bin noch in der Türkei geboren, in Thrakien – westlicher geht es eigentlich gar nicht. Meine Eltern sind Kinder der türkischen Republik; sie haben an den Möglichkeiten, die dieses Land geboten hat, unter anderem flächendeckende und kostenlose Bildung für Kinder aller sozialen Schichten, die es so vorher nicht gab, partizipiert. Und sie haben gesehen und erlebt, was Bildung und Gleichbehandlung der Geschlechter bedeutet, dass die Schulpflicht auch für Mädchen gilt. Das hat sie sehr geprägt; sie haben uns den Wert von Bildung in einer laizistischen Gesellschaft weitergegeben. Als ich im Juli 1974 nach Deutschland kam, da hat mich mein Vater am Abend vor der Einschulung zur Seite genommen und gesagt: „Weißt du, wir sind Gastarbeiter und du bist ein Gastarbeiterkind. Ich kann dir nicht viel geben, kein Reichtum und keinen Job, aber du kannst es über Bildung schaffen, und wenn du Unterstützung brauchst, wirst du sie von uns bekommen.“ Dieses „in Bildung zu investieren“ kam von der laizistischen republikanischen Idee; die Türkei als Republik hat dieses Aufstiegsversprechen sei-

nen Bürgerinnen und Bürgern gegeben. Schaut man sich die großen Politiker an, gerade die Präsidenten Süleyman Demirel, Turgut Özal und aktuell Recep Tayyip Erdoğan, dann sind das alles Kinder aus sehr ärmlichen Verhältnissen. Das republikanische Bildungssystem hat ihnen ermöglicht, einen Beruf zu erlernen, zu studieren und an entscheidende Stellen zu kommen. Das verbinde ich ganz stark mit dieser Idee der Republik, die durch meine Eltern an mich und meinen Bruder weitergegeben worden ist.

Die Republik war nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zudem ein Versprechen, Menschen als Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen, die sich zur Türkei als Republik bekannten – mit der heute sehr nationalistisch anmutenden Losung *Ne mutlu türküm diyene* (Glücklich derjenige, der sagt, dass er Türke ist). Es ging darum, den Menschen eine neue Heimat zu bieten – ich betone das deshalb, da ich aus einer Familie komme, die viele Migrationserfahrungen gemacht hat und deren Geschichte durch verschiedene Vertreibungen geprägt ist. Man sagt im Türkischen: „Egal welchen Stein man hebt, darunter kommt immer eine Migrationsgeschichte zum Vorschein“ – und die Republik war der Kitt, gerade für viele Vertriebene, die hier eine Heimat fanden.

LpB: In ihren Antworten schwingen ganz unterschiedliche Dinge mit, Aufbruch, Bildung, Fortschritt gehen einher mit Angst, Repression und Völkermord. Diese verschiedenen Perspektiven, wie kriegt man das zusammen? Ist es der unterschiedliche generationelle Blick, je nachdem, ob man aus der Türkei kommt, zugewandert ist oder hier geboren ist?

Havva Engin: Das widerspricht sich ja nicht. Das ist die Vielfältigkeit und das sind die Brüche in der Geschichte eines jeden Landes, da bildet die Türkei keine Ausnahme. Letztendlich ist Geschichte im Rückblick immer konstruiert und damit vielschichtig, subjektiv und oft auch schmerzhaft. Ich betrachte es vor dem Hintergrund meiner Familiengeschichte, die von Aufbruch, Abbruch, Vertreibung und Ankunft geprägt ist. Das bedeutet auch, dass all das, was Mesut Bayraktar sagte, ebenfalls zur Geschichte der Türkei gehört. Die Frage ist, wie man sich diesen – schmerzhaften und unbequemen – Facetten stellt und sich mit ihnen auseinandersetzt. Das sehe ich als eine intergenerationelle Herausforderung. Die älteren Generationen stellen sich diesen

Tabelle 1

VOM „AUSLÄNDER“ ZUM „MIGRANT“ – BEGRIFFLICHE FREMD- UND SELBSTVERORTUNGEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT (Teil 1)

Zeit	Politik	Schlüssel-Ereignisse	Gesellschaftliche „Fremd“-Zuschreibung	Soziologische Platzierung	Eigen-Zuschreibung
1960er/1970er Jahre	Gastarbeiteranwerbung (Italien 1955, Griechenland und Spanien 1960, Türkei 1961, Marokko 1963, Portugal 1964, Tunesien 1965, Jugoslawien 1968) 1973: Anwerbestopp	1973: „Öl-Krise“	<u>Gastarbeiter</u>	Soziale Schichtzugehörigkeit	„Gurbetci“ („In die Ferne verschlagene“)
1980er Jahre	1983: finanzieller Rückkehranreiz	1982: Spitzentreffen der Politik: Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung	Ausländer <u>Ausländische Mitbürger</u>	Passzugehörigkeit	„Kanake“ (als Geusenwort)
1990er Jahre	1999: Regierungswechsel: Deutschland ist ein Einwanderungsland, neues Zuwanderungsgesetz	1989: Fall der Mauer 1990: Wiedervereinigung: „Neue“ Ausländergruppen kommen hinzu 1992: Mölln 1992: Rostock-Lichtenhagen 1993: Solingen 1994: Hoyerswerda	„Türken“, „Araber“ „Vietnamesen“	Ethnische Zugehörigkeit	1995: <i>Die Unmündigen</i> 1998: <i>Kanak Attak</i>

Fremd-Zuschreibung: Kategorisierung anhand unterschiedlicher/wechselnder Differenzmerkmale, im Falle von Bildung: manifester Defizit-Blick.
Quelle: Havva Engin, eigene Darstellung.

Wahrheiten anders als die jungen – und das ist auch gut so, sonst gäbe es Stillstand.

Mesut Bayraktar: Ich denke auch, dass grundsätzlich eine Versöhnung dieser beiden Perspektiven möglich ist. Es handelt sich eher um bestimmte Blickwinkel. Ich glaube, dass durch den Paradigmenwechsel in den 1990er Jahren und die globale Wirtschaftskrise 2008 eine bestimmte Frage in diese Gemengelage hinzugetreten ist. Wir stellen Fragen über die Grundlagen und Entstehungszusammenhänge vieler westlich orientierter Staatsmodelle, ihrer Gesellschaften und ihrer ökonomischen Basis, also über den Kapitalismus. Die bürgerliche Republik ist eine Idee, ein Ideal, sie wurde aber fast durchgehend erst mit der Hybris einer nationalen Einheit hergestellt. Fast jedes Staatsgebilde, angefangen bei den USA, Kanada oder Australien, hatte als Ausgangspunkt bestimmte genozidale und koloniale Praktiken, gerechtfertigt mit Ideologien der Höherwertigkeit der Täter. Ganz Nordamerika wurde ausgerottet, damit sich ein Staat mit einer nationalen Identität konstituieren kann: „Wir sind Nordamerikaner oder Kanadier, Franzosen oder Briten.“ Selbiges hat sich auch in der Türkei mit unterschiedlichen Bedingungen abgespielt. Seit dem Paradigmenwechsel vor dreißig Jahren – ob das jetzt eine Generationenfrage ist, sei dahingestellt – werden die herrschenden Apparate und Akteure genau mit diesen Fragen konfrontiert, in der Türkei, in Deutschland oder in Kanada und Frankreich. Spätestens seit 2013 und dem Aufbäumen vieler Jugendlicher und den Protesten im Gezi-Park werden in der Türkei diese Fragen mit einer Schärfe und Unmissverständlichkeit in die Debat-

ten getragen. Diese Konfrontation ist sicher auch eine der Zerreißproben, die sich in der türkischen Gesellschaft gerade abspielen. Frau Engin sprach von der Losung *Ne mutlu türküm diyene – türküm*. Ich denke, Türkischsein, Deutschsein sollte nach dem definiert werden, was Demokratie heißt. Und Demokratie kommt von *demos*, das das Volk als ein politisches Gebilde fasst, und nicht von *ethnos*, das das Volk aus ethnischen Kategorien ableitet. Zum *demos* gehören also alle Menschen, die in der Türkei arbeiten und das Land in Bewegung halten, eben nicht nur ethnisch-stämmige Türken.

LpB: *Vielleicht dürfen wir mit Ihnen, Herr Bayraktar, nochmal über Ihre Biografie sprechen. Sie haben sich Ihren türkischen Hintergrund, Ihre Identität in einem bewussten Prozess angeeignet, indem Sie sich mit der Geschichte und Kultur des Landes auseinandergesetzt haben. Wie ist es, auch aus Ihrer persönlichen Erfahrung heraus, sich etwas Biografisches aneignen zu müssen, anders als dass man das vielleicht aufgrund einer Migrationserfahrung lernt?*

Mesut Bayraktar: Ich möchte den Begriff Identität zunächst ersetzen mit Lebensentwurf oder dem Wunsch, sich eine bestimmte Lebensform anzueignen. Ich komme aus einer türkischen Gastarbeiterfamilie. Meine Eltern gehören zu denen, die in gewisser Weise immer noch mit den Füßen in der Türkei und dem Kopf in Deutschland sind. Geboren bin ich 1990 in Wuppertal; streng genommen bin ich also kein richtiges Gastarbeiterkind, stattdessen wurde häufig der Begriff Migrant*innenkind verwendet.

Tabelle 2

VOM „AUSLÄNDER“ ZUM „MIGRANT“ – BEGRIFFLICHE FREMD- UND SELBSTVERORTUNGEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT (Teil 2)

Zeit	Politik	Schlüssel-Ereignisse	Gesellschaftliche „Fremd“-Zuschreibung	Soziologische Platzierung	Eigen-Zuschreibung
2000er Jahre	2000: Änderung Staatsbürgerschaftsrecht 2000: „Deutsche Leitkultur“ (F. Merz) 2005: CDU-Kampagne: „Kinder statt Inder“ 2006: 1. Integrationsgipfel der Bundesregierung 2008: 1. Deutsche Islamkonferenz 2010: „Multikulti ist gescheitert!“ (Merkel)	2000-2006: NSU-Überfälle „Döner-Morde“ PISA 2001: „Kinder aus bildungsfernen Familien“ 11.09.2001: Terroranschlag New York 2005: Mikrozensus 2006: WM in Deutschland: „Die Welt zu Gast bei Freunden“	11.09.2001: „Muslime“ 2005: Menschen mit Migrationshintergrund „Migranten“	Soziales Milieu/ Klassizismus Religiöse Zugehörigkeit Sonder-Kategorie: „Geburtsort“ und Pass	2007: Deukische Generation
2010er Jahre	2013: Gründung der AfD 2015: Fluchtmigration „Wir schaffen das!“ 2017: „Deutsche Leitkultur – Wir sind nicht Burka!“ (de Mazière)	2010: „Deutschland schafft sich ab“ (Thilo Sarrazin) 2014: Pegida 2014: „Neues deutsches Wir“ (Gauck) 2015: #Auchichbin-Deutschland 2019: #vonhier 2019: Kritik an Begriff „Mensch mit Migrationshintergrund“	2011: 50 Jahre Migration aus der Türkei: „Deutschländer“ (DF)	Parallelgesellschaften der „Muslime“	2009: Neue Deutsche Medienmacher (NDM) 2011: Deutsch Plus 2015: Typisch Deutsch 2019: Mediendienst Integration: *Einwanderer und ihre Nachkommen
2020er Jahre	2023: „Ablehnung von Staat und Gesetzen“ 2023: „Kleine Paschas“ (F. Merz)	2020: Hanau-Morde #Metwo #Blacklivesmatter 2023: Feuerwerk-Angriffe auf Polizei	„Fremdenfeindlicher Angriff“ „Pass-Deutsche“	Ethnische Zugehörigkeit Parallelgesellschaften der „Muslime“ Pass-Identität	2023: NDM: „Es ist ein soziales Problem, kein ethnisches oder religiöses!“

Fremd-Zuschreibung: Kategorisierung anhand unterschiedlicher/wechselnder Differenzmerkmale, im Falle von Bildung: manifester Defizit-Blick.
 Quelle: Havva Engin, eigene Darstellung.

Meine Muttersprache ist deutsch. Auch wenn ich von zu Hause den Impuls bekommen habe, dass es auch eine andere Kultur und Geschichte gibt und wir nicht rein Deutsch sind, haben mich meine Eltern damit relativ in Ruhe gelassen. Dass ich türkische Identitätsmerkmale hätte, habe ich erst in Schulen und Universitäten gelernt, es ist also von außen hinzugetreten. Es gab auch eine Phase in der Schulzeit, in der ich das als eine Art Überlebensstrategie bewusst angenommen und dann nur mit türkischen Freundinnen und Freunden abgehängt habe, um mein Selbstwertgefühl zu steigern – die üblichen Abgrenzungspraktiken. Als ich dann begonnen habe, meinen Weg durch den ganzen Bildungsapparat zu nehmen und Jura studiert habe, gab es immer wieder Momente, etwa wenn ich mich in einer Diskussion zu bestimmten Positionen äußerte, dass von der Gegenseite eine radikale Zuschreibung und Reduktion betrieben wurde: „Ja, aber das ist ja auch so, weil du türkisch bist“ und ähnliche Äußerungen. Wiederum in meiner Arbeit als Autor wa-

ren und sind meine Leitsterne Literaten wie Kafka, Goethe oder Brecht, über die ich mich natürlich auch äußern möchte. Gleichzeitig habe ich vor zwei Jahren einen Roman zur sogenannten Gastarbeiterschaft geschrieben und letztes Jahr das Theaterstück „Gastarbeiter-Monologe“ – und rückblickend denke ich mir, Mensch, jetzt haben sie mich dahin gebracht, wo ich eigentlich nie sein wollte. Dabei war ich damals als Jugendlicher ebenso wie heute ein Deutscher. Der Mechanismus gegenseitiger Zuschreibungen macht jede Gesellschaft skrupellos gegenüber den Wünschen des Einzelnen. Von außen gesehen, entscheidet man selten, wer man selbst ist.

LpB: Bei diesen Themen bekommt man den Eindruck, Sie teilen auch über die Generationen hinweg bestimmte Erfahrungen und Erlebnisse. Wenn man wie gerade von Ihnen beschrieben immer auch auf diesen türkischen Hintergrund reduziert wird, wie erträgt man die eigene Ambivalenz? Ist

da einerseits manchmal der Wunsch nach Anerkennung mit verbunden, der Versuch, diese einseitige Zuschreibung anzunehmen? Reiben Sie sich andererseits an so einer Reduktion?

Havva Engin: Im Vergleich zu Mesut Bayraktar, der fast auf dem Sprung ist, dritte Generation zu sein, bin ich die 1.5-Generation: nicht hier geboren (dann würde ich zur 2. Generation gehören), sondern als kleines Kind eingereist. Ich bin von Anbeginn mit dieser Zuschreibung groß geworden. Als ich in die Schule kam, war ich das Gastarbeiterkind. In den späteren Jahren habe ich dann relativ schnell gemerkt, dass ich zu der Gruppe der sichtbaren Migranten gehöre. Es gibt auch unsichtbare Migranten, die man etwa durch den Namen oder das Aussehen gar nicht erkennt; uns aber schon, und zudem waren wir noch muslimisch. Das ist nochmal eine andere Kategorisierungsebene. Wir haben auch als Kinder sehr schnell gewusst, wo unser Platz ist. Ohne dass beispielsweise meine Eltern gefragt wurden, bin ich in einer sogenannten Ausländerregelklasse beschult worden. In der saßen nur türkische Kinder, die gerade aus der Türkei gekommen waren, mit türkischen Lehrkräften, die uns in türkischer Sprache alphabetisierten. An meiner damaligen Schule in Berlin-Kreuzberg waren sogar unsere Klassenräume in einem anderen Schultrakt untergebracht und unsere Pausenzeiten waren auch noch unterschiedlich. Die Segregation war also eindeutig.

Was mich zu dem gemacht hat, was ich heute bin, war die Tatsache, dass meine türkische Lehrerin meine Eltern überzeugte, mich in die deutsche Regelklasse wechseln zu lassen. Auf deren Einwand bezüglich meiner fehlenden Deutschkenntnisse, entgegnete sie: „Das wird schwer, aber das schafft sie.“ Ich kam dann tatsächlich im dritten Schuljahr in die Regelklasse und saß da unter lauter bildungs-

bürgerlichen deutschen Kindern. Die fanden mich zunächst interessant, doch als ich ihnen nicht antworten konnte, war ganz schnell klar: „Die ist doof, die spricht ja kein Deutsch.“ Sprache markiert eben viel. Das System ist übrigens völlig unvorbereitet mit Kindern wie uns umgegangen: Ich habe vom ersten Tag an alle Diktate mitschreiben müssen, ohne ein Wort Deutsch zu können. Dann kamen die Diktate zurück und bei mir stand immer drunter „unzensiert“. Das war so eine Schmach für mich, denn unzensiert war keine Note. Ich interpretierte die fehlende Noteneintragung als Botschaft: „Du gehörst nicht dazu“. Ich hatte dann das Glück, dass ich von einer anderen Außenseiterin, einem Heimkind, Deutsch lernte, weil wir nachmittags Zeit miteinander verbrachten. Innerhalb kurzer Zeit habe ich dann ein Diktat bekommen, das zum ersten Mal nicht unzensiert war, sondern eine 5+. Die wichtigste Note meines Lebens bis heute, weil ich an dem Punkt genau wusste: Du hast es geschafft, du gehörst jetzt dazu! Das war für mich der Wendepunkt von allem.

Als ich dann die Gymnasialempfehlung bekam, war meine Mutter verunsichert, ob ich es überhaupt schaffen könnte, da viele deutsche Nachbarn meinten, diese Schulform wäre zu schwer für ein Gastarbeiterkind, besser wäre die Realschule. Aber die Klassenlehrerin beruhigte meine Mutter. Dann bin ich aufs Gymnasium und habe auch die Probezeit geschafft. Was ich mit dieser Geschichte sagen will, und das schließt an Mesut Bayraktar an: Auch heute noch sind wir dem Punkt, Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte auf deren Migrationshintergrund zu reduzieren, in diese finale Kategorie zu packen und dort zu belassen. In 3., 4. Generation wird immer noch von „Kindern mit Migrationshintergrund“ geredet. Das erzeugt Aggression – zu Recht, weil die Selbstverortung eine ganz andere ist. Die junge Generation definiert sich über ihre Interessen, über Sport, über



Nach dem Brandanschlag von Solingen, bei dem am 29. Mai 1993 fünf Frauen und Kinder ums Leben kamen, fand am 5. Juni 1993 eine große Solidaritätsdemonstration statt.

© picture alliance | Peter Kneffel

ihre Freundschaftsnetzwerke, über das Studium, über Kunst und so weiter – aber nicht an erster Stelle über Migration. Das kann bei einem Teil von dieser jungen Generation tatsächlich dazu führen, dass sie sagen: „So, du machst mich die ganze Zeit zum Türken, jetzt zeige ich dir mal, was ein richtiger Türke/Moslem ist.“ Dazu gibt es Studien, die zeigen, dass bei manchen Jugendlichen diese Erfahrungen biografisch eine religiöse Radikalisierung begünstigen: Diskriminierung, Abwertungs- und Wertlosigkeitserfahrungen scheinen für einige ein wichtiger Wendepunkt zu sein. Besonders türkischstämmige Kinder und Jugendliche waren und sind solchen Erfahrungen häufiger ausgesetzt, weil sie als große, sichtbare Gruppe über ihre Ethnie, Sprache und Religion markiert werden.

LpB: Wir haben gerade über negative Zuschreibungen, Stereotypisierungen, Markierungen gegenüber türkeistämmigen Menschen gesprochen. Hundert Jahre Türkei ist dabei ja auch ein Anlass zu schauen, was für ein unglaubliches Potenzial dieses Land hat: Wir haben westliche/östliche Lebenseinstellungen, wir haben muslimische/säkulare Lebenseinstellungen. Es gibt auch viel mehr Ethnien in der Türkei als diejenigen, die eine Homogenisierung vorantreiben, wahrhaben wollen. Jetzt mal einfach umgekehrt gefragt: Ist es nicht auch an der Zeit, dass wir etwas in Deutschland von der Türkei lernen?

Mesut Bayraktar: Das ist nicht leicht zu beantworten. Seit ich ein politisches und historisches Bewusstsein habe, erlebe ich die Türkei unter der Regierung von Erdoğan und der AKP. Insofern fällt es mir schwer zu sagen, was wir von der Türkei lernen können – es sei denn, ich wende meinen Blick in Richtung der unterdrückten Klassen und ihrem Mut, sich bestimmten Formen von Spaltung, Diskriminierung und Ausgrenzung zu widersetzen. Hier hat die türkische Geschichte unglaublich viel zu bieten. Ein vielfältiges Miteinander kann gelingen, wenn man sich nicht auf der Ebene solcher Zuschreibungen, wie es Frau Engin aufgezeigt hat, begegnet, sondern auf einer Ebene politisch-ökonomischer Interessengemeinschaften. Denn dieses „Ich bin jemand, der ich nicht sein will“ hat nicht nur mit kulturellen Praktiken der Zuschreibung zu tun. Das hat auch eine politisch-ökonomische Grundierung. Es ist zum Beispiel in Deutschland kein Zufall, dass viele migrantische oder türkeistämmige Menschen nach wie vor in der Vielzahl Jobs haben, die man eher dem Niedriglohnsektor zuordnet. Ich selbst habe noch in Werkstätten geputzt. Ich glaube, dass diese Gründe eine große Rolle spielen. Wir haben auf der einen Seite die Scham in den Schulen erlebt, und auf der anderen Seite bestimmte einschneidende Ereignisse, wie etwa das Attentat von Solingen auf die Familie Genç. Ich selbst komme aus Wuppertal; für uns war das immer so, das hätte auch die Familie Bayraktar sein können oder die Familie Yilmaz. Dann kam die NSU-Selbstenttarnung, zuletzt Hanau. Nach alledem dachten wir, jetzt kommen wir alle zusammen auf die Straße und berufen das Straßenparlament. Am Ende waren da aber immer nur dieselben 300 bis 500 Leute und man hat sich schon gefragt, ist man blind, dass Nazis durch das Land laufen und Menschen ermorden oder Häuser in Brand setzen. Diese Erlebnisse, Erfahrungen und Reibereien, wie Sie es vorhin genannt haben, führten bei mir zu der Frage: Was ist das eigentlich, diese Beziehung Türkei–Deutschland? Unter diesem Gesichtspunkt kann ich Lehren ziehen und lernen.

Havva Engin: Lernen ist ein sehr starkes Wort. Aber was vielleicht für Deutschland zeithistorisch interessant sein könnte, sind die Gründungsjahre mit ihren Idealen, ihrem Modernisierungsschub zu Lebzeiten Atatürks. Die Republik

versuchte, Untertanen eines untergegangenen Reiches, unabhängig ihrer ethnischen, religiösen und sprachlichen Hintergründe, eine Heimat zu bieten. Dass es nicht bei allen funktioniert hat beziehungsweise nicht im ursprünglichen Sinne, das hat Mesut Bayraktar eingangs sehr eindrücklich dargelegt. Aber von der Grundidee ist es meines Erachtens wichtig zu fragen, was waren die Ausgangsbedingungen? Denn die Republik hatte die Bürde, das Erbe des Osmanischen Reiches, dieses auseinandergefallenen Vielvölkerreiches, anzutreten. Viele Verluste und Niederlagen mussten auf dem Weg bis zur Republikgründung hingenommen werden. Wenn man einmal überlegt, wie expandiert das Osmanische Reich zu Hochzeiten war und wieviel letztendlich übrigblieb, dann war es ein Wagnis, zu sagen: „Wir versuchen was komplett Neues.“ Und der Blick ging nach Europa, suchte nach Vorbildern innerhalb der Nationalstaaten. Das bedeutet, dass die positiven wie negativen politischen Auswirkungen von Nationalstaaten, auf die Mesut Bayraktar eingangs hinwies, auch die Türkei heimgesucht haben. Nichtsdestotrotz ging es um diese Idee, wer gehört zusammen und auf welcher Grundlage kommen wir zusammen, was macht unsere Identität als Nation aus. Manchmal habe ich das Gefühl, dass manche in der Türkei immer noch nicht durchdrungen haben, dass es was graduell anderes ist, Untertan oder eben Bürger eines demokratischen Landes zu sein. Wir stehen aktuell auch in Deutschland und in Europa an einem ähnlichen Punkt und fragen, was hält unsere Gesellschaft zusammen und auf welche Werte müssen wir uns verständigen? Hier ist die gesamte Bevölkerung gefragt, aus den Antworten ein „Wir“ zu machen. Das geht nicht ohne Brüche und Schmerzen. Nicht alle wollen mitmachen, andere wollen mitmachen, aber nicht so kategorisiert und platziert werden. Aus der Geschichte kann man lernen und sei es, dass man sagt: „So machen wir es künftig nicht.“

Das andere, was ich mir wünsche, ist das Lernen von der türkischen Begeisterungsfähigkeit. Man kann türkischstämmigen Menschen vieles unterstellen, aber nicht, dass sie nicht begeisterungsfähig wären. Wenn man sie richtig anspricht, sind sie schnell Feuer und Flamme und haben einen enormen Antrieb und Energie. Das konnte man aktuell auch bei der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sehen, wie sie anfangen, Erdbebenopfer zu bergen, lange bevor die staatlichen Kräfte eintrafen.

Es gibt ein bekanntes türkisches Sprichwort, was da lautet: *Türk gibi başlayıp, Alman gibi bitirmek* (Beginne wie ein Türke, beende wie ein Deutscher). Hier in Deutschland ist eine junge begeisterungsfähige türkeistämmige Generation herangewachsen, die trotz negativer Erfahrungen, ganz andere Wege geht. Diese Aufbruchsstimmung ist etwa in einer aktiven Gründerszene erkennbar, insbesondere im Dienstleistungssektor. Junge Menschen, die sich trauen und sagen: „Wird schon gut gehen.“ Dieses „Sich-trauen und auf den Weg machen“, täte unserer Gesamtgesellschaft auch ganz gut.

Das angesprochene Sprichwort gibt es übrigens schon seit Beginn der deutsch-türkischen Beziehungen vor über zweihundert Jahren.

Mesut Bayraktar: Wobei dieses Narrativ auch seine Schattenseiten hat. Diese deutsch-türkische Beziehung geht ja bis in die Zeit um 1830 und den preußischen General Helmuth von Moltke zurück, der federführend an der Ausbildung und Modernisierung des türkischen beziehungsweise osmanischen Militärs beteiligt war. Und im Militär heißt es, eine stramme Disziplin zu praktizieren und zu internalisieren, zu der nun einmal Ordnung, Gehorsam und

akkurates Auftreten gehört. Solche Narrative haben durchaus ihre Merkwürdigkeiten, gerade auch im Selbstverhältnis Deutschlands, das sich mit solchen Erzählungen noch heute als das Land der Ordnung und pflichttreuer Sorgfältigkeit inszeniert. Alle anderen, ob Frankreich, Polen oder die Türkei, seien im Gegenzug weniger ordnungsliebend und mehr von Bauch und Gefühlen getrieben, was offenkundig Unsinn ist. Ich erinnere an die deutsche Romantik und den Historismus, an Leute wie die Gebrüder Schlegel und Leopold von Ranke oder an den deutschen Faschismus und Leute wie Gottfried Benn und Joseph Goebbels, kurz, an die Erfindung des Deutschen Gefühls.

Wenn wir noch einmal zu der Gründungszeit der Republik zurückkommen: Es ist natürlich faszinierend, mit welchem revolutionären Reformprogramm Mustafa Kemal Atatürk dieses Land aufgebaut oder in die Wege geleitet hat. Ein politisches „Wir“ ist dabei immer zu konstruieren, der bereits angesprochene *demos*. In der Theorie bezog man sich auf die französischen Freiheitsideale, die 1789 in die Welt getragen wurden. Problematisch war allerdings schon damals – und das spielte auch bei der Republikgründung 1923 eine Rolle –, dass dieses „Wir“ sich auf der Grundlage bürgerlicher Freiheitsideale nur in Abgrenzung zu anderen Ethnien oder anderen Gruppierungen konstruieren ließ. Das ist meiner Ansicht nach ein fundamentaler Geburtsfehler, der in der Türkei wie in anderen Ländern immer wieder aufbricht. Der Völkermord an den Armeniern ist ein Beispiel. Man kann auch vom Dersim-Aufstand in den 1930er Jahren sprechen, noch unter Mustafa Kemal. Diese Schattenseiten, diese Muttermale muss man noch mehr ins Zentrum der Diskussionen stellen, um zu sehen, dass eine Gesellschaft sich erst dann von sozialer und politischer Gewalt befreien kann, wenn wirklich alle, die in einem Land leben, respektiert und an der Entwicklung des Landes und seinem Reichtum beteiligt werden.

LpB: Was muss denn passieren, um diese Geburtsfehler zu korrigieren – um eine historische Aufarbeitung, die die offizielle Geschichtsschreibung erweitert, zu praktizieren, um

andere Narrative und damit eine Art von Pluralismus in der Erinnerung zu ermöglichen, die ja eine ganz wichtige Voraussetzung für einen Demokratisierungsprozess ist?

Mesut Bayraktar: Wir reden hier von historischer Gerechtigkeit. Was zunächst passieren muss, ist die Anerkennung, dass man historisch Gewalt an bestimmten Gruppen verübt hat. Mit anderen Worten, ganz konkret die Anerkennung genozidaler Praktiken von der türkischen Staatsräson. Diese Dinge werden ja beispielsweise auch mit Blick auf die kurdische Bevölkerungsgruppe immer wieder ausgespielt, etwa kurz vor einer Wahl. Es gibt auch andere Gruppen, die immer wieder unter solchen Ereignissen leiden, wie die Aleviten und auch die türkische Linke. Daher muss diese Anerkennung stattfinden, eine Gleichberechtigung nicht nur formal hergestellt werden, sondern auch inhaltlich. Gemeinsam muss man an einem Prozess der Vergebung arbeiten. Das ist natürlich eine enorme Aufgabe, unter Umständen verbunden mit dem Wechsel des Personals und der Strukturen. Aber ohne das werden die Opfergruppen wechseln und die Spirale der Gewalt wird sich fortsetzen.

Havva Engin: Ich versuche mal aus der Sicht als Pädagogin zu antworten und zu fragen: „Wie sollten wir mit Erinnerungen umgehen und wie können wir ein kulturelles Gedächtnis aufbauen und weitergeben?“ Zentral hierbei ist die Mehrperspektivität. Wir beide haben ja schon betont, es gibt die offizielle Geschichtsschreibung und es gibt die Geschichten und Narrative der Menschen, die biographisch geprägt sind. Letztere sollten stärker forciert werden, um auch aus der individuellen Perspektive heraus die Erlebnisse, Erfahrungen und Hintergründe aufzubereiten. Das bedeutet, alle Archive zugänglich zu machen, mit Daten, Bild- und Textmaterial. Leid kann man nicht aufwiegen und ungeschehen machen, aber man kann aufarbeiten, was Verfolgung, Ermordung und Vertreibung für gesellschaftliche Auswirkungen haben, nicht nur auf die unmittelbar zeithistorischen Betroffenen, sondern auch auf folgenden Generationen und damit auf die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen.



Am 24. April 1915 begannen osmanische Truppen mit massenhaften Vertreibungen, Deportationen und Hinrichtungen der armenischen Bevölkerung. Den Hungermärschen und Massakern fielen bis zu 1,5 Millionen Armenierinnen und Armenier zum Opfer.

© picture alliance/ Associated Press

Es gibt Länder, denen die historische Aufarbeitung eher gelingt, vielleicht weil sie stärker unter politischem Druck stehen, sich auf den Weg zu machen. Aber meistens passiert es nicht freiwillig beziehungsweise aus freien Stücken. Man sieht, wie lange beispielsweise „junge Nationen“ wie die USA, Kanada oder Australien brauchten, sich ihrer Geschichte zu stellen und die First Nations anzuerkennen. Insofern ist es meines Erachtens wichtig, wenn man sagen kann: „Wir arbeiten gemeinsam unsere Geschichte auf“, ohne Vorabschuldszuweisungen, sondern um anschließend festzuhalten: „Was können wir aus dem Prozess mitnehmen, um künftig miteinander besser auszukommen, ohne zu nivellieren, ohne zu vergessen?“ Die Türkei war da schon mal weiter, auch unter Erdoğan. Bei Staatspräsident Abdullah Gül gab es 2009 eine Annäherung mit Armenien. Da waren die Erwartungen groß, auch hier in Deutschland gab es dazu viele Veranstaltungen. Und dann wurden diese Annäherungen stillschweigend ad acta gelegt, ähnlich wie im Falle der Kurdenthematik oder -problematik.

Was stärker passieren muss, und da ist Ihre Generation, Mesut, weiter, ist, auf vielfältigen Ebenen, biografisch, akademisch, künstlerisch genau diese Fragen zu stellen und Zugänge zu finden, gerade in der Diaspora. Noch fruchtbarer wäre es, wenn das, was in der Diaspora passiert, interagiert mit dem, was in der Türkei stattfindet. Das könnte ein ergiebiger Austausch werden – auch, weil von Seiten offizieller türkischer Politik eine Einmischung häufig nicht erwünscht ist.

LpB: Die Themen Menschenrechte und Gleichberechtigung, historisch wie aktuell, sind in der jüngsten Zeit durch die Black-Lives-Matter-Bewegung und postkoloniale Ansätze verstärkt in den Fokus geraten. Wie würden Sie das einschätzen, kann man diese Bewegungen, die im US-amerikanischen Kontext entstanden sind, auch nutzbar machen für die türkeistämmige Community in der Adressierung von historischer Ungleichheit und Diskriminierung?

Mesut Bayraktar: Es ist gut, dass Menschen sich zusammenschließen, um das Leiden der Körper an der herrschenden Politik auszudrücken. Dazu gehört auch die Black Lives Matter-Bewegung. Allerdings gibt es in den USA eine andere geschichtliche Ausgangssituation, insbesondere für Afroamerikaner. Dort hat eine brutale Form von rassistischer Einteilung und sklavischer Ausbeutung stattgefunden, die sich über einen Zeitraum von vierhundert Jahren erstreckt und noch heute wahrzunehmen ist. Die Debatten dort und ihre Koordinaten ohne Weiteres hier in Deutschland oder mit Blick auf die Türkei zu übernehmen, führt dazu, dass wir zu sehr nach den politisierten Kategorien der Farben oder nach Farben konstruierten Identitäten über Rassismus sprechen, und das macht uns kleiner als wir wirklich sind. Dann geht es nicht mehr um gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnisse, sondern um Diskriminierungsformen bezüglich einzelner Gruppen, denen mit allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsätzen geholfen wäre. Wenn wir sagen, wir dürfen nur Gerechtigkeit oder Gleichberechtigung fordern, weil wir uns Kurde, Alevite, Schwarz oder PoC nennen können, dann machen wir uns leise. Man muss antirassistische Forderungen, wenn sie politisch artikuliert sein sollen, in Verknüpfung mit dem Gemeinwesen tun und nicht als partikuläre Gruppe. Das heißt, man muss immer die gesellschaftliche Allgemeinheit miteinschließen. Gerade in Rassismusfragen ist es natürlich so, dass unmittelbar Türkei oder sonst wie -stämmige, in der Türkei selbst wiederum kurdische Gruppen, unmittelbar diese Gewaltexzesse am eigenen Leib erfahren, bis hin zur Folter und Vernichtung. Das bedeutet aber nicht, dass mittelbar türkische Gruppen in der

Türkei oder Deutsche in Deutschland, Linke, Gewerkschafter oder Bürgerrechtsaktivisten nicht von Rassismus betroffen wären. In meinem letzten Theaterstück, die *Gastarbeiter-Monologe*, gibt es eine Figur namens Bettina, die von ihrer ersten Liebe mit Mehmet, einem sogenannten Gastarbeiter, erzählt. Ihm wird eines Abends von Nazikindern übel zugesetzt und Bettina ist davon vollkommen traumatisiert und allmählich dämmert ihr als junge Frau Anfang der 1970er Jahre auf, dass eine Entnazifizierung nie wirklich stattgefunden hat.

Auszug aus „Gastarbeiter-Monologe“ von Mesut Bayraktar

BETTINA: (...) Früh in der Morgennacht brachen wir zu mir auf. Wir gingen zu Fuß. Alles war still und ich bemerkte, dass Mehmet was auf der Zunge brannte. Ich fragte nicht. Auf dem Rückweg wärmte ich meine Hände in seiner Manteltasche. Wir schwiegen. Dann überquerten wir einen Park, wo die Bäume durch den Schnee weiße Kleider trugen. Plötzlich hielt er an. „Was ist Mehmet? Ist dir übel?“, fragte ich. Wir hatten ja auch viel getrunken. Zähneknirschend schüttelte er den Kopf, und dann fiel er mit einem Knie auf den Boden, zog eine kleine, schwarze Schatulle aus der Hosentasche und fixierte mich. Das Blut schoss mir in die Wangen. Er sagte: „Bettina...“ Und im selben Augenblick tauchten Tim und seine Leute aus einem Gebüsch im Rücken von Mehmet auf. Ich schrie: „Steh auf!“ Während Mehmet mich überrascht und etwas traurig anstarrte, weil er seinen gerade begonnenen Satz nicht zu Ende bringen konnte, flog eine Faust wie ein Geschoss von der Seite auf seine Wange und er stürzte zu Boden. Ich wurde von hinten gepackt und festgehalten. Als Mehmet sich blutsuckend aufzurichten versuchte, schmettete Tim sein Schienbein in Mehments Bauch und er sackte auf dem Schnee zusammen. Dann trommelten sie mit Tritten auf ihn ein und schrien: „Verpiss dich dahin, wo du herkommst!“ und „Fass unsere deutschen Mädchen nicht an!“ und „Dreckiger Kanake!“ und „Ausländer raus!“ Ich schrie, fluchte, weinte, doch ich konnte nichts tun. Ich dachte, sie werden ihn umbringen. Dann öffneten Tim und einige seiner Freunde den Hosenstall. Ich wollte was sagen, aber meine Stimme war weg. Sie umringten Mehmet, der röchelnd und halb bewusstlos im rot verfärbten Schnee lag, und pinkelten. Einer grölte dabei „Ausländer raus!“ und als sie fertig waren, verschwanden sie. (...)

Bettinas Geschichte zeigt, dass Rassismus kein Halt macht vor dem Intimbereich, den wir Liebe nennen und von dem wir immer denken, er ist gesellschaftlichen Einwirkungen gegenüber immun. Im Gegenteil, Rassismus kann in der Hinsicht bis in die intimsten Bereiche eindringen, Knochen brechen, Körper verletzen, Herzen bluten lassen und das auch bei Deutschen, vor allem, wenn sie widersprechen. Mit anderen Worten: Je breiter rassistische Selektionspraktiken in einer Gesellschaft Fuß fassen, erst recht, wenn sie von Staatsorganen getragen werden, desto hasserfüllter ist eine Gesellschaft, desto feindseliger ist ein Gemeinwesen, desto verlogener verdrängt sie das zugefügte Unrecht an Menschen und die damit verbundenen sozialen Wahrheiten, und darunter leiden dann alle. Das kennen wir aus der Geschichte. Deswegen müssen wir auch das Gemeinwesen mit einschließen in die Forderung antirassistischen Zusammenlebens. Dann wird es wirklich politisch. Antirassismus bedeutet im Grunde genommen ja der unermüdliche gesell-



Gesprächsrunde am 14. November 2022 in der Landeszentrale für politische Bildung, v. l. n. r.: Sibylle Thelen, Mesut Bayraktar, Havva Engin und Maike Hausen.

© LpB

schaftliche Einsatz gegen Hass, Spaltung, Isolation und soziale Einsamkeit.

Havva Engin: Bei der Black-Lives-Matter-Bewegung ist klar erkennbar, dass es sich um eine in den USA entstandene Bürgerrechtsbewegung mit den zugehörigen Begrifflichkeiten und Kategorien handelt. Wenn man diese begrifflichen Zuschreibungen unreflektiert auf deutsche Kontexte überträgt, ergeben sich Kategorien, die nicht problemlos zu verwenden sind, wie beispielsweise *race*. Da braucht es andere Begrifflichkeiten für deutsche Kontexte. Der Ausgangspunkt ist sehr berechtigt, dass es den Kampf geben muss gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus. Ich plädiere dafür, auf unsere hiesigen Kontexte passende Begrifflichkeiten zu entwickeln beziehungsweise neu zu konzeptionalisieren.

Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist der Aspekt Demokratiepädagogik, um auf die beschriebenen Diskurse zu schauen und diese einzuordnen. Bei all den geschilderten Entwicklungen geht es insbesondere um die Machtfragen. Wer hat die Macht, über andere zu bestimmen? Wer hat die Deutungshoheit? Wer weigert sich, anderen gesellschaftlichen Gruppen Macht zuzuerkennen? Dabei betrifft Rassismus, wie Sie eben auch gesagt haben, Mesut, uns alle. Und für mich ist wichtig, Rassismus nicht verkürzt von der weißen Mehrheitsgesellschaft und gegen Nicht-Weiße gerichtet zu betrachten und allein nach weißen Privilegien zu fragen, sondern grundsätzlich Machtkonstellationen zu ergründen. Diese gibt es auch innerhalb der Migrationsgemeinden, dort findet ebenso Diskriminierung und Rassismus statt. Das zu reflektieren und pädagogisch handlungsleitend in die Schule zu bringen, ist für mich das A und O von Demokratiebildung. Damit kommen wir wieder an den Punkt der gemeinsamen Werte und zugehörigen Aushandlungsprozesse. Warum dürfen einige weniger sagen als an-

dere? Warum sind beispielsweise – nach über sechzig Jahren Migration aus der Türkei und aus anderen Ländern – die Migrationssprachen im Baden-Württemberg Bildungssystem nicht präsent? Können wir an dem Punkt von Gleichbehandlung und Anerkennung sprechen? Wohl kaum.

LpB: *Es geht um Gestaltung von Diversität. Da werden Diskussionen geführt, da wird Teilhabe eingefordert und das wird mittlerweile auch ganz unmittelbar artikuliert. So erklären sich viele Diskussionen, die auch wir bei der Landeszentrale führen, etwa bei der Erstellung unserer Bildungsangebote. Das Ganze findet ja auch in Zeiten statt, in denen die Demokratie international ganz gehörig unter Druck steht. Das zeigen Demokratieindexe; wir können in verschiedenen Ländern, auch in Europa, beobachten, wie die liberale Demokratie ausgehöhlt wird. Dabei haben wir uns auch schon längst angewöhnt, immer wieder auf die Türkei zu blicken und zu sagen: Das Land autokratisiert sich immer weiter. Was denken Sie, wie wird sich das Land weiter entwickeln? Und was bedeutet es für die Gesellschaft in der Türkei, wenn sich Populismus, Renationalisierung, Infragestellung von Demokratie auch in Europa breitmacht?*

Mesut Bayraktar: Zum einen sind es diese identitären Modelle von politischer Selbstermächtigung, die auch in rechter Hinsicht eine große Popularität haben, zum anderen hängt der Abbau von Demokratie sehr stark auch mit verschärften Klassenverhältnissen zusammen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in den letzten dreißig bis vierzig Jahren das Verhältnis zwischen jenen, die unglaublich viel Reichtum anhäufen, und jenen, die täglich schaffen und nichts als Nüsse dafür bekommen, immer weiter auseinandergeht. Meine Generation erlebt das gerade am eigenen Leib. Das führt zu Misstrauen, auch jenseits des Bosphorus. Solche Entwicklungen werden mit identitären Modellen der Rechten, die dann auch gerne fortschrittlich gelabelt wer-

den, ebenso in Ankara eingeholt. Zum Beispiel vor diesem Hintergrund die EU-Türkei-Beziehung. Die Türkei ist seit 2005 Beitrittskandidat, seitdem hat sich nichts getan, weil die Türkei noch nicht die „rechtsstaatlichen und demokratischen“ Standards der EU erfülle, was 2013 im Gefolge der Weltwirtschaftskrise dazu führte, dass sich die Türkei von der EU abwendete und sagte: „Okay, wir machen jetzt unser eigenes Ding.“ Türkisch sein bedeutete wieder sich stark zu fühlen. Drei Jahre später wird dann der Flüchtlingspakt zwischen der EU und der Türkei geschlossen. Die Türkei erhält 6 Milliarden Euro, damit sie die von Krieg und zerbombter Heimat geflohenen Menschen aus Syrien und dem Nahen Osten vor den Mauern der Festung Europa festhält und das Leid dieser Menschen wird politisches Kapital der Staaten und der Diplomatie. Dafür sind die „rechtsstaatlichen und demokratischen“ Standards in der Türkei plötzlich doch ausreichend. Dieses Hin und Her in der „strategischen Partnerschaft“ zwischen EU und der Türkei, wie die Diplomaten sagen, wird intensiv von der türkischen Staatsräson bedient und ist die Quelle von nationalem Populismus und dem Vertrauensverlust gegenüber jenen, die immer von Demokratie und Rechtsstaat sprechen.

Havva Engin: Vielleicht ergänzend dazu: Es wird sehr aufmerksam aus der Türkei verfolgt, wie in Europa mit vielerlei Maß gemessen wird. Handeln oder entscheiden der Westen oder die EU-Länder undemokratisch oder problematisieren ihr Vorgehen nicht im Nachhinein, dann wird das auch in der Türkei gerade von der jungen Generation sehr kritisch gesehen: „Wie kann es sein, dass in Europa, was sich als Hort von Demokratie und Gleichwertigkeit sieht und das sich selbst so einen Maßstab setzt, so etwas hingenommen wird?“ Das war auch der Grund, warum die Regierung Erdoğan ab 2013 eben diese Abkehr von Europa und diesem

demokratischen Ideal propagieren konnte, ohne dass es einen Sturm der Entrüstung gegeben hat. Nichtsdestotrotz gibt es in der Türkei eine kleine, sehr lebhaft Community in den großen Städten, darunter viele junge Menschen, die weiterhin noch an die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa glauben und sich dafür einsetzen.

Gleichzeitig gibt es aber auch einen Teil, der resigniert und ins Ausland geht. Insbesondere in den letzten fünf Jahren hat die Türkei Viele ihrer geistigen Elite verloren. Ein Großteil geht in die USA, nach Kanada, aber auch nach Europa. Allein in den letzten Jahren sind zwischen 15.000 und 20.000 türkische Akademikerinnen und Akademiker nach Deutschland gekommen. Das ist auch ein Zeichen dafür, inwieweit die intellektuelle Schicht bereit ist, die türkische Politik mitzutragen oder eben nicht.

LpB: *Wie passt denn diese Situation, dass es eine Abwanderung von Gebildeten gibt, wiederum damit zusammen, dass wir hier in Deutschland vermehrt Stimmen haben, die sagen, sie möchten irgendwann in die Türkei zurückkehren?*

Havva Engin: Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Die Abwanderung aus Deutschland war vor zehn Jahren schon deutlich höher. In der jüngeren Zeit ist die Abwanderung stark zurückgegangen oder sogar eingebrochen, aufgrund der schlechten finanziellen und ökonomischen Situation der Türkei. Von den jüngeren Generationen gehen nur diejenigen, die dort eine Chance für sich sehen, um eine Existenz aufzubauen und Geld zu verdienen. Von den älteren Generationen, die jetzt verrentet werden, sind es diejenigen, die ihren Lebensabend in der Türkei verbringen wollen. Das ist ja immer noch der Lebenstraum dieser Generation, die jedoch gar nicht in das politische oder gesellschaftliche Ge-



Frühe deutsch-türkische Verflechtungen: 1917 werden bei der AEG in Berlin osmanische Auszubildende angeleitet.

© picture-alliance/ akg-images | akg-images

schehen eingreifen (wollen). Aber die Mehrheit der Jüngeren hat eigentlich im Moment mit der Türkei abgeschlossen. Als Migrationspädagogin bewerte ich dies als eine Normalisierung des Migrationsprozesses, die zumeist in der dritten Generation eintritt. Durch die starke Hinwendung der Erdoğan-Regierung zu den türkischen Communities in Europa und das Werben um sie, wurden in den vergangenen Jahren diese Migrationsdynamiken unterbrochen. Das ist auch am Medienkonsum erkennbar; innerhalb der jungen Generation spielen türkische Medien eine Rolle, in denen das Narrativ „Eure Heimat ist die Türkei“ immer wiederholt wird. Die junge Generation wird auch mit historischen Stoffen eingefangen, zum Beispiel mit Serien über das Osmanische Reich, die eine Identifikationsfolie über historische Größe und Stärke anbieten. Vieles sind hochfiktive und konstruierte Narrative, aber die hiesige Gesellschaft hat dem bisher wenig entgegenzusetzen; da existiert eine identifikatorische Leerstelle. Stattdessen passiert das, was Mesut Bayraktar berichtet, nämlich dass er, Jahrgang 1990, noch erleben muss, dass er als Migrant und damit als nichtdazugehörig markiert wird. Dann darf man sich nicht wundern, dass die Hinwendung in die Türkei und zu der osmanischen Geschichte geht, obwohl man hier schon in der vierten Generation aufwächst.

Mesut Bayraktar: Ihre Frage zur Abwanderung trifft genau diese Polarisierung. Die Zahlen sprechen gegen eine Abwanderung. Das stimmt auch überein mit meiner Überlegung, dass die Türkei für die meisten Türkeistämmigen inzwischen ein Nicht-Ort ist, weil sie dort noch viel ortloser wären als hier. Diejenigen, die von einer Rückkehr sprechen, nutzen das eher als Projektionsfläche. Es gibt hier einen Zusammenhang zwischen kultureller, mentaler und psychologischer Hinwendung zur Türkei. Verstärkt wird dies dadurch, dass der türkische Präsident der innenpolitische Sprecher der türkischen Community in Deutschland zu sein beansprucht. Er ist kein Amtsträger der Bundesrepublik, aber genau diese innenpolitische Sprachfunktion besetzt er damit. Und warum? Weil die türkeistämmigen Deutschen oder sich als Türken verstehenden Menschen hier jahrzehntelang immer wieder von „Integration“ hören, nicht wahrgenommen werden und auch kaum eine politische Existenz haben. Und diese diskursive Leerstelle wird durch kulturelle Erzeugnisse, Fernsehserien und so weiter natürlich auch im Zusammenhang aktueller neoosmanischer Ambitionen bespielt.

LpB: Zum Abschluss dieses Gesprächs möchten wir Sie gerne fragen: Was wünschen Sie sich zum hundertjährigen Jubiläum der türkischen Republik? Wie können wir dieses Jubiläum gestalten?

Havva Engin: Ich wünsche mir, das Jubiläum als Anlass zu nehmen, um über die Zuwanderung aus der Türkei nach Deutschland zu sprechen. Diese Geschichte in den Blick zu nehmen und nach den historischen Verflechtungen zu schauen, damit nicht nur die beiden Länder, sondern auch die Kulturräume, die sich schon seit längerem befruchtet haben, sichtbar werden. Wenn man im Deutschen sagt: „Mach nicht so ein Heckmeck“, geht der Ausdruck wohl auf türkische Azubis zurück, die im Osmanischen Reich zwecks Berufsausbildung nach Preußen geschickt wurden. Als die dann Hunger hatten, riefen sie immer „*Ekmek, Ekmek*“, also „Brot, Brot, wir haben Hunger“. Daraus wurde „Heckmeck“.

Ebenso sollte man von den türkischstämmigen Menschen hier endlich als Deutsche sprechen und damit zeigen, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind und auch in Zukunft Teil dieses Landes sein werden. Dann würden wir endlich in die Normalität eines Einwanderungslandes kommen und aufhören, von Integration zu sprechen. Wir haben in Deutschland kein Integrationsproblem, wir haben ein Partizipationsproblem. Statt Integrationsdebatten benötigen wir mehr Anerkennung und Partizipationsmöglichkeiten. Dazu bedarf es entsprechender rechtlicher, gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf einer gemeinsamen Wertebasis, in die sich alle Bürgerinnen und Bürger einbringen. Es ist Zeit, dass wir in dritter, vierter Generation endlich die Normalität einläuten.

Mesut Bayraktar: Ich habe mich als Schriftsteller im Zusammenhang der sogenannten Gastarbeitergeschichte bereits im vergangenen Jahr mit dieser Frage beschäftigt. Dabei habe ich gesehen, dass es wie bei fast allen Dingen im Leben, eine große Lüge und eine kleine, aber doch bedeutsame Wahrheit gibt. In diesem Kontext war es die Lüge, diese Menschen seien alle Gäste. Die Wahrheit war, es handelte sich um arbeitende Menschen, Arbeiterinnen und Arbeiter. Es sollte das Ziel sein, dieses Wechselspiel zwischen Lüge und Wahrheit auch im Kontext der Gründung der türkischen Republik herauszuarbeiten, mit einer Perspektive von unten, um damit den Realitätssinn der Menschen zu steigern. In diesem Sinne wünsche ich mir für alle, die sich für Freiheit, soziale Gleichheit, Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit des Lebens einsetzen, den Menschen in der Türkei, sei es in der Arbeiterbewegung, in der Gewerkschaftsbewegung, in der Bürgerrechtsbewegung, seien es die Akteure aus Gezi – all diesen Menschen wünsche ich Mut, Tapferkeit und Ausdauer, auch wenn es schwierig ist. Und hier in Deutschland eine unmissverständliche Solidarität mit diesen Bemühungen und diesem Engagement und dass wir uns davon auch inspirieren lassen. Und zuletzt wünsche ich mir, dass wir diese diskursiven Leerstellen, von denen wir heute gesprochen haben, weder Ankara noch Berlin überlassen, sondern das Mikrofon den arbeitenden und unterdrückten Menschen geben. Für ein besseres Leben.

KURZVITA

Mesut Bayraktar,

geb. 1990 in Wuppertal, ist Autor der Romane „Wunsch der Verwüstlichen“ und „Aydin“ sowie eines Sachbuchs zur politischen Philosophie G.W.F. Hegels „Der Pöbel und die Freiheit“. Im November 2021 wurde sein Theaterstück »Gastarbeiter-Monologe« im Deutschen Schauspielhaus Hamburg erstaufgeführt.

Havva Engin,

geb. 1968 in Edirne/Türkei, kam 1974 als Gastarbeiterkind nach Berlin. Ausgebildete Gymnasiallehrerin für Deutsch und Biologie; 2003 Promotion; 2005-2009 Juniorprofessorin für Sprachförderung (PH Karlsruhe); 2009-2010 Professorin für kindliche Sprachentwicklung (FH Bielefeld); ab 2010 Professorin für Interkulturelle Pädagogik (PH Heidelberg).

Jugend in Deutschland – Jugend in der Türkei

Teilhabeforderungen und resignativer Rückzug?

Hacı-Halil Uslucan

In seinem Beitrag fokussiert Hacı-Halil Uslucan ausgewählte zentrale Aspekte der Lebenswelt junger Menschen in der Türkei sowie junger türkeistämmiger Menschen in Deutschland. Dafür skizziert er zunächst Jugend als eine spezifische Lebensphase aus einer psychologischen Perspektive und erweitert diese um Besonderheiten der Identitätsentwicklung in der Türkei und in Deutschland. Anschließend blickt er vor allem auf junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und die Facetten ihrer Akkulturation, das heißt ihrer kulturellen und psychologischen Herausforderungen, sich in Deutschland zu beheimaten. Zuletzt richtet Uslucan wieder den Blick auf die Jugend in der Türkei und beschreibt die zentralen existenziellen Herausforderungen, vor denen sie in den letzten zwanzig Jahren steht. Dabei gibt es keinen klaren Schnitt, wann genau die Jugend beginnt und aufhört, es kann aber von einem groben Zeitausschnitt des Lebens zwischen etwa 15 und 30 Jahren ausgegangen werden.

Die Jugend als eine spezifische Lebensphase

Aus einer psychologischen Perspektive ist festzuhalten, dass Jugend in allen Gesellschaften eine recht prekäre und gefährdete Phase darstellt: Sie ist ein Schwellenzustand, in dem eine Reihe physischer (Pubertät) und psychischer Um-

brüche (aktive Identitätsentwicklung) stattfinden. Jugendliche können in vielen Gesellschaften zum einen den Schonraum der Kindheit nicht mehr beanspruchen; andererseits sind sie aber noch keine vollwertigen Erwachsene: Sie können nicht an allen Bereichen des Lebens teilnehmen und nicht immer eigenverantwortliche Entscheidungen fällen. Die Jugend ist in der Regel eine Phase intensiver Sinnkons-



Ob man türkischer, deutscher, japanischer oder anderer Herkunft ist, wird dann erst relevant, wenn auch andere Herkünfte eine Rolle spielen, gegenüber denen eine Differenz markiert wird.

© Adobe | Prostock-studio

truktionen, bei der die allmähliche Ablösung von den Eltern, die Einbindung in neue Peergroups und die Entwicklung eines sozialen und personalen Selbst, die aktive Identitätsentwicklung, im Mittelpunkt stehen, auch wenn hier, vor allem mit Blick auf männliche türkeistämmige Jugendliche, so etwas wie ein „kulturelles Moratorium“, eine Phase der ermäßigten Verantwortlichkeit (im Türkischen: *delikanlı*, wörtlich übersetzt: „der mit dem dummen/überschäumenden Blut“, „Heißsporn“) zugebilligt wird. In dieser Phase werden insbesondere Jungen Fehlverhalten/Devianz eher verziehen; für Mädchen gilt es in dieser Form kaum. Festzuhalten ist aber: Das Jugendalter bildet einen Lebensabschnitt, der für die Entwicklung der Identität von besonderer Relevanz ist. Daher ist zu erwarten, dass lebensgeschichtliche Verunsicherungen, politische und ökonomische Verwerfungen etc. nicht spurlos an Jugendlichen vorbeiziehen, sondern auf sie als Herausforderungen wirken. Sie können diesen aktiv und konstruktiv, passiv-hinnehmend oder aber auch durch Gewalt nach außen (Aggression) oder Gewalt nach innen (Depression/Selbstverletzungen etc.) begegnen (Fuhrer/Josephs 1998).

Komplexe Identitätsentwicklungen: Deutschland

Wenn wir uns vor diesem Hintergrund die Entwicklungsaufgaben von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte anschauen, dann wird eines sehr deutlich: Diese sind vielfach anspruchsvoller als die der einheimischen Jugendlichen. In der Adoleszenz haben sie – wie alle junge Menschen – zunächst eine angemessene Identität und ein kohärentes Selbst zu entwickeln, aber sie haben sich zusätzlich auch noch mit der Frage der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sprachlichen Minderheit auseinander zu setzen und hierbei eine „ethnische Identität“ zu entwickeln. Diese „ethnische Identität“ wird in der Regel nur im Kontext einer Kopräsenz von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie Kontakten mit ihnen bedeutsam (Phinney et al. 2001). Das heißt, ob man etwa türkischer, griechischer, spanischer Herkunft ist, wird dann erst relevant, wenn auch andere Herkunft eine Rolle spielen, gegenüber denen eine Differenz markiert wird. Im Herkunftsland der Türkei, so diese als homogen wahrgenommen, wäre das kein besonderer Marker; allenfalls in der Absetzung von Türken gegenüber Kurden oder anderen Minderheiten.

Insofern wird Ethnizität verstanden über eine Gruppenmitgliedschaft, über die Suche nach einer gemeinsamen Identität beziehungsweise nach etwas Verbindendem sowie die Wahrnehmung der Existenz bestimmter Stereotype über die eigene Gruppe in der Mehrheitsgesellschaft (Vgl. Bracker 2017: 11). Ethnizität ist natürlich nicht etwas schon immer Gegebenes, sondern wird vielmehr in Aushandlungsprozessen konstruiert. Für die ethnische Identifikation, und das zeigt neben Phinney et al. (2001) auch die Soziologin Annette Treibel (2008) sehr schön, sind Fremdzuschreibungen sowie individuelle Zugehörigkeitsgefühle gleichermaßen konstitutiv. Vor allem junge Menschen mit Bezügen zur Türkei sind häufiger konfrontiert mit Selbst- und Fremdzuschreibungen als ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten und müssen diese in ihrer Identitätsentwicklung produktiv verarbeiten. Sie werden vielfach zu „Migrationsanderen“ gemacht, wie es der Erziehungswissenschaftler Paul Mecheril (2004) formuliert. Insbesondere Jugendliche, die in einem multikulturellen Kontext leben und die Mehrheitskultur womöglich als ablehnend, feindlich und diskriminierend erleben, sind stärker der Gefahr ausgesetzt, ein gebrochenes Selbstbild zu entwickeln, das heißt sie müssen

die unterstellte Rangniedrigkeit kompensieren. Ferner fordert der Alltag Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich mehr Ambiguitätstoleranz ab als Einheimischen. Was heißt das konkret? Sie sind in alltäglichen Kontexten viel häufiger mit Situationen konfrontiert, in denen sie eine Unvereinbarkeit (oder auch nur Mehrdeutigkeit/Uneindeutigkeit) von unterschiedlichen kulturellen Zielen und Anforderungen erkennen und diese irgendwie für sich und für andere lebbar lösen müssen; sie müssen sich also Fragen stellen wie etwa: Was bedeutet es für meine türkische Community? Wie müsste ich mit Bezug auf meine deutsche Freundschaft handeln?

Generell stellt Ambiguitätstoleranz in der Moderne eine enorm wichtige psychologische Ressource dar: Widersprüche aushalten zu können, ohne daran zu zerbrechen. Statt nur als eine Defizit- oder Mangelsituation kann also diese potenziell höhere Ambiguitätstoleranz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch als eine Stärke, als ein potenzieller Schatz ihrer Bikulturalität gesehen werden. Denn dadurch werden Personen bemächtigt, „in vielen Traditionen zu Hause“ zu sein und ein flexibles Selbst zu entwickeln, das unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden kann. Deshalb gilt es, bei der Deutung der Entwicklungsprozesse von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte die bisherigen, etwas vereinfachenden Deutungsschemata, die ihre Situation als ein „Zwischen-Zwei-Stühlen-Stehen“, „Zwischen-Zwei-Welten“ betrachten und dabei insbesondere Momente von Zerrissenheit betonen, zu revidieren. Diese Nicht-Festlegung der Identität in der Jugend kann sogar, entlang der Arbeiten des kanadischen Psychologen James E. Marcia (1989), als die durchaus angemessenere Antwort auf heutige Anforderungen, sich in einer pluralen Gesellschaft multikulturell zu orientieren, betrachtet werden. Die Festlegung auf eine ethnische Identität ist vor allem dann höchst bedenklich, wenn diese über eine Fremdbestimmung zustande kommt. Darin wird vor allem, wie auch Philip Bracker (2017) darauf hinweist, das Wirken von Mehrheits- bzw. Machtverhältnissen sehr klar deutlich.

Doch was sind die markanten Merkmale der Identität junger Türkeistämmiger? In einer zwar schon etwas älteren, aber repräsentativen Studie mit 2187 deutschen und türkischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren haben die beiden Pädagogen Jürgen Raithel und Joachim Mrazek (2004) festgestellt, dass für die Identitätsdefinition deutscher Jugendlicher neben der primär nationalen Identität (deutsch) die sozialräumliche Verortung (als Kölner, Berliner, Duisburger etc.) und dann aber schon eine überregionale Zugehörigkeit (Europäer, Weltbürger) zentral war, diese aber bei den türkeistämmigen Jugendlichen deutlich differierte. Zunächst war auch bei ihnen primär die national-ethnische (türkisch) Zugehörigkeit (94 %) wichtig, gefolgt von der Kategorie „Muslim“ (86 %) und dann aber bemerkenswerterweise der Kategorie „Ausländer“ (72 %). Das Gefühl, nicht Teil dieser Gesellschaft zu sein, bildete also eine Kernkomponente ihrer Identität. Die religiöse Dimension spielte für deutsche Jugendliche kaum eine Rolle; nur etwa 8,3 Prozent hatten die Kategorie „Christ“ angegeben. Generell hatten sich die türkischen Jugendlichen mehr „türkisch“ gefühlt als deutsche sich „deutsch“ fühlten, wenngleich sich bei der nationalen Identifikation markante Bildungseffekte bei deutschen Jugendlichen zeigten – Hauptschüler fühlten sich eher als „deutsch“, Gymnasiasten eher als „Weltbürger“. Hingegen ließen sich für die ethnische Identität der Türkeistämmigen kaum Bildungseinflüsse verzeichnen, jedoch waren Bildungseffekte bei der religiösen Dimension vorzufinden: Türkische Hauptschüler fühlten sich eher als Muslime; Gymnasiasten etwas weniger.

Auf ähnliche Befunde verweist auch die Shell-Jugendstudie von 2019: Während es beispielsweise in vielen Fragen wie etwa der Bedeutung von Freundschaft, Partnerschaft, Familie undsoweiter kaum nennenswerte Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund gibt (Differenzen von nur drei bis vier Prozentpunkten), sind die größten Unterschiede in religiösen Fragen: Hier bejahten beispielsweise rund 61 Prozent der befragten Jugendlichen aus der Türkei sowie aus den arabischen Ländern, an Gott zu glauben, während dies bei den deutschen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund nur etwa 24 Prozent betrug (Vgl. Shell Deutschland Holding 2020: 131).

Komplexe Identitätsentwicklung: Türkei

Eines der zentralen Unterschiede zwischen der Entwicklung junger Menschen in Deutschland und der Türkei sind die deutlich stärker ausgeprägten geschlechtsspezifischen Muster, die oben schon kurz erwähnt wurden (Jugend als Moratoriumsphase): So zeigen bereits die frühen Arbeiten der türkischen Sozialpsychologin Çiğdem Kâğıtçıbaşı, dass die Identitäts- und Subjektentwicklung in türkischen Familien schon vor der Geburt beginnt. Während der Schwangerschaft neigen Eltern dazu, ein Geschlecht zu bevorzugen. In den meisten Regionen der Türkei werden männliche Nachkommen vorgezogen; zugleich gelten für diese unterschiedliche Erwartungen und Werte als für weibliche Nachkommen. Das lässt sich auch an den Ergebnissen der kulturübergreifenden Forschungen zum sogenannten *Value of Children* (VOC) ablesen, wo auch Daten über den Wert von Kindern bei türkischen Eltern vorliegen. Die Sozialisation eines türkischen Jungen wird begleitet von einer gewissen patriarchalen Autoritätskultur. Charakterzüge wie Gehor-

sam und Respekt vor Autoritäten werden stark gefördert, so dass die Sozialisation eben jener Charakterzüge überbestimmt zu sein scheint. Männliche Kinder werden darauf vorbereitet, ihre autoritäre Rolle im späteren Leben auszufüllen. Vor diesem Hintergrund werden die Jungen stärker dazu erzogen, dominant, aktiv und kompetent zu sein (Kâğıtçıbaşı/Sunar 1997: 157 ff.). Auch gewähren türkische Eltern ihren Söhnen oft mehr Unabhängigkeit und erlauben diesen mehr Aggressivität, während sie von ihren Töchtern eher Abhängigkeit, Familialismus und Normtreue erwarten. Diese Geschlechtersegregation setzt sich – insbesondere in den ländlichen Regionen – auch nach der Eheschließung fort. Mit zunehmendem Bildungsstatus und mit der Häufigkeit zu urbaner beruflicher Beschäftigung und einem entsprechenden Lebensstil verbessert sich jedoch der gesellschaftliche Stellenwert der Frauen. Urbanität, Anonymität und ökonomische Unabhängigkeit, die vielfach an bessere Bildung gekoppelt ist, tragen zu einer deutlichen Emanzipation junger Frauen von diesen starren Rollen bei.

Ein anderes Merkmal der Jugendsozialisation in der Türkei – und das zeichnet sie womöglich positiv als Ressource aus – ist der Nationalstolz. Im Gegensatz zu Deutschland, wo türkeistämmige Jugendliche sich immer mit einer unterstellten geringeren Wertigkeit auseinandersetzen müssen, ist die Stolzsozialisation – für Mädchen wie für Jungen – ein besonderer Marker und dient dem eigenen Selbstwert.

Generell wird die Türkei oft den Gesellschaften zugerechnet, in denen sowohl Scham (Wie steht man in den Augen der anderen?; Bedeutung der Einhaltung sozialer Normen) als auch Stolz kulturell stark betont werden und in sozialen Interaktionen eine bedeutsame Rolle spielen, während sie



Der Nationalstolz und damit verbunden die Stolzsozialisation ist in der Türkei, wie etwa hier bei Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag *Demokrasi ve Milli Birlik Günü* (Tag der Demokratie und Nationalen Einheit) am 15. Juli, ausgeprägter als in Deutschland.

© picture alliance / ZUMAPRESS.com

beispielsweise in Deutschland eher zu den *emotions of low visibility* zählen, die kulturell nicht besonders elaboriert und im sozialen Verhalten nur von untergeordneter Bedeutung sind. Vor allem für Türken in der Türkei, insbesondere in den pädagogischen Institutionen, gehört die Dimension des Nationalstolzes systematisch zur curricularen Habitusbildung, zur Charakterformation. Dies lässt sich exemplarisch an folgenden Aspekten festmachen:

Fast in jeder Schule sind folgende Aussprüche/Maximen Atatürks (des Republikgründers) aus den 1930er Jahren zu finden:

1. *Ne mutlu türküm diyene* („Wie stolz für den, der sich ein Türke nennen kann“).
2. *Türk, öğün, çalış, güven* („Türke, rühme dich (sei stolz), arbeite und vertraue“).

Zwar sind die historischen Bedingungen andere als zu der Zeit der 1920er Jahre, in der diese Maximen einer von vielen Kriegen und massiven Gebietsverlusten gebeutelten Nation neue Zuversicht geben sollten. Dennoch spielen sie beispielsweise über den ungebrochen hohen Nationalismus rechter wie linker politischer Gruppierungen nach wie vor eine bedeutende Rolle. Andererseits ist jedoch, quasi als Kontrapunkt hierzu, zugleich zu berücksichtigen, dass eine starke Hervorkehrung des Stolzes im Widerspruch zum islamischen Selbst- und Menschenverständnis steht, wofür die heutige Türkei auch steht: Dort wird der Mensch als ein Geschöpf verstanden, das eingefasst ist in eine umfassende Gehorsamsstruktur und das seinem Schöpfer dankbar und gehorsam zu sein und eher eine devote, bescheidene, sich und seine Bedürfnisse kontrollierende, zurücknehmende Haltung zur Welt zu haben hat. Diesen psychischen Widerspruch auszubalancieren: Auf der einen Seite stolz zu sein als Türke, bei gleichzeitiger Wahrnehmung der nur durchschnittlichen Bedeutung im europäischen bzw. weltweiten Vergleich, sowie des islamischen Gebotes der Selbstzurücknahme, ist Teil täglicher Identitätsarbeit der türkischen Jugend. Und abhängig von diesen spezifischen individuellen Entwicklungsaufgaben zählt die Jugend als soziale Gruppe, nach Ansicht verschiedener Expertengruppen, zu den größten gesellschaftlichen Problembereichen beziehungsweise Herausforderungen in der Türkei (Vgl. Baş 2017); und sie stellt, im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften mit etwa knapp 17 Prozent Bevölkerungsanteil (im Vergleich: Spanien 9,7 %; Italien 9,8 %; Deutschland 10,8 %) einen recht großen Anteil dar (Stand 2014, vgl. Baş 2017: 265).

Türkeistämmige Jugend in Deutschland zwischen Teilhabe und Ausgrenzung

Während für die türkische Jugend in der Türkei als zentrale existenzielle Sorgen die angemessene Einmündung in den Arbeitsmarkt, politische und wirtschaftliche Liberalität sowie Vertrauen in Institutionen ausfindig gemacht werden können, auf die später noch detailliert eingegangen werden wird, ist die zentrale Aufgabe der türkeistämmigen Jugend in Deutschland, gesellschaftliche Teilhabe angesichts einer Minderheitensituation zu erlangen.

Doch wie werden Zugewanderte Teil der bereits vor ihnen bestehenden communities? Die Vorstellung, ihre Vergemeinschaftung folge einer unaufhaltsamen und allmählichen Ablösung von herkunftskulturellen Bezügen und münde in einer bruchlosen Annahme der Lebensentwürfe sowie der Alltags- und Sprachpraxis der neuen Gesellschaft wird der Realität nicht ganz gerecht. Denn sowohl erwachsene Zuwanderer als auch ihre Nachkommen sind in ihren

lebensweltlichen Praktiken in mindestens doppelte soziale Bezugsnetze – manchmal sogar auch in transnationale, also in die Heimat ihrer Eltern hineinreichende – involviert. Sie haben sich in ihrem Alltag sowohl zur eigenen Ethnie beziehungsweise zur Herkunftsethnie der Eltern, aber auch zu Anforderungen und Lebensentwürfen der Aufnahmegesellschaft beziehungsweise der Einheimischen, zu positionieren. Dieser Bezug zum Herkunftsland wird vielfach zunächst von den Eltern an die Kinder weitergegeben sowie durch bestehende und intensive familiäre Beziehungen aufrechterhalten. Der Bezug zum Herkunftsland erfolgt jedoch, gerade im schulischen Kontext, auch durch die Zuschreibung von Dritten – als „Ausländer“, „Türken“, „Kurden“ oder „Muslime“. Zugleich werden diese Verbindungen natürlich auch durch die technologische und infrastrukturelle Entwicklung grenzüberschreitender Orientierungen und Lebensweisen, etwa durch die sozialen Medien, stark gefördert.

In Anlehnung an ein Modell der kulturvergleichenden Psychologie, das vor allem von Berry et al. (1987) vorgeschlagen wurde, lassen sich dabei vier idealtypische Formen der Orientierung in der neuen Gesellschaft unterscheiden: Integration, Assimilation, Separation und Marginalisierung. Bei den Akkulturationsorientierungen „Integration“ und „Assimilation“ sind die Orientierungen eher fokussiert auf die aufnehmende Gesellschaft. Die Ausrichtung „Separation“ ist dagegen durch eine klare Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft und der gleichzeitigen Hinwendung zur eigenen Ethnie beziehungsweise dem ethnischen Hintergrund der Eltern gekennzeichnet; und schließlich bedeutet „Marginalisierung“ eine teils willentliche, teils auch erzwungene Abgrenzung sowohl von intra- als auch interethnischen Beziehungen, das heißt eine Abwendung von mehrheitskulturellen Lebensentwürfen als auch von den Lebensentwürfen der eigenen (oder elterlichen) Herkunftsgesellschaft. Festzuhalten ist aber, dass diese verschiedenen Orientierungen keineswegs statisch sind (also einmal separationistisch, dann immer separationistisch), noch sind sie als willkürliche Entscheidungen des Einzelnen zu verstehen. Vielmehr sind diese Orientierungen ihrerseits von den positiven wie negativen Erfahrungen in der Aufnahmegesellschaft abhängig, etwa von den erfahrenen Diskriminierungen oder Ausgrenzungen, die dann oft zu einer Rückwendung zur eigenen Gruppe führen können. Denn wahrgenommene Diskriminierung erhöht auf der einen Seite die Identifikation mit der Eigengruppe; gleichzeitig erschwert sie jedoch die Identifikation mit der Fremdgruppe. Dies wird auch in einer jüngeren empirischen Studie des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) zur politischen Partizipation und Identifikation Türkeistämmiger ziemlich deutlich: So fühlen sich Nachfolgegenerationsangehörige, die Diskriminierung erfahren haben, stärker der Türkei zugehörig als solche, die keine Diskriminierungserfahrungen angegeben haben (Sauer 2018).

Im politischen Diskurs ist die Neigung der Türkeistämmigen in Deutschland zur AKP und zu Erdoğan für Einheimische kaum nachvollziehbar. Zwar haben Türkeistämmige die bis etwa 2016 anhaltende positive wirtschaftliche Entwicklung der Türkei unter der AKP-Regierung im Urlaub gut beobachten können und auch in Deutschland einen gewissen Stolz auf ihr Herkunftsland entwickelt, aber allein diese positive wirtschaftliche Entwicklung kann die Sympathie mit der AKP nicht zur Gänze erklären, weil die direkte Betroffenheit über das Wirtschaftswachstum sie kaum berührt. Hier scheinen Fragen von Zugehörigkeit und der öffentlichen Kommunikation über Türkeistämmige, Selbst- und Fremdplatzierungen eine größere Rolle zu spielen: Denn vielfach werden auch „gut Integrierte“ in „Geiselhaft“ für die



Der Zuspruch vieler junger Türkeistämmiger zur AKP und zu Erdoğan, zum Beispiel bei seinem Besuch der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld im September 2018, ist auf den ersten Blick nur schwer nachzuvollziehen. Auf den zweiten Blick spielen vor allem Fragen von Zugehörigkeit und öffentlicher Kommunikation über Türkeistämmige sowie Selbst- und Fremdplatzierungen eine Rolle.

© picture alliance | Christoph Hardt/Geisler-Fotopress

türkische Politik genommen und in eine Position gerückt, aus der heraus sie „ihre Heimat“ verteidigen müssen, gleichwohl sie möglicherweise persönlich daran nichts Verteidigungswertes finden. Und zudem werden Türkeistämmige im Gegensatz zu deutschen Medien und Politikern von Erdoğan mit einer symbolträchtigen und emotionalen Sprache hofiert; und er ist im emotionalen Einbindungswettbewerb deutlich erfolgreicher, weil eine solche Rhetorik hierzulande nicht üblich ist.

Ein Aspekt wird jedoch bei diesen Debatten vielfach unterschlagen: Wir müssen bei der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland viel stärker zwischen der heimatlichen Bindung an das Herkunftsland der Eltern und der Unterstützung der derzeitigen türkischen Regierung unterscheiden. Die weit überwiegende Mehrheit der Türkeistämmigen in Deutschland – auch wenn sie bereits hier geboren wurden – spürt neben der Verbundenheit zu Deutschland nach wie vor eine enge Bindung an die „Heimat“ Türkei im Sinne einer familiären Verwurzelung und kulturellen Prägung. Dabei ergänzen sich die beiden Identitäten; sie stehen nicht in einem Konkurrenzverhältnis, was jedoch in alltäglichen Interaktionen junger Menschen den Einheimischen kaum zu vermitteln ist. Auch das politische Interesse der Türkeistämmigen bezieht sich auf beide Länder gleichermaßen, wobei ein hohes Interesse an türkischer Politik auch mit einem hohen Interesse an deutscher Politik einhergeht. Das heißt also, dass eine allgemeine politische Sensibilität ein Interesse für Verhältnisse in beiden Ländern signalisiert. Die Bindung an die Türkei hat bereits vor dem dortigen Putschversuch im Jahre 2016 gerade unter Nachfolgegenerationen etwas zugenommen. Diese hohe Türkeiorientierung und die Unterstützung der türkischen Re-

gierung bei jungen Türkeistämmigen kann in Teilen mit dem sehr weit verbreiteten Gefühl von Andersartigkeit und Distanz, mit geringer Teilhabe sowie der als mangelhaft wahrgenommenen Akzeptanz – besonders seitens der Politik der Mehrheitsgesellschaft – erklärt werden. Nach soziodemografischen Merkmalen differenziert, ergibt sich folgendes Bild der „Heimatverbundenheit“ (Tab. 1).

Wir sehen also eine tendenziell etwas stärkere Türkeiverbundenheit bei den Männern, eine kaum nachlassende Verbundenheit bei der dritten Generation, eine deutlich höhere Verbundenheit bei den Religiösen sowie eine höhere Türkeiverbundenheit, wenn es im Alltag nur geringe Interaktionen mit einheimischen Deutschen gibt. Als eine positive Botschaft ist jedoch festzuhalten: Der weitaus größere Teil der befragten Türkeistämmigen fühlt sich über Jahre sowohl mit Deutschland als auch mit der Türkei verbunden, hat also zwei „Heimate“ (Vgl. Sauer 2018).

Jugend in der Türkei zwischen Hoffnung und Resignation

Was sind die zentralen Anliegen der jungen Menschen in der Türkei? Einen guten Einstieg zu dieser Thematik bieten die Ergebnisse einer recht aktuellen Umfrage vom März 2022 der türkischen Politologin Evren Balta und ihres Kollegen Hatem Ete (2022). Deutlich wird darin, dass mit etwas mehr als 50 Prozent die ökonomische Lage beziehungsweise wirtschaftliche Ängste die jungen Menschen und Erwachsenen beschäftigten; mit weitem Abstand folgten Fragen der Gerechtigkeit bzw. Justiz. Höchst bedenkenswert ist hierbei die Antwort auf die Frage nach Vertrauen in Institutionen:

Tabelle 1

HEIMATLICHE VERBUNDENHEIT MIT DEN BEIDEN LÄNDERN NACH DEMOGRAFISCHEN MERKMALEN, TEILHABE UND WAHRNEHMUNGEN – NUR NRW (in Prozent)

		Türkei	Deutschland	Beide Länder	Keines
Geschlecht	Männlich	53,5	14,1	28,9	3,5
	Weiblich	46,7	20,0	31,3	2,0
Generation	Erste	51,4	14,5	32,6	1,4
	Zweite	47,6	20,4	28,9	3,1
	Dritte	43,6	17,2	38,7	0,6
	Heiratsmigranten	60,8	10,1	24,7	4,4
Religiosität	Sehr / eher	55,1	14,0	28,5	2,3
	eher nicht / gar nicht	33,8	29,6	32,4	4,2
Interaktion	gering	63,0	7,4	25,9	3,7
	eher gering	61,7	13,3	23,0	2,0
	eher hoch	52,2	12,9	33,1	1,8
	hoch	43,0	23,0	30,5	3,5

Quelle: Sauer 2018, S. 16

Hier bekam die Justiz die geringsten Werte: Nur 29 Prozent vertrauten der Justiz als Institution (im Vergleich dazu betrug das Vertrauen an das türkische Militär etwa 70 %). Deutlich abgefallen als dominante Sorge ist das Terrorproblem mit etwa knapp 7 Prozent. Ein geringes Vertrauen in Institutionen des Rechts bedeutet im Gegenzug, dass zwischenmenschliche Vereinbarungen, Konflikte etc. nicht delegiert werden können (weil man auf die Justiz nicht vertraut), sondern diese persönlich regeln beziehungsweise lösen muss, was das Gewaltpotenzial sowie Spannungen in einer Gesellschaft erhöht. Institutionenvertrauen hing in dieser Studie ganz stark davon ab, ob der Einzelne eine ideologische Nähe zu der regierenden AKP aufwies oder nicht.

Skeptisch zeigt sich die junge Generation darin, ob Politik überhaupt die gesellschaftlichen Probleme in der Türkei wird lösen können. Erkennbar ist das an einer empirischen Studie von Ali Fuat Gökce, İlbey Özdemirci und İbrahim Halil Ceylan, bei der etwas mehr als 60 Prozent der befragten jungen Menschen (Studierenden) verneinten, dass in der Türkei die Probleme seitens der Politik behoben werden können (Gökce/Özdemirci/Ceylan 2017: 289–319).

Während in Deutschland vielfach das mangelnde Interesse der Jugend an der Politik beklagt wird, ist der Befund der Autoren höchst bedenkenswert, dass etwa knapp zwei Drittel der befragten jungen Menschen (64 %) selber äußerten, die Jugend solle nicht in politische Aktivitäten involviert sein. Politik scheint für sie bedrohlich und ein gefährliches Experiment zu sein, mit unvorhersehbaren Risiken.

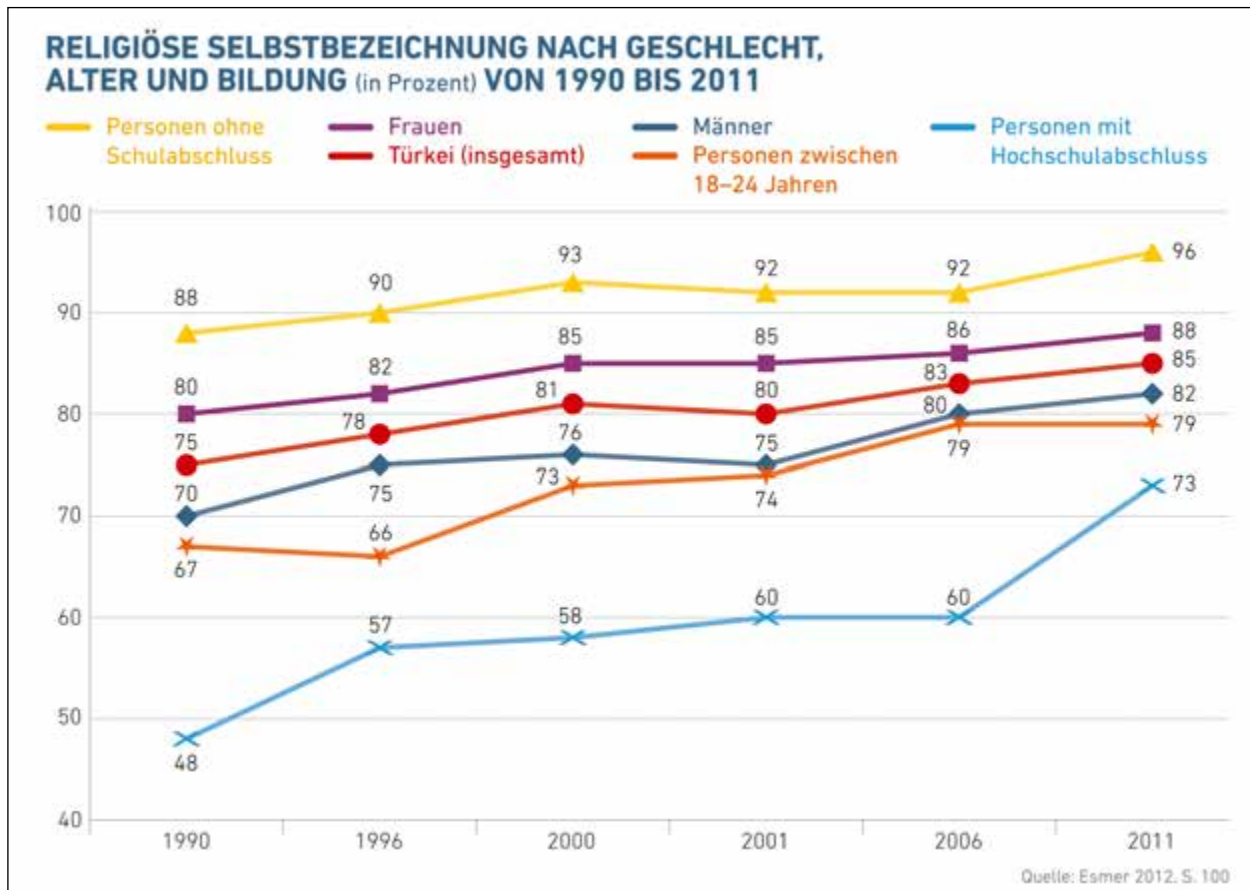
Zumindest in den politischen Einstellungen lässt sich ein beträchtlicher Konservatismus der türkischen Jugend feststellen: So teilten beispielsweise etwa 60 Prozent die politischen Überzeugungen ihrer Eltern. Woher kommt dieser starke Konservatismus, wo man doch gerade bei jungen Menschen Aufbruch, Liberalität, Weltoffenheit etc. vermuten müsste? Ein kurzer historischer beziehungsweise zeitgeschichtlicher Rückblick soll hier einen Einblick geben (für eine detailliertere Betrachtung siehe Çopur/Usluca 2013): Die Türkei durchlief in den ersten Phasen der AKP-Regierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine recht günstige ökonomische Entwicklung, aber dieser Trend hatte, entge-

gen politikwissenschaftlichen Erwartungen (die bei einer derartigen ökonomischen Entwicklung eine einhergehende Verbreitung liberaler Einstellungen prognostizierten) nur eine geringe Wirkung auf die Wertevorstellungen der türkischen Bürgerinnen und Bürger. So sind beispielsweise in der Türkei in einem zwanzigjährigen Zeitraum zwischen 1990 und 2011/2012 in den vier Wertebereichen Religiosität, Stellung der Frau, politische Teilhabe und Toleranz nur minimale Veränderungen eingetreten: Die Bedeutung der Religion blieb in etwa gleich hoch; die Stellung der Frau nahm nur wenig zu; die politische Teilhabe büßte als Wert ein und der Stellenwert der Toleranz deutete nur einen leichten Aufwärtstrend. Die positiven Veränderungen waren so gering, dass sie über einen großen Zeitraum kaum ins Gewicht fielen.

Diese hohe Bedeutung der Religiosität als ein Indikator konservativer Einstellungen wird sehr anschaulich in der Studie von Yılmaz Esmer dargestellt, der auf Basis der Daten des World Value Surveys einen *Werteatlas der Türkei 2012* erstellte (Esmer 2012). Dieser repräsentativen Studie zufolge gehört die türkische Bevölkerung mit zu den religiösesten weltweit. Während sich 1990 die Türken zu 75 Prozent religiös definierten, so sind es 2011 bereits 85 Prozent (s. Abb. 1).

Erkennbar ist ein enormer Anstieg der Religiosität auch bei den Menschen mit Hochschulabschluss ab dem Jahre 2005. In der Regel gehen mit höherer Bildung liberalisierende Effekte einher, doch war dies in der Türkei so nicht zu beobachten. Eine Ursache hierfür könnten die Reformen im Bildungsbereich sein: Als die AKP 2002 an die Macht kam, gab es ca. 65.000 Schülerinnen und Schüler in den Imam-Hatip-Schulen (Predigerausbildung); bis zum Jahre 2013 verzehnfachte sich diese Zahl und wuchs auf 658.000. Auch wenn man die allgemeine Bevölkerungszunahme berücksichtigt beziehungsweise abzieht, ist hier eine dramatische Steigerung zu sehen. Die Imam-Hatip-Schulen gelten als eine wesentliche Rekrutierungsstätte der islamischen, konservativen Ideologie. Sie fokussieren auf die Fortsetzung der (islamischen) Tradition, auf islamische Inhalte in der Bildung und Erziehung und werden als eine Alternative zum laizistischen Bildungssystem gesehen, das bis dahin eher dominant war.

Abbildung 1



Eine weitere Bildungsreform setzte diesen (religiösen) Trend fort: Als die regierende AKP im Jahre 2012 die Schulpflicht auf 12 Jahre erhöhte – die ja zunächst als eine Erweiterung und Bildungsfreundlichkeit gedeutet werden könnte – verfestigte sich der Konservatismus. Denn das neue Bildungsprogramm war wie folgt gegliedert: 4+4+4, das heißt bereits nach einer für alle verpflichtenden gemeinsamen vierjährigen Grundschule konnten Eltern die Kinder wieder ab der 5. Klasse auf einem *Imam Hatip Orta Okul* (Mittelschule) und später einer *Imam-Hatip Lise* (Gymnasium) anmelden. Diese Bildungsreformen von 2012 sahen zudem vor, dass die frühere Altersbeschränkung ab 12 Jahre für Korankurse aufgehoben wurde; so konnten theoretisch bereits im Kindergarten Korankurse angeboten werden, was 2013 auch in einem Pilotprojekt „Koran für Vorschulkinder“ begonnen wurde. (Vgl. Cornell 2015). Die Reform erleichterte auch die baulichen und technischen beziehungsweise organisatorischen Vorgaben für die Koran-Kurse: Nunmehr war es auch möglich, dass die Kinder dort schlafen konnten. Damit konnten sie in einen durchgängig islamischen Raum, einen islamischen Lebensstil „eintauchen“, vergleichbar der „Immersionmethode“ in der Sprachwissenschaft, wonach man die Sprache am besten lernt, wenn um einen herum stets diese Sprache gesprochen wird, etwa in dem jeweiligen Land. Dadurch konnte eine „religiöse Jugend“ für die nächsten Jahrzehnte erzogen werden. Psychologisch kommt hier die Erkenntnis hinzu, dass frühe Sozialisationsmuster, insbesondere frühe Religiosität, später recht schwer hinterfragt beziehungsweise geändert wird. Dieser religiös-konservative Schwenk im Bildungsbereich bildet eine der größten Zäsuren für die Jugendentwicklung in der Türkei: Denn das säkulare Bildungssystem, was mit den Atatürk'schen Reformen eingeleitet wurde, hat nicht nur die Anbindung an den

Westen, die nachzuholende Modernisierung des Landes, zum Ziel gehabt; sie hat darüber hinaus auch die ideologische Basis für den Kemalismus und einer laizistischen Orientierung der Türkei geliefert.

Dennoch ist das Profil einer „züchtigen“ Jugend, die die AKP in seiner Agenda 2023 zum hundertjährigen Bestehen der Türkei avisiert hatte, nicht ganz eingetroffen, wozu hier etwa die insbesondere von jungen Menschen in den Metropolen unterstützten Protesten wie dem Gezi-Park-Aufstand in Istanbul im Jahr 2013 zu zählen sind.

Die inhaltliche Opposition einiger Teile der Jugend gegenüber den restaurativen Plänen der AKP, langfristig ein neues Mindset der Jugend zu errichten, kann ein gravierendes strukturelles Problem des Landes in der (akademischen) Bildung nicht verbergen: Gegenwärtig gibt es beispielsweise mehr als 200 Universitäten in der Türkei mit etwa knapp acht Millionen Studierenden (Stand 2021); und die Zahl der Universitäten, insbesondere der privaten, wächst enorm. Dieses Wachstum ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Universitäten mit hohen Studiengebühren stark kommerziell orientiert sind. Nicht immer steht jedoch die Frage im Vordergrund, ob den künftigen Absolventen auch ein entsprechender Arbeitsplatz zur Verfügung steht beziehungsweise wo es einen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Andererseits ist die gesellschaftliche Wertschätzung eines akademischen Abschlusses, jenseits einer tatsächlichen beruflichen Verwertung, nach wie vor sehr hoch, da er einfach zu mehr Sozialstatus verhilft. Ohne einen akademischen Abschluss ist man in den Metropolen ein *Nobody* und macht nur Handlangerdienste. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit, und auch die Akademikerarbeitslosigkeit, in der

Türkei sehr hoch – im Jahre 2017 etwa betrug die Jugendarbeitslosigkeit 21,4 Prozent (Vgl. Baş 2017: 269). So sieht diese Generation kaum für sich die Möglichkeit, nach einem Universitätsabschluss ökonomische Freiheit zu erlangen und sich das Leben zu verwirklichen, was sie sich vorstellt. Stattdessen winkt ihr – nach dieser „Parkzeit“ an der Universität – oft eine Abhängigkeit von der Familie, was auf der einen Seite Traditionalismus, Konservatismus, Einhaltung von Rollenhierarchien etc. befördert, andererseits auch die persönliche Frustration erhöht (Vgl. Ates/Kaya 2021: 255–270).

Die heutige Generation im Alter von etwa zwanzig Jahren ist mit dem Internet aufgewachsen und hat einen freien Zugang zur Welt und zu anderen Lebensweisen; sie können sich also auch ein Bild machen, wie Menschen in (West-)Europa leben und welche Möglichkeiten ihnen offenstehen. Frustrierend ist dabei die kritische Selbsterkenntnis, wie sie ebenfalls in der Studie von Ates et al. (2021) deutlich wird, dass ein Großteil der Befragten die Qualität eines Studiums im Ausland als deutlich besser erachtet als das in der Türkei empfangene. Auch bei einer Migration ins Ausland sehen sie sich im internationalen Vergleich eher als geringer qualifiziert und mit geringeren Ressourcen ausgestattet. Und Arbeitslosigkeit stellt nicht nur eine große Belastung für die Familien dar; sie vermittelt zugleich psychologisch das Ge-

fühl, versagt zu haben und/oder die Familie enttäuscht zu haben, weil eine Universitätsausbildung sehr teuer ist und die vielfach von den Familien geschultert wird. Der Stolzhabitus, mit dem die Grundschule begonnen wird (Stolz, ein Türke zu sein), erfährt spätestens jetzt gründliche Risse in der Persönlichkeit.

KURZVITA

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

ist Wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen (W 3). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Intellektuelle Entwicklung im Kindesalter, Interkulturelle Familien- und Erziehungsforschung, Sozial- und kulturpsychologische Forschungen zu Vorurteilen, Stereotypen, Werten, Islam, Gesundheit und Integration von Minderheiten.

LITERATUR

- Ates, Savas, S./Kaya, Mustafa (2021): Z Jenerasyonu Gelecek Beklentileri: Issizlik Kaygısının Gençler Üzerinde Yaratıldığı Baskı – Future Expectations of Generation Z. Pressure on Unemployment Anxiety I. In: *Entrepreneurship and Management Inquiries* 5, Heft 5/2021, S. 255–270. URL: <https://dergipark.org.tr/en/download/article-file/2032157> [23.01.2023].
- Balta, Evren/Ete, Hatem (2022): Türkiye’de Demokrasi, Güvenlik, Devlet Algısı. In: *Istanbul Politikalar Merkezi, Sabancı Üniversitesi*. URL: <https://ankaraenstitusu.org/turkiyede-demokrasi-guvenlik-devlet-algisi/> [28.11.2022].
- Baş, Halim (2017): Türkiye’de genç nüfus: Sorunlar ve politikalar. In: *Journal of Süleyman Demirel University, Institute of Social Sciences* 27, Heft 2/2017, S. 255–288.
- Berry, J. W./Kim, Uichol/Minde, Thomas/Mok, Doris (1987): *Comparative Studies of Acculturative Stress*. In: *International Migration Review* 21, Heft 3/1987, S. 491–511.
- Bracker, Philip (2017): *Die Entstehung ethnischer Identität bei „Menschen mit türkischem Migrationshintergrund“*. Münster.
- Çopur, Burak/Uslucan, Hacı-Halil (2013): Wertewandel oder doch Stagnation? Transnationale Entwicklungen am Beispiel türkeistämmiger Muslime. In: *Leiß, Olaf (Hrsg.): Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken*. Baden-Baden, S. 449–468.
- Cornell, Svante E. (2015): *The Islamization of Turkey: Erdogan’s Education Reforms*. In: *Turkey Analyst* 8, Heft 16/2015. URL: <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/437-the-islamization-of-turkey-erdo%C4%9F> [18.09.2022].
- Esmer, Yılmaz (2012): *Türkiye Değerler Atlası 2012 (Werteatlas der Türkei 2012)*, Istanbul. URL: https://www.academia.edu/9620697/T%C3%BCrkiye_De%C4%9Ferler_Atlas%C4%B1_2012 [04.01.2023].
- Gökce, Ali Fuat/Özdemirci, İlbey/Ceylan, İbrahim Halil (2017): *Üniversite Öğrencilerinin Siyasal Katılım Seviyesi: Kilis 7 Aralık Üniversitesi Örneği*. In: *Journal of Süleyman Demirel University Institute of Social Sciences* 27, Heft 2/2017, S. 289–319. URL: <https://dergipark.org.tr/tr/download/article-file/616928> [23.01.2023].
- Fuhrer, Urs/Josephs, Ingrid E. (1999): *Persönliche Objekte, Identität und Entwicklung*. Göttingen.
- Kâğıtçıbaşı, Çiğdem/Sunar, Diane (1997): *Familie und Sozialisation in der Türkei*. In: *Nauck, Bernhard/Schönpflug, Ute (Hrsg.): Familien in verschiedenen Kulturen*. Stuttgart, S. 145–161.
- Marcia, James E. (1989): *Identity Diffusion Differentiated*. In: *Luszczy, Mary A./Nettelbeck, Ted (Hrsg.): Psychological Development. Perspectives Across the Life-Span*. Amsterdam, S. 289–295.
- Mecheril, Paul (2004): *Einführung in die Migrationspädagogik*. Weinheim/Basel.
- Phinney, Jean S./Horenczyk, Gabriel/Liebkind, Karmela/Vedder, Paul (2001): *Ethnic Identity, Immigration, and Well-Being: An Interactional Perspective*. In: *Journal of Social Issues* 57, Heft 3/2001, S. 493–510.
- Raithe, Jürgen/Mrazek, Joachim (2004): *Jugendliche Identität zwischen Nation, Region und Religion*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 7, S. 431–445.
- Sauer, Martina (2018): *Identifikation und politische Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Ergebnisse der Mehrthemenbefragung 2017*. URL: https://jrf.nrw/wp-content/uploads/2018/07/ZFTI-Bericht-2017-NRW-Mehrthemenbefragung_end.pdf [24.02.2020].
- Shell Deutschland Holding (2020) (Hrsg.): *Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort*. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Treibel, Annette (2008): *Migration in modernen Gesellschaften: soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*. München.

Vom Aufstieg des modernen Nationalstaats aus der Asche eines zerfallenen Großreichs

Der Nobelpreisträger Orhan Pamuk im Gespräch über seinen Historienroman „Die Nächte der Pest“

In seinen Roman verknüpft er geschickt Vergangenheit mit Gegenwart und Fiktion mit Geschichte: Der türkische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk entfaltet wie kein anderer Panoramen aus den nahbaren Porträts seiner Protagonisten, die er als Beobachter und Meisterzähler zugleich mit den großen Linien von Geschichte, Mythos und Macht verwebt. In seinem neuen Roman „Die Nächte der Pest“ (Hanser Verlag 2022) nimmt er seine Leserschaft mit auf die fiktive Insel Minger, die im historischen Raum des östlichen Mittelmeers unter osmanischer Herrschaft steht. Als dort die Pest ausbricht, führen Quarantäneauflagen, Gerüchte und die Isolation der Insel in eine unaufhaltsame Folge von Ereignissen, die Minger sinnbildlich für die vielen Geschichten von Revolution und Nationswerdung im 19. und 20. Jahrhundert erscheinen lässt. Zugleich steht Minger für die vielen Facetten osmanischer und türkischer Geschichte – ein Grund mehr, mit dem türkischen Chronisten Orhan Pamuk über seinen Roman und seinen Blick auf die Türkei zu sprechen!

Das Gespräch mit Sibylle Thelen und Dr. Maike Hausen von der Landeszentrale für politische Bildung fand am 3. Mai 2022 statt.

LpB: Ihr Roman „Die Nächte der Pest“ führt uns zurück ins Osmanische Reich Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Handlung spielt weit entfernt von Konstantinopel und nimmt das Ende des Osmanischen Reichs vorweg. Was fasziniert Sie so an dieser Epoche?

Orhan Pamuk: Ich hatte mir schon seit 45 Jahren überlegt, einen Roman über den schwarzen Tod zu schreiben. Tatsächlich hatte ich ursprünglich überlegt, die Handlung eher in eine Epoche näher am Mittelalter zu verlegen, etwa ins 16. oder 17. Jahrhundert, als es furchtbare Pestpandemien in Europa und in Konstantinopel, in London und in Italien, in ganz Europa gegeben hat. Später habe ich mich jedoch dagegen entschieden, vielleicht weil mich die Darstellung und Erkundung der Probleme im Zusammenhang mit der Verhängung der Quarantäne mehr zu interessieren begannen – etwa die Tatsache, dass die Menschen von der Regierung forderten, dass sie der Pest doch bitte ein Ende bereiten sollte, gleichzeitig aber die Unternehmen und das Privatleben der Menschen gefälligst in Ruhe zu lassen habe, was sich gegenseitig widerspricht.

Etwa zur gleichen Zeit stieß ich allmählich auf Einzelheiten über die dritte Pestpandemie Ende des 19. Jahrhunderts. Insgesamt starben während dieser Pestpandemie über ein Dutzend Millionen Menschen in Indien und China; in Europa und Amerika starb dagegen so gut wie keiner. Und da ich mich im Moment auch mit den sogenannten Ost-West-Fragen beschäftige, bei denen es um diese Themen geht, war mein Interesse geweckt. Ich las außerdem über Quarantäneaufstände – Choleraquarantäneaufstände – in Polen und Russland. Die vorherrschende Pandemie im 19. Jahrhundert war Cholera und nicht die Pest. Daher entschloss ich mich, meinen Roman in der dritten Pestpandemie spielen zu lassen, nicht unbedingt am Anfang, da ich am Untergang des Osmanischen Reichs interessiert war.



Im 19. und frühen 20. Jahrhundert fürchtete man vor allem den Ausbruch von Cholerapandemien, wie hier zeitgenössisch im Anschluss an eine ebensolche Pandemie unter osmanischen Soldaten in der Schlacht von Lüleburgaz (Erster Balkankrieg, November 1912).

© picture alliance | akq-images

LpB: Wie steht es mit dem Ort Ihres Romans? Sie haben einen Ort erfunden, nämlich Minger. Wie kamen Sie darauf?

Orhan Pamuk: Ich wollte meinen Roman und meine Figuren an einem isolierten Ort spielen lassen. In meinem Buch *Schnee* habe ich das schon einmal gemacht. In diesem Roman, der genau wie *Die Nächte der Pest* ein sehr politischer Roman ist, schneit es so heftig, dass die kleine Stadt Kars im Nordosten der Türkei vom Rest des Landes und der Zivilisation abgeschnitten ist. Die Isolation verschafft einem die Möglichkeit, Ereignisse und Situationen zu dramatisieren und zu konzentrieren. So eine Isolation ist in der Literatur ausgiebig erkundet worden, von Daniel Defoes *Robinson Crusoe* bis hin zu Thomas Manns *Zauberberg*. Menschen hängen an einem Ort fest und ihre Menschlichkeit, ihre Politik, alles, was unsichtbar ist, erscheint allmählich immer deutlicher und ist in isolierten Situationen leichter einzufangen.

Daher habe ich mich nach einer Insel im östlichen Mittelmeer umgeschaut, weil ich die griechischen und türkischen Inseln im östlichen Mittelmeer liebe und gerne besuche. Eine Art Vorbild für mein Minger ist Kreta. Und ich fahre liebend gern nach Kreta. Andererseits wollte ich keine bestimmte Geschichte über einen bestimmten Ort schreiben, ich wollte meine Kritiker und mich selbst nicht mit exakten Einzelheiten einer vorgegebenen Geschichte abmühen. Stattdessen wollte ich allegorisch über den Zerfall von Reichen und den Aufstieg von Nationalstaaten aus deren Asche schreiben. Das Thema des Buchs ist nicht nur die Pest als menschlicher Zustand, sondern der Zerfall von Reichen und der Aufstieg von Nationen, gestützt auf Religion, Sprache, Geographie, Geschichte. An dieser Stelle sollte ich vielleicht erwähnen, dass die Diplomatiegeschichte im Buch zum Großteil erfunden ist, die Geschichte des Alltags aber äußerst genau ist. Das ist mir wichtig.

LpB: Ihr Roman präsentiert uns zudem einige historische Protagonisten. So begegnen uns die Großmächte, die ihre Schiffe nach Minger schicken, um Pestkranke am Verlassen der Insel zu hindern. Die Idee der imperialistischen Mächte am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die immer bereit zur Intervention sind, auch im Osmanischen Reich – inwieweit ist dies immer noch Teil des türkischen Geschichtsbildes?

Orhan Pamuk: Vergessen Sie nicht: Es gibt nicht ein einziges türkisches Geschichtsbewusstsein. Es gibt Türken, die das Osmanische Reich auf ein Podest stellen und davon reden, was für ein ruhmreiches Reich es war, wobei sie hauptsächlich über das 16. und 17. Jahrhundert sprechen, als die türkisch-osmanische Armee Europa überfiel. Die regierende Partei in der Türkei, die Partei Erdogans, macht das, sie stellt das Osmanische Reich auf ein Podest. Das wird wiederum als neuer Osmanismus in Europa bezeichnet; auch wenn sie das nicht selbst von sich sagen, sondern in Europa so von ihnen gesprochen wird – der Inhalt ist derselbe.

Ich mag die Osmanen auch, allerdings mag ich ihren Untergang und richte meine Aufmerksamkeit auf die Melancholie dieses Untergangs. Wenn Sie ein Reich haben, dann müssen Sie auch die Tatsache akzeptieren, dass es eines Tages untergehen und verschwinden wird. Meine Geschichte erzählt nicht vom Ruhm, sondern vom Zerfall des Osmanischen Reichs. Es gibt auch eine persönliche Seite dazu. Mein Großvater und die Väter meines Großvaters waren ebenfalls Beamte oder Doktoren im Osmanischen Reich, wie die Helden in *Die Nächte der Pest*. Wie ich in meinem autobiografischen Buch *Istanbul – Erinnerungen an eine Stadt* schrieb, habe ich in Istanbul meine Kindheit im Schatten verfallender osmanischer Herrenhäuser aus Holz verbracht, die in den 1950er und 1960er Jahren als staatliche Ämter oder Oberschulen genutzt wurden. Sie sind übrigens alle abgebrannt.



Osmanische Beamte versammelten sich anlässlich des Geburtstag von Sultan Abdülhamid II. am 21. September 1890 vor einem Staatsgebäude in Konya.

© ullstein bild - adoc-photos

LpB: Sie erzählen von einer sehr vielfältigen Gesellschaft, die auf Minger lebt, eine osmanische Gesellschaft mit Griechen, Türken und Menschen mit vollkommen unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Hintergründen. Gleichzeitig erlebt die Gesellschaft aber auch eine Art Wendepunkt, einen Bruch. Die sie heimsuchende Pest führt zu Spaltung, zu Misstrauen und zu gegenseitigen Vorwürfen. Ist eher die Pandemie die Ursache dafür oder gibt es andere Gründe?

Orhan Pamuk: Genauso wie Situationen der Isolation, die sich negativ auf unsere Menschlichkeit auswirkt, löst hier, zusammen mit der Isolation, die Pest die Ereignisse aus. Aber: Der Nationalismus war in jedermanns Herzen. Vergessen Sie nicht, dass der Untergang des Osmanischen Reiches in den 1830er Jahren begann. Zuerst wurde Griechenland eine unabhängige Republik, dann folgten Serbien, Bulgarien und später Albanien, schließlich Zypern – all das entglitt den Händen der Osmanen. *Die Nächte der Pest* handelt gleichzeitig von der Erfindung säkularer Mythologien, Mythen und Legenden, die zu den Nationalstaaten passen werden. Wenn wir einen König, Kaiser, Schah, Padischah oder Zar haben, dann sind diese mehr oder weniger Gottes Schatten. Die Legitimation des Königs ist durch die Religion verliehen, das Volk zieht nicht für die Nation oder für die Flagge, sondern für den König in den Krieg und stirbt für ihn. Sobald das Reich aber stirbt und der König verschwindet, sobald es nationalistische säkulare Staaten gibt, müssen neue Mythen und neue säkulare Legenden gefunden werden, die das Volk dazu bringen werden, hinaus in den Krieg zu ziehen, sich gegenseitig zu töten und sich zu opfern. Von dieser Erfindung säkularer Mythologien erzählt mein Roman.

LpB: Wir haben gerade darüber gesprochen, wie die Pest auf Minger die Art und Weise, wie Gerüchte verbreitet werden, beeinflusst hat, aber es ist auch das Tempo der Geschichte, das fesselt. Wir kommen mit der Nichte des Sultans Abdülhamit II., Pakize Sultan und ihrem Mann, dem Arzt Dr. Nuri, auf der Insel an und die Ereignisse entwickeln sich Schlag auf Schlag. Sie schreibt viele Briefe an ihre Schwester, als die Insel sich von der autoritären Herrschaft Abdülhamits II. mit einer Revolution abkehrt. Und inmitten all dieser Ereignisse scheint es vor allem eine strahlende Person zu geben: Major Kamil. Während dieses Staatsstreichs hat er einen kurzen, aber sehr wichtigen Auftritt. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass er in dieser besonderen Situation zu einem solchen Ruhm gelangt? Was sehen die Menschen in Major Kamil?

Orhan Pamuk: Genau das ist ein weiterer Grund dafür, weshalb ich mich für eine kleine Insel entschieden habe: Die Mobilität der Oberklasse. In kleinen Orten ist es sehr gut möglich, dass eine Person niedriger Herkunft der Präsident eines kleinen Landes wird, diese Dinge geschehen tatsächlich. Und ich mag auch die poetische Seite kleiner Staaten wie Albanien und Montenegro. Ich war in diesen Ländern; im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder Russland kommen sie mir sehr human vor.

Zur Popularität Kamils: Es ist nicht so, dass die Leute viel in ihm sehen. Aber er und das Volk der Mingerianer sehen, dass die osmanische Hauptstadt Istanbul oder Abdülhamit II. nicht in der Lage sind, die Pandemie zu stoppen, vielleicht wegen der Unfähigkeit der Bürokratie, vielleicht, weil sie natürlich zuerst an das Reich denken und nicht an eine kleine, unbedeutende Insel. Vielleicht, weil alles zusammenbricht und sie nicht wissen, was sie tun sollen. Vielleicht ist es ein Zusammenkommen all dieser Dinge. Um

sich zu verteidigen, um gegen die Pandemie zu kämpfen, erhebt sich die Bevölkerung Mingers schließlich selbst. Genau deshalb ist Major Kamil beliebt, weil er – zumindest in den Augen der Muslime im Roman – die schwerfällige Bürokratie Abdülhamits II. und Grausamkeit von dessen Stellvertretern, wie etwa Sami Pascha, infrage stellt. Er verspricht dem Land eine neue Zukunft. Er ist zudem gutaussehend und trägt außerdem eine Offiziersuniform mit Orden und allen möglichen Dingen, die in den Augen der Mädchen glänzen. (*Lacht*)

LpB: Er wirkt tatsächlich sehr tapfer, aber zugleich auch als ein zerrütteter Charakter. Zu Beginn sehen wir ihn zuweilen zweifelnd, er ist nicht wirklich sicher, wie er agieren soll ...

Orhan Pamuk: Alle Figuren in meinen Romanen sind meistens voller Zweifel. Eine Figur, die stur A – A – A sagt, interessiert mich nicht, mich interessieren Figuren, die zuerst A und zwei Stunden später, zwei Tage später oder auch zwei Jahre später dann B sagen. F. Scott Fitzgerald, der große amerikanische Romanautor, hat einmal gesagt, wenn man zwei starke gegensätzliche Ideen im Sinn hat und in der Lage ist, sie gleichzeitig unterzubringen, dann ist das die Situation, in der man einen guten Roman schreiben kann. Das ist der Schlüssel zur Entwicklung einer Figur in der Belletristik, dass er oder sie nicht immer nur A – A – A sagt. In den meisten Propagandabüchern oder religiösen Büchern gibt es mutige Figuren, die immer nur A sagen. In Romanen geht es für die moderne Menschheit darum, Figuren zu entwickeln, die gleichzeitig A und B sagen. Soldaten sollen nicht A und B sagen, aber meine Figur ist nicht nur ein Sol-



Mögliches Vorbild für die Romanfigur Pakize Sultan: Hatice Sultan (1870–1938), Tochter des Sultans Murad V., die nach der Absetzung ihres Vaters in Gefangenschaft aufwuchs.

© Wikimedia Commons/gemeinfrei.

dat, sondern auch ein Mensch, und das macht ihn in einem Roman interessant.

LpB: *Wir würden gerne auch über die anderen Figuren sprechen. Über Pakize Sultan und ihren Mann, Dr. Nuri, ein sehr interessantes Paar. Pakize ist eine wunderbare Frau mit einer ironischen Haltung und einer guten Beobachtung des Geschehens in Minger. Was ist das für ein Paar?*

Orhan Pamuk: Ich habe diese Figuren zum einen entwickelt, weil ich das ausgefallene Thema der osmanischen Aristokratie untersuchen wollte. Zum anderen wollte ich ihre Stimme als Metapher für die osmanische Frau der Oberklasse haben, die nicht hinaus auf die Straßen gehen kann. Sie lebte all die zwanzig Jahre ihres Lebens als Gefangene, weil ihr Vater von ihrem Onkel entthront worden war. Und das war das Interessante daran: Sie lebt in diesem Palastgefängnis, um zu heiraten, wird dann aber während der Pandemie erneut eingesperrt, dieses Mal in einem Gästehaus auf der abgelegenen Insel Minger.

Ich wollte die Ereignisse aus weiblicher Sicht, aber auch aus privilegierter Sicht betrachten, durch die Augen einer Person, die dem Doktor, der versucht, die Epidemie einzudämmen, sehr nahesteht. Und die Figur ihres Ehemannes beruht auf realen Personen, die Epidemiologen der damaligen Zeit waren. Abdülhamit II. interessierte sich sehr für Wissenschaft und Medizin und gab den französischen Ärzten viel Geld, um die Krankenhäuser und sogar die Laboratorien in Istanbul zu verbessern. Pakize war für mich daher ein Fenster, das sich öffnete für A) die Aristokratie des Osmanischen Reiches, als es unterging und verschwand; als eine Art Traurigkeit davon, und auch für all diese Aristokraten, die zusammen mit den anderen Aristokraten der gefallenen Reiche nach Europa ins Exil gingen. Und B) habe ich eine Art Filter gebraucht, um meine Geschichte durch andere Personen zu erzählen. Ich wollte eine Geschichte erzählen, die am Ende fast neunzig Jahre einer Nation abbildet – auch wenn der dramatische Teil der Erzählung in vier Monaten stattfindet. Das geht nur indirekt, es gibt keine Figuren, die all diese neunzig Jahre sehen; deshalb benutze ich auch ihre Urenkelin, um die Lücken in der Erzählung zu füllen, um die Orte zu füllen und darüber zu schreiben, die ihre Briefe oder ihre Augen oder ihr Mann nicht sehen können, die Teile der Geschichte, die für sie unsichtbar sind.

LpB: *Die von Ihnen angesprochene Urenkelin von Pakize Sultan, Mina Mingerli ist Erzählerin und außerdem Historikerin. Am Ende des Buches stellt sie fest, dass Major Kamil zu seiner Zeit als Nationalist angesehen wurde, allerdings auf eine ehrenvolle Art und Weise. Sie erklärt: „zur Zeit des von mir verehrten Major Kamil [...] war ‚Nationalist‘ noch ein Ehrentitel für Leute, die gegen Kolonialisten aufbegehrten und sich mit der Fahne in der Hand heldenhaft ins Feuer der Maschinengewehre warfen“ (S. 679). Was denken Sie über Mina Mingerlis Urteil?*

Orhan Pamuk: Dies ist der zweite Teil einer Passage, lesen Sie auch den vorherigen Abschnitt. Viele Leute, besonders in der Türkei, lieben es, den vorhergehenden Absatz zu lesen, wo es heißt, „das Wort ‚Nationalist‘ [ist] zu einem Begriff für Menschen verkommen, die zu allem, was der Staat ihnen hinwirft, Ja und Amen sagen, [...] und die sich nicht trauen, die Regierung zu kritisieren, und darauf auch noch stolz sind“. Das ist in der Tat eine der allegorischen Aussagen, die ich direkt auf die heutige türkische Politik beziehe. Sie ist so stark davon durchdrungen, dass man nicht einmal atmen kann, sie ist nichts als Nationalismus. Es ist also eine widersprüchliche Angelegenheit, die ich absichtlich ge-

schrieben habe, um die Situation in der Türkei zu kritisieren oder auf sie hinzuweisen.

Nationalismus als Konzept hat sich also verändert, und ich stimme Ihnen zu, dass der Nationalismus attraktiv war, als man gegen den rücksichtslosen König oder Kaiser oder Sultan kämpfte, der die eigene kleine Nation unterdrückte, und man kämpfte gegen sie, man gab sein Leben, weil man einen unabhängigen Staat wollte. Aber wenn man einen unabhängigen Staat hat und den Nationalismus dazu benutzt, die Rechte der Minderheiten zu unterdrücken oder die Redefreiheit zu unterdrücken, dann ist Nationalismus nicht sehr ehrenhaft. Vor allem wenn ein Land Nationalismus gegen politische Feinde einsetzt und er von der Regierung propagiert wird, dann ist es eine sehr unehrenhafte Sache.

LpB: *Kommen wir noch einmal auf Mina Mingerli zu sprechen. Wir bewundern ihre Art, Geschichte zu erzählen und die Geschichte ihrer Urgroßmutter zu erzählen. Sie bedient sich einer großen Vielfalt von Narrativen ...*

Orhan Pamuk: Zunächst einmal ist mein Bruder Wirtschaftshistoriker. Und er promovierte insbesondere über britische Konsulatsberichte, die aus dem Osmanischen Reich nach London geschrieben wurden. Ich habe Mina ursprünglich erfunden, weil ich von diesen Dingen weiß. Natürlich reicht es nicht aus, diese Berichte in London zu lesen, man muss auch andere Erzählungen lesen, andere historische Details finden, um sie zu überprüfen, sie zu bereichern und die Landschaft vollständig zu überblicken. Und das ist mehr oder weniger das, was Mina Mingerli tut, genauso wie mein Bruder, als er seine Doktorarbeit über das Osmanische Reich geschrieben hat.

LpB: *...gleichzeitig macht sich Mina Mingerli aber auch Gedanken über Zensur, Einseitigkeit und all diese Dinge ...*

Orhan Pamuk: Das stimmt, weil sie ihre große Erzählung über die Unabhängigkeit von Minger und ihre Kritik an der Unterdrückung im modernen Minger nach der Entwicklung der modernen Republik zu einer verdächtigen Person macht. Und manchmal wird ihr die Einreise verboten oder ihr Zimmer wird kontrolliert. In diesen Punkten habe ich mich an der Art und Weise orientiert, wie internationale Wissenschaftler von den türkischen Geheimdiensten unterdrückt oder eingeschüchtert werden, weil sie Abhandlungen oder Bücher schreiben, die der offiziellen türkischen Geschichte nicht ganz entsprechen.

LpB: *Ist die Vielfalt der Narrative dann eine Strategie, um die Zensur zu überwinden und die Menschen, die zensieren wollen, zu unterlaufen?*

Orhan Pamuk: Nun, ich meine, manchmal benutze ich ähnliche Strategien, aber letzten Endes ist sie eine echte Wissenschaftlerin und ich bin ein Romanautor. Dabei hat sie viel von meiner Einstellung gestohlen und ich habe aber auch viel von ihrer Einstellung gestohlen. Letztendlich ist der Roman weder ganz von ihr noch ganz von mir, sondern von einer Kombination aus uns beiden geschrieben worden. Schriftsteller lassen andere Erzählstimmen sprechen, sie machen klar, dass es nicht sie sind, die diesen Roman schreiben, sondern andere, wie hier Mina Mingerli. Natürlich glaubt das der Leser nicht, und so gibt es auch eine Möglichkeit der Doppeldeutigkeit, der doppelten Bedeutungen, der Illusionen. Mina Mingerli ist außerdem eine recht attraktive Figur für mich, denn ich trage ja auch einen kleinen Professorenhut. Ich unterrichte an der Columbia University und ich habe viele Professorenfreunde wie sie. Sie



Am 14. Mai 2007 wurde Orhan Pamuk von der Bosphorus-Universität Istanbul die Ehrendoktorwürde verliehen. Im selben Jahr verliehen ihm auch die FU Berlin und die Katholische Universität Brüssel eine solche Auszeichnung für sein literarisches und wissenschaftliches Wirken.

© picture-alliance/ dpa | epa Osman Orsal Pool

sind gute Menschen, sie wollen ethisch sein, ihre Denkweise ist von politischer Korrektheit geprägt. Und für sie wie für Mina Mingerli bedeutet das beispielsweise, dass sie keine Nationalisten sein wollen. Aber die arme Mina Mingerli kann gar nicht anders, als hier und da eine kleine Nationalistin zu sein. Und deshalb begegne ich ihr mit liebevoller, zärtlicher Ironie.

LpB: Wir haben gerade über die Herausforderung der Einseitigkeit verschiedener Narrative gesprochen. Sie erwähnen am Ende Ihres Buches auch Edward Said und die Herausforderung, einseitige Narrative zu hinterfragen, die eurozentristisch oder aus einer westlichen Perspektive heraus erzählt werden, insbesondere über den Orient. Gleichzeitig können wir sehen, dass diese Dichotomien von Ost und West, von Modernität und Rückständigkeit auch heute noch in vielen verschiedenen Formen fortbestehen. Und Sie haben sogar erwähnt, dass Edward Said selbst seinen eigenen Perspektiven zum Opfer gefallen ist. Warum ist es so schwierig, diese einseitigen Perspektiven auf verschiedene Regionen zu überwinden?

Orhan Pamuk: Das ist schwer. Sie sind das, was wir als Vorurteile, als Ideologie bezeichnen. Warum werden Schwarze in den Vereinigten Staaten unterdrückt? Warum gab es einen Holocaust? Warum haben die Japaner die Chinesen so viele Jahre lang unterdrückt und sie einfach so getötet? Ich kann diese Dinge nicht erklären und habe als Antwort kein Einzelkonzept parat. Das ist das, was passiert ist. Das ist die Antwort auf Ihre Frage, warum geschehen diese schrecklichen Dinge? Und warum wacht die Menschheit nicht auf? All die Vorurteile zu überwinden, die zur Entstehung von Rassismus und Nationalismus beigetragen haben, ist nicht so leicht, wie wir denken. Tatsächlich habe ich mir nie ge-

sagt, dass ich kein Nationalist bin. Ein kosmopolitischer, linksliberaler Mensch zu sein, ist ja so attraktiv und so wahr. Ich sage auch nie: Warum sind diese Menschen immer noch Nationalisten? Nennen wir mich ruhig einen Linksliberalen mit kosmopolitischen Neigungen und einen türkischen Schriftsteller, der sich auch für die Zugehörigkeit der Türkei zur Europäischen Union und eine Verwestlichung ihres politischen Systems einsetzt. In der Türkei gibt es umgekehrt viele, viele Menschen, die anderer Meinung sind als ich. Meine Aufgabe als Schriftsteller ist es, zu versuchen, sie zu verstehen, zu sehen, warum sie das tun. Und sie nicht als törichte, dumme Menschen zu sehen, sondern zu versuchen, über ihre Grenzen hinwegzusehen – wenn man das, was ihre Stellung im Leben bedingt und sie zu dem macht, was sie sind, als Grenze bezeichnen kann. Ich fälle ja kein Urteil über ihren Nationalismus, ihre Vorurteile oder eben über diese Grenzen. Ich versuche vielmehr, eine Geschichte zu erschaffen, in der all dies vorkommt und auch etwas Größeres angedeutet wird. Ich denke, man kann einen guten Roman schreiben, indem man nicht vorschnell ein Urteil über jene Grenzen der Menschen und ihre Vorurteile fällt, sondern sich in sie hineinversetzt und versucht, sie zu verstehen. Verstehen heißt ja nicht akzeptieren und damit einverstanden sein.

LpB: Beobachten Sie diese unterschiedlichen Dichotomien auch in der Türkei? Ist das etwas, woran Sie erkennen können, dass es Menschen gibt, die sich eher mit dem Bild des Konservatismus identifizieren?

Orhan Pamuk: Es ist wie in jedem anderen Land auch: Es gibt Konservative, Nationalisten, viele von ihnen, jeder ist ein Nationalist, sogar die Linken in der Türkei. Es stimmt schon: Zum Teil schreibe ich einen Roman, um sie zu kriti-

sieren, zum Teil auch, um durch ihren Nationalismus hindurchzusehen. Das ist aber nicht der einzige Grund dafür, dass ich einen Roman schreibe. Und meine Stimme ist keine Stimme der Klage. Mir geht es vielmehr darum, das Bild im Ganzen richtig zu sehen. Und auch den Schönheiten des Lebens Aufmerksamkeit zu schenken. In Minger wütet eine schreckliche Pestpandemie, aber ich schenke den Rosen, den schönen Gebäuden, der Flora, dem Klima, der schönen Luft und dem Frühling dort meine Aufmerksamkeit. Und dann spreche ich über Nationalismus oder die Beschränktheit von Nationalismus oder manchmal auch darüber, wie befreiend er ist.

LpB: *Es lässt sich beim Lesen geradezu riechen, was in Minger vor sich geht, wenn Sie die Veränderungen beschreiben.*

Orhan Pamuk: Ich gebe zu, es ist ein sehr riechender Roman, aber er riecht gut. (Lacht)

LpB: *Ihr Roman wurde in der ganzen Welt veröffentlicht, in deutscher, englischer und französischer Übersetzung, und natürlich auch sofort in der Türkei. Hat sich die Wahrnehmung verändert, als es plötzlich eine echte Pandemie gab?*

Orhan Pamuk: Ich habe meinen Roman wegen der Pandemie nicht abgeändert. Ich habe bereits dreieinhalb Jahre an dem Roman geschrieben, als es plötzlich eine Coronavirus-Pandemie gab. Natürlich sind Pest und Coronavirus nicht dasselbe; die Pest tötete jeden Dritten, das Coronavirus begann mit jedem Hundertsten, jetzt tötet es vielleicht jeden Tausendsten. Sie sind zwar nicht auf dramatische Weise gleich und gefährlich, aber ja, die Probleme der Quarantä-

neuaufgaben sind mehr oder weniger dieselben. Als ich anfang, einen Roman zu schreiben, sagten meine Freunde: „Oh, wer interessiert sich heutzutage noch für die Pest? Das ist doch dermaßen mittelalterlich. Warum hast du das geschrieben? Das wird keiner lesen.“ Dieselben Freunde riefen mich dann nach Beginn der Pandemie an und sagten: „Oh, du hast ja so ein Glück!“ Vielleicht liegt es daran, dass meine Tante eines der ersten Opfer des Coronavirus in Istanbul war, ich fühlte mich jedenfalls keineswegs glücklich, sondern schuldig. Und meine erste Reaktion war tatsächlich, der Welt zu sagen: „Hey, ich habe einen Pandemie-Roman geschrieben, nein, nicht über das Coronavirus, sondern zur Pest.“

Dasselbe ist mir auch mit *Schnee* passiert. Zwei Monate vor der Veröffentlichung von *Schnee* in der Türkei sind die Anschläge auf das World Trade Center in New York passiert. Das Thema ist dasselbe, der politische Islam, plötzlich gibt es ein 9/11, und tatsächlich wird Osama bin Laden im Roman, in der türkischen Originalfassung, zweimal erwähnt. Ich hatte zuvor davon erfahren, dass Osama bin Laden einige terroristische Aktionen in der Türkei geplant hatte. Ein befreundeter Journalist erzählte mir davon, weil er Zugang zu diesen Informationen von den türkischen Geheimdiensten hatte. Deshalb habe ich die Passagen gestrichen, weil ich nicht wollte, dass meine Leser denken, ich hätte Osama bin Laden nach 9/11 in meinen Roman *Schnee* eingearbeitet. In *Die Nächte der Pest* habe ich jedoch nicht viel gestrichen, außer dass es nun einfacher war, das Gefühl der Quarantäne zu beschreiben und zu vermitteln, und dass das Gefühl, sich in einer Pandemie zu befinden, meinen Lesern leichter zu erklären war, weil sie es ja selbst in einer etwas anderen Form erlebten.

Letztendlich verhält sich die Menschheit bei Pandemien auf sehr ähnliche und gleichzeitig auf sehr unterschiedliche Weise. Ich will Ihnen sagen, wo sie sich ähnlich verhält: Zuerst kommt die Leugnung, dann kommen Gerüchte, die den Juden, den Muslimen, den Christen im nächsten Dorf die Schuld geben; anderen die Schuld zu geben oder Menschen, die man für die „Anderen“ hält, ist sehr weit verbreitet. Und das haben wir auch während dieser Corona-Pandemie, wir haben uns bei diesen Themen nicht anders verhalten als unsere mittelalterlichen Ur-, Ur-, Urgroßväter. Wir haben ihre Fehler gemacht: die Leugnung, den Klatsch, die Beschuldigung anderer. Auf der anderen Seite gibt es aber auch andere Dinge, bei denen wir im Vergleich zu unseren mittelalterlichen Vorfahren anders sind: Wir sind sehr viel gebildeter, sehr viel informierter. Zur Zeit meines Romans konnten nur fünf Prozent der Bevölkerung des Osmanischen Reichs lesen und schreiben, und die Muslime waren ziemlich ungebildet. Heutzutage können wir hingegen alle lesen und schreiben, und selbst wenn wir nicht lesen können, schauen wir fern. Während der Corona-Pandemie verfolgen viele von uns, die ganze Menschheit, wie etwa der Bürgermeister von New York uns über alles aufklärt, oder die Johns Hopkins Universität und die New York Times uns bunte Karten von allem zur Erläuterung gibt. Wir wissen zu viel und wir sind zu gebildet. Und deshalb akzeptieren wir die Quarantäne und halten sie ein.

Rätselhaft und gleichzeitig interessant ist, dass es nach so viel Vernetzung, Information und Aufklärung immer noch Leugner gibt. Und das ist vielleicht der Grund, warum wir sie heute als Leugner bezeichnen, denn im Mittelalter wurden sie nicht als Leugner bezeichnet, sondern als Esoteriker, als ungebildete Menschen. Es ist einfacher, jemanden zu verstehen, der sich im Mittelalter nicht an die Quarantänevorschriften hält, denn die Menschen damals verfügten



© Hanser-Verlag



© LpB

nicht über die gleiche Bildung. Wenn man keine Ärzte hat, wenn man nicht weiß, was eine Mikrobe ist, dann ist es leichter zu denken, dass Gott uns das schickt. Aber heute ist es schwieriger zu glauben, dass Gott uns das schickt, und in der Tat sagen die Leugner dies ja nicht, sondern sie finden andere Ausreden. Nach all der Aufklärung und all der Vernetzung, den Karten von der Johns Hopkins Universität und der New York Times und den täglichen Nachrichten über das Coronavirus, leugnen sie es immer noch? Wow. Ich werde nicht über diese Leute herziehen, wenn ich sie verstehen will, aber es ist rätselhafter. Meine ethische Haltung besteht jedoch nicht darin, zu sagen, ihr seid Idioten oder schlechte Menschen. Ich sage, ich bin irritiert.

Ich habe in den Vereinigten Staaten Menschen getroffen, Ärzte, die wussten, was eine Impfung ist, und die natürlich einer Impfung und auch Quarantänebestimmungen positiv gegenüberstehen und glauben, dass diese die Pandemie aufhalten. Aber sie waren trotzdem kritisch, keine Leugner, sie waren kritisch gegenüber der Regierung, vielleicht weil sie zu sehr an Trump glaubten. Sie waren Leugner in dem Sinne, dass die Regierung keine Hand an ihren Körper legen dürfe, da dies zum Beispiel nicht verfassungsgemäß sei. Sie haben die internationale Medizin nicht in Frage gestellt, aber sie haben einen Grund gefunden, wieder Nein zu sagen. Und genau das macht Pandemien so interessant, denn während einer Pandemie kommt etwas Verborgenes über die Menschheit zum Vorschein. In den Vereinigten Staaten ist ein sehr gebildeter Arzt ein Leugner – das ist interessanter, als ein Leugner im Mittelalter zu sein.

LpB: *Wir würden Ihnen gerne auch eine recht persönliche Frage stellen. Was denken Sie als Türke, der einige Zeit im Ausland lebt und zwischen verschiedenen Orten hin- und herpendelt, über die Entwicklung der Ereignisse in der Türkei? Würden Sie sagen, dass Sie eine Außenperspektive einbringen?*

Orhan Pamuk: Nein, ich sehe mich nicht als Außenseiter, aber ja, der Versuch, mich zu einem Außenseiter zu machen, ist eine gute Sache. Die Tatsache, dass ich jedes Semester

für drei Monate in New York unterrichte, trägt dazu bei, eine Distanz herzustellen, aus der ich mein Land sehe. Vergessen Sie nicht, dass James Joyce so fruchtbar über Dublin geschrieben hat, als er in Triest war. Der Abstand versüßt die Erinnerungen, und Ihr Land und seine Probleme werden aus der Ferne noch süßer. Leider gibt es in der Türkei keine Redefreiheit mehr. Die Regierungspartei, Erdogans Partei, hat die Redefreiheit beendet. Wir haben eine eingeschränkte Demokratie, eine Wahldemokratie (*electoral democracy*), wie ich sie nennen würde, und Erdogans Umfragewerte sinken. Ich weiß nicht, was bei den nächsten Wahlen passieren wird. Wenn es freie und völlig seriöse Wahlen geben wird, ist es sehr wahrscheinlich, dass er sie nicht gewinnen wird. Aber letzten Endes bin ich Romanautor. Hier in der Türkei haben die Journalisten, die tagtäglich die Regierung kritisieren, eine schwere Zeit, sie gehen ins Gefängnis, sie kommen wieder raus und ich sehe sie in der Haupteinkaufsstraße von Istanbul. Ich sage: „Wow, tut mir leid! Aber ich sehe mit Freude, dass Du wieder draußen bist“. Und mein Gegenüber sagt: „Keine Sorge, Orhan, ich habe gerade die beiden Bücher gelesen, für die ich im normalen Leben keine Zeit hatte“. Die Türkei ist also voller tapferer Menschen. Und diese harten Zeiten, so glaube ich ganz sicher, werden vorübergehen.

LpB: *Sie sprechen von der schwindenden Demokratie in der Türkei. Auch in Europa und anderen Ländern weltweit stehen die liberalen Demokratien unter Druck. Was würden Sie sagen, um uns Mut zu machen, die Demokratie, die liberale Demokratie zu erhalten?*

Orhan Pamuk: Ich glaube, die Journalisten übertreiben die Siege der rechten Populisten und verbinden sie außerdem gerade mit Putins Grausamkeit und Brutalität. Fangen wir vielleicht mit Putin an. Putin bombardiert und tötet die Ukrainer, weil sie sich letztendlich für die Demokratie entscheiden. Alle früheren Länder des Ostblocks, Polen, Bulgarien und soweit, treten der Europäischen Union bei, und zwar wegen der Demokratie; die Menschen glauben daran, sie wollen diese Werte. Das ist doch durchaus etwas Positives. Und das ukrainische Volk hat sich doch ebenfalls für die Demokratie entschieden. Ja, Russland hat Atombomben. Und es fordert unter Putin dieses Land zurück. Aber es ist nicht so, dass mich diese Rückforderung pessimistischer macht. Genauso wenig wie die Erfolge von Trump oder Orbán. Na gut, Orbán hat erneut gewonnen, aber Trump ist nicht wiedergewählt worden. Oder gerade erst hat Macron gewonnen. Das dürfen Sie auch nicht vergessen. Ich bin kein pessimistischer Mensch. Ich denke, der Aufstieg des Rechtspopulismus geht vielleicht seinem Ende entgegen. Vielleicht bin ich ein naiver Intellektueller, aber ich glaube nicht, dass sich die Welt in eine so schlechte Richtung entwickelt. Im alten östlichen System entscheiden sich die Menschen eindeutig für europäische Werte, eine offene Gesellschaft, Demokratie, Achtung der Meinungsfreiheit. Diese Werte werden alle von den Völkern der ehemaligen sowjetischen Länder gewählt. Warum sollte ich also jammern?

Bürger & Staat, 72. Jahrgang, 2022**Heft 1–2/2022: Öffentliche Infrastrukturen. Die politische Gestaltung der vernetzten Gesellschaft**

Hans-Jürgen Bieling, Matthias Möhring-Hesse	Öffentliche Infrastrukturen: gesellschaftliche Konflikte und staatliche Gewährleistung	4
Detlef Sack	Öffentliche Infrastrukturen, Gewährleistungsstaat und die Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	12
Lisa Vollmer, Laura Calbet i Elias	Öffentliche Infrastrukturen als Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Kommunale Kämpfe um mehr Teilhabe	19
René Lehweß-Litzmann	Öffentliche Güter in Zukunft sicherstellen: Eine Frage der Attraktivität von Dienstleistungsarbeit	25
Matthias Naumann	Infrastrukturen in ländlichen Räumen	31
Andrea Futterer	Jenseits der Landarztidylle: ambulante Versorgung im ländlichen Raum	37
Johanna Betz	Zwischen Marktgläubigkeit und Vergesellschaftung: Wer gestaltet Wohnungspolitik?	43
Melanie Nagel	Verkehr und saubere Luft: ziemlich beste Feinde	50
Jeanette Hofmann	Digitale Infrastrukturen im Wandel	56
Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner, Tabea Schlimbach	Deutsche Bildungslandschaften	63
Lilith Kuhn, Martine Kayser, Rosa Aue, Sabine Bongers-Römer	Notdürftige Infrastrukturen: Öffentliche Toiletten zwischen Neoliberalisierung und Utopie	69

Heft 3/2022: Care-Arbeit. Pflege auf dem Prüfstand

Birgit Riegraf, Lena Weber	Care und Care-Arbeit. Themen und Policies im Spiegel alter und neuer Entwicklungen	86
Uta Meier-Gräwe	Care-Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit. Warum wir eine sorgezentrierte Wirtschaft brauchen	92
Sylka Scholz	Familiale Care-Arbeit – eine Angelegenheit der Frauen? Gemeinsamkeiten und Unterschiede im deutschen Ost-West-Vergleich	99
Stefan Sell	Zwischen Fachkräftemangel, Pflegereformen und der Suche nach Alternativen. Einige aktuelle und fundamentale Herausforderungen des Pflegesektors	107
Charlotte Wohlfarth	Zuwanderung in der Pflege	118
Annette Riedel, Sonja Lehmeyer, Magdalene Goldbach	Palliative Care. Konzeptionelle Ansprüche und ethische Herausforderungen eines zentralen Versorgungsansatzes professioneller Pflege	125
Thomas Klie	Caring Communities. Pflege und zivilgesellschaftliches Engagement	135
Tom Heilmann, Ute Klammer	Wege zur Anerkennung von Care-Arbeit	144

Heft 4/2022: Nachhaltigkeit. Ressourcen gerecht und zukunftsorientiert gedacht

Frank Uekötter	Die große Sprachlosigkeit. Fossile Ressourcen in Geschichte und Gegenwart	162
Michael Böcher	Nachhaltigkeit als Politikfeld in Deutschland	169
Markus Lederer	Nachhaltigkeit in globaler Perspektive	178
Michael von Hauff	Der Weg zu einem nachhaltigen Wachstum	185
Lisa Ruhrort	Der lange Weg zu nachhaltiger Mobilität. Herausforderungen einer ökologisch tragfähigen Verkehrspolitik	193
Jörg Tremmel	Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit	203
Johanna Weselek	Nachhaltigkeit als Thema der (politischen) Bildung	210
Fritz Reusswig	Nicht-Nachhaltigkeit als politisches Projekt. Rechtspopulistische Diskurse und Akteure in der Energiewende	218

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9 bis 12 Uhr
13 bis 15.30 Uhr

Fr 9 bis 12 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/207 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9 bis 17 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10 bis 17 Uhr

Mi 13 bis 17 Uhr

Angela Borgstedt

Orte des Widerstehens

Aktionsräume gegen den Nationalsozialismus
im Südwesten 1933–1945



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Orte des Widerstehens

Aktionsräume gegen den Nationalsozialismus
im Südwesten 1933–1945

Angela Borgstedt

Mit diesem Buch betritt Prof. Dr. Angela Borgstedt historiographisches Neuland für das heutige Baden-Württemberg. Sie zeigt, wie geographische und soziale Räume widerständiges Handeln ermöglicht und geprägt haben: im öffentlichen Raum, in der privaten Wohnung, im halböffentlichen Wirtshaus, im kirchlichen Raum, am Arbeitsplatz, sogar in Anstalten, Gefängnissen und Lagern – und nicht zuletzt an den Landesgrenzen, die gerade für den Südwesten mit seiner Nachbarschaft zu Österreich, Frankreich und der Schweiz besondere Möglichkeiten des Widerstehens boten. Das Ergebnis ist eine Neuvermessung des Widerstands gegen das NS-Regime im deutschen Südwesten, die durch einzelne Tiefenbohrungen beeindruckt und zugleich die Vielfalt der Akteure und ihres Handelns verdeutlicht.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb
BW

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale **www.lpb-bw.de/shop** bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Bestellungen sind nur über unseren Webshop möglich.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite **www.buergerundstaat.de**